

Was blieb von der Wende?

Vor zehn Jahren hatten 14 EU-Partner Österreich unter Strafsanktionen gestellt. Wie war es dazu gekommen? Wie sehen damalige Protagonisten diese Zäsur heute?

Am 4. Februar 2000 hat Österreich die „Politische Wende vollzogen“, schrieb damals „Österreich Journal“ Politik-Ressortchef Norbert Lininger. „Seit diesem Tag ist die schwarz-blaue Regierung unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel im Amt. Und seit diesem Tag ist in Österreich alles anders. Die 14 EU-Partner haben gegen Österreich Sanktionen verhängt, Israel hat die diplomatischen Beziehungen abgebrochen, ferne Länder, wie etwa Argentinien, haben Österreich praktisch geächtet. Und in Österreich selbst sind die Menschen gegen die neue Regierung auf die Straße gegangen. Quo vadis Austria?“

Was hatte dazu geführt? Noch nie sei die Bildung eines neuen Kabinetts in Österreich so schwierig gewesen wie nach der Nationalratswahl am 3. Oktober 1999, konstatierte Norbert Lininger. Die SPÖ hatte bei einer Wahlbeteiligung von 80,42 % mit 1.532.448 Stimmen 33,15 % erlangt und war damit klar Erste, gefolgt von der FPÖ mit 1.244.087 Stimmen und der ÖVP mit 1.243.672 Stimmen, was für beide 26,91 % bedeutete. Der Politikologe Anton Pelinka faßte das in einem Kommentar so zusammen: „Derzeit scheint es keinen gangba-

ren Ausweg zu geben: Die Positionen, die SPÖ und ÖVP nach der Wahl vom 3. Oktober bezogen haben, lassen eine Regierungsbildung nicht zu. Deshalb gibt es auch zunächst keinen Auftrag zur Regierungsbildung an die SPÖ, sondern nur Sondierungsgespräche.“



Zwölf Tage nach der Wahl, am 15. Oktober 1999, nahmen Viktor Klima (r.), als Bundeskanzler der provisorischen Regierung und Außenminister Wolfgang Schüssel an einem EU-Sondergipfel im finnischen Tampere teil.

Ausgangspunkt dieser Malaise waren die Erklärungen der einzelnen Parteichefs. Viktor Klima, Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzender, hatte sich noch vor der Wahl festgelegt: Keine Koalition mit den Freiheitlichen unter Jörg Haider. Wolfgang Schüssel wiederum, Vizekanzler, Außenminister und ÖVP-Chef, erklärte – ebenfalls vor der Wahl – den „Gang in die Opposition“, wenn die ÖVP am

dritten Platz landen würde. Und genau das war eingetreten. Die ÖVP hatte zwar gleich viele Mandate errungen wie die FPÖ, doch um sage und schreibe 415 Stimmen weniger erhalten als die Freiheitlichen, deren Chef Jörg Haider vor und nach der Wahl erklärt hatte, seine Partei sei gegenüber jedem Mitbewerber offen. Da jedoch kurz nach der Wahl auch die ÖVP keine Koalition mit der FPÖ wollte, war eine Patt-Situation entstanden, aus der kein tragbarer Ausweg erkennbar war. Viktor Klima umwarb zwar fast täglich die ÖVP, um sie doch noch umzustimmen. Und Klima erwog für seine SPÖ, die zwar mit minus fünf Prozent das schlechteste Ergebnis seit 1945 eingefahren hatte, aber immer noch stimmenstärkste Partei war, als letzten Ausweg eine Minderheitsregierung. Doch der hatte man von Anfang an wenig Überlebenschancen gegeben.

Zentralfigur in den Bemühungen, aus dieser verzwickten Lage herauszukommen, war der Bundespräsident. Thomas Klestil wurden dazu von der Bundesverfassung auch gehörige Rechte eingeräumt.

Lesen Sie weiter auf der Seite 3 ➤

Die Seite 2



Grenzeinsatz durch das Bundesheer S 12



AdR-Politik künftig mutiger S 21



WED baut neues Wahrzeichen in Wien S 35



Trauer um Johanna Dohnal S 53



Krebs: »Ur-Gen« entdeckt S 56

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer; jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1 und 2: HOPI-Media; Bundesheer; Ausschuß der Regionen; beyer.co.at; SPÖ/Astrid Knie; Universität Innsbruck; ÖÖ Landesausstellung; Galleria Sabauda, Turin; Prof. Peter Schubert; Maria Krumwiede; Archiv Ulrich; Wörthersee Tourismus GmbH.

Aus dem Inhalt

Grenzeinsatz	12
Wahlrechtsreform 2010	15
Wien wollte es wissen	16
Zukunftsmarkt Indien	17
Expertise für Namibia	18
Bezirkspartnerschaft mit Brooklyn	19
»Towards an Arms Trade Treaty«	20
AdR-Politik künftig mutiger	21
»Kaiserball 2010« in München	23
Schutzmacht Österreich	26
Neue EU-Kommission gewählt	27
Eurobarometer-Umfrage	29
Wirtschaft belebt sich weiter	31
Erholung gefestigt	33
Ansiedlungs-Offensive	34
Wien: WED baut neues Wahrzeichen	35
A 9 Pyhrn Autobahn	37
Bier trotz(t) Krise	38
Qualitätsrindfleisch aus OÖ boomt	39
Rückgang bei Einbürgerungen	40
Lipizzaner am Heldenberg	42
Aussichtsturm am Pyramidenkogel	44
Unverzichtbares Engagement	45
AMA: Einzigartig in Europa	46
Jahrgang 2009 auch als Reserve	47
Ehrung für Peter Krömer	48
Informationen über Kaiserin Zita	49
Trauer um Johanna Dohnal	50
Rudolf Grimm: Wissenschaftler 2009	54
Geehrt: Oertl-Hilger und Kammer	55
Krebs: »Ur-Gen« entdeckt	56
Kontakt und Kalzium	57
Unerforschtes Enzym entschlüsselt	58
Logistikforschung in OÖ	59
Riesenbetonplatten auf Luftkissen	60
Modellregion für Elektromobilität	62
»Renaissance und Reformation«	64
Prinz Eugen – Feldherr, Philosoph und Kunstfreund	71
Herbert Boeckl. Retrospektive	77
Gipfeltreffen der Moderne. Das Kunstmuseum Winterthur	79
Im unsichtbaren Wien	81
Fotonotizen von Gerhard Roth	81
Serie »K.u.K. Jugendstil«: Otto Wagner und der Wandel seines Markenzeichens. Von Prof. Peter Schubert	82
Finnland spielt die erste Geige	85
Zentrum des Streichquartetts	87
Festival Arcana	88
Yamahja: Großartiger Nachwuchs	89
»Walls of Sound«	90
Film: Salami Aleikum	91
Serie »Österreicher in Hollywood«: Otto Preminger. Von Rudolf Ulrich	95
Fasten und Ostern im Klösterreich	98
Zu Ostern lockt der Wörthersee	99



»Renaissance und Reformation« S 64



Prinz Eugen im Unteren Belvedere... S 71



Serie K.u.K. Jugendstil: Otto Wagner... S 82



Film: »Salami Aleikum« S 91



Serie Hollywood: Otto Preminger S 95



Zu Ostern lockt der Wörthersee S 99

Innenpolitik

➤ Der Bundespräsident kann mit der Regierungsbildung beauftragen, wen er will. Er ernennt auch jedes Mitglied der Regierung und kann ihm nicht genehme Minister-Vorschläge ablehnen. Einziges Korrektiv ist das Parlament. Wenn dieses eine Regierung, die vom Bundespräsidenten ernannt wurde, ablehnt, dann muß das Staatsoberhaupt das Parlament auflösen und Neuwahlen anordnen.

Gerade das aber wollte im Winter 1999 niemand. Neuwahlen hätten den beiden noch-Regierungsparteien SPÖ und ÖVP nach Überzeugung der Meinungsforscher nur weitere Verluste eintragen. Zudem hätte eine Neuwahl wieder eine schöne Stange Geld gekostet, das die Parteien auch damals nicht hatten, die aber auch durch die vorgesehenen Finanzspritzen des Staates an die Parteien dem Bürger erneut Steuergelder gekostet hätten. Thomas Klestil war also gefordert, durch geschickte Diplomatie doch noch eine im Parlament mehrheitsfähige Regierung zu basteln.

Traditionell hat der Bundespräsident seit 1945 immer den Chef der mandatsstärksten Partei mit der Regierungsbildung beauftragt. Weil aber Viktor Klima zu diesem Zeitpunkt damit auf jeden Fall gescheitert war, ließ Klestil Klima vorerst nur „Sondierungsgespräche“ führen.

Die bisherige Regierung wurde also, verfassungskonform, von Thomas Klestil mit der Fortführung der Regierungsgeschäfte beauftragt. Und der Bundespräsident hat denn auch für die zu führenden Sondierungsgespräche klare Vorgaben gegeben: Die Parteien mußten danach ihre Vorstellungen zur künftigen Sicherheitspolitik in Europa (NATO ja oder nein), zur Neutralität, zum Standort Österreich und zu mehr objektiver Klarheit bei der Postenvergabe auf den Tisch legen. Erst wenn in diesen Fragen Konsens erzielt werde, könne über mögliche Koalitionen und letztlich über die Regierungsverantwortlichen verhandelt werden.

Mühsame Suche

Die Parteien indes hielten sich anfangs nicht an diese Vorgaben. Vor allem Viktor Klima erging sich in immer neuen Variationen einer künftigen Regierung, von der Koalition wie gehabt mit der ÖVP über eine Dreier-Koalition SPÖ-ÖVP-Grüne bis hin zu einer Minderheitsregierung. Klima hatte sich damit prompt eine Rüge des Bundespräsidenten eingehandelt. Am Nationalfeiertag – dem 26. Oktober – forderte Klestil in einer Fernsehansprache für die nächsten vier Jahre eine stabile Regierung und erteilte einem Minderheits-Kabinett eine deutliche Absage.



Am 4. Februar 2000 wird die neue österreichische Bundesregierung angelobt. Im Bild: Bundespräsident Thomas Klestil (r.) und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel.

Die Parteien verharren aber in ihrem Machtpoker und gerieten dabei zusehends in innerparteiliche Querelen. So forderte der mächtige Wiener Ex-SPÖ-Chef Hans Mayr in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Profil“, daß sich Klima auf den Parteivorsitz zurückziehen und das Kanzlergeschäft einem anderen SPÖ-ler überlassen soll. In diesem Zusammenhang konnte sich Mayr ohne weiteres auch eine Koalition mit den Freiheitlichen vorstellen. Mayr rückte damit von dem SPÖ-Credo „die FPÖ ausgrenzen“ ab und brachte Klima in eine unangenehme Lage: Klima hatte sich gemeinsam mit den SPÖ-Parteispitzen darauf festgelegt: „Keine Koalition mit der FPÖ“.

Massive Warnungen wurden laut

Die SPÖ war mit dieser Festlegung von den Sozialdemokraten in Europa, vor allem den deutschen, französischen und italienischen, bejubelt worden. Israel reagierte auf das Wahlergebnis vom 3. Oktober noch um einiges härter. Der israelische Außenminister Levy drohte mit dem Abbruch der Beziehungen, sollte die FPÖ in eine Koalitionsregierung aufgenommen werden.

Diese Warnungen hatten auch ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel vorsichtig gemacht. Er hatte sich vor der Wahl alle Koalitions-Optionen offengelassen. Doch dann verpaßte die ÖVP die zweite Position nach der SPÖ um nur 415 Stimmen und beschloß in Opposition zu gehen. Auguren unterstellten Schüssel damit einen taktischen Zug, der ihn,

wenn Klima mit der Regierungsbildung scheitern würde, möglicherweise in die Rolle des Kanzlerkandidaten und Regierungsmachers hieven würde. Er hätte, so die Beobachter, mit der FPÖ eine Koalition eingehen können – vor allem dann, wenn Jörg Haider als Landeshauptmann in Kärnten geblieben wäre. Eine Option, die auch von der Industriellenvereinigung vorerst unterstützt wurde. Doch die Kritik aus dem Ausland hatte die Industriellen offenbar um ihre Geschäfte fürchten lassen. Sie waren nämlich von dieser Version wieder abgerückt und forderten die ÖVP auf, mit den Sozialdemokraten erneut in eine Koalition zu gehen.

Die Freiheitlichen selbst hatten sich offenbar schon damit abgefunden, auch in der nächsten Legislaturperiode in Opposition zu bleiben. Jörg Haider freilich sagte, daß ihn eine Neuauflage der alten Koalition nur freuen könne. Denn dann sei er in vier Jahren garantiert an erster Stelle.

Nach Wochen schließlich scheiterten die rot-schwarzen Koalitionsverhandlungen – und Anfang Jänner hatten sich Blau und Schwarz schnell darauf geeinigt, es miteinander versuchen zu wollen. In nur zehn Tagen hatten ÖVP und FPÖ einen Koalitions-pakt ausverhandelt – und zwar ohne expliziten Auftrag des Bundespräsidenten. Thomas Klestil hatte vielmehr erkennen lassen, daß er diese Konstellation als Regierung nicht haben wolle. Doch nachdem Viktor Klima auch mit dem Versuch, eine Minderheitsregierung zusammenzubringen, auf der Strecke

Innenpolitik



Am 9. Februar 2000 hält Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (m.) flankiert von Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer (l.) und Außenministerin Benita Ferrero-Waldner (r.) im Plenum des Nationalrates die Regierungserklärung der ÖVP-FPÖ Koalitionsregierung. Im Hintergrund der 1. Nationalratspräsident, Heinz Fischer.

geblieben war, konnte sich Klestil nicht mehr verwehren. Die beiden neuen Koalitionspartner hatten eine satte Mehrheit von 104 der 183 Nationalratssitze.

Schon im Stadium der Koalitionsverhandlungen kamen allerdings aus dem europäischen Ausland Warnungen vor einer Beteiligung der Freiheitlichen Partei unter Jörg Haider an der österreichischen Bundesregierung. Diese Partei sei rassistisch, antieuropäisch und nationalsozialistisch eingestellt, hieß es – vor allem ihr Parteichef Haider. Gerüchte freilich wollten nicht verstummen, daß einerseits Viktor Klima seine sozialdemokratischen Freunde und Kollegen – die Mehrheit der EU-Staaten wird derzeit von Sozialdemokraten regiert – zum Protest aufgefordert hätte, andererseits soll auch Bundespräsident Klestil an der Protestkampagne mitgeholfen haben.

Die Sanktionen

Kurz vor der Vereidigung der neuen österreichischen Koalitionsregierung von ÖVP und FPÖ haben dann die 14 anderen EU-Staaten durch ihren damaligen Vorsitzenden, dem portugiesischen Ministerpräsidenten Antonio Guterres, die Sanktionsmaßnahmen gegen Österreich bekanntgegeben. Die Beziehungen mit Österreich wurden von der politischen Ebene auf Beamtenebene herabgestuft. Das bedeutete, daß österreichische Mi-

nister bei den sogenannten „Informellen Treffen“ der jeweiligen EU-Räte nicht dabei sein konnten. Das bedeutete, daß die österreichischen Botschafter in ihren Gastländern nur auf Beamtenebene verkehren konnten.

Wieso es zu dieser harten Maßnahme kam, erklärte der finnische Regierungschef Paavo Lipponen so: Thomas Klestil habe die Regierungschefs dazu gedrängt, die Sanktionen sofort bekanntzumachen. Denn innerhalb der EU-Regierungen habe vorerst nur Einigkeit darüber geherrscht, diese Sanktionen anzudrohen und darüber mit der österreichischen Regierung zu verhandeln. Klestils Vorstoß sei schuld gewesen, daß diese Sanktionen sofort und ohne Kontaktierung der Wiener Regierung in Kraft gesetzt worden waren – so der finnische Regierungschef. Der Bundespräsident stellte seine Mitwirkung an den EU-Sanktionen aber dezidiert in Abrede. Doch auch der dänische und der schwedische Ministerpräsident hatten von solchen Interventionen aus Wien berichtet.

Wenn man weiß, daß die einstige internationale Kampagne gegen Waldheim ebenfalls von Österreichern initiiert wurde, so glaubten viele, daß das eben seine Fortsetzung gefunden hatte. Ein Kommentator meinte, die österreichischen Sozialisten hätten gern internationale Helferleins, wenn es um den roten Machterhalt gehe.

Unter Quarantäne

Obwohl sich Völkerrechtler aus dem In- und Ausland über die Maßnahmen der 14 EU-Länder gegen ihren Partner Österreich verwundert zeigten und dafür keine rechtliche Handhabe in den Verträgen von Maastricht sowie in den vorhergegangenen EU-Verträgen finden konnten, waren die Sanktionen in Kraft. Nach den Regelwerken der Europäischen Gemeinschaft gab und gibt es aber keine Rechtsgrundlage für die Isolierung eines Mitgliedsstaates wegen der Bildung einer mißliebigen Regierung. Die Aussetzung von Rechten eines EU-Mitglieds ist nur bei „schwerwiegender und anhaltender Verletzung“ der Grundsätze von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit möglich. Realpolitiker in Österreich glaubten dennoch, daß die Sanktionen längere Zeit anhalten und das Verhältnis zwischen den 14 EU-Staaten und Österreich trüben würden.

Das hieß allerdings nicht, daß diese Sanktionen auch von der EU-Kommission mitgetragen wurden. Diese bisher beispiellose Aktion wurde denn auch als bilaterale Privatsache der europäischen Regierungschefs verkauft. Die EU-Kommissare teilten ausdrücklich in einem Kommuniqué mit, daß die Arbeitsbeziehungen mit den österreichischen Behörden in vollem Umfang aufrechterhalten würden.

Österreich stand dennoch unter einer Art politischer Quarantäne. Ja mehr noch: Gegen Jörg Haider, der sich einen internationalen Ruf als Rechtspopulist mit einem „losen Mundwerk“ erworben hatte, war eine Kampagne von bisher noch nie dagewesener Heftigkeit gestartet worden. Jörg Haider prangte im Februar 2000 in allen internationalen politischen Magazinen auf dem Cover, von „Time“ über „Newsweek“ bis hin zu allen europäischen Zeitschriften. Dort wurde Haider des Rassenhasses, der Ausländerfeindlichkeit und der Nazi-Nähe, wenn nicht sogar als „Nazi“ bezichtigt. Nach der Devise „only bad news are good news“ wurde Jörg Haider immer mehr als der leibhaftige „Gottseibeius“ in den Medien hochstilisiert. Alle seine Versicherungen, er sei ein Demokrat und seine Partei sei in Österreich von 27 Prozent der Bevölkerung demokratisch gewählt worden, fruchteten nichts.

Österreich ist der Prügelknabe einer grotesken Internationale

Inzwischen war den internationalen Medien und Kritikern der österreichische „Buhmann“ allerdings abhanden gekommen. Jörg Haider war von seinem Vorsitz als

Innenpolitik



Mit der Angelobung von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (l.) durch Bundespräsident Heinz Fischer am 11. Jänner 2007 ist die »Wende« Geschichte.

FPÖ-Obmann zurückgetreten und hatte sich „als einfaches FPÖ-Mitglied“ auf seinen Landeshauptmannposten in Kärnten zurückgezogen.

Doch auch die Sozialdemokraten hatten ihren Vormann Viktor Klima eingebüßt. Klima hatte Ende Februar sein Nationalratsmandat zurückgelegt und sich als Parteichef verabschiedet. Sowohl SPÖ wie auch FPÖ wurden deshalb von designierten Parteichefs verwaltet: die SPÖ von Alfred Gusenbauer, die FPÖ von Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer, ebenfalls studierte Juristin. Sie stand vor der schweren Aufgabe, die FPÖ von ihrem Geruch der Europafeindlichkeit und des Rassismus zu befreien. Denn die Scharfmacher-Staaten in der EU – allen voran Belgien, aber auch Frankreich und Deutschland – drohten die Sanktionen noch zu verstärken. Und Belgiens Außenminister Louis Michel erklärte sogar, Österreich bleibe unter faktischer Quarantäne, solange die FPÖ in der Regierung sei. In einem anderen Zusammenhang ging Michel noch weiter: sein ganzes Streben sei darauf gerichtet, die österreichische Regierung zu stürzen.

Angesichts der Tatsache, daß Österreich innerhalb der EU die beständigste Demokratie aufweist, meint der ehemalige langjährige ORF-Generalintendant Gerd Bacher, die EU befinde sich „im politischen Rinderwahn“. In einem Gastkommentar in der Tageszeitung „Die Presse“ schrieb er: „Österreich ist der Prügelknaube einer grotesken Internationale, die aus unterschiedlichen

Motiven und Interessen auf das Land eindrischt. Unsere Hoffnung ist daher nicht die Wahrheit, sondern der nächste Prügelknaube.“ Und weiter: „Die kleinen EU-Staaten sind gut beraten, wenn sie auf dem Einstimmigkeitsprinzip bestehen, andernfalls sind sie schutzlos dem ideologischen Verfolgungswahn ausgesetzt“.

Wenig aufgeregte Mehrheit

Während in Österreich die Oppositionspolitiker, ein Protestpotential von etwa 15 Prozent der Bevölkerung sowie viele Kulturschaffende die schwarz-blaue Regierung vehement angriffen und immer wieder auch Demonstrationen veranstalteten, war die Mehrheit der Bevölkerung überraschend wenig aufgeregt. Nach Umfragen hatten über 60 Prozent der Österreicher gefordert, die neue Regierung „endlich arbeiten zu lassen“. Mehr als 70 Prozent der Bevölkerung waren nach einer anderen Umfrage dafür, trotz der Sanktionen weiter in der EU zu verbleiben. Herr und Frau Österreicher hatten sich an die mannigfaltigen Vorteile der EU bereits gewöhnt und wollten sie nicht mehr missen. Eine erhebliche Mehrheit war auch für die Einführung des Euro ab 2002.

Die neue Regierung hatte zwar keinen besonderen Start gehabt, das gab selbst Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zu. Doch er machte die ungewöhnlichen Umstände, den übergroßen Druck von innen und außen dafür mitverantwortlich und versprach, daß diese Regierung ihre Erfolgsgeschichte in

den kommenden drei Jahren aber noch schreiben werde.

Auf »Exit Strategy« wurde vergessen

Internationale Beobachter und Juristen kritisierten inzwischen immer deutlicher, daß die 14 EU-Staaten bei ihren Sanktionen gegen Österreich die „Exit Strategy“ vergessen hatten. Denn schon zeigte sich, daß die EU-Staaten im Grunde ratlos waren, wie sie in Zukunft mit dem ungezogenen Austria umgehen sollten. Und die neue österreichische Bundesregierung setzte auf Zeit und wartete ab, wie sich die EU-Regierungschefs anstellen würden, wenn es um die großen Entscheidungen gehe: Osterweiterung, Vertiefung der Gemeinschaft.

Historisch, wenn auch EU-rechts nicht gedeckt, waren die EU-Strafmaßnahmen gegen Österreich allemal. Alfred Payrleitner schrieb denn auch in einem „Kurier“-Kommentar: „Eines ist wohl sicher: Dieses Jahr 2000 wird in Österreichs Geschichte mit ähnlicher Bedeutung wie 1945 (Kriegsende), 1955 (Staatsvertrag) oder 1995 (EU-Beitritt) eingehen.“ Und weiter: „Heuer ist allen klar geworden, wofür wir uns vor fünf Jahren entschieden haben. Für den weitgehenden Verzicht auf die eigene Souveränität.“

Heute, zehn Jahre später, wurde vielfach Bilanz gezogen darüber, was von dieser „Wende“ im Frühjahr 2000 übriggeblieben sei. Im Gegensatz zu den ausschließlich konträren Standpunkten von früher, sieht man das heute gelassener. Eindeutig zeigt sich jedoch, daß vieles, was Wolfgang Schüssel damals mit der FPÖ umsetzen wollte, gelungen ist, vieles aber auch nicht. Anfang Februar sind in heimischen Tageszeitungen und Magazinen Interviews mit Zeitgenossen erschienen, die verschiedenste Darstellungen vermitteln. Wir haben fünf davon ausgewählt und beim „Standard“, bei „Österreich“, den „ÖÖNachrichten“, den „Salzburger Nachrichten“ und bei der „Wiener Zeitung“ um Abdruckerlaubnis gebeten und diese dankenwerterweise auch erhalten. Lesen Sie daher auf den folgenden Seiten die Interviews mit dem damaligen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer, SPÖ-Vorsitzendem Alfred Gusenbauer, dem Bundessprecher der Grünen, Alexander Van der Bellen, und dem Historiker Oliver Rathkolb.

Diese Chronologie entstand auf Basis zweier Beiträge von Norbert Lininger, der damals im „Österreich Journal“ das Ressort Politik leitete.

»Das wird mir immer nachhängen«

Für Wolfgang Schüssel, Bundeskanzler der schwarz-blauen Koalition ab dem Februar 2000, gibt es nichts zu rechtfertigen. »Es war so, und ich stehe dazu.« Im Interview mit Michael Völker vom »Standard« rechnet er mit den Sanktionen der EU 14 ab – und bereut einen einzigen Satz

Der Standard: Sie haben sicher die Berichterstattung anlässlich des zehnten Jahrestages der schwarz-blauen Regierung und der Verhängung der Sanktionen verfolgt. Fühlen Sie sich gerecht beurteilt?

Schüssel: Das ist eine unzulässige Frage. Das sollen die Journalisten bewerten, und die Leser werden sich selbst ihr Urteil bilden. Das ist Geschichte, für mich ist das Kapitel erledigt. Wenn ich irgendetwas dazu beitragen kann, um das eine oder andere aufzuheilen, in Ordnung, aber ich brauche nichts verteidigen, ich brauche nichts rechtfertigen, es war so und ich stehe dazu.

Der Standard: Dieses Kapitel scheint aber noch längst nicht aufgearbeitet zu sein, da schwirren jede Menge Thesen und Verschwörungstheorien herum. Sie selbst hatten damals eine sozialistische Verschwörung aufgeworfen, die zur Verhängung der Sanktionen geführt habe. Das wird je nach Sichtweise sehr unterschiedlich erzählt. Was ist denn Ihre Fassung?

Schüssel: Das ist vollkommen klar. Von den Sanktionen erfuhr ich durch ein Telefonat am 31. Jänner. Der damalige portugiesische Außenminister hat mich von den Maßnahmen der EU 14 gegen uns informiert. Ich hatte mit ihm eine sehr heftige Auseinandersetzung, habe ihm gesagt, daß die Sanktionen vollkommen ungerechtfertigt sind, dafür gibt es weder eine rechtliche Basis noch sonst etwas.

Der Standard: Andreas Khol berichtet im „Standard“ von einem Telefonat mit Jacques Chirac ein paar Tage früher, da wurde schon etwas angekündigt, und es gab doch im Dezember dieses Treffen in Istanbul, da wurden Sie angesprochen...

Schüssel: Das sind zwei Paar Schuhe. Andreas Khol hat auf meine Bitte Präsidenten Chirac kontaktiert. Von konkreten Maßnah-

men war da keine Rede, da hieß es ganz allgemein, Österreich wird schwer bezahlen oder so ähnlich. Das Gespräch in Istanbul war Wochen vorher, das war ein OSZE-Treffen. Bundespräsident Klestil hat mich zum Tisch



Wolfgang Schüssel, Bundeskanzler von 4. Februar 2000 bis 11. Jänner 2007

mit Jacques Chirac gebeten. Chirac hat sehr allgemein gesagt, das könnt ihr nicht machen. Ich habe gesagt, es ist ja noch nichts entschieden, wir verhandeln mit den Sozialdemokraten, es ist allerdings schwierig, aber wir bemühen uns.

Der Standard: Sie hätten Chirac versprochen: Jamais, also niemals mit der FPÖ.

Schüssel: Unsinn. Erstens habe ich mit Chirac englisch gesprochen und nicht französisch,



und zweitens habe ich ihm gesagt, daß wir mit den Sozialdemokraten verhandeln und durchaus auf einem Weg sind, der möglicherweise auch zu einem positiven Ergebnis führt. Was ja auch der Fall war. Wir haben schließlich einen fertigen Koalitionsvertrag mit den Sozialdemokraten gemacht, den ich mühsam durch meinen Parteivorstand durchgebracht habe. Klima ist in seinem Parteivorstand aber gescheitert. Aber das ist bekannt. Interessanter ist eher die Frage, wie die Sanktionen zustande gekommen sind.

Der Standard: Sie haben sicher eine Theorie.

Schüssel: Ich war nicht dabei. Aber einige Regierungschef haben mir später in privaten Gesprächen erzählt, daß sie zögernd waren oder eben nicht dafür gewesen sind, aber jedem einzelnen hat man gesagt „du bist der letzte, es kommt nur mehr auf dich an, alle anderen haben schon zugestimmt“. Das hat objektiv nicht gestimmt.

Der Standard: Von wem ist das ausgegangen?

Schüssel: Das müssen die beantworten, die dabei gewesen sind. Da hilft das Spekulieren nichts. Und das ist nicht meine Aufgabe.

Der Standard: Thomas Klestil war dabei, aber der lebt nicht mehr.

Schüssel: Ich glaube, daß die Rolle von Thomas Klestil überschätzt wird. Das wäre nicht fair, ihm jetzt die Sanktionen alleine in die Schuhe zu schieben. Er wird, vielleicht auch mißverständlich, dazu beigetragen haben, daß manche das Gefühl bekommen haben, daß die Sanktionen in Österreich vielleicht gar nicht so unerwünscht sind. Aber auch das ist Spekulation.

Der Standard: Als Sie im Jänner 2000 mit der FPÖ zum Abschluß gekommen sind, war

Innenpolitik

Ihnen da bewußt, was das für Reaktionen hervorrufen wird?

Schüssel: Die Sanktionen sind ja ein paar Tage vor der Angelobung angekündigt worden. Natürlich haben wir das dann gewußt. Und wir haben uns mit allen Kräften dagegen gewandt. Wir haben international sehr intensiv darum geworben, daß diese Maßnahmen schnell wieder aufgehoben werden.

Der Standard: Aber kurzfristig haben Ihnen die Sanktionen politisch doch genutzt, da gab es einen Außenfeind und zum Teil eine Solidarisierung mit der Regierung.

Schüssel: Nein. Es hat keinen Nutzen gegeben. Es hat nur geschadet und zwar hat es allen geschadet. Es hat – das sage ich als wirklich glühender Europäer – auch der europäischen Idee gerade in Österreich geschadet. Das war politische Willkür. Man hat versucht, eine legitime und legale – das darf man hier nie auseinanderhalten – Vorgangsweise unmöglich zu machen. Da sind alle Grundsätze mit Füßen getreten worden. Das ist unfassbar. Im Nachhinein ist es noch absurder als damals.

Der Standard: Aber die nächste Wahl haben Sie überlegen gewonnen. Da haben die Sanktionen doch auch mitgeholfen, oder?

Schüssel: Das ist eine Banalisierung der Geschichte, dies in einen Kontext zu bringen. Die Menschen haben gemerkt, da ist eine Regierung am Ruder, ein Team, ich lege sehr großen Wert auf Team, ein Team, daß sich wirklich anstrengt gute Arbeit zu machen. Die Wahl 2002 war ein Vertrauensbeweis für dieses Team.

Der Standard: Ihre Ansage „Wenn wir Dritte werden, gehen wir in Opposition“ fiel ja ohne große Not. Und es kam anders. Später wurde Ihnen dann Lüge vorgeworfen, und es entstand für diese Koalition das gefügelte Wort: „Es gilt das gebrochene Wort“. Wie sehr haben Sie Ihre Oppositionsansage aus 1999 später bereut?

Schüssel: Das muß man im damaligen Zusammenhang sehen. Wir waren in den Umfrage weit zurück, glaubten aber, gute Arbeit geleistet zu haben. Mit den Sozialdemokraten wurde gemeinsam der EU-Beitritt ermöglicht. Dann kam eine Durststrecke, das hat jeder gespürt. Reformstau. Großer Frust. Die beharrlichen Kräfte vor allem auf der sozial-

demokratischen Seite haben viel verhindert, aber die Volkspartei ist dafür gestraft worden. Die Freiheitlichen sind immer stärker geworden, sie haben uns in Umfragen deutlich überholt, sind auf die 30 Prozent unterwegs gewesen. Daher diese Ansage: Wir geben uns sicher nicht mehr zufrieden als Mehrheitsbeschaffer für die Beharrungskräfte. Dadurch ist eine gewaltige Mobilisierung im Wahlkampf entstanden. Ich war bis zum Schluß, bis zum Auszählen der letzten Wahlkarte überzeugt, wir schaffen Platz zwei. So gesehen war diese Mobilisierung völlig richtig. Aber natürlich ist mir diese Oppositionsaussage nachgehängt. Das war mir völlig klar. Wir wollten auch in Opposition gehen. Aber das ist ja damals von allen Seiten heftig kritisiert worden: Vom Bundespräsidenten bis zu allen Medien inklusive „Standard“ hat es geheißen, die ÖVP darf sich nicht verweigern, muß mitun. Ich habe gewußt, dieser eine Satz wird mir ewig nachhängen. Damit muß ich leben. Das wäre übrigens genauso gewesen, wenn wir in eine große Koalition gegangen wären, da hätte man mir das auch vorgehalten, nur wäre halt die Aufregung deutlich geringer gewesen. Viele, die damals mit dem Flammenschwert aufgetreten sind, hätten wohl etwas milder reagiert. Aber so ist das Leben. Dies war auch der Grund, warum ich anderen die Spitzenfunktion in der Regierung angeboten habe. Es ging nicht um meinen Ehrgeiz.

Der Standard: Wäre aus heutiger Sicht eine Koalition mit dem BZÖ oder der FPÖ möglich?

Schüssel: Das müssen jene beurteilen, die die Entscheidung zu treffen haben. Nur: Es gibt immer zwei Kriterien. Wer demokratisch legitimiert ist, im Parlament zu sitzen, darf nicht prinzipiell ausgegrenzt werden. Also dieses Stück Normalität ist völlig in Ordnung, das muß möglich sein. Im Übrigen genauso wie eine Regierungsbeteiligung der Grünen. 2003 habe ich sehr intensiv um die Grünen geworben. Van der Bellen hätte das durchaus interessant gefunden, aber es gelang nicht. Das ist die eine Frage. Die andere: Ist das ein Partner, dem man vertrauen kann? Der bereit ist, das Notwendige zu tun, die längersfristigen Dinge für wichtiger zu halten als kurzfristige Meinungsumfragen oder den Zuruf eines Zeitungsherausgebers? Das ist 2000 nach langen Verhandlungen durch die Präambel und den Koalitionsvertrag mit der FPÖ möglich gewesen. Heute habe ich persönlich meine Zweifel, ob das mit H.C.

Strache und seinem Team möglich wäre. Mit Riess-Passer und ihrem Team war das damals eine andere Partei, das waren Profis.

Der Standard: Ein paar Dilettanten waren damals aber schon dabei.

Schüssel: Das ist wahrscheinlich in jeder Regierung so, daß es stärkere und schwächere gibt. Aber in Summe war das ein gutes Team. Ich gebe schon zu, es war nicht mit allen so einfach. Aber mit meinem Team auf ÖVP-Seite war ich sehr zufrieden, das war erstklassig, da hat es keinen einzigen gegeben, der mich je enttäuscht hat.

Der Standard: Damals war die große Koalition daran schuld, daß die FPÖ so zulegen konnte und möglicherweise auf dem Weg zur stärksten Partei war. Wenn man das auf heute umlegt müsste man befürchten: Eine Legislaturperiode große Koalition noch und Strache wird Kanzler.

Schüssel: Ich glaube nicht, daß sich Geschichte so plump wiederholt, wie Sie das jetzt formuliert haben. Ich habe 2006 ja selbst noch die Koalition mit der SPÖ verhandelt, weil ich gewußt habe, das ist der richtige Weg, um Stabilität zu garantieren.

Der Standard: Diese Regierung hat sich aber nicht als sehr stabil erwiesen, die hat eineinhalb Jahre gehalten.

Schüssel: Aber es war dennoch ein Glück, daß in Zeiten dieser Wirtschaftskrise die große Koalition da war. Der weithin unterschätzte Wilhelm Molterer hat eigentlich den Grundstein dazu gelegt, daß Österreich sich in der Krise hervorragend behauptet hat. Und hätte es diesen merkwürdigen und nach wie vor empörenden Brief von Gusenbauer und Faymann an die „Kronen Zeitung“ hinsichtlich Referendum über europäische Fragen nicht gegeben, also welche Sicherungen da durchgebrannt sind, ist mir bis heute nicht klar, dann hätte es diese Regierung vielleicht noch immer gegeben. Und das wäre vielleicht nicht schlecht gewesen für Österreich.

Wolfgang Schüssel (64) war vom 4. Februar 2000 bis zum 11. Jänner 2007 Bundeskanzler. Danach war er Klubobmann, seit 2008 ist Schüssel nur noch Abgeordneter. Das Interview führte Michael Völker, „Der Standard“ – das „Österreich Journal“ dankt dafür, es hier veröffentlichen zu dürfen.
<http://www.derstandard.at>

»Was 2000 wirklich lief«

Exakt 10 Jahre nach der von wütenden Protesten begleiteten Angelobung erinnert sich die damalige FPÖ-Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer im Interview mit der Tageszeitung »Österreich«.

Österreich: Sie haben nie in Interviews oder in einem Buch die Bilanz von Schwarz-Blau gezogen. Warum nicht?

Riess-Passer: Es ist ohnehin alles bekannt, und meine persönliche Befindlichkeit würde ich gerne für mich behalten. Ich sehe die schwarz-blaue Regierungszeit heute so wie alte Kriegsveteranen, die an ihre alten Schlachten denken. Man wird sentimental, erinnert sich gern – aber die Dinge sind abgeschlossen. Das Kapitel Politik ist für mich beendet – ein für alle Mal. Ich gebe dieses Interview auch nur, damit nicht der Eindruck entsteht, daß ich mich für diese Regierungszeit genießen würde – ich bin im Großen und Ganzen stolz darauf, was wir geleistet haben in diesen zwei Jahren Regierungszeit – obwohl wir natürlich auch Fehler gemacht haben.

Österreich: Sind Sie mit Schwarz-Blau gescheitert?

Riess-Passer: Ich betrachte mich insofern als gescheitert, als ich gerne bewiesen hätte, daß die FPÖ dauerhaft regierungsfähig ist, daß sie das Land auch nachhaltig verändern kann – daß die FPÖ Österreich die Reformen bringen kann, die das Land so dringend braucht. Da bin ich gescheitert – an der FPÖ, an Haider, an Knittelfeld.

Österreich: Sie sind in diese Regierung gegangen nach einem triumphalen Wahlsieg. Unter ihrer Führung erreichte die FPÖ 1999 fast 27 Prozent und Platz 2.

Riess-Passer: Es war Haiders Wahlsieg – er war das Gesicht nach außen, ich habe die Partei nach innen organisiert. Haider wollte vom Tag des Wahlsiegs weg in die Regierung – ich war dagegen. Meine Meinung war: Die FPÖ ist für die Regierung noch nicht bereit, wir müssen uns erst vorbereiten, Strukturen und Inhalte aufbauen. Haider hat gesagt: Das ist die einmalige Chance zur Regierung – wir siegen uns sonst zu Tode.

Österreich: Wie kam es dann zu Schwarz-Blau? Wie hat es Haider geschafft, die ÖVP aus der Großen Koalition loszueisen?

Riess-Passer: Man hat gespürt: SPÖ und ÖVP können nicht mehr miteinander. Und am Beginn der ganzen Geschichte stand eigentlich ein Angebot der SPÖ. Die SPÖ hat bei uns vorgefühlt, ob wir eine Minderheitsregierung der SPÖ unterstützen würden. Das Angebot war: Wir tolerieren eine SPÖ-Minderheitsregierung, sie geben uns zwei unabhängige Minister, machen uns interna-



Susanne Riess-Passer, Vizekanzlerin und Bundesministerin für öffentliche Leistung und Sport, im Frühjahr 2001

tional salonfähig und nach einem Jahr kann man über eine echte Koalition Rot-Blau reden. Das war dem Jörg zu wenig und er hat begonnen, bei der ÖVP für eine echte Koalition vorzufühlen. Dann ging alles ganz schnell. Die ÖVP hat von der SPÖ den Finanzminister gefordert, die haben Nein gesagt. Haider hat öffentlich gesagt, er steht zur Verfügung. Und das war der Start.

Österreich: Wie sind Sie zur Vizekanzlerin geworden?

Riess-Passer: Ich wollte immer, dass Haider den Vizekanzler selbst macht. Er wollte in Kärnten bleiben, erst bei der nächsten Wahl als Kanzler nach Wien gehen. Daraufhin hat

er im Gespräch mit Schüssel den Herbert Scheibner und mich als mögliche Vizekanzler genannt. Es war witzig: Schüssel wollte Scheibner, weil er ihn aus dem Parlament gut kannte. Das hat den Jörg so misstrauisch gemacht, dass er gesagt hat: Wenn der Schüssel unbedingt den Scheibner will, dann muß es die Susanne machen. So war der Jörg – mißtrauisch vom Start weg.

Österreich: Wie haben Sie Schüssel erlebt?

Riess-Passer: In meinem Erleben war Schüssel der mit Abstand beste Politstrateg in Österreich. Er ist immer perfekt vorbereitet, plaudert nicht, sondern kommt wie ein Schachspieler Zug um Zug rasch zum Ergebnis. Unsere Annäherungsphase war nicht einfach.

Österreich: Weil er dachte, er trickst Sie aus?

Riess-Passer: So ähnlich. Man muß sich seinen Respekt erarbeiten – aber dann war er ein loyaler Partner.

Österreich: Heute vor zehn Jahren – am 4. Februar 2000 – sind Sie auf der Flucht vor Tausenden Demonstranten durch einen unterirdischen Gang zur Angelobung in die Hofburg marschiert. War das ein tragischer Auftakt?

Riess-Passer: Tragik ist zu viel gesagt, aber ich war damals sehr verärgert, weil ich unbedingt oben über den Ballhausplatz gehen wollte – Demonstranten hin oder her. Man hat uns gesagt: „Ihr müßt durch den Tunnel.“ Und ich sagte wütend: „Nein, ich gehe niemals durch den Tunnel.“ Dann kam der Chef der Stadtpolizei und hat mich regelrecht angefleht: „Nehmen Sie Rücksicht auf die Gesundheit meiner Polizisten, es wird Verletzte geben, helfen Sie uns.“

Österreich: Dann kamen sofort die Sanktionen der EU. War das ein Schock?

Riess-Passer: Ich wußte, irgendwas kommt, der Eklat mit der EU lag in der Luft. Das hat

ÖSTERREICH

sich hochgeschaukelt, völlig irrational und durchaus auch mit dem Zutun einiger Protagonisten aus Österreich.

Österreich: Wie haben Sie den Regierungsstart erlebt?

Riess-Passer: Sehr turbulent. Ich hatte so wahnsinnig viel zu arbeiten, bin gar nicht zum Nachdenken gekommen. Ich mußte in Tag- und Nachtarbeit ein Team aufbauen, die Infrastruktur, die Abläufe der Regierung – wir haben in Rekordzeit das Budget saniert, die Pensionsreform geschafft, das Kindergeld eingeführt. Und das alles unter dem Trommelfeuer der Medien, die Tag für Tag geschrieben haben, das ist die grässlichste, peinlichste Regierungsmannschaft aller Zeiten, eine Buberl-Partie, Haider's Sekretärin regiert Österreich, das Land geht kaputt.

Österreich: Wie war das Verhältnis zu Haider?

Riess-Passer: Am Anfang der Regierungszeit großartig. Er hat uns als Regierungsteam öffentlich verteidigt, hat im Hintergrund die Fäden gezogen als Parteiboss und im Koalitionsausschuß. Der Bruch kam aber schon nach einem Jahr bei der Wienwahl. Die FPÖ hat sieben Prozent verloren. Haider, der sich im Wiener Wahlkampf gegen meinen Rat besonders heftig engagiert hat, ist plötzlich auf Konfrontation mit mir gegangen und hat mir öffentlich vorgeworfen, dass wir als schwarz-blaue Regierung eine „Politik ohne Herz“ machen. Das war der Punkt, wo ich zum ersten Mal gesagt habe: Gut, dann mach' es selber!

Österreich: Warum der Krach?

Riess-Passer: Es war eigenartig: Je professioneller wir in der Regierung geworden sind, je besser die persönlichen Umfragewerte von Grasser und mir wurden, umso stärker wurde der Druck von ihm und von der Partei. Ich habe immer appelliert: Lassen wir uns nicht auseinanderdividieren, halten wir zusammen. Aber die FPÖ war immer weniger bereit, die nötigen unpopulären Maßnahmen zu beschließen, die eine gute Regierung treffen muss. So lief es schon nach einem Jahr hinter den Kulissen der FPÖ auf den Crash hinaus, und irgendwann war diese Entwicklung nicht mehr zu bremsen.

Das Interview erschien in der Tageszeitung „Österreich“ – das „Österreich Journal“ dankt dafür, es hier veröffentlichen zu dürfen.

»Die Hemmschwelle ist gesunken«

Im Interview mit den »Salzburger Nachrichten« analysiert der damalige SPÖ-Vorsitzende Alfred Gusenbauer die vergangenen zehn Jahre und das Wiedererstarken der politischen Rechten in Österreich.

Salzburger Nachrichten: Vor zehn Jahren wurde die Regierung Schüssel/Riess-Passer angelobt. War das tatsächlich jene „Wende“, als die sie gemeinhin interpretiert wurde?

Gusenbauer: Es war insofern eine Wende, als zum ersten Mal eine Partei des politischen Randes Teil einer österreichischen Bundesregierung geworden ist. Überdies handelte es sich um den Versuch, auch in Österreich jene neoliberale Politik durchzusetzen, wie es sie in anderen Teilen der Welt gegeben hat.

Salzburger Nachrichten: Hat sich Österreich verändert?

Gusenbauer: Ja. Erstens sind viele Dinge, die vorher nie gesagt worden wären, Schritt für Schritt salonfähig geworden. Früher gab es Tabubereiche der politischen Auseinandersetzung, doch die Hemmschwelle ist gesunken. Zweitens: Der Versuch, Österreich nach einem neoliberalen Modell umzugestalten, ist nur in Bruchstücken gelungen. Sodaß man bei aller Kritik an der Verteilungssituation immer noch von Österreich als einem Modell des Sozial- und Wohlfahrtsstaats reden kann. Der neoliberale Angriff ist weitestgehend nicht geglückt.

Salzburger Nachrichten: Hat es diesen Angriff überhaupt gegeben? Oder haben die Kritiker der Wende unrecht gehabt, die damals warnten, Österreich werde sich von seinen demokratischen und sozialen Standards verabschieden?

Gusenbauer: Klarerweise ist Österreich heute noch eine Demokratie, das ist überhaupt keine Frage. Ich würde auch nicht sagen, daß es die Absicht der „Wende“-Regie-

rung war, die Demokratie zu beseitigen. Solche Veränderungen passieren schleichend. Gerade die angestrebten Veränderungen im Bereich des Sozial- und Wohlfahrtsstaats sind auf erhebliche Widerstände gestoßen, denken Sie an die großen Demonstrationen gegen die Pensionsreform. Die schwarz-blaue Regierung mußte einige ihrer Vorhaben wieder zurückziehen, etwa die Ambulanzgebühr und die Unfallrentenbesteuerung.

Salzburger Nachrichten: Ist mit dem Regierungseintritt der Haider-FPÖ vor zehn Jahren die Hemmschwelle gesunken, was die Koalition mit rechten Parteien betrifft?

Gusenbauer: Zumindest in der ÖVP ist diese Neigung vorhanden.

Salzburger Nachrichten: Auch die SPÖ scheint nicht immun zu sein, wenn ich an die „Chianti-Koalition“ denke, die SPÖ und FPÖ 2004 unter Haider's Führung in Kärnten geschlossen haben.

Gusenbauer: Das war keine Koalition, sondern ein Abkommen, um gemeinsam ein Landesbudget zu beschließen. Aber es ist festzuhalten, daß diese Frage auf Länderebene auch in der SPÖ differenziert betrachtet wird. Und man muß feststellen, daß auch in ganz Europa Regierungsbildungen unter Einschluss des politischen Randes mittlerweile nicht mehr ausgeschlossen sind, etwa in Italien und der Slowakei.

Salzburger Nachrichten: Wie beurteilen Sie das Wiedererstarken des Dritten Lagers in Österreich? Der jetzige FPÖ-Chef Strache ist ja erfolgreich wie einst Haider.

Gusenbauer: Das hat in erster Linie damit zu tun, daß es ihm gelingt, die Ausländerfrage als Hauptmovers der Politik zu definieren, von der alle anderen Fragen abgeleitet werden. Und zweitens hat er, ähnlich wie

Salzburger Nachrichten
www.salzburg.com

Innenpolitik

damals Haider, durch Inszenierungsformen Zugang zu den verschiedensten Bevölkerungsschichten gefunden, vor allem zu jüngeren Wählerinnen und Wählern.

Salzburger Nachrichten: Angesichts der Politik der Strache-FPÖ muß man konstatieren: Die Behauptung der „Wende“-Befürworter, daß Schüssel die FPÖ gezähmt habe, hat sich als falsch herausgestellt.

Gusenbauer: Die Zähmung war nicht nachhaltig. Wenn es Schüssels Strategie gewesen sein sollte, das Dritte Lager durch die Regierungsbeteiligung zu schwächen, dann hat das nicht funktioniert. Das war aber gar nicht Schüssels Absicht. Seine Absicht war, in einer mißlichen Situation – nämlich bei den Nationalratswahlen Dritter geworden zu sein – seinen eigenen Kopf zu retten.

Salzburger Nachrichten: Es gibt zwei Wahrheiten, was die Betrachtung der „Wende“ betrifft. Die einen sagen, die ÖVP-FPÖ-Koalition wurde nur gebildet, weil SPÖ-Chef Klima den mit der ÖVP bereits paktierten Regierungspakt im Parteivorstand nicht durchgebracht habe...

Gusenbauer (verzieht angewidert das Gesicht)

Salzburger Nachrichten: Ihrer Mimik entnehme ich, daß Sie der zweiten Denkschule angehören: Schüssel hätte demzufolge auch während der Verhandlungen mit der SPÖ nie ein anderes Ziel gehabt, als mithilfe der FPÖ Bundeskanzler zu werden.

Gusenbauer: Schüssel hat 1999 (*bei der herbstlichen Nationalratswahl, Anm.*) das schlechteste Wahlergebnis gehabt und ist Dritter geworden. Wenn man die ÖVP kennt, weiß man, was nach einer solchen Wahl passiert: Wäre Schüssel als Juniorpartner in eine Regierung mit der SPÖ eingestiegen, wäre seine Ära als Parteichef in einem halben Jahr vorbei gewesen. Seine einzige Überlebensebene bestand darin, selbst Bundeskanzler zu werden. Und das ging nur mit der FPÖ.

Salzburger Nachrichten: In der Schweiz werden Minarette abgelehnt. In Italien geht die Bevölkerung gewaltsam gegen Migranten vor. In Österreich formieren sich der Volkszorn und die Politik gegen ein Asyl-erstaufnahmезentrum. Ist etwas ins Rutschen gekommen in Europa?

Gusenbauer: Wir merken natürlich die politischen Auswirkungen der enormen ökonomischen Brüche, die stattgefunden haben. Die Globalisierung, die im Prinzip eine Erfolgsgeschichte gewesen ist, hat zu einer weitreichenden Veränderung der Verteilungsverhältnisse geführt. Dabei gibt es auch Verlierer, und zwar in ganz erheblichem Ausmaß. Es hat sich ein antieuropäischer, anti-internationalistischer Reflex entwickelt. Dieser äußert sich in verschiedenen Aspekten: etwa in der Skepsis gegenüber der EU. Oder im Umstand, daß ausländische Mit-

bürger als Bedrohung für den eigenen Wohlstand empfunden werden. Es handelt sich um einen rückwärtsgewandten Reflex, man sehnt sich nach der vermeintlich heilen Welt der Vergangenheit. Diese Rückwärtsgewandtheit macht es schwieriger, in einer politischen Auseinandersetzung konstruktive Lösungen umzusetzen.

Das Interview führte Andreas Koller, von den „Salzburger Nachrichten“ – das „Österreich Journal“ dankt dafür, es hier veröffentlichen zu dürfen.

<http://www.salzburg.com>

»Ohne Bedauern, daß diese Zeit vorbei ist«

Über Schwarz-Blau und die vergebene Chance auf Schwarz-Grün, die er bedauert, aber nicht bereut, sprach Ex-Grünen-Chef Alexander Van der Bellen im Interview mit den »OÖNachrichten«.

OÖNachrichten: Heute vor zehn Jahren ist erstmals eine schwarz-blaue Regierung angelobt worden. Mit welchen Gefühlen blicken Sie auf die Wende zurück?

Van der Bellen: Ohne Bedauern, daß diese Zeit vorbei ist. Es war aber eine ambivalente Geschichte. Einerseits war ich froh, daß die EU 14 das nicht kommentarlos hingenommen haben. Andererseits hat sich wenig später – als es in Italien um den Regierungseintritt der Lega Nord gegangen ist, und die EU keinen Finger gerührt hat – das Heuchlerische an den Maßnahmen gezeigt.

OÖNachrichten: Waren die EU-Sanktionen also falsch?

Van der Bellen: Die pauschale Festlegung, österreichische Bewerber für EU-Posten nicht zu berücksichtigen, war inakzeptabel. Ich will aber auch nicht wissen, wie es weitergegangen wäre, hätte die Regierungsbeteiligung der FPÖ nicht so große Aufmerksamkeit bekommen.

OÖNachrichten: Vor ziemlich genau sieben Jahren hatten Sie es in der Hand, die Neuauf-

lage von Schwarz-Blau zu verhindern. Haben Sie je bereut, die Regierungsgespräche mit der ÖVP abgebrochen zu haben?

Van der Bellen: Nein, nie. Schon deshalb, weil die Annahme des Paktes die Grünen vor eine Zerreißprobe gestellt hätte.

OÖNachrichten: Hätten Sie diese Gefahr nicht eingehen müssen?

Van der Bellen: Es war ein Zeitfenster, das sich seither nicht mehr geöffnet hat – insofern bedaure ich, daß es nicht zustande gekommen ist. Aber es hat aus verschiedenen Gründen nicht geklappt. Kurz gesagt: Wir waren zu unerfahren und der ÖVP war es nicht wichtig genug.

OÖNachrichten: Die FPÖ hat es in der Regierungszeit zerrissen, dennoch liegt sie in Wahlen wieder vor den Grünen. Wie kommt das?

Van der Bellen: Die Grünen haben eben mehr Zuspruch bei gut ausgebildeten, urbanen und liberal orientierten Bürgern. Wir tun uns in den Städten leichter, in ländlichen Gebieten aber schwer. Die FPÖ braucht dagegen dort nur ihre Anti-EU- und Anti-Ausländer-Linie zu fahren. Auf dieses Thema wollen wir nicht einsteigen.

OÖNachrichten

Innenpolitik

OÖNachrichten: Es ist aber, seit Eva Glawischnig 2009 die Parteiführung übernommen hat, generell sehr still um die Grünen geworden.

Van der Bellen: Auch mir hat man oft vorgeworfen, daß ich zu wenig präsent bin. Ich bewundere die Energie und Selbstdisziplin, die Eva Glawischnig aufbringt. Im Vergleich dazu war ich, der keine zwei Kleinkinder zu

betreuen hatte, privilegiert. Und man darf auch nicht das Engagement eines Werner Kogler oder Peter Pilz vergessen. In Summe paßt das schon.

OÖNachrichten: Ist es Ihnen schwer gefallen, loszulassen?

Van der Bellen: Es war leichter, als ich erwartet hatte. Eine Umstellung war, daß ich jetzt

nicht mehr so von außen diszipliniert werde, also unter dem Druck vorgegebener Zeitpläne stehe. Da bin ich als Abgeordneter freier....

Das Interview führte Jasmin Bürger, „Oberösterreichische Nachrichten“ – das „Österreich Journal“ dankt dafür, es hier veröffentlichen zu dürfen.

<http://www.nachrichten.at>

»2000 – Sturm im Wasserglas«

Der Wiener Historiker Oliver Rathkolb zieht zehn Jahre danach im Interview mit der »Wiener Zeitung« Bilanz über die Maßnahmen der EU-14 gegen die schwarz-blaue Regierung. Er hat keine Belege dafür, daß die Sanktionen von Wien ausgegangen sind – sie haben aber den ÖVP-Wahlsieg 2002 begründet.

Wiener Zeitung: Ist mit der Distanz von zehn Jahren die Hysterie rund um die Bildung der schwarz-blauen Regierung noch verständlich?

Oliver Rathkolb: Rückblickend erweist sich die europäische Aufregung tatsächlich als Sturm im Wasserglas. Damals wurden die Grenzen der EU in Bezug auf innenpolitische Ereignisse deutlich aufgezeigt. Folgende, ebenfalls aufregende Regierungsbeteiligungen, etwa in Italien, wurden mit keinem Beistrich kommentiert. Vielleicht hat zur Aufregung auch beigetragen, daß das Jahr 2000 damals als geschichtshistorische Wende wahrgenommen wurde. Und dann gab es noch die Holocaust-Konferenz in Stockholm, wo versucht wurde, den Holocaust als gesamteuropäische Meistererzählung zu etablieren.

Wiener Zeitung: Welcher Zusammenhang besteht hier?

Oliver Rathkolb: Ich bin überzeugt davon, daß es ohne diese Konferenz niemals zu Sanktionen gegen Schwarz-Blau gekommen wäre. Man wollte eben „diesmal anders“ reagieren als 1938, obwohl ja die beiden Ereignisse nicht im Entferntesten verglichen werden können.

Wiener Zeitung: In Österreich hält sich das hartnäckige Gerücht, daß die Sanktionen von Wien aus initiiert worden seien.

Oliver Rathkolb: Ich habe dafür keine Anhaltspunkte, ich kann es mir auch politisch nicht vorstellen: Die SPÖ hat aus ihren Erfahrungen mit der Waldheim-Debatte 1986 gelernt. Auch damals hat die Ächtung Österreichs nur zu einem nationalen Schulterschuß geführt. Das war auch bei den Sanktionen nicht anders, die direkt zum ÖVP-Wahlerfolg 2002 führten.

Wiener Zeitung: In welchem Zusammenhang steht die überdurchschnittliche EU-Skepsis der Österreicher mit den Sanktionen?

Oliver Rathkolb: Diese Skepsis hat sich durch die damaligen Aktionen beschleunigt, der Trend dazu war allerdings schon vorher vorhanden. Das zeigen die Eurobarometer-Umfragen ganz deutlich.

Wiener Zeitung: Als Reaktion auf die Sanktionen kam es zur Wiederauferstehung archaischer massenpsychologischer Phänomene wie der ewigen „Opferrolle“ Österreichs, dem „nationalen Schulterschuß“, der Polemik gegen „Vaterlandsverräter“. Warum?

Oliver Rathkolb: Weil diese Gefühle auch im privaten Bereich beständig weitergegeben werden. Es ist kein Zufall, daß 2000 auch das Ur-Trauma von 1918 wieder thematisiert wurde – das kleine, von allen verlassene Österreich. Scheinbar gibt es ein Problem mit der Kleinheit, das betrifft aber auch andere, etwa die Schweiz.

Wiener Zeitung: Welche Lektionen hat die EU aus den Sanktionen gelernt?

Oliver Rathkolb: Die EU musste einsehen, dass innenpolitische Entwicklungen nicht aufzuhalten sind. Eine Wiederholung der Sanktionen wäre heute schon allein wegen der Größe der EU nicht mehr möglich.

Wiener Zeitung: Und welche Lektionen hat Österreich gezogen?

Oliver Rathkolb: Eine Antwort darauf traue ich mir nicht zu – ich fürchte aber leider, keine.

Wiener Zeitung: Waren die Sanktionen für Sie berechtigt?

Oliver Rathkolb: Innenpolitisch ja, europapolitisch nein, weil Rechtspopulismus kein nationales Problem ist, sondern sich durch ganz Europa zieht.

Das Interview führte Walter Hämmerle, „Wiener Zeitung“ – das „Österreich Journal“ dankt dafür, es hier veröffentlichen zu dürfen.
<http://www.wienerzeitung.at>



*) Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb ist Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Uni Wien.

Grenzeinsatz

Um dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung gerecht zu werden, hat die Bundesregierung die Fortsetzung des Assistenzeinsatzes durch das Bundesheer bis Ende 2010 beschlossen – jedoch nicht ohne Widerspruch.



Alle Fotos: Bundesheer

SoldatInnen sind Augen und Ohren der Polizei. Sie patrouillieren, beobachten und zeigen Präsenz an der Ostgrenze.

Am 9. Dezember 2009 hat der Ministerrat die Fortsetzung des sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatzes des Bundesheeres im östlichen Grenzraum bis Ende 2010 beschlossen. Der Ministerratsbeschluss sieht als Unterstützung der Sicherheitsbehörden bis zu 1500 SoldatInnen vor. Im Einsatz werden wie bisher etwa 750 SoldatInnen sein. „Das Bundesheer wird auch im kommenden Jahr Schutz und Hilfe im östlichen Grenzraum leisten. Die Bevölkerung im Burgenland und in Niederösterreich kann sich auf unsere Soldatinnen und Soldaten verlassen“, sagte Verteidigungsminister Norbert Darabos zum Beschluss. Daß in einer Umfrage des Innenministeriums 86 % der Burgenländer für die Fortsetzung des Einsatzes votierten, sei ein großer Vertrauensbeweis gewesen. Einen größeren Beweis für den Erfolg des Einsatzes gebe es nicht, so Darabos. „Die Soldatinnen und Soldaten sind Augen und Ohren der Polizei. Sie patrouillieren, beobachten und zeigen Präsenz. Mit der Durchführung dieser ureigenen militärischen Aufgaben wird die Polizei auch 2010 tatkräftig unterstützt“, so Darabos.

Die Assistenzeinsätze des Österreichischen Bundesheeres sind in der Bundesver-

fassung (Art. 79 B-VG) und im Wehrgesetz geregelt (§ 2). In der Bundesverfassung wird zwischen sicherheitspolizeilicher Assistenz und Assistenz im Katastrophenfall unterschieden. Beim Assistenzeinsatz des Bundesheeres an der Grenze handelt es sich um einen sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz gemäß Art. 79 der Bundesverfassung.

FPÖ: Schengen befristet aussetzen

Erich Königsberger, Sicherheitssprecher der FPÖ Niederösterreich, erklärte, die Freiheitlichen stünden voll hinter der Grenz-sicherung des Bundesheeres. Er forderte die Verantwortlichen aber auf, eine Kosten-Nutzen-Rechnung zu machen. „Wenn wir 12,5 Mio. Euro jährlich für den Assistenzeinsatz aufbringen, ist es mager, wenn es dann nur zu 9 Aufgriffen kommt.“ Schuld daran sei allerdings nicht das Militär, sondern der Umstand, daß die Verbrecher nicht mehr durch die Wälder einsickern müßten, „sondern legal über Bundesstraßen und Autobahnen einreisen!“, so Königsberger.

Solange das Schengenabkommen nicht befristet aufgehoben und die Grenzkontrollen wieder durchgeführt würden, könne auch das Bundesheer nicht schlagkräftig agieren.

„Geben wir daher unseren Soldaten, die pflichtbewußt ihren Dienst an der Grenze versehen, auch die nötigen Werkzeuge zur erfolgreichen Umsetzung ihres Einsatzes. ‚Grenzen sichern, Heimat schützen‘ ist das Motto!“, so Königsberger.

BZÖ fordert Grenzschutztruppe

BZÖ-Bündnisobmann Josef Bucher forderte die Einrichtung einer flexiblen und effizienten Grenzschutztruppe statt dem „sinnlosen Assistenzeinsatz“. Bucher: „Bis zu 200.000 illegale Einwanderer kommen über die grünen Grenzen, die derzeit nicht kontrollierbar sind, nach Österreich. Die Kriminalität steigt insbesondere im Osten Österreichs massiv an. Die Grenzschutzmaßnahmen müssen daher deutlich verstärkt werden.“ Diese Grenzschutztruppe solle aus der Polizei sowie der Militärpolizei zusammengestellt und flexibel in Österreich stationiert werden.

Derzeit hätten die Soldaten, die beim Assistenzeinsatz eingesetzt werden, aufgrund der Schengen-Regelung deutlich eingeschränkte Befugnisse wie Beobachtung und Meldung. Im Jahr 2009 seien lediglich neun illegal aufhältige Personen aufgegriffen wor-



Seit 22. Dezember 2007 patrouillieren die Soldaten im Hinterland der östlichen Staatsgrenze – hier ein Posten direkt bei einem der Grenzübergänge.

den. 800 Soldaten seien täglich im Einsatz. Die Kosten des Assistenzesatzes belaufen sich auf jährlich 12,5 Millionen Euro. „1,4 Millionen Euro werden pro Aufgriff ausgegeben. Dies ist ein enormer finanzieller Aufwand, obwohl kein einziger Schlepper dabei gefaßt wurde“, kritisierte Bucher, der von einem Gespräch mit der rumänischen Botschafterin berichtete, wonach Rumänien nicht in der Lage sei, seine Grenzen zu sichern und seit Jahren vergeblich auf versprochene Grenzschutzhilfe der EU warte. „Die Schengengrenze ist lückenhaft und daher ist es nicht verwunderlich, daß so viele Illegale nach Österreich kommen. Die Signalwirkung für Kriminelle, daß die Grenzen Österreichs offen sind, ist verheerend. Daher sind eine temporäre Wiedereinführung der Grenzkontrollen sowie eine Grenzschutztruppe im Sinne der Sicherheit der Bevölkerung dringend notwendig“, so Bucher.

Grüne: Einsatz nur für Wahlwerbung

Peter Pilz, Sicherheitssprecher Grünen, fordert wegen der unverhältnismäßigen Ko-

sten gegenüber den mehr als bescheidenen Erfolgen und da die Fortsetzung des Assistenzesatzes „offenkundig nur der Wahlwerbung für die bevorstehenden Landtagswahlen diene, daß die SPÖ Burgenland und die ÖVP Burgenland die Kosten überweisen sollten“. Mit vernünftiger Sicherheitspolitik habe der Einsatz von 26.500 Manntagen und 1,4 Mio. Euro pro Festnahme nichts mehr zu tun. „Darüberhinaus wurden die Festnahmen nicht durch die Soldaten, sondern durch die Polizei vorgenommen. Die Grünen hätten schon nach Vorliegen der entsprechenden Zahlen für 2008 darauf hingewiesen, daß die Polizei mit einem Bruchteil des Budgets hundertmal erfolgreicher als das Bundesheer war“, erläuterte Pilz. „Das verschwendete Geld für den Assistenzesatz soll besser zur Steigerung der erbärmlichen Aufklärungsquote von Verbrechen eingesetzt werden.“

SPÖ: Vorbehaltsloses Bekenntnis

Bundeskanzler Werner Faymann sieht dies anders: Am 16. Februar bekräftigte er im Pressefoyer nach dem Ministerrat den As-

sistenzesatz des Bundesheeres: „Wir versichern die Leute nicht und halten an unseren Beschlüssen fest.“ Er bekenne sich „vorbehaltslos“ zum Einsatz in Niederösterreich und dem Burgenland. „Der Assistenzesatz war und ist eine richtige Entscheidung“, er sei durch das Streichen vieler Polizei-Planstellen durch die schwarz-blaue Regierung notwendig geworden. Die Polizei sei derzeit alleine nicht in der Lage, den objektiven und den subjektiven Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung nachzukommen. Viele neue Polizisten befänden sich derzeit in Ausbildung, es brauche daher Zeit bis diese ihren Dienst antreten können. „Auch die Polizei sieht den Einsatz des Bundesheeres positiv“, betonte der Bundeskanzler, dies hätten ihm zahlreiche Polizisten im persönlichen Gespräch bestätigt.

Das Bundesheer werde auch 2010 Schutz und Hilfe im östlichen Grenzraum leisten, sagte Verteidigungsminister Norbert Darabos. „Die Bevölkerung im Burgenland und in Niederösterreich kann sich auf unsere Soldatinnen und Soldaten verlassen.“ Daß in einer Umfrage des Innenministeriums 86 % der Burgenländer für die Fortsetzung des Einsatzes votiert hätten, sei ein großer Vertrauensbeweis gewesen. Einen größeren Beweis für den Erfolg des Einsatzes gebe es nicht, so Darabos. „Die Soldatinnen und Soldaten sind Augen und Ohren der Polizei. Sie patrouillieren, beobachten und zeigen Präsenz. Mit der Durchführung dieser ureigenen militärischen Aufgaben wird die Polizei auch 2010 tatkräftig unterstützt“, so der Verteidigungsminister.

ÖVP: Politik muß Entscheidungen treffen

Innenministerin Maria Fekter stellte anläßlich der Beschlußfassung fest, im Koalitionsübereinkommen sei vereinbart worden, den Assistenzesatz zu evaluieren. „Dem sind wir unter anderem mit der Spectra-Studie nachgekommen. Darin wurde deutlich, daß es im Interesse des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung notwendig ist, den Assistenzesatz fortzuführen.“

Seit dem 21. Dezember 2007 gibt es an Österreichs Grenzen zur Slowakei, zu Slowenien, Tschechien und Ungarn keine Grenzkontrollen mehr. Für die Bevölkerung ergaben sich dadurch unmittelbar spürbare Reiseerleichterungen.

Die Aufhebung der Grenzkontrollen erfolgte unter Gewährleistung der höchstmöglichen Sicherheitsstandards. Das neue Sicherheitssystem bedeutet bessere Chancen im gemeinsamen Kampf gegen die grenz-

Innenpolitik



Ende Juni 1991 war ein Bundesheereinsatz an der Grenze nicht nur beruhigend, sondern für die Sicherheit des Landes unabdingbar: Soldaten überwachten unter anderem den Grenzübergang in Spielfeld, wohin die Kämpfe der Jugoslawischen Volksarmee mit der slowenischen Territorialverteidigung reichten.

überschreitende Kriminalität, den internationalen Terrorismus und die illegale Migration. Dadurch ist eine höhere Fahndungsqualität und eine zuvor weder gekannte noch mögliche starke zwischenstaatliche Kooperation der Polizei gewährleistet.

„Ein großer Vorteil gerade dieses Sicherheitssystems ist es auch, daß Kriminelle innerhalb des gemeinsamen Schengen-Raumes leichter ausgeforscht werden können“, sagte Fekter. „Kriminalität kennt keine Grenzen, also darf es auch im Kampf gegen die Kriminalität keine Grenzen geben.“

„Die Politik muß Entscheidungen treffen, die zum subjektiven Sicherheitsgefühl der Bevölkerung entscheidend beitragen“, so Fekter weiter: „Ein hohes Sicherheitsgefühl bedeutet eine hohe Lebensqualität und ich möchte, daß sich die Menschen in Österreich sicher fühlen.“ Die Fortsetzung des bestehenden Assistenzesatzes des Bundesheeres bis Ende 2010 gewährleiste die Unterstützung der Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität in den Regionen zur Slowakei und Ungarn. Das Mandat legt fest, daß bei Feststellung sicherheits- und fremdenpolizeilich relevanter Ereignisse die sofortige Verständigung der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes zu erfolgen hat.

Die Studie hält fest, wie sehr der Assistenz-Einsatz des Bundesheeres in der Bevölkerung dazu beigetragen hat, daß sich die Bürgerinnen und Bürger sicherer fühlen und der Meinung sind, daß die Sicherheit in Österreich dadurch erhöht wurde. Der Assistenzesatz findet eine sehr breite Zustimmung innerhalb der Bevölkerung.

Conclusio

Bisher wurden im „Assistenzesatz neu“ 11.593 Soldaten eingesetzt. Die Polizei hat 259 Mal Unterstützung des Bundesheeres angefordert. Lebensrettende Maßnahmen wurden durch die Soldaten 51 Mal gesetzt. Seit Beginn 2008 wurden 1794 sicherheitsrelevante Wahrnehmungen durch die SoldatInnen getätigt, in 1352 Fällen wurde die Polizei alarmiert.

„Durch die Präsenz der Soldatinnen und Soldaten im Grenzraum wird primär das Sicherheitsgefühl gestärkt“, so Generalleutnant Segur-Cabanac, Leiter der Sektion „Einsatz“ im Verteidigungsministerium. „Das ist der sogenannte ‚Friedensnutzen‘ von Streitkräften.“

Die Kosten des Assistenzesatzes belaufen sich auf 12 Millionen Euro – bei einem Gesamtbudget des Bundesheeres von 2,1 Milliarden.

<http://www.bmvl.gv.at>

Ergebnis der »Spectra«-Studie im Detail

Frage: „Trägt der Assistenzesatz des Bundesheeres dazu bei, daß Sie sich persönlich sicherer fühlen oder würden Sie das nicht sagen?“

Bruck/Leitha

Erhöhte Sicherheit:	67%
Nicht erhöht:	21%
Kann ich nicht sagen:	12%

Burgenland

Ja ich fühle mich sicher:	76%
Würde ich nicht sagen:	20%
Kann ich nicht sagen:	4%

Gänserndorf

Erhöhte Sicherheit:	76%
Nicht erhöht:	16%
Kann ich nicht sagen:	8%

Bruck/Leitha

Ja ich fühle mich sicher:	69%
Würde ich nicht sagen:	24%
Kann ich nicht sagen:	7%

Frage: „Sollte Ihrer Ansicht nach der Assistenzesatz des Bundesheeres an der Grenze zu Ungarn und zur Slowakei fortgeführt werden oder nicht?“

Gänserndorf

Ja ich fühle mich sicher:	75%
Würde ich nicht sagen:	22%
Kann ich nicht sagen:	3%

Burgenland

Fortgeführt werden:	86%
Nicht erhöht:	10%
Kann ich nicht sagen:	4%

Frage: „Wird durch den Assistenzesatz Ihrer Meinung nach die Sicherheit in Österreich erhöht oder wird die Sicherheit nicht erhöht?“

Bruck/Leitha

Fortgeführt werden:	83%
Nicht erhöht:	12%
Kann ich nicht sagen:	5%

Burgenland

Erhöhte Sicherheit:	80%
Nicht erhöht:	16%
Kann ich nicht sagen:	4%

Gänserndorf

Fortgeführt werden:	86%
Nicht erhöht:	11%
Kann ich nicht sagen:	3%

Bei dem vom Marktforschungsinstitut „Spectra“ erstellten „Marketing Report zum Assistenzesatz“ wurden 500 männlich und weibliche Personen im Burgenland, Bruck an der Leitha und Gänserndorf befragt. Die Befragten waren im Alter von 16 bis über 60 Jahre

Wahlrechtsreform 2010

Das vom Nationalrat beschlossene Wahlrechtsänderungsgesetz 2010 passierte am 18. Februar den Bundesrat.

Die Wahlrechtsreform enthält eine Reihe von Verbesserungen für die WählerInnen, tritt am 1. März 2010 in Kraft und gilt bereits bei der Bundespräsidentenwahl am 25. April 2010.

Die Briefwahl ist einfacher geworden: Bei allen bundesweiten Wahlereignissen reicht das Eintragen einer Unterschrift in der Rubrik für die eidesstattliche Erklärung auf der Wahlkarte aus, um eine gültige Stimme abzugeben. Die Portokosten werden bei der Briefwahl in Hinkunft vom Bund getragen, gleichgültig ob die Wahlkarte im Inland oder im Ausland aufgegeben wird. Die Wahlkarte muß außerdem nicht mehr zwingend im Postweg befördert werden, sondern sie kann zum Beispiel auch persönlich bei der Bezirkswahlbehörde abgegeben werden.

Die personsbezogenen Daten von Briefwählern sind besser geschützt: Die Daten sind mit einer speziellen Lasche auf der Wahlkarte während der Beförderung zur Behörde verdeckt. Bei der Bezirkswahlbehörde kann diese Lasche geöffnet werden, ohne daß bereits das Wahlkuvert aufgerissen wird – das ist erst bei Anwesenheit der Mitglieder der Wahlkommission zulässig.

Die Terminologie des „Eingetragenen Partnerschaftsgesetzes“ wurde in das Wahlrecht übernommen (statt „Familiennamen“ besteht die Möglichkeit, einen „Familiennamen“ oder einen „Nachnamen“ (bei eingetragenen Partnerschaften) einzutragen; sämtliche Formulare wurden dementsprechend angepasst.

Das Gesetzespaket enthält zahlreiche Verbesserungen und Klarstellungen, die die Gemeinden bzw. die Wahlbehörden betreffen. Darunter fallen Präzisierungen betreffend die Wahlbehörden und ihre Beschlussfähigkeit sowie die Auswertung der Vorzugsstimmen. Bei Nationalratswahlen und Europawahlen werden Vorzugsstimmen in Zukunft immer durch die örtlichen Wahlbehörden ermittelt werden. Die Regelung, wonach auch an Sonntagen die Gemeindestuben zum Zweck der Einsichtnahme in die Wählerevidenz geöffnet werden müssen, ist nicht mehr zwingend vorgeschrieben.

Die Novelle enthält darüberhinaus zahlreiche Klarstellungen, die der Rechtsicherheit bei der Vollziehung von Wahlen dienen

und mit denen Regelungen nachjustiert wurden. Zustellungsbevollmächtigte Vertreter müssen bei Wahlen explizit über das passive Wahlrecht (18 Jahre am Wahltag) verfügen. Für den zustellungsbevollmächtigten Vertreter des Wahlvorschlags für eine Bundespräsidentenwahl müssen – auch schon bei der bevorstehenden Wahl – zumindest zwei Stellvertreter namhaft gemacht werden. Eine Mehrfachkandidatur für verschiedene Par-



Foto: BM, I/Egon Weissheimer

Die Wahlrechtsreform gilt bereits bei der Bundespräsidentenwahl am 25. April 2010.

teien – einmal auf einem Landeswahlvorschlag und einmal auf einem Bundeswahlvorschlag – ist bei Nationalratswahlen nunmehr ebenso ausgeschlossen, wie eine Doppelkandidatur bei Europawahlen.

Weitere Verbesserungen betreffen Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Es gibt nun für sie ein „Wahlkartenabonnement“: Ihnen werden auf Antrag die Wahlunterlagen automatisch vor jeder Wahl zugesandt. Ausserdem gibt es eine „fliegende Eintragungsbehörde“ für Volksbegehren (das Aufsuchen einer Gemeinde ist nicht mehr erforderlich) und mit der Wahlkarte wird der Wahlvorschlag mitgeschickt, sodaß sich Wähler bereits vor der Wahl in Ruhe mit den verschiedenen Kandidaten befassen können.

Bundesrat Johann Ertl (FPÖ) setzte sich mit der Briefwahl auseinander. Hier habe seine Fraktion weiterhin Bedenken, da nicht gewährleistet sei, daß diese Stimme wirklich frei, unbeeinflusst und persönlich abgegeben werden könne. Da dies den Prinzipien des

Wahlrechts widerspreche, sei seine Fraktion gegen diese Vorlage.

Bundesrat Reinhard Todt (SPÖ) hielt die Bedenken seines Vorredners für unbegründet. Seine Fraktion begrüße die Briefwahl, die sich ja auch bereits in der Praxis bewährt habe. Man übertrage daher die Modalitäten, die es bereits bei der Europawahl gegeben habe, auf alle anderen Wahlgänge und schaffe somit wieder ein einheitliches und bürger-nahes Wahlrecht. Damit solle es erleichtert werden, wählen zu gehen, und das sei ja wohl im Interesse der Demokratie. Insgesamt bedeute die Vorlage einen großen Fortschritt im Wahlrecht.

Bundesrat Edgar Mayer (ÖVP) schloß an seinen Vorredner an. Man setze mit dem Entwurf viele sinnvolle Schritte um und schaffe so mehr Bürgernähe. Den Bürgern biete man so mehr Möglichkeiten, die Vorlage sei daher zu begrüßen. Die Bedenken der FPÖ, die Briefwahl betreffend, konnte der Redner nicht nachvollziehen.

Bundesrat Stefan Schennach (Grüne) begrüßte die Wahlrechtsänderung. Sie sei bürgerfreundlich und bringe den WählerInnen, zum Beispiel durch das Wahlkartenabo, wesentliche Vereinfachungen. Er hielt es auch für richtig, die zwingende Übermittlung per Post vorzusehen. Als bedauerlich fand Schennach die Tatsache, daß man sich nicht durchringen konnte, den Parteibegriff zu definieren. Er regte weiter an, in den Gesetzen durchgängig entweder den Begriff „Familiennamen“ oder „Nachname“ zu verwenden. Denn in einigen Gesetzen finde man nur den Begriff „Nachname“ bei der Wahlrechtsänderung werde zwischen „Familiennamen“ und „Nachname“ unterschieden, kritisierte er.

Bundesrat Franz Eduard Kühnel (ÖVP) schloß sich der positiven Beurteilung seines Vorredners an und sprach von massiven Verbesserungen. Das Wahlkartenabo ist für ihn ein Beitrag zur Entbürokratisierung. Die Bedenken von Bundesrat Ertl in Hinblick auf die Verletzung des Wahlgeheimnisses bei der Briefwahl teilte Kühnel nicht. Der ÖVP-Bundesrat befürchtete aber im Gegensatz dazu eine Gefährdung des Wahlgeheimnisses beim E-Voting und zeigte sich zufrieden, daß dieses in nächster Zeit nicht kommen wird. ■

<http://www.parlament.gv.at>

Wien wollte es wissen

Vom 11. bis 13. Februar 2010 fand in Wien eine Volksbefragung statt.

Anders als bei Wahlen erhielt jede stimmberechtigte Wienerin und jeder stimmberechtigte Wiener für die Teilnahme an der Volksbefragung ihre/seine persönliche Stimmkarte und den Stimmzettel per Post zugesandt. Es wurden rund 110 Annahmestellen eingerichtet, unter anderem in allen Magistratischen Bezirksämtern, aber auch an Verkehrsknotenpunkten und in einigen Einkaufszentren. Auch wurde ein umfassendes Informationspaket inklusive eigener Website geschnürt. Folgende fünf Fragen konnten beantwortet werden:

1. Im Jahr 2000 wurde durch den Bundesgesetzgeber die Möglichkeit abgeschafft, Hausbesorger/innen anzustellen. Eine bundesgesetzliche Neuregelung ist seither nicht zustande gekommen.

Sind Sie dafür, daß in Wien die Möglichkeit geschaffen wird, neue HausbesorgerInnen (mit modernem Berufsbild) einzustellen?

Ergebnis:

Ja:	302.559 (84%)
Nein:	58.295 (16%)

2. Internationale Studien zeigen, daß die Ganztagschule der entscheidende Erfolgsfaktor für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie darstellt sowie das Bildungsniveau der Bevölkerung deutlich hebt.

Sind Sie für ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen in Wien?

Ergebnis:

Ja:	272.418 (77%)
Nein:	83.386 (23%)

3. Einige Großstädte (z.B. London, Stockholm) haben zur Bewältigung des innerstädtischen Verkehrs eine Einfahrtsgebühr für das Stadtzentrum eingeführt (Citymaut). In Wien konnte durch die Verkehrspolitik (Ausbau öffentlicher Verkehr, Parkraumbewirtschaftung, Wohnsammelgaragen, Ausbau Radwegenetz) in den letzten Jahren der Autoverkehr in der Stadt deutlich reduziert werden.

Soll in Wien eine Citymaut eingeführt werden?

Ergebnis:

Ja:	85.079 (23%)
Nein:	277.285 (77%)



Foto: Schaub-Walzer / PID

Bgm. Michael Häupl und StRin Sandra Frauenberger vor einer »Wahlurne« – wie sie an vielen Verkehrsknotenpunkten zur Stimmabgabe montiert wurden.

4. In Wien fahren täglich Nachtbusse von 0.30 bis 5.00 Uhr. Ein 24-Stunden-U-Bahn-Betrieb am Wochenende (Freitag und Samstag) kostet pro Jahr 5 Millionen Euro und bewirkt veränderte Fahrtrouten der Nachtbusse am Wochenende.

Sind Sie dafür, daß die U-Bahn am Wochenende auch in der Nacht fährt?

Ergebnis:

Ja:	199.968 (55%)
Nein:	164.068 (45%)

5. Seit 2006 wird in Wien ein freiwilliger Hundeführschein angeboten. Der Hundeführschein ist eine fundierte Ausbildung für HundehalterInnen, bei welcher der richtige Umgang mit Hunden gelehrt wird. Bei der Prüfung müssen HundehalterInnen zeigen, daß sie den Hund auch in schwierigen Situationen im Griff haben.

Sind Sie dafür, daß es in Wien für sogenannte „Kampfhunde“ einen verpflichtenden Hundeführschein geben soll?

Ergebnis:

Ja:	326.839 (89%)
Nein:	38.476 (11%)

Sehr zufrieden zeigte sich Wiens Bürgermeister Michael Häupl am 16. Februar bei seinem Mediengespräch mit dem Ergebnis der Volksbefragung. „Auch wenn es sich

noch um ein vorläufiges Resultat handelt, so wäre eine Beteiligung von 26,04 % doch ein deutliches Zeichen.“ Die Kritik, daß die Beteiligung gering sei, lasse er nicht gelten, schließlich handle es sich „um einen sehr erfolgreichen Einsatz dieses Instrumentariums in der Geschichte Wiens“. Das Ergebnis der einzelnen Fragen nahm Häupl als verpflichtend, egal ob dieses „knapp oder deutlich ausfallen werde“.

An die Umsetzung der Ergebnisse werde man sich „so rasch wie möglich machen“, betonte Häupl. Dies sei aber auch von den gesetzlichen Rahmenbedingungen abhängig. Eine gesetzliche Basis für den „Hundeführschein“ könne man unter Umständen bereits vor dem Sommer erwirken, die Regelung für die „HausbesorgerInnen Neu“ werde einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen.

Besonders erfreut zeigte sich der Wiener Bürgermeister über das mit 77 % „eindeutige Ergebnis“ zum Thema „Flächendeckende Ganztagschule“.

Angesprochen auf das Instrument der Briefwahl und zukünftige Möglichkeiten seine Stimme abzugeben, meinte Häupl, daß „die Zukunft wohl im e-Voting liegen wird“. Das Prinzip müsse aber auf jeden Fall ein „freies, gleiches und geheimes Wahlrecht“ sein.

<http://www.wien.gv.at/advbefergeb/internet/Ergebnis.aspx>

Zukunftsmarkt Indien

Finanzminister Josef Pröll und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner waren vier Tage mit Unternehmensvertretern unterwegs in Indien.

Indien ist für Österreich ein großer Hoffnungs- und Markt – und das nicht nur im Export, sondern auch bei neuen Ansiedlungen indischer Unternehmen, die in Österreich Wertschöpfung schaffen. Vor diesem Hintergrund war Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner gemeinsam mit Vizekanzler Josef Pröll und 45 Unternehmensvertretern in Indien unterwegs. Angesichts eines prognostizierten Wirtschaftswachstums von rund 7,2 Prozent und eines wachsenden Warenverkehrs mit Österreich birgt das Land enorme Chancen für heimische Betriebe – etwa beim Infrastrukturausbau, im Automobilsektor und im Energiebereich. „Wir haben die Präsenz in den vergangenen vier Jahren verdoppelt, aber es gibt noch viel brachliegendes Potential, das es zu nutzen gilt“, betont Mitterlehner, der besonders gute Exportchancen für österreichische Umwelt- und Energietechnik sieht.

Am 17. Februar wurden Pröll und Mitterlehner vom indischen Vizepräsidenten Shri Mohammad Hamid Ansari empfangen. Danach eröffneten sie mit Industrie- und Handelsminister Anand Sharma eine wichtige Industriemesse. Weitere Gesprächstermine gab es bei den Ministern für Finanzen, Gesundheit, Verkehr und Erneuerbare Energien.

Ebenfalls auf dem Programm standen



Foto: BMF/Georges Schneider

Finanzminister Josef Pröll samt Delegation und sein indischer Amtskollege Pranab Mukherjee samt Mitarbeitern beim Arbeitsgespräch.

Foto: BMF/Schneider

Besuche bei erfolgreichen österreichischen Firmen – zum Beispiel am 18. Februar beim Grazer Hightechmotoren- und Testsystemhersteller AVL List. In drei indischen AVL-Werken sind rund 300 Mitarbeiter mit der Entwicklung von Software sowie der Prüfung von Motoren beschäftigt. Als Glücks-

bringer für die Zukunft pflanzte Mitterlehner ein Bäumchen auf dem AVL-Betriebsgelände in Delhi

Darüberhinaus gibt es in Indien auch ein großes Interesse am Filmstandort Österreich: In den vergangenen zehn Jahren wurden rund 100 indische Filme in Österreich realisiert – meist in den Tiroler und Salzburger Bergen. Die durchschnittlichen Ausgaben pro Tag bewegten sich zwischen 2000 und 2500 Euro, bei einzelnen Großproduktionen waren sogar bis zu 15.000 Euro pro Tag zu verzeichnen. Im Schnitt lag die Produktionsdauer bei zehn Drehtagen. Durch das neue Fördermodell „Filmstandort Österreich“, das mit 20 Millionen Euro dotiert ist, sollen künftig mehr österreichisch-ausländische Koproduktionen unterstützt werden.

Um das neue Modell zu präsentieren, fand am 19. Februar ein Treffen von Mitterlehner und Pröll mit indischen Filmproduzenten statt. Als renommierte Branchenvertreter nahmen daran auch Oscar-Preisträger Stefan Ruzowitzky sowie Veit Heiduschka, der Produzent des Oscar-nominierten Films „Das weiße Band“, teil. Das Potential ist jedenfalls enorm: Mit jährlich bis zu 900 produzierten Filmen (zum Vergleich: 670 sind es in Hollywood) ist die indische Filmindustrie die größte der Welt.



Foto: photonews.at/Georges Schneider

Am 19. Februar gab es ein Arbeitssessen mit österreichischen Filmschaffenden. Im Bild: Finanzminister Josef Pröll, Oscar-Preisträger Stefan Ruzowitzky, Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und Filmproduzent Veit Heiduschka (v.l.).

Expertise für Namibia

Nationalratspräsidentin Prammer besuchte Namibia – Gespräche mit dem Leiter der nationalen Planungskommission – Vorbereitung des Welttreffens der Interparlamentarischen Union

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer nahm am 15. Februar an der Konferenz des Vorbereitungskomitees für das Welttreffen der ParlamentspräsidentInnen der Interparlamentarischen Union (IPU) im Juli dieses Jahres teil. Sie nutzte dies auch für einen bilateralen Besuch in Namibia. In ihren Gesprächen mit Staatspräsident Hifikepunye Pohomba, Ehrenpräsident Sam Nujoma und Nationalversammlungspräsident Theo Ben Gurirab wurden beiderseits die seit dem Unabhängigkeitskampf der jungen Nation exzellenten bilateralen Beziehungen unterstrichen, auf deren Fundament weiter gearbeitet werden sollte. Dabei wurde vor allem auf das namibische Interesse an österreichischer Transport- und Umwelttechnologie verwiesen.

Die namibischen Wahlen vom November 2009 und deren Anfechtung vor dem Verfassungsgericht waren Thema in allen Gesprächen. Die namibische Führung und die Nationalratspräsidentin unterstrichen in diesem Zusammenhang, daß die Unabhängigkeit der Justiz und ihre Entscheidungen zu respektieren sind. Es wird erwartet, daß diese Entscheidungen noch vor Bildung der neuen namibischen Regierung im März fallen.

Die nachhaltige wirtschaftliche und ökologische Entwicklung Namibias stand im Mittelpunkt der Gespräche mit dem Leiter der nationalen Planungskommission, Peter Katjavivi, und dem Rektor der polytechnischen Universität Windhuk, Tjama Tjivikua. An der Universität wird derzeit ein von der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit finanziertes Regionalprojekt der Südafrikanischen Entwicklungszusammenarbeitsorganisation SADEC umgesetzt, das die Verbesserung und technische Betreuung von in der Region produzierten solarthermischen Anlagen zum Ziel hat. Katjavivi zeigte sich besonders an österreichischer Expertise im Bereich Capacity Building und Eisenbahnbau interessiert.

Bei einem Gespräch mit dem Präsidenten des SADEC-Tribunals, Richter Govindasamy Pillay aus Mauritius, erläuterte dieser die Arbeit des jungen Tribunals. Thema war auch die mangelnde Umsetzung der Entscheidung des Gerichts über die menschen-



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Hifikepunye Pohomba, Zweiter Präsident von Namibia
Foto: Parlamentsdirektion/Helfried Carl

rechtswidrige Enteignung von Farmern in Simbabwe. Die Präsidentin bot dem SADEC Tribunal österreichische Expertise im Bereich Rechtsstaatlichkeit an und verwies auf den diesbezüglichen Schwerpunkt Österreichs in seiner derzeitigen nicht-ständigen Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat.

Die Konferenz des Vorbereitungskomitees für das Welttreffen der ParlamentspräsidentInnen der IPU im Juli 2010 beschäftigt sich mit der zukünftigen Rolle dieser ältesten und weltumspannenden internationalen Plattform für Parlamente und ihrem Verhältnis zur UNO.

Der namibische Parlamentspräsident Gurirab ist Präsident der Organisation und hat zur Konferenz eingeladen. Präsidentin Prammer gab ihrer Überzeugung Ausdruck, daß der internationale Austausch der Parla-

mentarierInnen im Zeitalter der Globalisierung an Bedeutung gewonnen hat. Die IPU müsse sich neuen Herausforderungen stellen und auf zwei Säulen stehen: Jener der internationalen und multilateralen Zusammenarbeit der Parlamente untereinander und mit der UNO, und jener der Weiterentwicklung der Rolle und des Austauschs von best practice zwischen der IPU und nationalen Parlamenten, besonders was ihre legislative sowie ihre Kontrollfunktion betrifft. Besonders die Spezialkonferenzen mit konkreten Themenbezügen (wie in der Vergangenheit in Wien zu Menschenhandel sowie der Rolle der Frauen in der Politik) hätten besonderen Mehrwert, allgemeine Konferenzen und Generalversammlungen sollten hingegen seltener durchgeführt werden, sagte Präsidentin Prammer. ■

Bezirkspartnerschaft mit Brooklyn

Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner übergab eine Spielzeug-Spende an die jüdische Community



alle Fotos: Stadt Wien / Menachem Kozlovsky

Als Dankeschön gab es für Vbgmin Brauner ein Ständchen von den Mädchen der Vorschule »Bais Rochel School for Girls« der United Talmudic Academy – einer Einrichtung der Satmar Community

Anlässlich ihres Aufenthalts rund um die Eröffnung des 55. Wiener Opernballs in New York und im Rahmen der seit 2007 bestehenden Bezirkspartnerschaft zwischen der Leopoldstadt und Brooklyn setzte Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner gegenüber der jüdischen Community in Brooklyn eine Geste der Wertschätzung. Konkret wurde der Vorschule „Bais Rochel School for Girls“ der United Talmudic Academy (UTA) – einer Einrichtung der Satmar Community – ein Beitrag für pädagogisch wertvolles Spielzeug in der Höhe von 5300 US-\$ überreicht. Die UTA zählt insgesamt 8000 SchülerInnen und StudentInnen, wobei rund 750 davon den Vorschul- und Kindergartenbereich besuchen.

Die Satmar-Community in Brooklyn, sie ist übrigens die größte chassidische Community weltweit, hat das Zustandekommen der



Vbgmin Renate Brauner (l.) und Fayga Tannenbaum, Leiterin UTA

Bezirkspartnerschaft Brooklyn-Leopoldstadt maßgeblich unterstützt. Für die Spende wird eine kleine Gedenktafel in der Schule angebracht. Die symbolische Übergabe der Spielsachen in Form des Schecks fand am 4. Februar im Beisein der lokalen politischen Prominenz, allen voran dem Präsidenten des New Yorker Bezirks Brooklyn, Marty Markowitz (Borough President Brooklyn) und Gemeinderäten aus New York statt. Brooklyn ist mit circa 2,6 Mio. EinwohnerInnen der größte New Yorker Stadtbezirk.

Tags darauf hat Brauner den „Wiener Opern-Ball“, der nun schon zum 55. Mal stattfand, eröffnet. Das Ballkomitee spendet traditionell den Reinerlös einem karitativen Zweck. Heuer wird in Kooperation mit den Vereinten Nationen den Opfern der Erdbebenkatastrophe in Haiti geholfen werden. ■

»Towards an Arms Trade Treaty«

Außenminister Michael Spindelegger: Österreich fordert internationalen Vertrag zum Waffenhandel

Foto: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA



Annalisa Giannella, EU-Beauftragte für Nonproliferation, Außenminister Michael Spindelegger, Christiane Agboton Johnson, Vize-Direktorin UNIDIR, und Sergio Duarte, Hoher Repräsentant der UNO für Abrüstung, im Redoutensaal der Wiener Hofburg.

Verantwortungsloser Waffenhandel stellt eine Bedrohung für Sicherheit und Stabilität, nachhaltige Entwicklung, Demokratie und Menschenrechte dar. Österreich tritt daher für die raschestmögliche Ausarbeitung eines international rechtsverbindlichen Waffenhandelsvertrages ein. Nur dann wird es uns gelingen, die unkontrollierte und unerwünschte Verbreitung konventioneller Waffen wirksam zu unterbinden“, so Außenminister Michael Spindelegger in seiner Eröffnungsrede bei der internationalen Konferenz zum Thema „Towards an Arms Trade Treaty“, die am 12. Februar im Kongreßzentrum Hofburg tagte. Die Veranstaltung bildete den Abschluß einer von der EU lancierten weltweiten Seminarreihe, mit der eine möglichst breite Unterstützungsbasis für einen internationalen Waffenhandelsvertrag geschaffen werden soll.

Österreich unterstützt diesen Prozeß auch im Bewußtsein seiner besonderen Rolle und Verantwortung als international anerkannter Produzent und Exporteur konventioneller Waffen: „Ein Waffenhandelsvertrag soll nicht das Recht auf Selbstverteidigung von Staaten beschränken oder ihre Verantwortung zur Regelung ihrer internen Sicherheit in Frage stellen. Aber derzeit erzeugt das Fehlen von einheitlichen Regeln und effektiver Kontrolle Lücken, die von rücksichtslosen Hän-

lern, korrupten Strukturen oder terroristischen Gruppierungen ausgenützt werden. Nur durch verbindliche einheitliche Regeln werden gleiche Wettbewerbsbedingungen für Industrie und Handel ermöglicht und verhindert, daß verantwortungsloser Waffenhandel Konflikte schürt und zum Leid der Zivilbevölkerung beiträgt“, so der Außenminister.

Spindelegger verwies auf die unter dem Vorsitz Österreichs im UNO-Sicherheitsrat letzten November einstimmig angenommene Resolution 1894, die zur Verbesserung der Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung aufruft: „Der verantwortungslose Einsatz von Klein- und Leichtwaffen tötet jährlich weltweit Tausende unschuldige Menschen. Millionen Männer, Frauen und Kinder müssen in Furcht vor bewaffneter Gewalt leben, denn noch immer landen in vielen Teilen der Welt zu viele Waffen in den falschen Händen. Dadurch werden Konflikte und Instabilität verschärft und terroristische Angriffe erleichtert. Darauf muß die Staatengemeinschaft reagieren.“

Abschließend dankte der Außenminister den Vertretern der Zivilgesellschaft für deren Einsatz: „Der Prozeß zur Ausarbeitung eines internationalen Abkommens zur Kontrolle des Waffenhandels zeigt einmal mehr die wichtige Rolle der Nichtregierungsorganisa-

tionen. Nur durch ihr jahrelanges beharrliches Engagement und internationale Bewußtseinsbildung wurde eine Thematisierung dieser komplexen Materie im Rahmen der Vereinten Nationen überhaupt erst möglich.“

Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für Globale Entwicklung, betonte die Notwendigkeit fortgesetzter Bemühungen um die Kontrolle des globalen Waffenhandels. „Bedauerlicherweise zählt der Waffenhandel zu einem der lukrativsten Geschäftsfelder“, so Bayr. Naturgemäß sei damit eine unheilvolle Dynamik verbunden – umso wichtiger sind alle Maßnahmen, die geeignet sind, illegalen Handel zu unterbinden.

Bei der Bekämpfung des Einsatzes von KindersoldatInnen komme diesem Ansinnen besondere Bedeutung zu. „Die Bemühungen um die Kontrolle von Waffenexporten, und die Bekämpfung des illegalen Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen waren und sind ein ganz wichtiger Schritt, denn naturgemäß sind diese zur Bewaffnung von Kindern besser geeignet als größere und schwerere Geräte“, so Bayr. „Vom Ziel einer echten Kontrolle des Waffenhandels sind wir leider noch weit entfernt. Daher gilt es, die lobenswerten Fortschritte weiter auszubauen und schließlich in ein international umsetzbares Abkommen zu gießen“, forderte Bayr. ■

AdR-Politik künftig mutiger und ausdauernder

Neuer Vorsitz und neues Präsidium im Ausschuß der Regionen der EU gewählt – LTP van Staa wird wieder AdR-Vizepräsident

Die neu gewählte Präsidentin des Ausschusses der Regionen (AdR), Mercedes Bresso (IT/SPE), forderte das AdR-Plenum dazu auf, seine politischen Ziele mutiger zu verfolgen. Gleichzeitig würdigt sie die riesigen politischen Fortschritte dieser Institution in den vergangenen 15 Jahren und hob die Kernaufgabe des AdR hervor: die wirksame Vertretung der gemeinsamen Interessen aller subnationalen Behörden in Europa. „Die Institutionendebatte ist abgeschlossen. Nun ist es an der Zeit, den Vertrag von Lissabon umzusetzen. Wir werden uns künftig nicht mehr mit der bloßen Forderung nach Einbindung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zufrieden geben. Wir werden nicht den Ja-Sager geben. Wir werden uns mit konkreten Vorschlägen in die politische Debatte einbringen und nötigenfalls auch vor politischen Kontroversen nicht zurückschrecken.“

Mercedes Bresso, vormals Abgeordnete des Europäischen Parlaments und langjähriges AdR-Mitglied, war von 2006 bis 2010 Vorsitzende der SPE-Fraktion im AdR. Sie ist die erste Frau an der Spitze des AdR. In ihrer Rede im Anschluß an ihre Wahl zur AdR-Präsidentin geht die Präsidentin der italienischen Region Piemont auf die Prioritäten für ihre zweieinhalbjährige Amtszeit ein.

Die Eindämmung des Klimawandels, die Lancierung einer überarbeiteten Lissabon-Strategie, die Verbesserung der EU-Kohäsionspolitik – die keinesfalls zu einer Renationalisierung dieses Politikbereichs führen darf – und die Berücksichtigung der Interessen der regionalen und lokalen Ebene in der EU-Haushaltsdebatte bilden neben der Erarbeitung einer europäischen Strategie für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die den Kompetenzen der Kommunen und Regionen Rechnung trägt sowie der wirksamen Umsetzung des neuen Rechtsinstruments des Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) die Hauptanliegen der Präsidentschaft von Mercedes Bresso. „In all diesen Themenbereichen kann sich Europa ein Beispiel an den Regionen und lokalen Gebietskörperschaften nehmen.



Foto: Ausschuß der Regionen

Mit Mercedes Bresso – hier mit standing ovations geehrt – hat zum ersten Mal in der Geschichte des Ausschusses der Regionen das Komitee eine Präsidentin.

In Krisenzeiten stehen die Regionen und Städte an vorderster Front; sie waren immer schon Experimentierfelder zur Erprobung wirtschaftlicher, sozialer oder auch ökologischer Innovationen. Ich lade die anderen EU-Institutionen ein, sich diesen Sachverstand zu Nutze zu machen“, so Mercedes Bresso. „Dazu gehört auch die Wahrung der neuen Rechte, die dem Ausschuß der Regionen durch den Vertrag von Lissabon übertragen wurden, und zwar mit politischen Mitteln, aber, falls notwendig, auch vor dem Europäischen Gerichtshof.“

Zudem kündigt sie an, daß der AdR sich nach Kräften für die Umsetzung der mit dem Vertrag von Lissabon neu geschaffenen Bürgerinitiative einsetzen werde. „Aufgrund ihrer umfangreichen Erfahrungen mit Bürgerinitiativen in den EU-Mitgliedsstaaten, werden die Regionen und Städte eine wichtige Rolle bei der Lancierung, der Koordinierung und der Unterstützung europäischer Bürgerinitiativen spielen können. So wird Europa transparenter, demokratischer und vielfältiger.“

Ramón Luis Valcárcel Siso (ES/EVP), Präsident der spanischen Region Murcia, wurde zum Ersten Vizepräsidenten des Ausschusses der Regionen gewählt. Er wird dieses Amt bis 2012 ausüben, um dann in Übereinstimmung mit einer Vereinbarung zwischen SPE- und EVP-Fraktion des AdR das Amt des AdR-Präsidenten von Mercedes Bresso zu übernehmen.

Tirols Landtagspräsident Herwig van Staa wurde mit großer Mehrheit zu einem der Vizepräsidenten und damit zum Mitglied des Präsidiums des AdR gewählt. Überaus erfreut zeigte sich van Staa nach seiner Wiederwahl: „Für mich ist es natürlich auch eine Bestätigung und Wertschätzung meiner umfangreichen politischen Aktivitäten auf europäischer Ebene im Dienste der Länder und Gemeinden.“ Als besonders wichtige Themen im AdR für die nächste Zeit sieht er die territoriale Kohäsion und die Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, wo ja demnächst die Weichen für die neue Förderperiode ab 2013 gestellt werden: „Es handelt sich hier um zwei Bereiche, die auch

Österreich, Europa und die Welt

auf Tirol unmittelbare finanzielle Auswirkungen haben“, so van Staa.

Ebenfalls wiederbestellt wurde van Staa als österreichischer Delegationsleiter im AdR. Weitere österreichische Delegationsmitglieder mit neuen wichtigen Funktionen wurden Franz Schausberger (Vorsitzender der Arbeitsgruppe Westbalkan, Mitglied im Präsidium) sowie Erwin Mohr (ebenfalls Mitglied im Präsidium).

Herwig van Staa ist seit dem Jahr 2002 österreichischer Delegierter im AdR und bereits seit geraumer Zeit auch österreichischer Delegationsleiter. Seit 1995 ist er Leiter der österreichischen Delegation im Kongreß der Gemeinden und Regionen Europas im Europarat (KGRE), er ist Vorsitzender der EVP-Fraktion im KGRE.

Zwölf österreichische Politiker vertreten die nächsten fünf Jahre die Interessen der Bundesländer, Städte und Gemeinden in Brüssel. Am 9. Oktober nahmen sie ihre Arbeit als Mitglieder des AdR auf:

Gerhard Dörfler

Landeshauptmann von Kärnten

Michael Häupl (SPE)

Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien

Erwin Mohr (EVP)

Mitglied des Gemeinderats von Wolfurt

Hans Niessl (SPE)

Landeshauptmann von Burgenland

Johannes Peinstreiner (EVP)

Bürgermeister von St. Wolfgang im Salzkammergut

Erwin Pröll (EVP)

Landeshauptmann von Niederösterreich

Josef Pühringer (EVP)

Landeshauptmann von Oberösterreich

Herbert Sausgruber (EVP)

Landeshauptmann von Vorarlberg

Heinz Schaden (SPE)

Bürgermeister der Stadt Salzburg

Franz Schausberger (EVP)

Beauftragter des Landes Salzburg für den Ausschuß der Regionen

Herwig van Staa (EVP)

Präsident des Landtags von Tirol

Franz Voves (SPE)

Landeshauptmann der Steiermark.

Voraussetzung für die Mitgliedschaft im AdR ist gemäß EU-Vertrag ein auf Wahlen beruhendes Mandat in einer regionalen oder lokalen Gebietskörperschaft (z.B. Landtagsabgeordneter) oder die politische Verantwortlichkeit gegenüber einer gewählten Versammlung (z.B. Mitglied einer Landesregierung).

Bresso beim Ministertreffen in Saragossa

Die neue Präsidentin des AdR warnte bei einem informellen Treffen der für Regionalpolitik zuständigen Minister der Mitgliedsstaaten und hochrangiger EU-Politiker im spanischen Saragossa am 19. Februar davor, die europäische Kohäsionspolitik zu einem reinen Instrument für die Umsetzung der neuen „Europa 2020“-Strategie für Wachstum und Beschäftigung zu machen. Sie betonte, daß die EU-Regionalbeihilfen vor allem den Bedürfnissen der Regionen und Städte entsprechen müßten.

Auf Einladung des spanischen EU-Ratsvorsitzes erörterten die für Regionalpolitik zuständigen Minister der Mitgliedsstaaten, Johannes Hahn, neuer EU-Kommissar für Regionalpolitik (und früherer österreichischer Wissenschaftsminister), Danuta Hübner, Vorsitzende des Ausschusses für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments, und die Präsidentin des AdR, Mercedes Bresso, die Zukunft der Kohäsionspolitik in einem sich wandelnden wirtschaftlichen und politischen Umfeld.

Mit Blick auf die Debatte über die Agenda EUROPA 2020 (die der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung nachfolgt) betonte Bresso, daß die Kohäsionspolitik zu dieser Strategie beitragen könne, jedoch nicht von ihr usurpiert (*etwas durch Gebrauch an sich reißen, Anm.*) werden dürfe. Wenn vor Ort konkrete Ergebnisse zustande kommen sollten, dürften bestehende Finanzierungs- und Kooperationsprogramme nicht als Mittel zum Erreichen von Zielen eingesetzt werden, die auf zentraler Ebene aufgestellt wurden: „Der Ausschuß der Regionen betont nachdrücklich den Unterschied zwischen der Kohäsionspolitik als im Vertrag festgeschriebene Politik für die Entwicklung der Europäischen Union auf der einen Seite und der EUROPA 2020-Strategie auf der anderen Seite. Die Kohäsionspolitik darf nicht einfach als Instrument zur Umsetzung der neuen EUROPA 2020-Strategie gebraucht werden. Ihr politischer Wert muß durch die Einrichtung einer offiziellen Ratsformation der Minister für Regionalpolitik zum Ausdruck gebracht werden.“

Bresso verwies auch auf den Zweck der Kohäsionspolitik: „Mit ihr sollen Ungleichheiten beseitigt werden, indem die Regionen dabei unterstützt werden, ihr volles Potential auszuschöpfen und ihre Humanressourcen, ihre wirtschaftlichen und natürlichen Ressourcen bestmöglich zu nutzen. Mit Partnerschaften und langfristiger Programmplanung als Grundlage ist sie ausreichend flexi-

bel gestaltet, um auf die unterschiedlichen Herausforderungen und sich wandelnden Gegebenheiten für Europas Regionen reagieren zu können.“

Auch hob Bresso hervor, daß das bisherige Scheitern der Lissabon-Strategie hauptsächlich darauf zurückzuführen sei, daß regionale und lokale Akteure nicht eingebunden worden seien: „Die Lissabon-Strategie war eine große Enttäuschung, u.a. weil institutionelle, wirtschaftliche und soziale Akteure vor Ort nicht involviert wurden. Diese Botschaft ist ungehört verhallt – was so weit geht, daß wir in der EUROPA 2020-Strategie so gut wie gar nicht als Partner vorgesehen sind. Tatsächlich sind wir viel mehr als Partner: Wir sind so etwas wie die Aufhängung dieser Strategie.“

In bezug auf die Vereinfachung der Durchführungsbestimmungen für Regionalprogramme zur Bewältigung der aktuellen Wirtschaftskrise bekräftigte Bresso die vom AdR schon seit langem propagierte Unterstützung für den Abbau von Bürokratie: „In diesem Zusammenhang und angesichts der Krise möchte ich betonen, daß diese Frage nicht nur für Verwaltungen und Rechnungsprüfer interessant ist, sondern daß es hierbei für einige Regionen, für Unternehmen, die Umstrukturierungsmaßnahmen ergreifen müssen, und für die Bürgerinnen und Bürger, die in diesen Regionen leben, schlicht und einfach ums Überleben geht.“

Der Ausschuß der Regionen

Der AdR ist die Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der EU. Seine 344 Mitglieder aus allen 27 EU-Mitgliedsstaaten haben den Auftrag, die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften und die durch sie vertretene Bevölkerung in den Beschlußfassungsprozeß der EU einzubinden und sie über die EU-Politik zu informieren. Österreich entsendet neun Landes- und drei Gemeindepolitiker in den AdR, dessen neue fünfjährige Mandatsperiode im Februar 2010 begann.

Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und der Rat sind verpflichtet, den AdR in den für die Städte und Regionen relevanten Politikbereichen anzuhören. Der AdR kann den Europäischen Gerichtshof anrufen, wenn seine Rechte verletzt wurden, oder wenn er der Auffassung ist, daß eine EU-Rechtsvorschrift gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt bzw. daß regionale oder lokale Kompetenzen mißachtet werden. ■

<http://www.cor.europa.eu>

»Kaiserball 2010« Wiener Bonbons in München

Nur für den »Ball der Österreicher« und nur für eine einzige Nacht verwandelte sich das Internationale Congress Center auch heuer wieder in einen Ballsaal. Ein herrliches Fest für alle, deren Herz für Österreich schlägt!

Von Gaby Hildenbrandt.



Fotos: J. Brunner

In jedem Jahr ein traumhaftes Bild: Das Jungdamen- und Jungherrenkomitee hat Aufstellung fürs Gruppenfoto genommen.

Rund 15.000 Nelken, rot und weiß, eine Woche zuvor aus San Remo angeliefert und bis zum großen Abend spezial-gekühlt, bildeten am 5. Februar 2010 den duftenden Rahmen für den „Kaiserball“ im ICM der Neuen Messe Riem. Wer nicht glaubt, daß Kristall-Luster, Drapierungen, eine geschickte Lichtregie und Schrammeln rot-weiß-rote Austria-Stimmung in eine nüchterne Kongreßhalle zaubern können, der sollte sich beim nächsten Ball (veranstaltet von der Österreichisch-Bayerischen Gesellschaft) unbedingt einmal selbst davon überzeugen. Mit enormem Aufwand wird von einem 30köpfigen Team in nur einem Tag und einer Nacht ein kleines Wunder vollbracht. Wenn der Ballsaal schließlich in voller Pracht erstrahlt, ist von der Hektik hinter den Kulissen nichts mehr zu spüren. Das ICM ist bereit für die schönste Ballnacht Münchens.



Seit vielen Jahren gerngesehene Gäste beim Kaiserball: Reinhold Bocklet, Vizepräsident des Bayerischen Landtags, mit Gattin Rosemarie

Der „Kaiserball“ gehört seit vielen Jahren zu den gesellschaftlichen Highlights der Münchner Ballsaison. Selten sieht man so elegante Besucher – die Herren tragen Smoking, Uniform, Frack und Orden, die Damen herrliche Roben –, selten findet man ein solch tanzfreudiges Publikum. Und wann kann schon ein Veranstalter heutzutage „ausverkauft“ melden? Carl Paul Wieland, Präsident der Österreichisch-Bayerischen Gesellschaft, ist es inzwischen schon gewöhnt, bei last-minute-Kartenanfragen nur noch bedauernd den Kopf zu schütteln.

Diese Nacht ganz nach Wiener Balltradition ist so recht nach dem Geschmack der 1600 Besucher. Der Zauber des Kaiserballs beginnt bereits am Eingang: mit einem Fiaker werden die Gäste vom Parkhaus zum Eingang gebracht, Lakaien begrüßen die Damen und Herren, ein Glas feinperlender Schlum-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: U. Strobel



Ein Fest der Österreichisch-Bayerischen Freundschaft: Österreichs Botschafter Ralph Scheide, der Bayerische Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Helmut Brunner mit Gattin Diana, Gastgeber Carl Paul Wieland (v.l.)

berger brut wird zum Sektempfang gereicht. Das Betreten des Ballsaals läßt die Gäste in jedem Jahr erneut den Atem anhalten: Üppige Blumendekoration an Wänden, Tischen und auf der großen Bühne, neun Kristall-Luster (von denen der größte 120 kg wiegt und mit 4500 Kristallen und Glaselementen funkelt) und dazu die walzerselige Musik vom Wiener Hofburg-Ballstreichorchester

unter der Leitung von Professor Helmut Steubl – sofort schlägt das Herz im Dreivierteltakt.

Apropos tanzen: Das Ballstreichorchester und das Austria Swingtett (unter der Leitung von Wolfgang Steubl) beweisen in jedem Jahr das richtige Feeling, wenn es um die Tanzbeine der Ballgäste geht. Tango, Polka, Foxtrott und natürlich Walzer – egal, zu wel-

chem Rhythmus, die Paare wirbelten bis 4 Uhr früh übers Parkett. Keine Spur von Tanzmüdigkeit zeigten beispielsweise die Schauspieler Jessica Boehrs und Marcus Grüsser. Er ist der „Hochzeitsplaner“ der ZDF-Serie „Kreuzfahrt ins Glück“ und machte seiner schönen Freundin kürzlich einen Heiratsantrag! Nun läuten im Juli die Hochzeitsglocken und die große Tanzfläche beim Kaiserball wurde eifrig zum Üben des Brautwalzers genutzt. Ebenfalls Dauergäste auf dem Parkett waren TV-Kommissar Michel Guillaume („Soko 5113“) und seine Freundin Georgia (übrigens eine Wienerin). Für den Ballabend hatte sich der Schauspieler extra einen Frack besorgt. Und der stand ihm so gut, daß seine Freundin ihn nun öfter so sehen will. Ein Besuch beim nächsten Kaiserball ist deshalb schon fest eingeplant...

Es soll aber auch einige Männer geben, die man zur Gattung der „Tanzmuffel“ zählen muß. Aber auch diese Spezies findet eine Heimat auf dem Kaiserball: Im Heurigen, zu Gast bei Weinkönigin Barbara aus Krems, kann man sich auf ein Glas Wein oder Bier zurückziehen. Beim Flanieren zurück in den Ballsaal konnte man auch Station an der Rauch-Saftbar machen. Dort mixte Barchef Alexander Wimmer köstliche Drinks mit Maracuja-Nektar, Rhabarbersaft und Mandarinen Sirup, raffiniert gemischt mit Wodka,

Fotos: J. Brunner



Eine rauschende Ballnacht erlebten auch die Debütantenpaare, die mit der Festpolonaise und einem Walzer den Ball eröffneten.

Österreich, Europa und die Welt

Sekt oder Rum. „Küss’ die Hand“, „Aida“ oder „Kaiserin Sissi“ heißen dann diese Kreationen.

Keiner wollte natürlich das Highlight des Abends verpassen: den Formationstanz der 50 Debütantenpaare (Einstudierung: Dominik Truschner von der Tanzschule Elmayer-Vestenbrugg, Wien). Die charmanten jungen Damen und ihre fescen Begleiter hatten natürlich großes Lampenfieber – wer tanzt schon Walzer links herum und 1600 Augenpaare beobachten ihn dabei? Die Debütantinnen trugen Swarovski-Krönchen des Wiener Opernballs, die Ballorganisator Carl Paul Wieland in jedem Jahr persönlich aussucht und anfertigen läßt. Und auch deshalb konnten sich die jungen Damen in ihren raschelnden, weißen Kleidern wie Prinzessinnen fühlen.

Ein musikalischer Gruß aus der Mozartstadt Salzburg überbrachten die Sänger und Musiker der Salzburger Kammersolisten. Prof. Alois Aigner erzählte zu den Mozart-Arien einige humorvolle Anekdoten aus dem Leben des Komponisten. Das Ensemble Saltarella machte vor, wie man zu Mozarts Zeiten das Tanzbein geschwungen hat. Danach gehörte das Parkett wieder den Ballgästen und die zeigten, wie man sich anno 2010 im Rhythmus bewegt...

Ein Auszug aus der Gästeliste: Staatsminister Helmut Brunner, Reinhold Bocklet (Vizepräsident des Bayerischen Landtags), Messe-Chef und Hausherr Klaus Dittrich, Generalkonsulin Ingrid Pech, Michael Love (Konsul der Republik Österreich) sowie Senator Prof. Walter Nettig, der in Vertretung des Wiener Bürgermeisters teilgenommen hatte. Oberster Repräsentant Österreichs war Ralph Scheide: Der Botschafter der Republik Österreich war extra für den Ballabend aus Berlin an die Isar gereist. Ebenfalls Gäste bei der schönsten Ballnacht Münchens: Ludwig Straßner (Salzburg München Bank AG), der eine Swarovski-Brosche als Damenspende überreichen ließ, Felix Bart (Hilton München), Ingrid Koller (Gössl GmbH), Manfred Wutzlhofer (Ex-Messechef) sowie Andrey Grozov, Generalkonsul der Russischen Föderation.

Wie beim Wiener Opernball durfte nach Ballende der Blumenschmuck geplündert werden. Ein Riesenspaß! So haben sich noch Tage später die Besucher an diese herrliche Ballnacht erinnert.

„Alles Walzer!“ wird es selbstverständlich auch im nächsten Jahr heißen. Der Kaiserball findet im Februar 2011 statt.

<http://www.kaiserball-muenchen.de>



Die Gastgeber Mechthilde und Carl Paul Wieland mit Evelyn und Heinz Watzka, Leiter Betrieb der E.ON Ruhrgas AG (v.l.)



Herzklopfen bei den Debütanten Maria und David, doch Schauspieler Horst Kummeth (r.) gibt ihnen Tipps gegen Lampenfieber.



Ein musikalischer Gruß aus der Mozartstadt: Die Salzburger Kammersolisten präsentierten amüsante Szenen zu Musik von Mozart und Haydn.

Schutzmacht

Treffen von Außenminister Michael Spindelegger und LH Luis Durnwalder: Finanzen, Verfassung, Staatsbürgerschaft – und die Intensivierung der Zusammenarbeit waren die Themen.

Drei Themen standen am 2. Februar im Mittelpunkt eines rund zweistündigen Treffens von Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder mit dem österreichischen Außenminister Michael Spindelegger in Sölden: So ging es um die neue Finanzregelung für Südtirol, den Wunsch nach der Verankerung der Schutzmachtklausel in der Österreichischen Bundesverfassung und jenen nach der doppelten Staatsbürgerschaft für die Südtiroler.

Begleitet von Landesrat Richard Theiner und seinem Tiroler Amtskollegen Günther Platter hat Landeshauptmann Durnwalder Spindelegger – als Außenminister direkt zuständig für alle Südtirol-Belange – ausführlich über die neue Regelung zur Finanzierung der Autonomie informiert. „Wir konnten dem Minister mitteilen, daß wir ein Abkommen mit der römischen Regierung getroffen haben, das für uns durchaus akzeptabel ist“, so der Landeshauptmann nach dem Treffen. Spindelegger seinerseits hat angemerkt, daß auch Österreichs Einvernehmen notwendig sei, wenn die Finanzierung der Autonomie auf neue Beine gestellt werde. Er werde diesbezüglich, so sein Versprechen, mit Rom Kontakt aufnehmen. „Der Minister hat sich durchwegs zufrieden mit der neuen Finanzregelung gezeigt“, so Durnwalder.

Vorgebracht haben Durnwalder und Theiner auch den Südtiroler Wunsch, die Schutzmachtfunktion Österreichs in der Verfassung festzuschreiben. „Dies könnte in einer Präambel geschehen oder in der Verfassung selbst“, so der Landeshauptmann, der allerdings von Spindelegger darüber informiert worden ist, daß in nächster Zeit keine Änderung der Verfassung anstehe. „Es ist uns aber zugesagt worden, daß – wenn eine solche Änderung ansteht – auch der Südtiroler Wunsch nach einer Verankerung der Schutzmachtklausel überprüft wird“, erklärte Durnwalder.

Auch der Wunsch nach Zuerkennung der österreichischen Staatsbürgerschaft an die Südtiroler wurde ausführlich diskutiert. „Ein solches Anliegen kann sicher nicht auf morgen gelöst werden“, betonte der Landeshauptmann. So sei Österreich etwa dem Europarats-Abkommen zur Staatsbürgerschaft

beigetreten, das einen sehr sparsamen Umgang mit doppelten Staatsbürgerschaften vorsieht. „Es gilt also internationale wie interne rechtliche Fragen zu überprüfen, bevor an eine Zuerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft zu denken wäre“, so Durnwalder. Von Außenminister Spindelegger gab es die Zusage, Fachleute einzuschalten, um den rechtlichen Rahmen zu klären. „Nach dieser Klärung wird uns der Minister eine Antwort zukommen lassen: positiv oder negativ.“

Schließlich haben Landeshauptmann und Außenminister Michael Spindelegger vereinbart, den Kontakt zu intensivieren. „Wir wollen sicherstellen, daß Österreichs Regierung stets auf dem laufenden ist, was Südtirol betrifft“, so Durnwalder. Dafür sollen halbjährliche Treffen von Südtiroler Vertretern mit dem Außenminister sorgen. „So stellen wir sicher, daß der Informationsfluß in beide Richtungen nicht abreißt“, betonte der Landeshauptmann. ■

Pflege der Muttersprache für Minderheit überlebenswichtig

Die Muttersprache“, unterstreicht Sabina Kasslatter Mur, „ist für Menschen die unverzichtbare Grundlage, um eine eigene Kultur und eigene Traditionen zu entwickeln.“ Die Kulturlandesrätin nimmt damit Stellung zum Internationalen Tag der Muttersprache an diesem Sonntag.

„Die Muttersprache ist gewissermaßen das Lebenselixier für jede Volksgruppe, in ihr leben und wirken die Mythen und Märchen, die großen Geschichten, Gedanken und Werte eines Volkes; ihre Erhaltung und Pflege sind daher besonders für eine Minderheit überlebenswichtig.“ Dies erklärt die für Bildung und deutsche Kultur zuständige Landesrätin aus Anlaß des Internationalen Tages der Muttersprache, den die UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur) jedes Jahr am 21. Februar begeht.

Besonders wichtig sei die Pflege der Muttersprache für eine ethnische Minderheit, wie sie die deutsch- und ladinischsprachigen SüdtirolerInnen innerhalb des italienischen Staatsverbandes darstellen. „Unsere Muttersprache war und ist die zentrale Grundlage für unsere Autonomie“, betont Kasslatter Mur, „mit ihr steht und fällt der verfassungsrechtliche Schutz unserer Kultur, unserer Traditionen und Bräuche.“ Aber

auch für die Entwicklung einer soliden Zwei- und Mehrsprachigkeit, die in der heutigen globalisierten Welt immer wichtiger wird, sei die Förderung der Muttersprache von großer Bedeutung und eine Grundvoraussetzung.

Das sprachliche Vorwissen, das Kinder in ihrer Muttersprache mitbringen, beeinflusse auch die Leistungen in der Zweitsprache und in allen weiteren Sprachen. „Die Muttersprache wirkt dabei gewissermaßen wie eine Zugmaschine“, veranschaulicht Kasslatter Mur, „daher wird der Pflege der Muttersprache in den deutschsprachigen Schulen des Landes höchste Priorität eingeräumt.“ Zusätzlich bieten Schulamt und Pädagogisches Institut auch heuer wieder vielseitige Projekte zur sprachlichen Bildung und zur Stärkung der Ausdrucksfähigkeit an.

Dazu gehört etwa auch die sechste Auflage des Südtiroler Jugend-Redewettbewerbs, der am 5. März in Bozen ausgetragen wird. „Hier können die Ober- und Berufsschülerinnen und -schüler ab der dritten Klasse den kreativen Umgang mit ihrer Muttersprache erproben, ihr rhetorisches Können unter Beweis stellen und sich in ihren Redekünsten mit Gleichaltrigen messen“, hebt die Kulturlandesrätin hervor und lädt die Schülerinnen und Schüler dazu ein, sich innerhalb 27. Februar zum Wettbewerb anzumelden. ■

Europäisches Parlament wählt neue EU-Kommission

Das Europäische Parlament stimmte am 9. Februar mit 488 Stimmen bei 137 Gegenstimmen und 72 Enthaltungen für die neue EU-Kommission. Die Abgeordneten beriefen in einer einzigen Abstimmung das neue Kollegium von Kommissionspräsident José Manuel Barroso für die nächsten fünf Jahre ins Amt.

Fotos: Europäisches Parlament – Referat Audiovisuelle Medien



Ein Blick auf das versammelte Europäische Parlament. Auf den Sitzen 21 und 22 die Hohe Repräsentantin der EU, Catherine Ashton, und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Am Präsidium: EU-Parlamentspräsident Jerzy Buzek.

Die vergangene Barroso-Kommission wurde im November 2004 mit 499 Stimmen bei 149 Gegenstimmen und 82 Enthaltungen von den Abgeordneten ins Amt berufen. Die neue Kommission wird bis zum 31. Oktober 2014 im Amt bleiben.

Vor der Wahl erklärten die Fraktionen von EVP, S&D und ALDE, daß sie für das Kollegium der Kommissare stimmen werden. Die Fraktionen der Grünen/EFA, VEL/NGL und EFD erklärten ihre Absicht, gegen die neue EU-Kommission zu stimmen und die EKR-Fraktion kündigte an, sich zu enthalten.

»Beginn einer neuen Ära«

„Zum ersten Mal in unserer Geschichte ernennen wir eine Europäische Kommission

in unserer Funktion als echten Mitgesetzgeber“, sagte der Präsident des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, zu Beginn der Debatte am Morgen des 9. Februar. „Wir stehen am Beginn einer neuen Ära. Es geht um eine neue Arbeitsweise der europäischen Union“, so Buzek.

Rechenschaft gegenüber dem Parlament sei von wesentlicher Bedeutung für die demokratische Legitimität der Kommission, unterstrich Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Jetzt, in Zeiten von Wirtschaftskrise, Klimawandel und Problemen der Energiesicherheit, sei „eine Zeit für Mut“, so Barroso. „Starke europäische Institutionen“ seien nötig, um diesen Herausforderungen zu begegnen und es sei an Kommission und Parlament, zusammenzuarbeiten, „um sicher-

zustellen, daß die EU mehr ist als die Summe ihrer Einzelteile“. Er schloß mit den Worten: „Heute beginnt ein neues Kapitel in unserem europäischen Abenteuer ... Wir müssen es zu einem Erfolg für all unsere Bürger machen.“

Es sei wichtig, den Bürgern in „einer klaren Botschaft“ zu mitzuteilen, wie die EU ihre Ziele erreichen will, unterstrich Joseph Daul (EVP, Frankreich). Die EU müsse als das auftreten, „was die EU ist – weltweit führend nach Maßstäben des BIP, Größe des Marktes und Beiträgen zu internationaler Hilfe“, so Daul. Aber von Haiti bis Iran, von Afghanistan bis zum Jemen, von Kuba bis hin zu den transatlantischen Beziehungen habe „die Stimme der EU bisher nicht unseren Erwartungen entsprochen“. Daul forder-

Europa

te „ein ambitioniertes Programm“, um dies zu beheben. Die politische Ausrichtung der Kommission müsse das Ergebnis der Europawahl von 2009 widerspiegeln, so Daul.

In den Anhörungen habe die Kommission den „Eindruck des Abtes José Manuel“ hinterlassen, „der mit seinen 26 Novizen des Trappistenordens erschienen ist“, die sich dem „Schweigegelübte unterworfen“ hätten, um nichts Falsches zu sagen, meinte Martin Schulz (SPD). Kandidaten wie Michel Barnier, Joaquin Almunia, Maroš Šefčovic und Kristalina Georgieva hätten gezeigt, „daß man, wenn man mit dem Parlament mutig in einen Dialog eintritt, mehr Profil gewinnen kann, als wenn man sich weichspülen läßt“. Die Kommission müsse „als Kollegialorgan handeln“ und nicht als „Präsidialsystem“ geführt werden, forderte er. „Wir brauchen eine starke Kommission, die sich auf eine starke Mehrheit im Parlament stützen kann“, so Schulz.

Guy Verhofstadt (ALDE, Belgien) erklärte, daß seine Fraktion „eine verantwortungsbewußte Fraktion“ sei und für die Kommission stimmen werde, obwohl diese Unter-



EU-Parlamentspräsident Jerzy Buzek (l.) und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso

Daniel Cohn-Bendit (Grüne/EFA, Frankreich) sprach von einer „Koalition der Heuchler“: viele der Abgeordneten würden für die Kommission stimmen, obwohl sie sie eigentlich nicht befürworteten. Die meisten

Idee, die Bürokratie abzubauen, durch eine Vereinfachung der Gesetzgebung. Warum wiederbeleben Sie diese Idee jetzt nicht?“

Lothar Bisky (Die Linke) kritisierte die „neoliberalen Leitlinien“ des Kommissionspräsidenten: „Jetzt präsentieren Sie uns ein Kommissionskollegium, das zu Ihrem Programm bestens paßt.“ Seine Fraktion werde weder Barrosos Leitlinien noch dessen „Personalvorschlag“ zustimmen, erklärte der Abgeordnete. „Stellen Sie sich auf eine harte, aber auch faire Auseinandersetzung mit Ihnen und Ihrem Kollegium ein!“, so Bisky abschließend.

Für die EFD-Fraktion sagte Nigel Farage (Vereinigtes Königreich) zu Barroso, daß es nun „eine neue Regierung Europas“ gebe, die „eine ungeheure Macht“ habe und Notfälle dazu nutzen könne, „Länder einzunehmen“. Er bedauerte, daß „das arme Griechenland im Eurosystem gefangen“ sei und fuhr fort, daß dies in Zukunft auch Spanien, Portugal und Irland passieren werde.



EU-Parlamentspräsident Jerzy Buzek gratuiert der soeben gewählten Hohen Repräsentantin der EU, Catherine Ashton.

stützung von gewissen Bedingungen abhängen. Er erwarte von der neuen Kommission, erstens, „daß sie eine treibende Kraft für Europa wird, was in den letzten fünf Jahren nicht der Fall war“, zweitens, daß sie als „ein echtes Kollegium“ zusammenarbeitet und fähig ist, eine Politik zu entwickeln, die von allen drei politischen Familien des Kollegiums getragen wird, und drittens, daß die neue Kommission „sich auf ihre Hauptaufgabe konzentriert: eine Antwort auf die Wirtschaftskrise und eine funktionierende Europa 2020-Strategie zu finden“. „Hören Sie nicht zu sehr auf die Mitgliedsstaaten“, so Verhofstadt.

der designierten Kommissare hätten in ihren Anhörungen nicht genug „Vision und Ehrgeiz“ gezeigt, aber die Abgeordneten würden sie dennoch unterstützen und dadurch andeuten, daß „alle Minusse ein Plus ergeben“. Er sagte, daß seine Fraktion nicht für die Kommission stimmen werde. Man dürfe jedoch nicht sagen, daß wer nicht für die Kommission stimme, gegen Europa sei. Seiner Ansicht nach sei Europa nicht bereit, der Wirtschaftskrise und dem Klimawandel zu begegnen. Dafür bräuchte man „ein politischeres Europa“, so Cohn-Bendit.

Jan Zahradil (EKR, Tschechische Republik) sagte zu Barroso: „2005 hatten Sie die

Hintergrund

Die 26 designierten Kommissare hatten sich im Januar und Februar den zuständigen parlamentarischen Ausschüssen vorgestellt, zuletzt die neue bulgarische Kandidatin Kristalina Georgieva am 3. Februar. Die Ausschüsse beurteilten den jeweils angehörten designierten Kommissar in einem Evaluierungsschreiben an EP-Präsident Jerzy Buzek. Alle 26 Bewertungen fielen positiv aus. Am 16. September 2009 hatte das EP bereits José Manuel Barroso als Kommissionspräsidenten wiedergewählt.

<http://www.europarl.europa.eu>

Eurobarometer-Umfrage zum gesellschaftlichen Klima

Trotz Zukunftssorgen aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Lage sind die EuropäerInnen mit ihrem Leben ziemlich zufrieden

Im großen und ganzen sind die EuropäerInnen mit ihrer persönlichen Situation zufrieden – anders sieht dies jedoch in punkto Wirtschaft, öffentliche Dienstleistungen und Sozialpolitik in ihrem Land aus. Zu diesem Schluß kommt eine Anfang Februar veröffentlichte Meinungsumfrage. Das Eurobarometer zum gesellschaftlichen Klima in der EU stellte darüber hinaus große länderspezifische Unterschiede fest: So sind die Menschen in den nordischen Ländern und den Niederlanden im allgemeinen mit ihrer persönlichen Situation am zufriedensten. Die Umfrage ist Teil des Berichts der Europäischen Kommission zur sozialen Lage, der ebenfalls heute veröffentlicht wird und die

sozialen Trends in Europa untersucht. Kernthema in diesem Jahr ist das Wohnen.

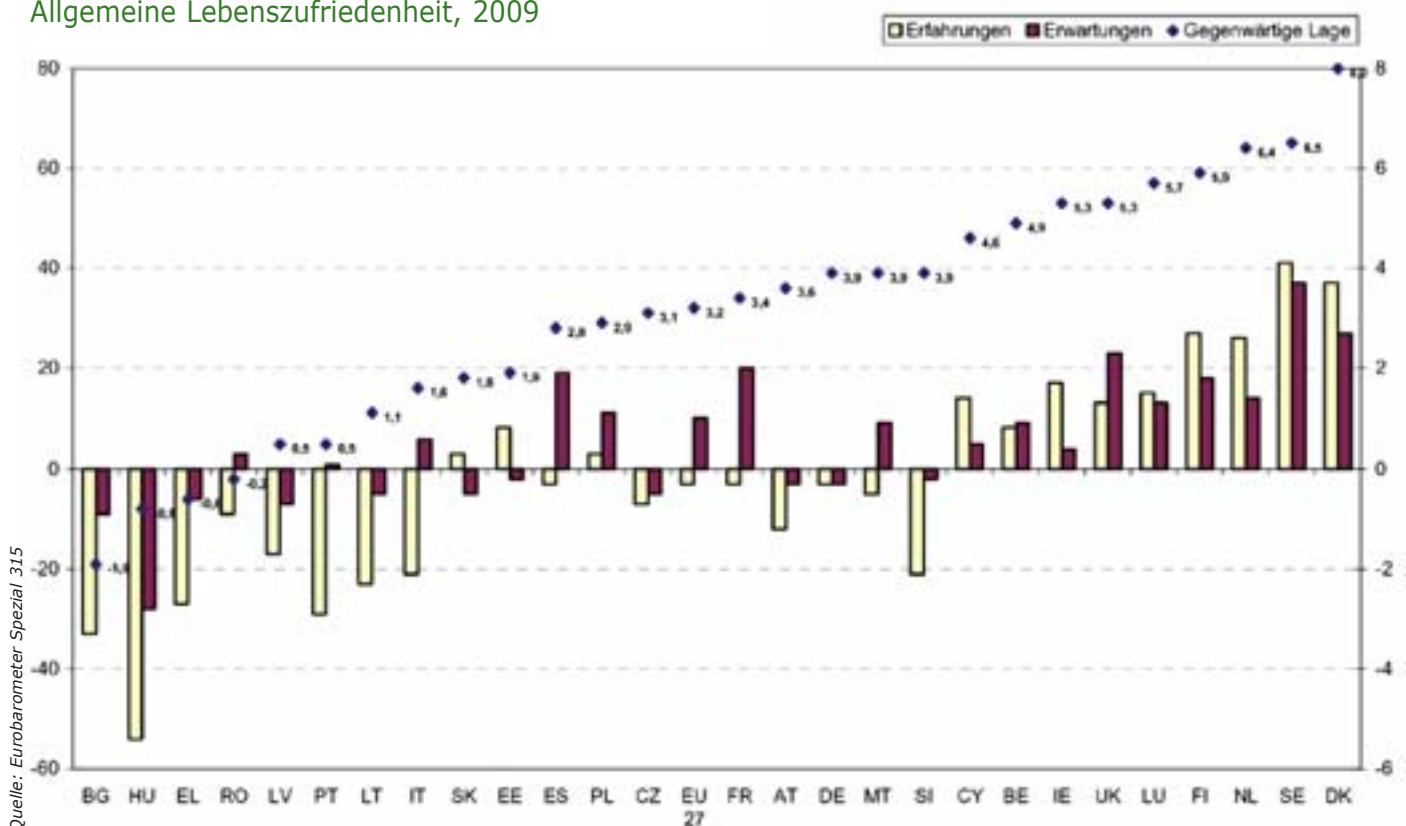
„Es ist gut zu wissen, daß die meisten Europäer trotz der schwierigen Wirtschaftslage und mancher Zukunftssorgen immer noch mit ihrem Leben zufrieden sind“, so Vladimír Špidla, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit. „Der heute veröffentlichte Bericht zeigt wieder einmal, wie wichtig unser Einsatz für Beschäftigung und Wachstum in Europa ist, denn wir wollen auch in Zukunft das soziale Wohlergehen der Menschen gewährleisten. Wir müssen diese Bemühungen im Rahmen unserer künftigen 2020-Strategie weiterführen, damit die EU zu einer intelligenteren

und umweltfreundlicheren sozialen Marktwirtschaft wird.“

Gemäß der Eurobarometerumfrage sind die meisten EuropäerInnen mit ihrem Leben im allgemeinen zufrieden (durchschnittlich +3,2 Punkte auf einer Skala von -10 bis +10). Doch zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten gibt es große Unterschiede: Am zufriedensten ist man in Dänemark (+8,0), und auch in Schweden, den Niederlanden und Finnland. Am unzufriedensten ist man in Bulgarien (-1,9), gefolgt von Ungarn, Griechenland und Rumänien.

Beim öffentlichen Dienst sind die EuropäerInnen im Durchschnitt recht unzufrieden mit dem Funktionieren ihrer öffentlichen

Allgemeine Lebenszufriedenheit, 2009



Quelle: Eurobarometer Spezial 315

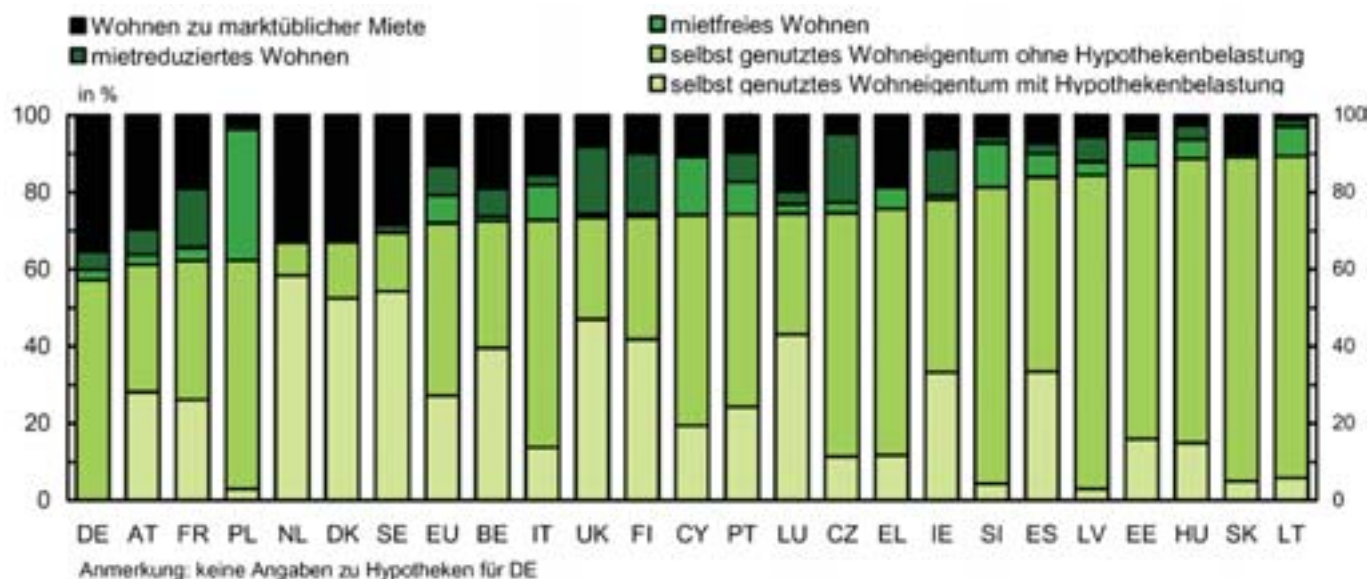
Erfahrungen: Haben sich die Dinge im Vergleich zu vor fünf Jahren im Bezug auf Ihr Leben insgesamt Ihrer Ansicht nach verbessert oder verschlechtert oder sind sie gleich geblieben?

Erwartungen: Welche Erwartungen haben Sie an die näch-

sten 12 Monate: Werden die nächsten 12 Monate im Bezug auf Ihr Leben insgesamt besser, schlechter oder gleich sein?
Gegenwärtige Lage: Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen, sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?

Europa

Aufteilung der Bevölkerung nach Wohnsituation, 2007



Verwaltung (-1,2 Punkte). In allen Ländern – Luxemburg und Estland ausgenommen – haben die EuropäerInnen den Eindruck, dies hätte sich in den letzten fünf Jahren verschlechtert, und sie rechnen mit weiteren Verschlechterungen (einzige Ausnahme: Luxemburg).

Zu spezifischen Politikbereichen befragt, sind die EuropäerInnen allgemein zufrieden mit dem Gesundheitswesen (+1,3 Punkte) – in Belgien, den Niederlanden und Luxemburg wurden die besten Noten vergeben (über +5 Punkte), in Bulgarien, Griechenland und Rumänien hingegen die schlechtesten (höchstens -3 Punkte).

Am unzufriedensten waren die EuropäerInnen damit, wie sich ihr Land mit sozialer Benachteiligung und Armut auseinandersetzt (-2 Punkte). Punkte im Plusbereich gab es nur aus Luxemburg und den Niederlanden; am schlechtesten schnitten Lettland und Ungarn ab (-5 Punkte oder weniger).

Wohnen

Im letzten Jahresbericht der Europäischen Kommission zur sozialen Lage wird aufgezeigt, daß die EuropäerInnen heutzutage einen größeren Teil ihres Einkommens für Wohnkosten aufwenden als vor zehn Jahren (Steigerung um knapp vier Prozentpunkte). Auch die Hypothekenschulden sind in der EU signifikant angestiegen.

Im Durchschnitt geben die EuropäerInnen ein Fünftel ihres verfügbaren Einkommens für das Wohnen aus. Miet- und Hypothekenzahlungen machen nur 30 % der gesamten Wohnkosten in der EU aus – die restlichen

70 % entfallen auf Reparaturen, Instandhaltung und Heizkosten. Infolge der Privatisierung von Wohnraum sind die meisten Menschen in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten nun Eigentümer ihrer Wohnung, so daß Reparaturen, Instandhaltung und Heizkosten rund 90 % der gesamten Wohnkosten ausmachen.

In dem Bericht wird auch auf die Qualität der Wohnung eingegangen. Dabei wird festgestellt, daß viele EuropäerInnen nach eigenen Angaben in Unterkünften wohnen, die durchschnittlichen Ansprüchen nicht genügen, und daß mehr Menschen mit niedrigen Einkommen über eine problematische Wohnsituation berichten.

Die Angaben zu Wohnkosten aus der EU-SILC-Erhebung 2007 zeigen, daß die EuropäerInnen durchschnittlich ein Fünftel ihres verfügbaren Einkommens für Wohnkosten aufwenden. Über zwei Drittel dieses Betrags werden für Reparaturen und Versorgungsleistungen ausgegeben und nur ein Drittel für Miet- oder Hypothekenzahlungen. Zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten bestehen jedoch erhebliche Unterschiede. Infolge der Privatisierung von Wohnraum sind die meisten Menschen in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten (vor allem in der Slowakei, Slowenien, Polen, Ungarn, Lettland und Litauen) nun Eigentümer ihrer Wohnung oder ihres Hauses, so daß Reparaturen, Instandhaltung und Heizkosten rund 90 % der gesamten Wohnkosten ausmachen.

Soziale Auswirkungen der Krise

Es ist zwar noch zu früh, um die gesam-

ten sozialen Auswirkungen der Krise zu bewerten, doch wird in dem Bericht die Frage untersucht, welche Lehren aus den Erfahrungen früherer Rezessionen gezogen werden können. So spielen die Sozialausgaben eine Rolle für den Schutz der Opfer der Rezession, jedoch ist die Wahrscheinlichkeit, daß Arbeitslose Einkommensunterstützung erhalten, in der EU unterschiedlich hoch.

Hintergrund

Die Umfrage des Eurobarometer Spezial zum gesellschaftlichen Klima ist die erste einer Reihe von jährlichen Befragungen, mit denen das subjektive Wohlbefinden der europäischen Bürgerinnen und Bürger eruiert werden soll. Durchgeführt wurde sie im Mai/Juni 2009 in den 27 EU-Mitgliedsstaaten. Die Befragten sollen dabei ihre Meinung zu ihrer persönlichen Situation, der nationalen wirtschaftlichen und sozialen Lage sowie der Politik ihrer Regierung in diversen Themenbereichen, darunter Gesundheitswesen und Renten, äußern.

Der Bericht zur sozialen Lage ist ein jährlicher Bericht der Europäischen Kommission, in dem langfristige soziale Trends in der EU genauer geprüft werden, um aktuelle, verlässliche und umfassende Informationen zur sozialen Lage zu erhalten. In diesem Jahr lauten die beiden Kernthemen Wohnen (einschließlich Eigentumsverhältnisse und Kosten) und die möglichen Auswirkungen der Rezession unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage zum gesellschaftlichen Klima.

<http://europa.eu/>

Wirtschaft belebt sich weiter

Dynamik des Wirtschaftswachstums Ende 2009 nicht weiter verstärkt

Die langsame Erholung der Wirtschaft, die seit einigen Monaten zu verzeichnen ist, setzt sich fort. In allen wichtigen Wirtschaftsräumen zeigen die Indikatoren eine Verbesserung an. Diese positive Tendenz dürfte in den kommenden Monaten zwar anhalten, doch muß immer wieder mit kleinen Rückschlägen gerechnet werden. Bislang fehlen Hinweise auf eine selbsttragende Stabilisierung. Die Wachstumsimpulse gehen nach wie vor von den Maßnahmen der öffentlichen Hand aus. Auch in Österreich verstärkt sich die Wirtschaftsaktivität zunehmend. Die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt stabilisierte sich gegen Ende 2009 vorübergehend. Im Jänner hatte allerdings das kalte Wetter einen Rückgang der Beschäftigung und einen Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge.

Gemäß den internationalen Umfragen unter Unternehmen und privaten Haushalten verbessert sich die Stimmung seit dem Tiefpunkt der Krise im 1. Halbjahr 2009 kontinuierlich. In den USA stieg der Purchasing Manager Index des ISM im Jänner 2010 auf den höchsten Stand seit 2004. Auch das Verbrauchervertrauen nahm im Jänner 2010 weiter zu. Die Wirtschaft der USA wuchs im IV. Quartal 2009 außerordentlich kräftig (real +1,4% gegenüber der Vorperiode). Der Hauptimpuls ging dabei von der Lagerveränderung aus, aber auch der private Konsum gewann an Dynamik. Der Außenbeitrag wie auch die Anlageinvestitionen stiegen hingegen kaum. Kritisch erscheinen in den USA die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt – die Arbeitslosenquote erhöhte sich wie im Euro-

Raum auf 10% und sank erst im Jänner wieder etwas auf 9,7% – und das enorme Defizit des öffentlichen Sektors.

Im Euro-Raum deuten nahezu alle Konjunkturindikatoren auf eine weitere Expansion hin. Bereits im Dezember 2009 und noch stärker im Jänner 2010 überwog die Zahl der Unternehmen, die für die kommenden drei Monate eine Produktionssteigerung erwarteten. Die Industrieproduktion erholte sich seit einigen Monaten, jedoch viel langsamer, als es in den Umfragewerten zum Ausdruck kommt. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte sich anhaltend. Im Dezember 2009 stieg die Arbeitslosenquote auf 10,0% und war damit gleich hoch wie in den USA. Die Inflation zog leicht an (auf 1,0%); sie liegt seit mehr als einem Jahr

WIFO-Schnellschätzung zur vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2008				2009	
	III. Quartal	IV. Quartal	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
	Saison- und arbeitsstagsbereinigt, Veränderung gegen das Vorquartal					
	in %, real					
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes						
Konsumausgaben						
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Staat	- 0,8	+ 1,6	- 1,5	+ 0,3	+ 1,6	+ 0,1
Bruttoinvestitionen	- 2,3	- 4,1	- 3,5	- 3,0	- 2,6	- 0,6
Bruttoanlageinvestitionen	- 1,4	- 2,0	- 2,3	- 2,2	- 1,5	- 1,1
Exporte	- 3,2	- 5,2	- 6,7	- 2,3	+ 1,8	+ 1,5
Importe	- 2,9	- 3,8	- 5,1	- 2,1	+ 1,5	+ 1,0
Bruttoinlandsprodukt	- 0,6	- 1,3	- 2,2	- 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Bruttoinlandsprodukt nach Wirtschaftsbereichen						
Land- und Forstwirtschaft	- 1,1	- 0,6	- 0,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,1
Produzierender Bereich ²⁾	- 1,7	- 4,1	- 7,2	- 1,0	+ 1,9	+ 1,2
Sachgütererzeugung	- 2,2	- 4,7	- 7,8	- 1,4	+ 2,0	+ 1,4
Bauwesen	- 1,1	- 1,3	- 2,7	- 0,9	- 0,3	+ 0,0
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	- 1,1	- 1,4	- 2,0	- 0,8	- 0,5	- 0,1
Vermögens- und Unternehmensdienstleistungen ³⁾	+ 0,0	- 0,6	- 0,8	- 0,6	- 0,2	+ 0,1
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7
Gütersteuern	- 0,5	- 0,7	- 0,5	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1
Gütersubventionen	+ 0,3	- 1,1	- 2,6	- 1,6	- 0,7	+ 0,3
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,3	- 0,3	- 4,9	- 5,1	- 3,2	- 1,5

Q: WIFO. 1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 2) Bergbau, Sachgütererzeugung, Energie- und Wasserversorgung. 3) Kreditinstitute und Versicherungen, Grundstücks- und Wohnungswesen. 4) Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung, private Dienstleistungen.

Wirtschaft

deutlich unter dem von der EZB vorgegebenen Höchstwert von 2%.

Auch in Österreich überwiegt in den Umfragen mittlerweile wieder die Zahl der Unternehmen, die in den kommenden Monaten eine Produktionssteigerung erwarten. Im WIFO-Konjunkturtest vom Jänner 2010 waren sogar die Kfz-Hersteller wieder deutlich optimistischer. Die Kapazitätsauslastung stieg in der Sachgütererzeugung laut Befragung auf über 76%; den niedrigsten Wert hatte sie mit 73,1% in der April-Umfrage 2009 erreicht, im Durchschnitt der letzten fünf Jahre war sie bei etwas über 81% gelegen.

Im IV. Quartal 2009 dürfte die österreichische Wirtschaftsleistung abermals ausgeweitet worden sein. Der Index der Industrieproduktion hatte weiter steigende Tendenz, wenngleich er im November etwas niedriger war als im Oktober.

In der Bauwirtschaft fehlen hingegen Hinweise auf eine Erholung weitgehend. Zwar entwickelte sich der Hochbau laut den Unternehmensumfragen seit Mitte 2009 günstiger, im Tiefbau verschlechterte sich die Situation hingegen kontinuierlich. Für den Jänner 2010 ist aufgrund des kalten Wetters mit keiner wesentlichen Besserung zu rechnen.

Vor dem Hintergrund der angespannten internationalen Konjunkturlage war der heimische Tourismus 2009 erfolgreich. In der Sommersaison sank die Zahl der Nächtigungen wegen der Preisnachlässe der Anbieter nur leicht. In den ersten zwei Monaten der Wintersaison (November und Dezember 2009) zeigte sich ein ähnliches Bild, die österreichischen Betriebe gewannen deutlich Marktanteile.

Der Preisauftrieb verstärkte sich in den letzten Monaten wieder, im Dezember erreichte die Inflationsrate 1%. Mitte 2009 war sie durch den Rückgang der Rohölnotierungen negativ gewesen. Während sich die Arbeitsmarktindikatoren in den vergangenen Monaten gegenüber dem Vorjahr noch anhaltend verschlechterten, war im Vergleich mit der jeweiligen Vorperiode keine weitere Verschärfung festzustellen. Erst im Jänner erhöhte sich wegen des für die Bauwirtschaft ungünstigen Wetters wieder die Zahl der Arbeitslosen, und auch die Beschäftigung nahm ab. Die unbereinigte Arbeitslosenquote stieg gemäß der österreichischen Definition auf 8,9%.

Dynamik des Wirtschaftswachstums Ende 2009 nicht weiter verstärkt

Die Schnellschätzung des WIFO für das IV. Quartal 2009 ergab einen Anstieg der

Wirtschaftsleistung um real 0,4% gegenüber der Vorperiode. Damit wuchs die heimische Wirtschaft etwas schwächer als im III. Quartal (+0,5%). Im Vorjahresvergleich ergibt sich ein Rückgang von real 1,5%. Insgesamt schrumpfte das BIP nach diesen vorläufigen Berechnungen 2009 gegenüber 2008 real um 3,6%.

Nach dem Rückgang des österreichischen Bruttoinlandsproduktes bis zum II. Quartal 2009 setzte im III. Quartal ein Wachstum ein: Die um Saison- und Arbeitstageffekte bereinigte Wirtschaftsleistung lag real um 0,5% über dem Niveau der Vorperiode. Für das IV. Quartal errechnet das WIFO einen vorläufigen Wert von +0,4%. Damit verstärkte sich die Wachstumsdynamik vorerst nicht weiter.

Die Erholung des Welthandels belebte die heimische Exportwirtschaft. Bereits im III. Quartal 2009 stieg der Export gegenüber dem Vorquartal real um 1,8%. Zum Jahresende hin verlor das Wachstum etwas an Dynamik (+1,5%). Bestimmt wurde die Entwicklung von der Warenausfuhr, jedoch nahm auch der Tourismusexport abermals zu. Der Import wuchs im IV. Quartal 2009 gegenüber dem Vorquartal zwar um nur 1%, doch war das Vergleichsniveau durch Sondereffekte überhöht gewesen.

Weiterhin stützt der Konsum die Konjunktur. Saison- und arbeitstagsbereinigt erhöhten sich die Konsumausgaben der privaten Haushalte im IV. Quartal gegenüber dem Vorquartal real um 0,3%, ebenso stark wie in den zwei Quartalen zuvor. Zwar verschlechterte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt kontinuierlich, doch entfalten die Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete mehr und mehr ihre Wirkung.

Die Nachfrage nach Investitionsgütern ist nach wie vor flau, allerdings verlangsamt sich der Rückgang. Die Ausrüstungsinvestitionen verringerten sich gegenüber dem Vorquartal real um 1,9%, nach -2,6% im II. und -2,2% im III. Quartal. Auch im IV. Quartal sanken die Investitionen in Fahrzeuge stärker als jene in Maschinen und Elektrogeräte.

Wie die Ausrüstungsinvestitionen waren die Bauinvestitionen neuerlich rückläufig, die Abwärtsdynamik läßt aber auch hier schrittweise nach. Im IV. Quartal 2009 wurde mit -0,9% gegenüber dem Vorquartal der siebente Rückgang in Folge verzeichnet. Die Investitionen in Wohnbauten schrumpften mit -0,7% weniger stark als jene in andere Bauwerke (-1,1%).

Am stärksten profitierte von der Erholung im 2. Halbjahr 2009 die Sachgüterer-

zeugung. Ihre Wertschöpfung stieg, nach dem Einbruch im 1. Halbjahr 2009, im III. Quartal gegenüber der Vorperiode real um 2,0%, im IV. Quartal um 1,4%.

Methodische Hinweise

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate mißt die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen).

Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienner. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige).

Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den „unselbständig Beschäftigten“ zählen auch Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, sowie Präsenz- und Zivildienner mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der „unselbständig aktiv Beschäftigten“.

<http://www.wifo.at>

Erholung gefestigt

Doch Wachstum 2010 nur an der Grenze zur Stagnation – Bank Austria
Konjunkturindikator setzt Aufwärtstrend zu Jahresbeginn fort –
Arbeitsmarktlage günstiger als befürchtet, dennoch Belastung für Konsum

Die Erholung der österreichischen Wirtschaft wird beständiger, aber die Fortschritte sind bescheiden“, meint der Chefökonom der Bank Austria Stefan Bruckbauer. Die Rahmenbedingungen haben sich um den Jahreswechsel etwas verbessert. Der Konjunkturaufschwung in Österreich scheint an Robustheit zu gewinnen. Darauf weist der aktuelle Bank Austria Konjunkturindikator hin. „Alle Komponenten des Bank Austria Konjunkturindikators zeigen zu Jahresbeginn nach oben. Der Indikator steigt bereits den neunten Monat in Folge an und liegt mit einem Wert von 0,5 nun klar in der Wachstumszone“, so Bruckbauer.

Dazu hat vor allem die günstigere Stimmung in der Industrie beigetragen. Das seit einigen Monaten anhaltende Plus bei den Auftragseingängen, ein wachsender Auftragspolster und steigender Auslastungsgrad sind die Komponenten, die den europäischen Unternehmen nach dem scharfen Einbruch in der ersten Jahreshälfte 2009 wieder mehr Zuversicht geben. Im Gefolge des verbesserten internationalen Umfelds sieht auch die heimische Industrie wieder bessere Absatzchancen für ihre Erzeugnisse. „Sowohl auf europäischer Ebene als auch in der heimischen Sachgütererzeugung zeigt das Stimmungsbarometer stetig nach oben. Die Aufhellung der Geschäftsaussichten beschleunigte sich zum Jahresbeginn sogar geringfügig. Das Tempo der Stimmungsverbesserung bei den heimischen Konsumenten nimmt dagegen klar ab“, meint Bruckbauer.

Arbeitsmarkt belastet Konsumaussichten

Die zurückhaltende Entwicklung des Verbrauchervertrauens ist ein Hinweis darauf, daß der private Konsum in den kommenden Monaten die Konjunktur nicht mehr so prominent stützen können wird, zumal die Rahmenbedingungen ungünstiger werden. Die Haushalte stehen zwar einer niedrigen, aber tendenziell doch steigenden Inflation gegenüber. Nach 0,5 Prozent im Jahresdurchschnitt 2009 erwarten die Ökonomen der Bank Austria für 2010 eine Teuerung von 1,2 Prozent. Vor allem jedoch wird der Arbeitsmarkt zu einer zunehmenden Belastung für den pri-

vaten Konsum. Zwar ist die Situation am Arbeitsmarkt derzeit günstiger als angesichts der Schwere der Krise zu erwarten gewesen war, dennoch liegt der Beschäftigtenstand in Österreich um mehr als ein Prozent tiefer als im Jahr 2008 und die Arbeitslosigkeit ist deutlich höher. Zudem ist die jüngst erkennbare Stabilisierung am Arbeitsmarkt mit Vorsicht zu betrachten. Zum einen ist nach dem Auslaufen der Kurzarbeit in einigen Betrieben bald vermehrt mit Kündigungen zu rechnen und zum anderen ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit unter Einbeziehung der Schulungsteilnehmer ungebrochen. „Während die Beschäftigung im laufenden Jahr nach unserer Einschätzung nur noch geringfügig zurückgehen wird, ist ein weiterer Anstieg der Arbeitslosenquote von 7,2 Prozent im Vorjahr auf 7,8 Prozent im Jahresdurchschnitt 2010 zu erwarten. Erst im Verlauf des nächsten Jahres besteht die Chance auf einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit“, meint Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl.

Das derzeit wachsende Industrievertrauen ist überwiegend auf die seit einigen Monaten zunehmende Exportnachfrage zurückzuführen. Diese globale Nachfrageerholung stützt sich auf die weltweit umgesetzten staatlichen Konjunkturprogramme, die auch den Aufschwung in der österreichischen Sachgüterindustrie in den vergangenen Monaten angetrieben haben. Angesichts knapper Budgets und der deutlich gestiegenen Verschuldung der öffentlichen Hand ist ein Austrocknen dieser Impulse bereits in Sicht. Anhaltspunkte für einen selbsttragenden Wirtschaftsauftrieb fehlen allerdings. Insbesondere für die Entwicklung der Investitionstätigkeit der Unternehmen sind angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung, gestiegener Verschuldungskennziffern und adaptierter Risikobewertungen die Aussichten zurückhaltend. „Während die private Investitionstätigkeit nicht kräftig genug anspringt, versiegt langsam die Kraft der öffentlichen Konjunkturprogramme. Der Konsum wird solange sich die Lage am Arbeitsmarkt nicht nachhaltig verbessert die Lücke nicht füllen können. So besteht die Gefahr, daß der laufenden Konjunkturerholung

mehr und mehr die Luft ausgeht“, so Pudschedl.

Bereits der etwas schwächere Anstieg des BIP im Schlußquartal 2009 um 0,4 Prozent zum Vorquartal gegenüber noch 0,5 Prozent im Herbst war nach Einschätzung der Ökonomen der Bank Austria ein erstes Signal dafür, daß das Tempo mit dem die wirtschaftliche Erholung zur Jahresmitte 2009 eingesetzt hatte, mittelfristig nicht zu halten ist. Noch bis zum Sommer wird die Auslandsnachfrage der heimischen Konjunktur Impulse für eine Fortsetzung des Wirtschaftsaufschwungs geben, zumindest kurzfristig unterstützt durch die günstigere Wechselkursrelation zum US-Dollar. Doch wird dieser Impuls zunehmend schwächer werden, sodaß eine zunehmende Verflachung der Konjunkturerholung eintreten wird.

Die Wachstumsraten werden bis zur Jahresmitte 2010 unter jenen der zweiten Jahreshälfte 2009 liegen. Erst ab Mitte des Jahres verbessern sich die Voraussetzungen, daß der private Konsum die Konjunktur wieder stärker stützen kann, zulasten der Sparquote und dank der endgültigen Stabilisierung am Arbeitsmarkt. Hinweise auf eine starke Konsumbelebung sowie einen spürbaren Aufschwung der Investitionstätigkeit sind allerdings nicht auszumachen, wobei vor allem für die Bauinvestitionen ungünstige Aussichten bestehen. Insgesamt werden die Investitionen 2010 sogar um 1 Prozent zurückgehen. Wenn es auch im Jahr 2010 an kräftigen Impulsen für die heimische Wirtschaft fehlen wird, die Erholung wird zumindest auf kleiner Flamme weiterköcheln. „Nach dem Rückgang des BIP um 3,6 Prozent im Vorjahr erwarten wir für 2010 immerhin ein geringes Plus um 1,3 Prozent. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Produktivitätsfortschritte ist in Österreich 2010 damit nur ein Wirtschaftswachstum am Rande der Stagnation zu erwarten“, meint Bruckbauer. Auch für das kommende Jahr lassen die Rahmenbedingungen keine spürbare Belebung der Wirtschaft erwarten. Mit 1,4 Prozent wird der Anstieg des BIP 2011 nur unwesentlich höher als im laufenden Jahr sein. ■

Ansiedlungs-Offensive

2,5 Millionen Euro an frischem Kapital für Forschungsplatz-Kampagne sowie Headquarter- und Cluster-Offensive

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner präsentierte am 11. Februar eine neue Ansiedlungs-Offensive für den Standort Österreich. „Um nach dem krisenbedingten Rückgang der Unternehmens-Ansiedlungen neu durchzustarten, investiert das Wirtschaftsministerium fast 2,5 Millionen Euro zusätzlich. Damit ermöglichen wir ein stärkeres Auslandsmarketing über die neue Forschungsplatz-Kampagne und installieren hochwertige Ansiedlungs-Programme wie eine Headquarter- und eine Cluster-Initiative“, betonte Mitterlehner bei einer Pressekonzferenz mit René Siegl, dem Geschäftsführer der zum Wirtschaftsministerium ressortierenden „ABA – Invest in Austria“ (Austrian Business Agency). „Wenn es um mehr Forschung, Technologie und Standortvorteile geht, wird nicht gespart. Angesichts der 706 laufenden Investitionsprojekte der ABA – eines neuen Rekords – müssen wir alle Chancen nutzen“, sagte Mitterlehner.

Nach dem Krisenjahr 2009 setzt der Wirtschaftsminister auf neue Strategien: Deutschland bleibt der wichtigste Einzelmarkt, aber die traditionell große Abhängigkeit vom Nachbarland soll durch die stärkere Betonung der Drehscheibenfunktion Österreichs für Ost- und Südosteuropa sowie den Fokus auf Zukunftsmärkte – wie etwa in Schwellenländern – reduziert werden. „Während im früheren Standort-Marketing unsere steuerlichen Vorzüge im Vordergrund gestanden sind, setzen wir jetzt stärker auf innovative Produkte und neue Märkte“, so Mitterlehner.

Bis 2012 soll etwa die mit 1,8 Millionen Euro dotierte Kampagne „Forschungsplatz Österreich II“ zur Ansiedlung von 25 neuen F&E-Headquartern sowie F&E-Tochterfirmen von internationalen Konzernen führen. „Durch gezieltes Marketing im Rahmen von Messen, Medienkooperationen und Informationsreisen positionieren wir Österreich als erfolgreichen Forschungs-Standort“, so Mitterlehner. Parallel dazu werden aus Mitteln der Internationalisierungs-Offensive 670.000 Euro in die Headquarter- und Cluster-Initiative investiert, was einer Steigerung des gesamten ABA-Budgets um rund neun Prozent entspricht. Mit den zusätzlichen Mitteln kann die ABA nicht nur die aktive Akquisition von neuen Konzernzentralen verstär-

ken, sondern auch die bereits im Land ansässigen Firmen stärker betreuen. Zudem soll die Cluster-Initiative weltweit jene Unternehmen identifizieren und über eine Niederlassung in Österreich beraten, die mit ihrer Kompetenz die Wertschöpfungskette der 52 heimischen Cluster ergänzen können. Diese haben schon jetzt über 3500 Mitglieder und 420.000 Beschäftigte.

Für Mitterlehner liegen die größten Ansiedlungs-Potenziale künftig im Forschungs-, Dienstleistungs- und Kreativwirtschaftsreich. Ergänzend zur aktuellen Offensive wird sich hier das mit 20 Millionen Euro dotierte Fördermodell „Filmstandort Österreich“ positiv auswirken. Damit können mehr ausländische Koproduktionen angelockt werden, die dann in Österreich Wertschöpfung erzeugen. Zahlreiche Chancen dafür bietet Indien, wohin Mitterlehner gemeinsam mit Vizekanzler Josef Pröll sowie rund 50 Unternehmensvertretern gereist war.

Bilanz: 158 Unternehmen im Vorjahr über die ABA angesiedelt

ABA-Geschäftsführer René Siegl ist angesichts der neuen Initiativen zuversichtlich für das laufende Jahr: „Die Krise hat uns voll erwischt. Umso wichtiger ist es, daß wir mit zusätzlichen Mitteln stärker auf qualitative Ansiedlungen setzen können“, so Siegl, der auch die ABA-Vorjahresbilanz vorstellte. 2009 markierte das Ende eines fünfjährigen Aufwärtstrends bei den Betriebsansiedlungen. Im Vorjahr konnte der Ansiedlungsberater mit seinen Regionalgesellschaften 158 internationale Unternehmen ansiedeln, was einem Rückgang von 38 Prozent gegenüber dem absoluten Rekordjahr 2008 entspricht. Bezogen auf die Zahl der Ansiedlungen war das Vorjahr freilich immer noch das drittbeste Jahr in der 27-jährigen Geschichte der ABA. Ein deutliches Minus gab es aber bei den Investitionen: 2009 investierten die angesiedelten Unternehmen 83,1 Millionen Euro (81 Prozent weniger als 2008) und haben 968 neue Arbeitsplätze geschaffen, was einen Einbruch von 60 Prozent bedeutete. Die ABA-Ziele für 2009 sind ein substanzieller Anstieg des Investitionsvolumens sowie der dadurch geschaffenen Arbeitsplätze. ■

<http://www.aba.gv.at>

Österreich glänzt durch zahlreiche Vorteile, z.B.:

Bei vielen Ansiedlungsprojekten der jüngeren Vergangenheit war gerade die mangelnde Verfügbarkeit von Fremdkapital ein Hindernis. Umso wichtiger ist es, daß die Kredit- und Haftungs-Instrumente der Förderbank Austria Wirtschaftsservice (aws) aufgestockt wurden und auch von internationalen Konzernen beansprucht werden können, die ein Tochterunternehmen in Österreich realisieren wollen. So stehen aus dem erp-Fonds heuer wieder rund 600 Millionen Euro für Investitionskredite zur Verfügung. Dazu kommen 40 Millionen Euro aus der unternehmensbezogenen Arbeitsmarktförderung, auf die ansiedlungswillige Betriebe ebenfalls Anspruch haben. Zuschüsse ergehen an Investitionsprojekte, die Arbeitsplätze schaffen und sichern. Kräftige Impulse für mehr Ansiedlungen setzt auch der mit 80 Millionen Euro dotierte „Mittelstandsfonds“, der innovative Projekte mit mehr Eigenkapital ausstattet. Darüberhinaus können im Jahr 2010 über die neue Venture-Capital-Initiative der aws 15 Millionen Euro für forschungs- und technologieorientierte Unternehmen in der Gründungs- und Frühphase zur Verfügung gestellt werden.

- Zweitniedrigste Unternehmensbesteuerung innerhalb der EU-15 mit einem einheitlichen Körperschaftsteuersatz von 25 Prozent
- Keine Vermögensteuer oder Gewerbesteuer
- Attraktivste Gruppenbesteuerung Europas
- Abzugsmöglichkeiten und großzügige Freibetragsregelungen für Investitionen in Forschung (bis zu 35 Prozent) und Bildung (20 Prozent) sowie in neue Technologien und Startups
- Intaktes Wachstum, hohe Kaufkraft
- Hohe Produktivität
- Qualifiziertes, motiviertes Personal
- Top bei Forschung & Entwicklung
- Hohe Stabilität und Sicherheit
- Große Lebensqualität, usw.

WED baut ein neues Wahrzeichen in Wien

Neues Großprojekt in der Donau-City – Österreichs höchstes Gebäude mit 220 Meter entsteht in den Jahren 2010 bis 2012



Foto: beyer.co.at

Die Donau-City bietet all das, was einen urbanen, neuen Stadtteil mit hoher Lebensqualität auszeichnet und ist damit prädestiniert für dieses attraktive Hochhausprojekt. Zudem ist sie das deutlichste Zeichen dafür, daß Wien bewußt näher an das Wasser rückt und die Uferkante neuen Nutzungen zuführt. Die Entscheidung, mit dem Bau dieses neuen Wiener Wahrzeichens jetzt zu beginnen, ist ungemein wichtig für unsere prosperierende Stadt, schafft Beschäftigung und ist damit sowohl für den Arbeitsmarkt als auch für die Baubranche ein enorm wichtiges Signal“, erklärte Wiens Planungsstadtrat Rudi Schicker.

„Der ‚DC Tower 1‘ wird mit seinen 220 Metern das höchste Gebäude Österreichs sein und kombiniert in Einzigartigkeit architektonische Ästhetik, modernste ‚grüne‘ Bauweise und Funktionalität. Damit entsteht in der Donau-City ein neues Vorzeigeprojekt und eines der größten Immobilienprojekte Österreichs, trotz oder vielleicht gerade wegen der wirtschaftlich herausfordernden

Zeiten“, so Helmut Bernkopf, Bank Austria Vorstand Corporates & Investment Banking.

»Grüne« Architektur auf höchstem ästhetischen und technischen Niveau

Der französische Stararchitekt Dominique Perrault, der unter anderem die Französische Nationalbibliothek in den 90er Jahren und den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg realisiert hat, zeichnet für das Design verantwortlich. Die Nettonutzfläche beträgt 72.700 Quadratmeter. Das 60 oberirdische Etagen umfassende Gebäude mit dem geplanten Baubeginn Anfang 2010 soll nach knapp dreijähriger Bauzeit bereits Ende 2012 fertiggestellt sein. Der Großteil der Nutzfläche, insgesamt 43.700 Quadratmeter, ist für Büroräumlichkeiten vorgesehen. Ein besonderes Highlight stellt die Integration eines 4* Hotels in den DC Tower 1 dar. Auf 18.300 Quadratmetern entsteht eine Hotelanlage mit 255 Zimmern. Das Hotel wird von der spanischen Sol Meliá Gruppe, der europaweit sechstgrößten Hotelkette, betrie-

ben und sich über 15 Stockwerke erstrecken.

Der DC Tower 1 wird als einer der ersten österreichischen Bürotürme nach den Energie- und Nachhaltigkeitserfordernissen für ein „Green Building“ der EU-Kommission errichtet und ausgestattet werden. Diese Zertifizierung mit dem Gold- oder Platin Status nach LEED® ist vorgesehen und wird sowohl für die künftigen Mieter, als auch bei einem etwaigen Verkauf einen wesentlichen Wettbewerbsvorteil darstellen.

„Wir halten dieses Investment für äußerst attraktiv, denn die Kombination aus einer hochwertigen Immobilie mit ökologischer Bauweise, einem gehobenen architektonischen Anspruch an einen attraktiven Standort wird gerade in Wien einen guten Markt vorfinden. Deshalb sind wir vom wirtschaftlichen Erfolg dieses Projektes völlig überzeugt“, sagt Bernkopf.

300 Mio. Euro Investition, 2500 neue Arbeitsplätze

Die Projektentwicklung und die Bauträ-

Wirtschaft

gerschaft für das Großprojekt übernimmt, wie bereits bei zahlreichen erfolgreich abgeschlossenen Projekten in der Donau-City, die WED, deren Gesellschafter ein österreichisches Banken- und Versicherungskonsortium unter der Führung der Bank Austria ist. Das Investitionsvolumen beträgt rund 300 Millionen Euro. „Ein besonders wichtiger Aspekt ist die arbeitsmarktpolitische Dimension dieses Projektes. Gerade in der Baubranche sind Investitionen besonders beschäftigungswirksam – ungefähr doppelt so stark wie beispielsweise in der Exportwirtschaft. Wir gehen nach der gängigen Wifo-Berechnung davon aus, daß der Neubau ‚DC Tower 1‘ in den nächsten Jahren rund 2500 Arbeitsplätze schafft, was für den Wirtschaftsstandort Wien ein deutlich positives Signal ist“, so Bernkopf weiter.

Die WED Gruppe realisiert damit nach dem Andromeda Tower (1998), dem Ares Tower (2001), dem Tech Gate Vienna (2002/2005) und dem Saturn Tower (2004), bereits das fünfte Großprojekt als Bauträger. „Wir blicken hier auf einen breiten Erfahrungsschatz zurück, der uns die Umsetzung dieses Mega-Projektes deutlich erleichtert. Wir sehen die Stadtentwicklungsregion Donau-City als sehr attraktive Lage mit hochwertigen Bürogebäuden, die überdurchschnittliche Mieterträge einbringen“, führt Thomas Jakoubek, Vorstand der WED, aus.

„Sowohl die genannten Großprojekte in der Donau-City, aber auch die Entwicklungen an der Donaukanalkante, beispielsweise mit dem UNIQA-Tower oder dem neuen Jean-Nouvel-Projekt gegenüber dem Media Tower von Hans Hollein, zeigen wie wichtig es ist, daß sich die Politik nicht aus der Architektur verabschiedet. Der ‚DC Tower 1‘ von Dominique Perrault reiht sich nahtlos in diese Serie von architektonisch wertvollen ‚landmarks‘ ein, wenngleich er durch seine Rekordhöhe noch ein Stück einzigartiger ist“, so Planungsstadtrat Schicker.



Foto: Christian Fürthner / PID

Helmut Bernkopf, Bank Austria Vorstand Corporate & Investment Banking, Rudi Schicker, Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr, und Thomas Jakoubek, WED-Vorstand (v.l.), präsentieren das »neue Wahrzeichen« von Wien.

Wien boomt – auch in schwierigen Zeiten

Der Bau des „DC Towers 1“ beginnt zu einem für die Wirtschaft wichtigen Zeitpunkt. Die Baubranche in Österreich befindet sich in einer angespannten Situation. Während in den Jahren 2006 bis 2008 ein Bauboom sowohl die Beschäftigungszahlen, als auch den Produktionswert im Bausektor in die Höhe schraubte, gab und gibt es für 2009 und 2010 Rückgänge zu verzeichnen. Diesem konjunkturellen Umfeld zum Trotz ist Wien auf Grund seiner geografischen Lage, des hohen Wirtschaftsniveaus sowie der ausgezeichneten Lebens- und Freizeitqualität unverändert ein attraktiver Unternehmensstandort. Die Nachfrage nach hochqualitativen Gewerbe- und Büroflächen ist ungebrochen stark. Gleichzeitig liegt der Leerstand bei Büros in Wien im Premiumsegment bei lediglich 5 bis 6 Prozent. Im europäischen Vergleich ist Wien damit im untersten Be-

reich der Leerstände. Die Spitzenrenditen lagen 2009 zwischen 5,5 Prozent und 6 Prozent.

Die Spitzenmieten in den obersten Geschossen der Wiener Bürotürme liegen bereits heute bei knapp 29 Euro pro Quadratmeter und stellen nach wie vor die begehrtesten Neuf Flächen für Büros dar.

„Dazu kommt, daß für Investments derzeit wider Erwarten eine gute Zeit ist, da wir es mit geringen Rohstoffpreisen und einem niedrigen Zinsniveau zu tun haben. Das entlastet kostenseitig. Wir erwarten uns außerdem, daß nahe der Fertigstellung 2012 die Nachfrage nach Büro- und Gewerbeimmobilien wieder stark ansteigt. Nachdem 2009 und 2010 weniger gebaut wurde, dürfte es 2012 einen Nachfrageüberhang für Premium-Immobilien geben. Außerdem spricht für Wien, daß die Mieten für Gewerbeobjekte nie ‚überhitzt‘ waren“, erklärt Jakoubek abschließend. ■

Foto: beyer.co.at



A 9 Pyhrn Autobahn

Bauarbeiten für zweite Tunnelröhre voll angelaufen –
Vollbetrieb im Richtungsverkehr ab 2015

Am 4. Dezember 2009 fiel der symbolische Startschuß für den Bau der zweiten Röhre des Bosrucktunnels. Mittlerweile sind die Bauarbeiten für dieses Projekt voll angelaufen. Vorgetrieben wird sowohl vom Nord als auch vom Südportal. Die zweite Tunnelröhre soll 2013 in Betrieb genommen werden. Der Vollbetrieb des Bosrucktunnels (beide Tunnelröhren) ist für 2015 geplant.

Die ASFINAG verfolgt mit dem Bau dieser zweiten Tunnelröhre konsequent ihr Tunnelsicherheitskonzept. „Einröhrige Tunnel stellen eine Gefahrenquelle dar. Daher nimmt die ASFINAG viel Geld in die Hand, um dies zu ändern. Das sind wir als dienstleistungsorientiertes Unternehmen unseren Kundinnen und Kunden schuldig“, betont Gernot Brandtner, Geschäftsführer der ASFINAG Bau Management GmbH. „Um auch in Zukunft größtmögliche Sicherheit gewährleisten zu können, ist der Vollausbau des Bosrucktunnels und in weiterer Folge der bislang teils noch halbausgebauten Tunnelkette Klaus unabdingbar. Das bedeutet bei den Tunneln durchgehend zwei Röhren sowie im Freiland vier Fahrstreifen mit baulicher Mitteltrennung“, so Brandtner.

Für Oberösterreichs LH-Stv. Franz Hiesel ist der Vollausbau des Bosrucktunnels ein weiterer Schritt konsequenter Straßenbaupolitik: „Seit 2002 läuft in Oberösterreich die größte Straßenbauoffensive in der Geschichte unseres Bundeslandes. Das steigert einerseits die Mobilität und damit Lebensqualität der Bevölkerung, stellt einen massiven Impuls für die Wirtschaft dar und verbessert die Sicherheit auf unseren Straßen. Gerade in den kritischen, einröhrigen Tunnelbereichen erreichen wir durch den Ausbau zweier Röhren eine Entspannung der Situation. Frontalzusammenstöße können damit künftig vermieden und Leben gerettet werden“, so Hiesel.

Das gegenständliche rund sieben Kilometer lange Baulos umfaßt die Errichtung der 5,5 km langen Weströhre des Bosrucktunnels sowie der zweiten Tragwerke für die dem Tunnel vorgelagerten Brücken (Hangbrücke mit 900 m und Teichlbrücke mit 190 m). Diese wurden bereits errichtet, sodaß der Abtransport des Ausbruchsmaterials über



A9 Pyhrn Autobahn, Vollausbau des Bosrucktunnels (Errichtung Weströhre)
 Gesamtlänge: ca. 7 km
 davon Tunnel: ca. 5,5 km
 Fertigstellung Brücken: 2009
 Baubeginn Weströhre: 2009
 Verkehrsfreigabe Weströhre: 2013
 Verkehrsfreigabe Vollausbau: 2015

getrennte Fahrspuren erfolgen kann und der Verkehrsfluß damit nicht behindert wird.

Nach Fertigstellung der neuen Weströhre wird die Bestandsröhre generalsaniert und für den Richtungsverkehr adaptiert. Der Tunnelvortrieb erfolgt in konventioneller Tunnelbauweise (Sprengvortrieb) nach der Neuen Österreichischen Tunnelbaumethode mit Kalottenvortrieb und nachlaufendem Strossen- und Sohlaustrich von beiden Portalen. Die Sicherung wird je nach ange-

troffenen Gebirgstypen mittels Spritzbeton, bewehrtem Spritzbeton, Stahlbögen und entsprechenden Ankerungen durchgeführt.

Das Ausbruchmaterial von insgesamt rd. einer Million m³ (= rd. 70.000 Lkw-Fuhren) wird großteils in Deponien verführt. Rund ein Drittel davon wird für Schüttungen des neu zu errichtenden Schwerpunktrastplatzes Pyhrn-Priel wiederverwertet.

Im Zuge des Vollaubs des Bosrucktunnels sind rund 150 Personen über Jahre beschäftigt. Damit ist dieses Bauprojekt auch volkswirtschaftlich von Bedeutung. „Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind Projekte wie der Vollausbau des Bosrucktunnels von immenser Bedeutung, weil Infrastruktur-Investitionen sehr schnell konjunkturwirksam werden und nachhaltig positive Effekte haben“, betont ASFINAG-Geschäftsführer Brandtner. Die Gesamtkosten – inkl. Generalsanierung Bestandsröhre – belaufen sich auf ca. 321 Mio. Euro.

Tunnelsicherheit

Die zweite Röhre des Bosrucktunnels wird den hohen Auflagen der Richtlinien für Verkehr und Straßenbau (RVS) entsprechend ausgerüstet, die Bestandsröhre adaptiert und nachgerüstet. Im Vollausbau wird der Tunnel über folgende sicherheitstechnische Einrichtungen verfügen:

- 5 Abstellnischen im Abstand von 1000 m,
- 11 Querschläge, davon sechs begehbare und fünf mit Einsatzfahrzeugen befahrbar im Abstand von 1000 m,
- Je 43 Notruf- und Feuerlöschnischen,
- Betondecke als Fahrbahnbelag,
- Querlüftung,
- Notruf- und Fluchtwegkennzeichnung,
- Helle reflektierende Tunnelwand-Beschichtung (bis zu 4,5 m Höhe),
- Einfahrts-, Durchfahrts- und Notbeleuchtung,
- Bordsteinreflektoren beidseits der Fahrbahn,
- Tunnelfunkanlage für Verkehrsfunk, Einsatzkräfte und Betrieb,
- die Steuerung und Überwachung des Tunnels erfolgt von der Tunnelzentrale Ardnung aus.

<http://www.asfinag.at>

Bier trotz(t) Krise

Stagnation auf hohem Niveau – 8,4 Mio. Hektoliter Bier haben die ÖsterreicherInnen 2009 konsumiert

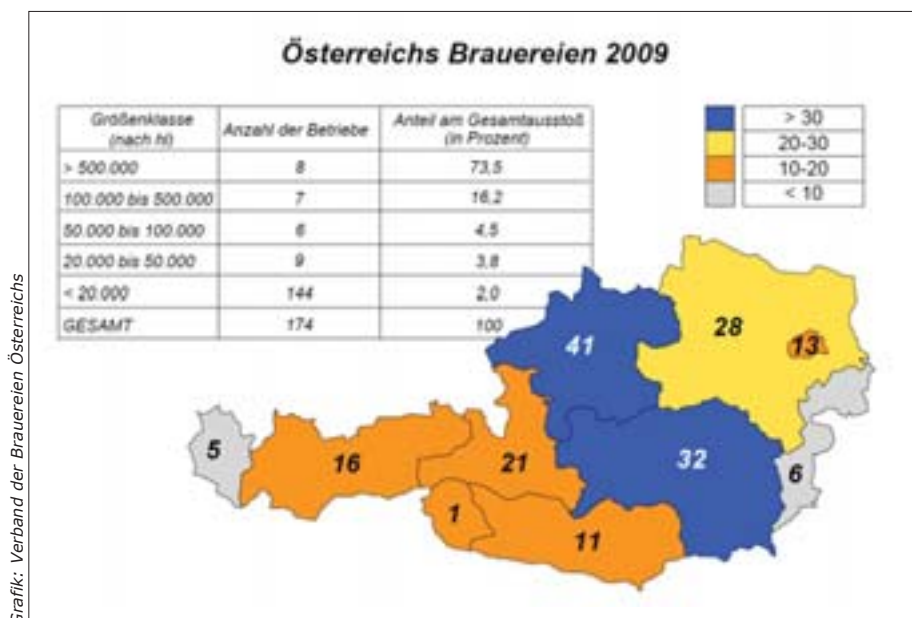
Zwar erreicht die Branche mit minus 3 Prozent nicht ganz den Stand des Rekordjahres 2008 – angekurbelt durch die Fußball-Europameisterschaft –, stabilisiert sich aber auf dem hohen Niveau des Jahres 2007. Auch im Vergleich zu den anderen EU-Biernationen (z.B. Tschechien, Slowakei) konnte die Alpenrepublik die guten Bier-Gesamtabsatzzahlen halten. Der Pro-Kopf-Verbrauch betrug 2009 knapp 106,4 Liter. „Wir können mit dem vergangenen Jahr zufrieden sein. Die Konsumenten haben wieder bestätigt, daß sie den Genuß, die Vielfalt und die hohe Qualität des heimischen Bieres sehr schätzen“, sagt Markus Liebl, Obmann des Verbandes der Brauereien Österreichs. Positive Erwartungen haben die Brauer an das Jahr 2010. Bedingt durch die Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika hofft man 2010 wieder auf ein Absatzwachstum.

Bier: Ein Kulturgut als Wirtschaftsfaktor

Inklusive der Exporte setzte die österreichische Brauwirtschaft im vergangenen Jahr rund 8,9 Mio. Hektoliter Bier ab. Zahlen, die veranschaulichen, daß Bier nicht nur in der heimischen Kultur und Kulinarik tief verwurzelt ist, sondern auch einen wichtigen volkswirtschaftlichen Faktor darstellt. So erreicht die Branche jährlich eine Steuerleistung (Einkommen- und Lohnsteuer, Mehrwertsteuer, Biersteuer u.a.) von mehr als 1,4 Mrd. Euro. Zudem sind die Brauereien Österreichs ein wichtiger Jobmotor: Über 40.000 Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt am Wirtschaftsgut Bier, alleine 31.000 davon in Handel, Gastronomie und Hotellerie.

Am liebsten Märzen aus der Flasche

Am liebsten trinken die ÖsterreicherInnen Märzen-/Lagerbier. Ca. 64 Prozent des in Österreich konsumierten Bieres entfallen auf diese Sorte. „Einen gewaltigen Sprung nach vorn“, so Liebl, „machte der Radler mit einem Plus von 15 Prozent, womit die Zuwachsrate des Jahres 2008 beinahe noch verdoppelt werden konnte“. Weiterhin am beliebtesten bei den ÖsterreicherInnen sind die Glasflaschen, in denen über 51 Prozent des verkauften Bieres ausgeliefert werden, der Löwenanteil davon in Mehrweg-Glasfla-



Grafik: Verband der Brauereien Österreichs

schen, die im Vorjahr sogar noch leicht zulegen (plus 0,5 Prozent). Deutlich in der Gunst der heimischen Biertrinker gestiegen sind 2009 die 0,33-Liter-Flaschen mit einem Plus von rund zehn Prozent. Anteile verloren haben hingegen die Dosen (minus 0,8 Prozent); PET-Flaschen waren bei Bier in Österreich nach wie vor unbedeutend.

Biersteuer belastet Konsumentenpreis

Obwohl man in der Branche mit dem Jahr 2009 angesichts des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes zufrieden ist, kämpfen die

Brauereien, wie schon seit Jahren, mit der in Österreich deutlich höheren Biersteuer als beispielsweise in Deutschland und Tschechien. „Die Konsumenten in Österreich werden mit einer unverhältnismäßig hohen Steuer von 24 Euro pro 100 Liter belastet – dies erzeugt einen enormen Druck auf die heimischen Brauereien“, so Liebl. Die Branche fordert nach wie vor die unbedingte Angleichung der Bierbesteuerung an die benachbarten Biernationen. Außerdem setzen sich die Mittelstandsbrauereien für eine steuerliche Entlastung für Brauereien mit einem Jahresausstoß von 50.000 bis 200.000 hl ein, wie dies in Deutschland, Tschechien und der Slowakei der Fall ist. Derzeit profitieren in Österreich nur Brauereien bis zu 50.000 hl Jahresausstoß von einer Biersteuerermäßigung. Wenig verständlich ist für Liebl die Tendenz der EU zur Verbotspolitik. Im Hinblick auf die Erfahrungen in Skandinavien hält er fest: „Es ist erwiesen, daß Preiserhöhungen sowie Verbote Alkoholmißbrauch nicht verringern, sondern nur auf illegale und billigere Kanäle verlagern und zusätzlich negative Auswirkungen auf die Brauwirtschaft haben. Die österreichischen Brauer bekennen sich seit jeher zum verantwortungsvollen Genuß und moderaten Bierkonsum. Daher setzen wir auf Information statt Prohibition“, so Liebl abschließend. ■

<http://www.bierserver.at>



Foto: Brau-Union

Qualitätsrindfleisch aus Oberösterreich boomt

Die oberösterreichischen Bauern setzen bei der Produktion von Rindfleisch auf Qualität.

Etwa 35 Prozent des in Oberösterreich erzeugten Rindfleisches wird bereits nach definierten Qualitätsstandards produziert und anschließend über Qualitäts- und Markenprogramme vermarktet“, so der Präsident der Landwirtschaftskammer Oberösterreich, Ökonomierat Hannes Herndl. Die wichtigsten Qualitätsprogramme: AMA-Gütesiegel, Premium-Rind und das Bio-Jungrind.

Bereits etwa 1900 Rinderhalter in Oberösterreich produzieren ausschließlich Rindfleisch für das AMA-Gütesiegel. Bezogen auf ganz Österreich haben die oberösterreichischen Rinderbauern in diesem Segment damit einen Anteil von etwa 33 Prozent. Von diesen 1900 Betrieben nutzen 1130 Betriebe die Möglichkeit der organisierten Vermarktung über die Österreichische Rinderbörse.

Die Rinderbörse konnte im Jahr 2009 knapp 9500 AMA-Gütesiegel-Jungtiere absetzen. Zudem wurden durch die Rinderbörse im vergangenen Jahr 4300 „Premium-Jungtiere“ vermarktet, die speziell in die heimische Gastronomie gehen. Für Konsumenten, die auf Rindfleisch aus biologischer Haltung Wert legen wird das Bio-Jungrind als Spezialprodukt angeboten: Rund 550 oberösterreichische Biobetriebe haben im Jahr 2009 über die Rinderbörse knapp 4000 Bio-Jungrinder vermarktet.

Der Vergleich zeigt, daß die Vermarktung von Qualitätsrindfleisch in Oberösterreich in den letzten fünf Jahren eine äußerst positive Entwicklung genommen hat: 2004 wurden etwa 10.600 AMA-Gütesiegel- bzw. Premium-Jungtiere abgesetzt, 2009 insgesamt 13.800. „Beim Bio-Jungrind wird die Entwicklung noch deutlicher: Die Zahl der vermarkteten Tiere stieg in den letzten fünf Jahren um mehr als 2000 also um etwa 50 Prozent an“, veranschaulicht Herndl.

Qualitätsproduktion auf allen Stufen

Bei den Qualitätsprogrammen, wie sie von den oberösterreichischen Rinderbauern verstärkt genutzt werden, sind sämtliche Produktions- bzw. Verarbeitungsstufen (Futtermittelproduzenten, Landwirt, Schlacht- und Zerlegebetriebe, Lebensmittelhandel) in

die Qualitätssicherung integriert – eine Vernetzung in der Zusammenarbeit, die sich seit Jahren bewährt. Die Vermarktungszahlen unterstreichen den Erfolg: Etwa 60 Prozent des über die Österreichische Rinderbörse vermarkteten Rindfleisches wird bereits nach Qualitätsprogramm-Standards produziert.

Qualitätsprogramme garantieren: Heimisches Rindfleisch in Top-Qualität

Für den Verbraucher liegt der Mehrwert von Fleisch aus Qualitätsprogrammen wie dem AMA-Gütesiegel oder dem Premium-Rind in der gesicherten inländischen Her-



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

kunft und in einer gleichbleibend hohen Qualität durch hohe Standards in den Produktionsbestimmungen.

„Während Rindfleisch über viele Jahre für den Konsumenten ‚anonym‘ war, kann er nun sicher sein, daß er auch garantiert heimisches Rindfleisch in Top-Qualität kauft“, unterstreicht Präsident Herndl.

Dem Bauern wird der Mehraufwand, der mit der Erzeugung solch hoher Qualitäten verbunden ist, durch höhere Verkaufserlöse abgegolten.

Die zunehmende Internationalisierung verstärkt beim Konsumenten den Wunsch nach einer klaren Herkunftskennzeichnung. „Regional-typische Lebensmittel bedeuten nicht nur Genuß, sondern auch Identität und Zugehörigkeit“, so Herndl.

Garantierte Herkunft, Qualität und Sicherheit sind daher die Eckpfeiler der Markenprogramme. Alle in der Produktions- und Vermarktungskette Beteiligten verfolgen das Ziel einer klaren Kennzeichnung. Gewährleistet wird konstant hohe Qualität und Herkunft – unabhängig von Marktlage und Aktionspolitik.

Heimisches Rindfleisch in der Gastronomie verstärkt nachgefragt

Im Lebensmitteleinzelhandel wird – gemäß den Verbraucherwünschen – bereits seit längerem fast ausschließlich österreichisches Rindfleisch angeboten. „Der Konsumpatriotismus der Österreicher sowie das hervorragende Image läßt nun auch die oberösterreichische Gastronomie vermehrt auf inländisches Qualitätsrindfleisch zurückgreifen“, freut sich Präsident Herndl über die besonders positive Entwicklung der Rindfleischmarke Premium-Rind im Verkauf an die Gastronomie. Mit dem Einstieg eines neuen Vertriebspartners für diese Marke kann den heimischen Wirten flächendeckend Qualitätsrindfleisch aus Oberösterreich angeboten werden. Die Wirte wissen die gleichbleibend hohe Qualität des Produktes zu schätzen, die den Gast gerne zu einem saftigen Rinderbraten oder Tafelspitz greifen läßt. Insgesamt sieht die Landwirtschaftskammer Oberösterreich aber im Segment des sogenannten „Außer Haus Verzehr“ (Gastronomie, Großküchen) noch erhebliches weiteres Absatzpotenzial.

Rinderhaltung schafft Landschaft

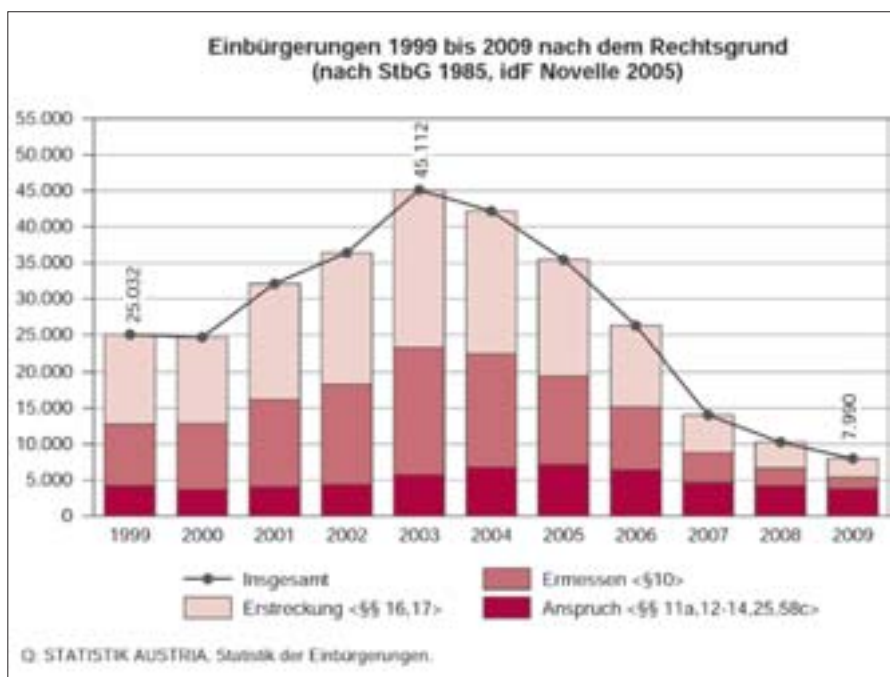
„Rinderhaltung dient nicht nur der Erzeugung von hochwertigen Lebensmitteln sondern trägt auch zur Gestaltung und Erhaltung unserer Kulturlandschaft wesentlich bei. Ohne Rind gibt es keine Wiesen und Almen“, so Herndl. Gerade in Oberösterreich, das mit 580.000 Rindern in rund 18.500 rinderhaltenden Betrieben (Milch- und Fleischproduzenten), das mit Abstand produktionsstärkste Bundesland ist, spielen die Rinder bei der Erhaltung des Landschaftsbildes eine besonders große Rolle. ■

Rückgang bei Einbürgerungen

2009 mit rund 8000 Einbürgerungen geringster Wert seit 20 Jahren, Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 22%

Die Zahl der Einbürgerungen hat sich 2009 gegenüber dem Vorjahr um mehr als ein Fünftel reduziert, gegenüber dem Jahr 2003 sogar um mehr als vier Fünftel. Laut Statistik Austria erhielten im abgelaufenen Jahr 7990 Personen (darunter zwölf Personen mit Wohnsitz im Ausland) die österreichische Staatsbürgerschaft (2008: 10.268; -22,2%). Noch weniger Einbürgerungen gab es in Österreich zuletzt 1989. Knapp zwei von fünf der 2009 Eingebürgerten (3.065 bzw. 38,4%) sind in Österreich geboren.

Für den bereits sechsten Rückgang der Einbürgerungszahlen in Folge seit dem „Rekordjahr“ 2003 (45.112 Einbürgerungen) sind im wesentlichen zwei Aspekte verantwortlich: Zum einen knüpft die am 23. März 2006 in Kraft getretene Novelle zum Staatsbürgerschaftsgesetz strengere Voraussetzungen an den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft. Zum anderen ging die Zuwanderung nach Österreich ab dem Jahr 1993 zurück und dazu zeitversetzt in den letzten sechs Jahren auch die Verleihung der Staatsbürgerschaft nach mindestens zehnjährigem, ununterbrochenem Hauptwohnsitz in Österreich (§ 10 Abs. 1 StbG). Im Jahr 2003 wurden noch 15.835 Personen nach diesem Rechtsgrund österreichische StaatsbürgerIn-



nen (35,1% aller Einbürgerungen), im Jahr 2009 sank diese Zahl auf 1453 Personen (18,2% aller Einbürgerungen).

Verleihungen nach mindestens zehnjährigem Wohnsitz (-36,9% gegenüber 2008) fallen unter den Rechtsgrund „Ernstens“. Im abgelaufenen Jahr wurden weitere 113 Per-

sonen im Ernstens eingebürgert, z.B. weil sie die österreichische Staatsbürgerschaft schon einmal besessen haben („Wiedererlangung“) oder wegen außerordentlicher Leistungen im Staatsinteresse. Weitere 3822 Personen erhielten im Jahr 2009 die österreichische Staatsbürgerschaft unter dem Titel

Einbürgerungen 2009 nach Wohnbundesländern und Rechtsgrund

Wohnbundesland	2009	2008	Veränderung in %	2009 nach dem Rechtsgrund ¹⁾		
				Ernstens	Anspruch	Erstreckung
Österreich inkl. Ausland	7.990	10.268	-22,2	1.566	3.822	2.602
Ausland	12	10	20,0	2	10	-
Österreich ohne Ausland	7.978	10.258	-22,2	1.564	3.812	2.602
Burgenland	157	170	-7,6	32	66	59
Kärnten	319	427	-25,3	113	79	127
Niederösterreich	1.202	1.550	-22,5	326	448	428
Oberösterreich	1.313	1.458	-9,9	70	780	463
Salzburg	518	586	-11,6	154	169	195
Steiermark	557	805	-30,8	112	252	193
Tirol	632	800	-21,0	150	299	183
Vorarlberg	425	680	-37,5	49	271	105
Wien	2.855	3.782	-24,5	558	1.448	849

Quelle: Statistik Austria, Statistik der Einbürgerungen. - ¹⁾ Paragraph des StbG 1985 idF der Novelle 2005 (in Kraft seit 23.3.2006); Ernstens: § 10 - Anspruch: §§ 11a, 12-14, 25, 58c - Erstreckung: §§ 16, 17.

Chronik

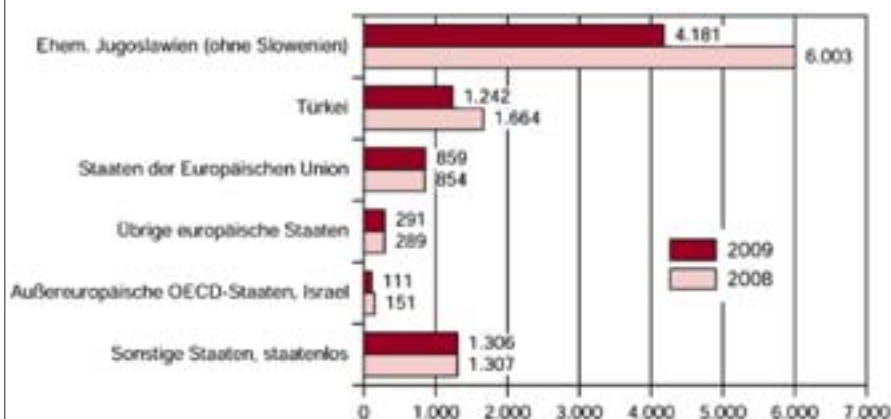
„Rechtsanspruch“ (Veränderung zum Vorjahr: -8,9%), darunter 687 Personen aufgrund der Ehe mit einer Österreicherin oder einem Österreicher (-12,3%) und 1385 Personen (+17,0%) aufgrund eines mindestens sechsjährigen Wohnsitzes in Österreich und besonders berücksichtigungswürdigen Gründen, z. B. weil sie asylberechtigt oder EWR-Bürger waren oder in Österreich geboren sind. Schließlich wurden unter dem Titel „Erstreckung der Verleihung“ 2602 Ehepartner und Ehepartnerinnen sowie Kinder eingebürgert (-28,2%).

In allen Bundesländern wurden 2009 weniger Einbürgerungsbescheide als im Jahr davor ausgestellt. Die relativ stärkste Abnahme gegenüber dem Vorjahr verzeichnete Vorarlberg mit einem Rückgang um 37,5%, gefolgt von der Steiermark (-30,8%), Kärnten (-25,3%), Wien (-24,5%) und Niederösterreich (-22,5%). In Tirol (-21,0%), Salzburg (-11,6%), Oberösterreich (-9,9%) und im Burgenland (-7,6%) lagen die Rückgänge der Einbürgerungszahlen jeweils unter dem Bundesdurchschnitt. Die Zahl der Einbürgerungen von Personen mit Wohnsitz im Ausland stieg von zehn im Vorjahr auf zwölf Personen im Jahr 2009.

Unter den mehr als 100 Herkunftsländern waren laut Statistik Austria die seit Mitte 2006 nicht mehr gemeinsam existierenden Staaten Serbien und Montenegro mit zusammen 2.003 bzw. 25,1% der Eingebürgerten absoluter Spitzenreiter (Serbien: 1.638, Kosovo: 353, Montenegro: 12). Die Zahl der Einbürgerungen von Personen dieser Staaten reduzierte sich gegenüber 2008 um 22,8%. Aus Bosnien und Herzegowina kamen 1.457 (18,2%; Veränderung zum Vorjahr -34,0%), aus der Türkei 1.242 (15,5%; -25,4%) und aus Kroatien 440 (5,5%; -46,6%) NeösterreicherInnen.

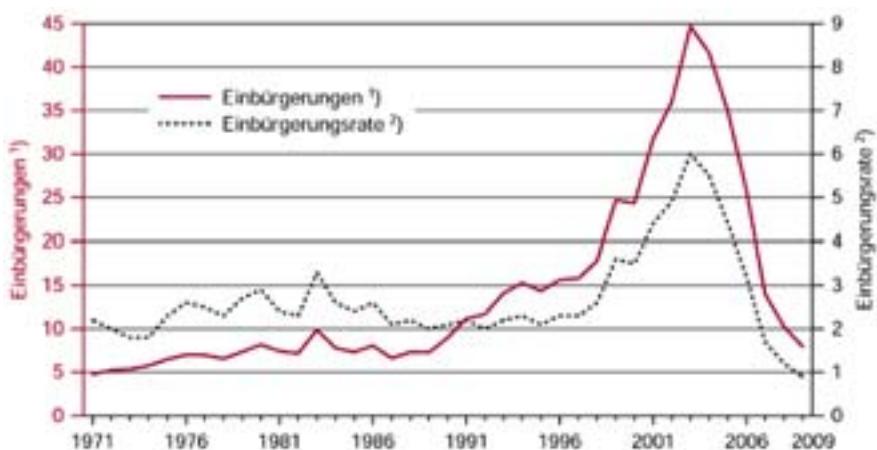
Weiters wurden im Jahr 2009 281 Zuwanderer aus Mazedonien (-25,5% gegenüber 2008) und 246 Personen aus Rumänien (-35,6%) eingebürgert. Zwischen 100 und 200 Einbürgerungsbescheide gingen an Personen aus folgenden Staaten (absolut, Veränderung zum Vorjahr in %): Deutschland (174, +159,7%), Polen (138, +7,0%), Russische Föderation (135, +6,3%), Ägypten (124, +2,5%), Afghanistan (108, +1,9%) und Iran (103, +4,0%). Je 50 bis 99 Personen waren vor ihrer Einbürgerung Staatsangehörige Indiens, der Ukraine, Chinas, Ungarns, Bulgariens, der Philippinen, der Slowakei und der USA; je 10 bis 49 Personen kamen aus weiteren 32 Staaten bzw. waren staatenlos gewesen.

Einbürgerungen 2008 und 2009 nach der bisherigen Staatsbürgerschaft



Quelle: Statistik Austria, Statistik der Einbürgerungen.

Eingebürgerte Personen und Einbürgerungsrate seit 1971



Quelle: Statistik Austria, Statistik der Einbürgerungen. - Erstellt am 12.02.2010. ¹⁾ Einbürgerung von in Österreich lebenden AusländerInnen. ²⁾ Einbürgerungen auf 100 in Österreich lebende AusländerInnen.

Knapp zwei von fünf der eingebürgerten Personen sind bereits in Österreich geboren (3065 bzw. 38,4%). 4.925 NeubürgerInnen (61,6%) des Jahres 2009 sind irgendwann in ihrem Leben nach Österreich zugewandert. Die Reihung der ausländischen Geburtsstaaten wird von Bosnien und Herzegowina (12,9% der eingebürgerten Personen), Serbien (9,1%), der Türkei (7,5%) und dem Kosovo (3,2%) angeführt.

Gliedert man die eingebürgerten Personen des Jahres 2009 nach dem Alter, zeigt sich, daß über drei Fünftel (4948 oder 61,9%) unter 30 Jahre alt waren, wobei allein mehr als die Hälfte davon (2669 oder 33,4% aller Eingebürgerten) jünger als 15 Jahre waren. Weitere 2.264 Personen oder 28,3% standen im Alter von 30 bis 44 Jahren, 628 oder 7,9% waren zwischen 45 und 59 Jahre alt, und nur 138 oder 1,9% hatten das 60. Lebensjahr überschritten.

Methodische Informationen, Definitionen

Die Statistik der Einbürgerungen basiert auf den Angaben aus den rechtskräftigen Bescheiden über die Verleihung der Staatsbürgerschaft der Ämter der Landesregierungen Österreichs und wird im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres durchgeführt. Die Statistik der Einbürgerungen dokumentiert sämtliche durch Willenserklärung des Erwerbers und nachfolgendem Behördenakt bewirkte Arten des Erwerbs der Staatsbürgerschaft nach StbG 1985, idF Novelle 2005 (§§ 10 bis 25 und 58c), nicht hingegen die automatischen Erwerbsarten wie Geburt oder Legitimation eines nichtehelichen Kindes. Die Einbürgerungsstatistik umfaßt sowohl Einbürgerungen von in Österreich als auch von im Ausland wohnhaften Personen.

<http://www.statistik.at>

Lipizzaner am Heldenberg

Berlakovich, Pröll und Gürtler stellen Ausbaupläne der Spanischen Hofreitschule vor – Fortführung des Gestüts in Piber steht außer Diskussion



Foto: Spanische Hofreitschule

Die Erweiterung des »Ferienstalls« im niederösterreichischen Heldenberg dient dazu, zahlenmäßig mehr junge Lipizzanerhengste für die Hohe Schule der Reitkunst ausbilden zu können, als das bisher möglich war.

Ab heuer wird das bisherige Sommerquartier der jungen Lipizzanerhengste am Heldenberg (rund 50 km von Wien in Richtung Horn) ganzjährig genutzt und ausgebaut. Schon lange wurde nach einem geeigneten Platz gesucht, um mehr Hengste ausbilden zu können. Viele Standorte waren im Gespräch, nun ist die Entscheidung aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und der Erfahrung auf Heldenberg gefallen. „Die Spanische Hofreitschule ist die älteste klassische Reitschule der Welt und die Lipizzaner sind über die Grenzen hinweg bekannt. Sie sind Botschafter österreichischer Kulturgeschichte. Wesentliches Kapital der Spanischen Hofreitschule ist neben der Zucht in Piber die langjährige und klassische Ausbildung von Pferd und Reiter. In beides muß investiert werden, um die einzigartige Qualität auch für die Zukunft sicherstellen zu können. Darum werden ab heuer auch am Heldenberg die berühmten Lipizzaner-

hengste ausgebildet“, so Landwirtschaftsminister Niki Berlakovich am 15. Februar zu dem neuen Ausbildungszentrum im Rahmen einer Pressekonferenz.

Die Erweiterung des „Ferienstalls“ in Niederösterreich dient dem Zweck, zahlenmäßig mehr junge Lipizzanerhengste für die Hohe Schule der Reitkunst ausbilden zu können, als das bisher möglich war. Der Stall in der Wiener Stallburg bietet Platz für 72 Hengste, zum Trainieren steht lediglich die barocke Winterreitschule zur Verfügung. Bereits im Jahr 2008 wurde im Auftrag des Lebensministeriums ein Unternehmenskonzept für die nächsten fünf Jahre erstellt, das den Aufbau einer zweiten Equipe als Investition in die Zukunft vorsieht. Dadurch soll es möglich sein, zeitgleich eine Tournee im Ausland und vollwertiges Vorführungsprogramm in Wien bieten zu können. Die nötigen Investitionen für den Umbau und die Erweiterung werden jeweils zur Hälfte vom

Bund und dem Land Niederösterreich getragen.

„In bezug auf unsere Unternehmensstandorte entstehen seit Jahren leider immer wieder massive Mißverständnisse. Das Sommerquartier – von dem nun die Rede ist – war schon seit jeher immer unabhängig vom Gestüt in Piber zu sehen. Die Schulhengste der Spanischen Hofreitschule haben ihre vorstellungsfreie Zeit nie im Gestüt in Piber verbracht, sondern stets im Lainzer Tiergarten oder seit dem Jahr 2005 am Heldenberg in Niederösterreich. Nie gab es Überlegungen, aufgrund eines Sommerquartiers das Gestüt in Piber zu schließen oder zu verkleinern. Auch jetzt, wo wir das Sommerquartier am Heldenberg ausgebaut haben, ist Piber in keiner Weise in seiner essentiell wichtigen Funktion als Zuchtstandort für unsere Lipizzaner in Frage gestellt“, so die Generaldirektorin der Spanischen Hofreitschule, Elisabeth Gürtler.

Chronik

Bereits im Herbst 2009 wurden die vorhandenen 81 Pferdeboxen winterfest ausgebaut. Derzeit sind bereits 12 junge Hengste der Spanischen Hofreitschule am Heldenberg und werden regelmäßig von zwei Bereiteranwärtern unterrichtet. Sobald die Reithalle (mit den internationalen Standardmaßen von 20 x 60 Meter) fertig gestellt ist, wird der Unterricht aus dem derzeit provisorisch adaptierten Heulager in die neue Halle verlegt. Sofern es die Witterung zulässt, wird diese Reithalle, die auch 300 Zuschauerplätze bietet, bereits Ende März 2010 fertig gestellt sein. Langfristig ist geplant, bis zu 30 Hengste am Heldenberg ausbilden zu können. Das bisherige Sommerquartier ist somit ab 2010 als ganzjährig genutzter Standort der Spanischen Hofreitschule in Betrieb.

„Wir Niederösterreicher sind natürlich sehr stolz darauf, die berühmten Lipizzaner bei uns zu haben. Mit der Errichtung des Sommerquartiers am Heldenberg 2005 war bereits ein erster wichtiger Schritt getan. Der Ausbau zu einem Ganzjahresbetrieb bedeutet natürlich eine weitere Aufwertung für die Region. Auch die geplante, ein Mal pro Jahr stattfindende Sonder-Vorführung am offenen Reitplatz direkt neben Schloß Wetzdorf wird von uns allen sehr begrüßt. Das Land Niederösterreich wird – wie bereits in der Vergangenheit – stets bemüht sein, eine optimale Zusammenarbeit mit der Spanischen Hofreitschule zu pflegen“, freut sich der Niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll über die neue Touristenattraktion.

Zuletzt wurde im Juli 2006 eine Sondervorführung der Lipizzaner am Heldenberg gezeigt. Dieses Kurzprogramm aus dem klassischen Vorführungsrepertoire der Spanischen Hofreitschule in Wien wird mit Sicherheit auch heuer der Höhepunkt des „Lipizzanersommers“ in Niederösterreich. Darüber hinaus werden auch wieder regelmäßige Besichtigungszeiten in den Stallungen angeboten. Auch ein öffentlich zugängliches Training der Pferde einmal pro Woche ist angedacht.

Die Ausbildung

Bis aus einem grau melierten, übermütigen Junghengst ein reinweißer Lipizzaner der Spanischen Hofreitschule geworden ist, vergehen etwa 6 bis 8 Jahre. Während dieser langen Zeit wird genau darauf geachtet, welche natürlichen Anlagen jeder einzelne Hengst mitbringt. Während der eine eher Talent für die sogenannten Schulsprünge zeigt, kann es sein, daß ein anderer mehr für die Schulquadrille geeignet erscheint, die



Mutterstute mit ihrem Fohlen auf der Weide

Foto: BMLFUW

viel Ausdauer und hohe Konzentration von Pferd und Bereiter erfordern.

Bereiter Herwig Radnetter: „Unsere Hengste sind Spezialisten. Nicht jeder kann alles – ähnlich wie beim Menschen, sind auch bei unseren Pferden die Begabungen

unterschiedlich. Unsere Aufgabe ist, neben der allgemeinen Ausbildung, auch zu erkennen, welcher Hengst sich für welche Lektionen der hohen Schule am besten eignet.“

Nach 1 bis 2 Jahren allgemeiner Ausbildung in den Grundgangarten Schritt, Trab und Galopp werden die jungen Hengste dann einem Bereiter oder Bereiteranwärter zugeteilt. Üblicherweise ist das eine Art „Lebensgemeinschaft“, da Pferd und Bereiter im Idealfall ein manchmal jahrzehntelanges Team bleiben.

Ein Teil der Bereiter-Ausbildung besteht auch darin, einen jungen Hengst bis zur „Vorführungsreife“ auszubilden. Nach etwa 4 bis 5 Jahren als Eleve (= Lehrling) ist die nächste Ausbildungsstufe der so genannte „Bereiteranwärter“. In diesen weiteren 4 bis 5 Jahren ist es das Ziel, ein junges Pferd auszubilden. Erst wer es geschafft hat, selbst perfekt zu reiten und die hohe Schule der Reitkunst selbst zu beherrschen und dieses Wissen dann auch an sein Pferd weitergeben kann, wird nach etwa 8 bis 10 Jahren zum Bereiter an der Spanischen Hofreitschule.

Jedes Mitglied der Equipe ist im Durchschnitt für 3 bis 6 Schulhengste verantwortlich. Nur diese intensive und konsequente Zusammenarbeit ermöglicht dieses weltweit einzigartige Niveau an Reitkunst, für das die Spanische Hofreitschule berühmt ist. ■

<http://www.srs.at>



Eine der schwierigsten Anforderungen an den Lipizzaner: die »Pessade unter dem Reiter«

Foto: BMLFUW

Neuer Aussichtsturm für den Pyramidenkogel



Foto: klaura+kaden architekten / © Visualisierung: H. Kramer

Der Turm besteht aus 18 mächtigen, elliptisch angeordneten Holzstützen, die sich in den Himmel schrauben...

Im Herbst 2010 erfolgt der Baubeginn für den neuen Aussichtsturm auf dem Pyramidenkogel. Die Eröffnung des neuen Turmes aus Holz ist im Mai 2011 geplant. Das gaben Kärntens Finanzlandesrat Harald Dobernig sowie Tourismus- und Gemeindelandesrat Josef Martinz in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Keutschacher Bürgermeister Gerhard Oleschko bekannt. Im Anschluß wurde die Fördervereinbarung zwischen dem Land Kärnten und der Gemeinde Keutschach unterzeichnet und damit der Finanzierungsbeitrag des Landes fixiert.

Dobernig bezeichnete den neuen Aussichtsturm der Klagenfurter Architekten Markus Klaura und Dietmar Kaden als „einzigartiges Projekt“, weil mit dem Rohstoff Holz gearbeitet werde. „Mit einhundert Metern Höhe entsteht am Pyramidenkogel der höchste Holzturm Europas. Wir schaffen so ein touristisches und architektonisches Leuchtturmprojekt für ganz Kärnten, das auch bei Schlechtwetter ein Anziehungspunkt sein wird. Neben der touristischen Komponente werden aber auch wichtige Arbeitsplätze geschaffen“, so Dobernig.

„In Keutschach entsteht ein Projekt der Sonderklasse, unter anderem aus Mitteln des Kärntner Zukunftsfonds“, sagte Martinz. Auch aus dem Gemeindereferat werde der Neubau des Aussichtsturmes mit allen Kräften unterstützt. Immerhin gehöre der Pyramidenkogel zu den beliebtesten Ausflugszielen in Kärnten. Weit über 100.000 Besucher jährlich genießen den Ausblick von den Tauern bis zu den Karawanken. Der neue Turm würde ein Magnet für ganz Kärnten werden. „Obwohl die Gemeindefinanzen knapp sind, ist der Neubau durch die Zusammenarbeit der Kommunen möglich geworden und wird ein Leitprojekt für eine ganze Region. Das ist der Kurswechsel: über die Gemeindegrenzen hinaus schauen und gemeinsam für die Region kämpfen“, so Martinz.

Oleschko zeigte sich als „Bauherr“ erfreut darüber, daß der neue Aussichtsturm nun nach jahrelanger Vorarbeit Realität werde. „Wir setzen damit positive Akzente für den gesamten Mittelkärntner Raum. Es freut mich, daß das Projekt nun durch die Bündelung aller positiven Kräfte umgesetzt werden kann“, so der Bürgermeister, der auch an-

kündigte, die Filmrechte für die Sprengung des bestehenden, über 40 Jahre alten Turmes, in Kürze auszuschreiben.

Der neue Turm steht unter dem Motto „Tanz in der Landschaft“, da die aus Ellipsen aufgebaute Konstruktion frei in der Landschaft stehen wird. Insgesamt wird es sechs Aussichtsterrassen mit 360 Grad-Ausblick geben, die oberste wird sich in 83 Meter Höhe befinden. In 70 Meter Höhe wird ein Besuchercafé eingerichtet, zusätzlich ist ein Restaurationsbetrieb im Erdgeschoß geplant. Eine besondere Attraktion wird die höchste Rutsche Europas, die aus 66,5 Meter im Inneren des Turmes in die Tiefe geht. Dafür, daß das neue Bauwerk auch in der Nacht ein buchstäblicher Leuchtturm wird, soll ein ausgeklügeltes Lichtkonzept sorgen.

Insgesamt werden 10 Millionen Euro in den Neubau investiert: 3,5 davon kommen vom Land Kärnten, 2,5 über eine Beteiligung der Kärntner Tourismusholding (KTH), die restlichen vier werden über Kredit finanziert.

<http://www.pyramidenkogel.info>
<http://www.klaura-kaden.at>

Nicht selbstverständliches, aber unverzichtbares Engagement

27 neue Feuerwehrkommandanten und 18 neue
Rot-Kreuz-Offiziere für die Steiermark



RK-Präs. Schöpfer, LBD Kern, die neuen Kommandantinnen Evelyn Liebmann und Barbara Muhr, Univ.- Prof. Neuhold und LH Voves bei der Dekretverleihung in der Aula der Grazer Alten Universität. (v.l.)

Foto: Frankl

Mit 27 neuen Feuerwehrkommandanten, darunter einer Frau und 18 neuen Rot-Kreuz-Kommandanten, darunter drei Frauen, wurde das Netz der steirischen Einsatzorganisationen wesentlich verstärkt. Sie haben vor kurzem ihre Kommandantenausbildung abgeschlossen. Ihre Ernennungsdekrete überreichten Steiermarks Landeshauptmann Franz Voves, Landesbranddirektor (LBD) Albert Kern und der Präsident des steirischen Roten Kreuzes, LR aD. LAbg. Univ.-Prof. Gerald Schöpfer, in der Aula der Grazer Alten Universität am 4. Februar den neuen Kommandanten.

„Sie als Kommandanten in den steirischen Einsatzorganisationen sind wichtige Säulen in der Sicherheitsarchitektur unseres Landes. Für die politische Führung ist es wichtig, mit Ihnen in engem Kontakt zu stehen, um Ihre Anregungen zu erfahren, aber auch, um Ihre Probleme direkt kennen zu lernen. Unsere Aufgabe ist es, diese gemeinsam zu lösen und wo es uns möglich ist, gemeinsam Verbesserungen zu schaffen“, sagte



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Sie schauen hin, wenn andere wegschauen: die Tausenden Mitarbeiter von Rettung und Feuerwehr

der Landeshauptmann in seiner Rede. Rot-Kreuz-Präsident Schöpfer betonte die Bedeutung der Leistungen der ehrenamtlichen Mitarbeiter für die Gesellschaft: „Alle 59 Sekunden fährt in der Steiermark ein Rettungswagen zum Einsatz. Dabei leisten 10.000 Menschen aus allen sozialen Schichten rund 2,6 Millionen freiwillige Arbeitsstunden.“

Auch LBD Kern hob die Leistungen der freiwilligen Einsatzorganisationen hervor: „Wir schauen hin, wenn andere wegschauen. Ihr unverzichtbares, aber nicht selbstverständliches Engagement in 50.000 Einsätzen hat im vergangenen Jahr nicht nur Sachwerte in Millionenhöhe gerettet, sondern darüber hinaus auch einen Beitrag zum menschlichen Gesicht unserer Gesellschaft geleistet.“

Univ.- Prof. Neuhold unterstrich in seiner Festrede die Notwendigkeit einer Strukturierung der Nächstenhilfe in den verschiedenen Einsatzorganisationen: „Sie verkörpern das Sozialkapital, das für die Gesellschaft entscheidend mehr beiträgt, als das Finanzkapital.“

Einzigartig in Europa

Bereits 800 Gastronomen beteiligen sich am AMA-Gastrosystem

Im Auftrag des Kuratoriums Kulinarisches Erbe hat die AMA Marketing gemeinsam mit der Branche ein Herkunftssicherungssystem für die Gastronomie entwickelt. Dieses AMA-Gastro-System kommuniziert den Gästen klar, woher die Rohstoffe für die zubereiteten Gerichte stammen.

Dem AMA-Gastrosystem liegt eine Richtlinie zugrunde, die gemeinsam von Vertretern der Landwirtschaft sowie Tourismus/Gastronomie/Hotellerie erarbeitet und weiter entwickelt wurde. Diese Gastro-Richtlinie regelt etwa die Zulassungskriterien, verbindliche und freiwillige Angaben zur Herkunft der Rohstoffe bzw. Produktionsweise, gibt Auskunft über die notwendigen Aufzeichnungen und definiert die Form der Auslobung, etwa auf der Speisekarte.

Einzigartig in Europa

„Bislang gab es weder auf nationaler noch auf EU-Ebene eine Regelung zur Kennzeichnung und Dokumentation näherer Angaben bei zubereiteten landwirtschaftlichen Produkten in der Gastronomie und Hotellerie. Doch den KonsumentInnen wird es immer wichtiger zu erfahren, woher die Lebensmittel kommen, die sie verzehren. Das haben unsere Gastronomen eben erkannt und nutzen in einer Art Schulterschluss mit der Landwirtschaft die Köstlichkeiten, die unser Land bietet, zum Vorteile aller“, erläutert Stephan Minikovic, Geschäftsführer der AMA Marketing. Gute lokale Küche und ausgezeichnete Qualität, Regionalität und Authentizität im gastronomischen Angebot spielen bei in- und ausländischen Gästen eine immer wichtigere Rolle. Die Basis dafür sind gesunde und frische Produkte aus der regionalen Landwirtschaft.

„Als Obmann des Fachverbandes Gastronomie freue ich mich über diese gemeinsame Initiative, die wachsenden Zuspruch unter den Gastronomen findet. Damit werden jene Betriebe vor den Vorhang geholt, die dieses Bekenntnis in ihrer täglichen Arbeit kompromißlos umsetzen“, betont KR Helmut Hinterleitner, Obmann des Fachverbandes Gastronomie in der Wirtschaftskammer Österreich.

„Durch das AMA-Gastrosiegel hat auch der Gast die Sicherheit, daß er Lebensmittel aus heimischer Landwirtschaft in bester



Foto: APA/Strasser/AMA Marketing

Stephan Mikinovic (GF AMA Marketing), Birgit Mondl (Projektleiterin AMA-Gastrosystem), Sabine Flöcklmüller (Generalsekretärin Kuratorium Kulinarisches Erbe) und KR Helmut Hinterleitner (Obmann des Fachverbandes Gastronomie der WKÖ) präsentieren das neue Gastro-Booklet »Total Regional« (v.l.)

Qualität und Frische auf den Teller bekommt – die Garantie für Genuß auf höchstem Niveau!

Die Gastronomie hat als Veredler und Mittler des Produktes gegenüber dem Gast auch eine sehr wichtige Funktion für die regionale Landwirtschaft. Ich hoffe, daß es uns gelingt, die mit diesem gemeinsamen Projekt begonnene Partnerschaft künftig noch weiter auszubauen und zu vertiefen,“ so Hinterleitner.

Verpflichtende Teilnahme an fünf Produktgruppen

Die teilnehmenden Gastronomen verpflichten sich, für Produkte aus fünf vorgegebenen Kategorien, die Herkunft auszuweisen. Diese Kategorien sind

- Fleisch,
- Milch und Milchprodukte
- Eier
- Erdäpfel, Obst und Gemüse und
- Wild, Fisch

Für mindestens eine der beiden Produktgruppen muß die Herkunft bekannt gemacht werden.

Die Herkunft der einzelnen Produkte ist

dann entweder auf der Speisekarte, auf Tischständern oder in Schaukästen für den Konsumenten ersichtlich. Die Produkte müssen also klar deklariert sein. Das schließt aber nicht aus, daß auch Lebensmittel aus anderen Herkunftsn im Betrieb verwendet werden dürfen. Die klare Deklaration macht es dem Gast dann möglich, eine bewußte Wahl zu treffen.

»Total regional«-Booklet: 600 Betriebe von der Almhütte bis zum Hauben-Lokal

Im »Total Regional«-Booklet sind rund 600 der teilnehmenden Betriebe, die die geforderten Kriterien bereits erfolgreich im Betrieb umgesetzt haben, liebevoll beschrieben von Alexander Jakabb. Besonders herausgearbeitet wurden dabei Lokalkolorit, Atmosphäre, Standortbesonderheiten sowie die Menschen, die das Lokal „ausmachen“, wie die Wirtsleute, die Betreiber, Küchenchefs. Traditionelle und regionaltypische Gerichte und Spezialitäten wurden mit aufgenommen. Das Booklet umfaßt 264 Seiten, ist in einer Auflage von 25.000 Stück erschienen und zum Preis von 5 Euro erhältlich unter <http://www.ama-marketing.at> ■

Weinviertel ab Jahrgang 2009 auch als Reserve

Mit Weinviertel DAC Reserve knüpft das Weinviertel nun auch an die 2-Stufigkeit der übrigen DAC's in Österreich an.

Im Jahr 2003 war das Weinviertel das erste österreichische Weinbaugebiet, das typische Herkunftsweine ausschließlich unter dem Namen des Gebietes vermarktet hat. Weinviertel DAC übernahm somit die Vorreiterrolle unter den Weinen mit klarer Identität und einem typischen Geschmacksprofil. Bisher haben sich mit Mittelburgenland, Traisental, Kremstal, Kamptal, Leithaberg und Eisenberg weitere sechs Gebiete diesem System angeschlossen. Ab dem Jahrgang 2009 wird nun auch im Weinviertel die mögliche 2-Stufigkeit im DAC-System mit einer Reserve-Stufe eingeführt. Damit soll das Geschmacksbild noch typischer und die Zahl der Weine, welche unter Weinviertel auf dem Markt kommen, erhöht werden.

Weinviertel DAC Reserve als zusätzliche Geschmacksprofilierung

Mittelburgenland, Traisental, Kremstal, Kamptal und Eisenberg brachten gleichzeitig eine Reserve-Kategorie auf den Markt (außer Leithaberg: hier gibt es nur eine Reserve-Kategorie). Ein Reserve-Wein ist der Top-Wein, die höchste Qualität eines Betriebes, Aushängeschild und somit das Herzstück des Betriebes. Daher müssen auch die Kriterien für einen gebietstypischen Top-Wein streng sein – um die hohe Qualität der Weine zu garantieren.

Nach langjährigen Diskussionen hat das Regionale Weinkomitee Weinviertel Anfang September die Einführung einer Weinviertel DAC Reserve ab dem Jahrgang 2009 beschlossen. „Damit will das Weinviertel auch die Top-Weine des Gebiets mit der erfolgreichen Herkunft Weinviertel versehen und so diesen Weinen noch größere Bedeutung beimessen“ erklärt Roman Pfaffl, Obmann des Weinkomitees Weinviertel den Entschluss für Weinviertel DAC Reserve. „Diese Weine symbolisieren die Schlagkraft und Stärke des Weinviertels.“ Das Konzept wurde Ende 2009 dem Nationalen Komitee zur Begutachtung vorgelegt und erging nach positiver Beurteilung an das Lebensministerium, wo es im Februar von Minister Niki Berlakovich unterzeichnet wurde.



Foto: ÖWM / Komitee Weinviertel

Ulrike Hager, Geschäftsführerin Komitee Weinviertel, Josef Pleil, Weinbaupräsident, und Roman Pfaffl, Obmann Weinkomitee Weinviertel

Kriterien für Weinviertel DAC Reserve

- Wie für den Weinviertel DAC, gilt auch für die Reserve das klare, gebietstypische Geschmacksprofil eines pfeffrigen Grünen Veltliners aus dem Weinviertel, zusätzlich mit den folgenden Charakteristiken: trocken, dichte Struktur und langer Abgang, kräftige Stilistik, zarter Botrytis- und Holzton ist zulässig.
- Der Mindestalkohol liegt bei 13,0% vol am Etikett, die Einreichung zur staatlichen Prüfnummer darf nicht vor dem 15. März des auf die Ernte folgenden Jahres erfolgen.
- Traubenzukauf zur Herstellung von Weinviertel DAC Reserve ist nur innerhalb des Gebietes möglich. Auf der Rechnung muß der Vermerk „Trauben für Weinviertel DAC Reserve“ und das natürliche Mostgewicht in KMW angegeben werden.
- Im Rahmen der Vergabe der staatlichen Prüfnummer müssen vier von sechs Kostern zustimmen, daß der Wein in sensorischer Hinsicht unter Weinviertel DAC Reserve verkehrsfähig ist.
- Vor erstmaliger Beantragung zur Erteilung der staatlichen Prüfnummer hat eine

schriftliche Mitteilung an das Regionale Weinkomitee Weinviertel zu erfolgen.

- Die Abfüllung hat innerhalb des Herstellungsbetriebes und im Weinviertel zu erfolgen. Außerhalb des Gebietes bedarf die Abfüllung ebenfalls der Genehmigung durch das Regionale Weinkomitee.
- Wein mit der Verkehrsbezeichnung Weinviertel DAC Reserve darf nur abgegeben werden, wenn die Flasche mit einer spezifischen Kapsel versehen ist. Diese einheitliche Kapsel für Weinviertel DAC und Weinviertel DAC Reserve, kann lediglich mit einer Ermächtigung vom Weinkomitee Weinviertel bezogen werden. Zusätzlich ist ein Beitrag pro Kapsel zu entrichten, der dem Weinkomitee Weinviertel zur Verfügung steht.
- Ab dem Jahrgang 2012 muß jeder Betrieb, der Weinviertel DAC Reserve herstellt, nach einem regionalen Qualitätsmanagementsystem zertifiziert sein, das vom Regionalen Weinkomitee Weinviertel erarbeitet und von einem externen Auditor durchgeführt wird. ■

<http://www.österreichwein.at>

<http://www.weinvierteldac.at>

Ehrung für Peter Krömer

Dem langjährigen Präsidenten der Synode A.B. und der Generalsynode wurde das »Große Silberne Ehrenzeichen mit dem Stern« verliehen

Mit einem Festgottesdienst und einem Festakt hat die Evangelische Kirche am 21. Februar den 60. Geburtstag von Synodenpräsident Peter Krömer und Pfarrer Herbert Graeser begangen. Beim Festakt in der Kapelle des NÖ-Landhauses in St. Pölten wurde bekannt, daß der Bundespräsident dem St. Pöltner Rechtsanwalt und langjährigen Präsidenten der Synode A.B. und der Generalsynode das „Große Silberne Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich“ verliehen hat. Seit 25 Jahren ist Krömer Mitglied der Synoden, seit 1992 habe er „als Präsident der Synoden die rechtlichen Rahmenbedingungen des kirchlichen Wirkens bestimmt“ und die synodale Form der Kirchenleitung wahrgenommen, sagte Ministerialrat Karl Schwarz in seiner Laudatio. Neben seinem Engagement in der Pfarrgemeinde – Krömer ist seit 25 Jahren Kurator in St. Pölten – und seiner Leitungstätigkeit in der Synode vertritt der anerkannte Jurist die Evangelische Kirche in der Konferenz Europäischer Kirchen und arbeitet in der Kommission „Kirche und Gesellschaft“ zum Thema Religionsfreiheit mit. „Keiner“, so Schwarz, „vermag die Stunden zu ermitteln, die du ehrenamtlich in den unterschiedlichen Gremien und Ebenen zugebracht hast: verhandelnd, diskutierend, vortragend, moderierend, predigend und betend.“ Krömer habe seiner Kirche „außergewöhnlich viel“ Zeit geschenkt. Sein Engagement sei nicht nur der Evangelischen Kirche zugute gekommen, „sondern auch unserer Gesellschaft und unserer Republik Österreich“, erklärte der Ministerialrat im Kultusamt.

Krömer feierte seinen Geburtstag gemeinsam mit dem St. Pöltner Pfarrer Herbert Graeser. In seiner Predigt über die Konfirmationssprüche der beiden Jubilare sagte der evangelisch-lutherische Bischof Michael Bünker, für beide sei ihr Glaube „Herzenssache“. Glaube richte sich auf Gott, es brauche „Mut und Stärke, die Kraft des Evangeliums angesichts der Zustände in dieser Welt zu erweisen“. Der Auftrag Gottes, so der Bischof, bestehe darin, „das Ja durch das Du Gottes weiterzusagen“. So werde Kirche zur missionarischen Kirche, wobei sich dieser Auftrag „nicht nur an Spezialisten“, sondern an die ganze Gemeinde richte.



Foto: epd ÖM, Uschmann

Bürgermeister Matthias Stadler gratuliert Synodenpräsident Peter Krömer

Der Geburtstag sei ein „Grund zur Dankbarkeit, daß Gott die beiden Menschen mit den vielfältigen Gaben, die sie mitbringen, ausgestattet hat“, sagte Superintendent Paul Weiland, der gemeinsam mit der St. Pöltner Pfarrerin Baukje Leitner-Pijl durch den Festakt führte.

Der St. Pöltner Bürgermeister, Matthias Stadler, würdigte die Fähigkeit der beiden Jubilare, „Gemeinschaft zu leben“. Graeser sei „Seelsorger, wie man ihn sich vorstellt“, der oft im Stillen für die Menschen agiere und „mit viel Hingabe“ seinen Glauben verbreite. Besonders hob Stadler in seinem Grußwort auch das soziale Engagement von Peter Krömer und seiner Familie hervor, das sich „auch in schwierigen Situationen“ immer wieder erweise. Die „hohe soziale Kompetenz“ der beiden Jubilare unterstrich auch Landtagsabgeordnete Inge Rinke, die die Glückwünsche des Landeshauptmanns überbrachte.

In seinen Dankesworten betonte Herbert Graeser, der vor 32 Jahren aus Deutschland nach St. Pölten kam: „Ohne Gemeinde ist ein Pfarrer nichts.“ Kirche sei gebaut auf dem „Eckstein Jesus Christus“, dem „alle Ehre gebührt“. Peter Krömer dankte besonders auch seiner Familie und erinnerte an sein

biblisches Lebensmotto „Dient einander, ein jeder mit der Gabe, die er empfangen hat, als die guten Haushalter der mancherlei Gnade Gottes“.

Gekommen waren zu dem Fest über 250 GratulantInnen aus der Evangelischen Kirche, der Ökumene und dem öffentlichen Leben, darunter sämtliche Mitglieder des Oberkirchenrates, mehrere Superintendents und SuperintendentialkuratorInnen aus Wien, Niederösterreich und dem Burgenland, der stellvertretende Synodenpräsident Eckart Fussenegger, der reformierte Landessuperintendent Thomas Hennefeld, Probst Maximilian Fürnsinn von der Römisch-katholischen Kirche und Prof. Anas Schakfeh von der Islamischen Glaubensgemeinschaft. Die Liturgie des Festgottesdienstes, zu dem die Pfarrgemeinde St. Pölten und die Diözese Niederösterreich eingeladen hatten, gestalteten Superintendent Paul Weiland, die St. Pöltner Pfarrer Norbert Hantsch und Daniel Vögele sowie Lektor Arndt Neukirchner. Für die musikalische Gestaltung sorgten unter der Leitung von Diözesankantorin Sybille von Both Chöre aus St. Pölten und Melk-Scheibbs, an der Orgel war Marcus Hufnagl zu hören.

<http://www.evangel.at>

Erzdiözese Wien bittet um Informationen über Kaiserin Zita

Hilfestellung für Seligsprechungsverfahren, das die Diözese Le Mans durchführt

Die Erzdiözese Wien bittet um Informationen, die etwas zum Seligsprechungsverfahren für die letzte österreichische Kaiserin und Königin von Ungarn, Zita von Bourbon-Parma (1892-1989), beitragen können. Das Seligsprechungsverfahren für Kaiserin Zita wurde vergangenen November in der nordwestfranzösischen Diözese Le Mans eröffnet. Im amtlichen Teil der jüngsten Ausgabe des „Wiener Diözesanblattes“ (2/2010) ist das entsprechende Dekret des Bischofs von Le Mans, Yves Le Saux, veröffentlicht. In diesem ersten Teil des Verfahrens werden Dokumente und Informationen gesammelt, die für oder auch gegen eine Seligsprechung sprechen.

Erläuternd heißt es dazu im Amtsblatt der Erzdiözese Wien: „Die Dienerin Gottes Zita hat sich in zahlreichen Diözesen, darunter auch Wien, aufgehalten, und zwar am Kaiserhof von Österreich von 1914 bis 1919 und von 1982 an. Alle Personen, denen zum Leben, zum Ruf der Heiligkeit oder den Tugenden der Dienerin Gottes etwas bekannt ist, werden gebeten, dies dem Postulator bekanntzugeben.“ Postulator des Seligsprechungsprozesses für Zita ist der in der Schweiz tätige Priester Cyrille Debris (Rue de la Lenda 13, CH-1700 Fribourg; (Tel./Fax: +41-31-55.00.822).

Thronverzicht abgelehnt

Die vatikanische Kongregation für Heilig- und Seligsprechungen hatte im Juni 2008 ihre Zustimmung zur Eröffnung des Verfahrens für Zita gegeben. Zitas Ehemann und letzter Habsburger-Monarch, Karl I. von Österreich (1887-1922; Regierungszeit 1916-18), wurde im Oktober 2004 von Johannes Paul II. seliggesprochen.

Zita von Bourbon-Parma wurde am 9. Mai 1892 in Capezzano Pianore (Toskana) geboren. Ihre schulische Erziehung erhielt sie u.a. im Salesianerinnen-Konvikt in Zangberg (Oberbayern) und in der Benediktinerinnenabtei St. Cecile auf der britischen Kanalinsel Wight. 1911 wurde sie in Schloß Schwarzau bei Wiener Neustadt mit Karl vermählt. Am 20. November 1912 kam ihr erster Sohn, Erzherzog Otto, zur Welt. Das junge Paar

wohnte in Schloß Hetzendorf im Süden Wiens.

Nachdem Erzherzog Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 in Sarajevo ermordet worden war, stieg Karl zum Thronfolger auf. Als Kaiser Franz Joseph am 21. November 1916 starb, folgte ihm Karl als Kaiser von Österreich (Karl I.) und König von Ungarn (Karl IV.) und Böhmen, und Zita wurde Kaiserin von Österreich und Königin von Ungarn. Karl I. verzichtete – obwohl Zita Bedenken

über Spanien und Portugal die Flucht in die USA und schließlich ins kanadische Quebec.

1953 kehrte Zita nach Europa zurück, zunächst nach Luxemburg und 1962 ins Schweizer Zizers bei Chur. Ihr erster Sohn und Thronprätendent Otto von Habsburg durfte 1966 zum ersten Mal nach Österreich zurückkehren, nachdem er 1961 auf seine Thronrechte verzichtet hatte. Zita, die einen solchen Verzicht ablehnte, war dieser Schritt zunächst weiter verwehrt.

1982 Rückkehr nach Wien

Der spanische König Juan Carlos vermittelte schließlich, daß die österreichische Bundesregierung unter Bruno Kreisky Zita 1982 auch ohne Verzichtserklärung und ohne Loyalitätserklärung für die Republik die Rückkehr nach Österreich gestattete – mit 90 Jahren und nach 63 Jahren Exil. Tausende Wiener bereiteten der Monarchin einen begeisterten Empfang, als sie am 13. November – einem Samstag – um 18 Uhr eine von Kardinal Franz König zelebrierte Messe im Wiener Stephansdom mitfeierte.

Der damalige Wiener Erzbischof begrüßte die ehemalige Kaiserin und würdigte ihre tiefe Religiosität mit den Worten: „In allen diesen Jahren, seitdem Sie 1918 ihre Heimat verlassen mußten, waren Ihnen der Glaube und tiefe Religiosität Stütze und Halt in diesen schweren Zeiten. Ihre Worte und Ihr ausgewogenes Urteil, das wir in den letzten Monaten aus den Medien erfahren haben, haben auf uns alle einen tiefen Eindruck gemacht.“

Nach ihrer Rückkehr lebte die Ex-Kaiserin zurückgezogen auf Schloß Waldstein in der Steiermark. In dieser Zeit pilgerte sie auch regelmäßig nach Mariazell und unterstützte nach Kräften die „Kaiser-Karl-Gebetsliga“, die sich damals für die Seligsprechung ihres verstorbenen Mannes einsetzte. Am 14. März 1989 starb sie in Zizers. Am 1. April wurde sie, nach einem feierlichen Requiem im Stephansdom, in der Wiener Kapuzinergruft beigesetzt.

Wie lange das Seligsprechungsverfahren für Kaiserin Zita dauern wird, läßt sich derzeit nicht abschätzen.

<http://stephanscom.at>



Foto: <http://www.zeno.org> – Zenodot Verlagsgesellschaft mbH

Kaiserin Zita auf einer Postkarte der Neuen Photographischen Gesellschaft AG, Berlin-Steglitz, um 1910

hatte – am 11. November 1918 auf die Ausübung der Regierungsgeschäfte; er dankte aber nicht ab. Im März 1919 ging die Familie ins Exil in die Schweiz.

Zita unterstützte Karls Bemühungen um eine Wiedererlangung des Throns und begleitete ihn im Oktober 1921 nach Ungarn. Der dortige Restaurationsversuch scheiterte allerdings. Die Familie mußte auf die portugiesische Insel Madeira. Kaiser Karl I. starb dort am 1. April 1922 an einer Lungenentzündung. Die Witwe und Mutter von acht Kindern lebte zunächst in Spanien und Belgien, 1940 ergriff sie nach dem Angriff Hitlerdeutschlands auf Belgien und Frankreich

Trauer um Johanna Dohnal

Die ehemalige Frauenministerin und Ikone der Frauenbewegung ist am 20. Februar im Alter von 71 Jahren gestorben.

In einem Interview war sie einmal gefragt worden, ob es nicht deprimierend sei, von so vielen frauenrechtlichen Forderungen nur einen kleinen Teil erfüllt zu sehen. Dohnal lächelte und meinte, sie habe immer ein Vielfaches von dem gefordert, was sie – realistischerweise – umsetzbar gesehen hatte. Und so könne sie mit dem, was sie erreicht habe, wohl sehr zufrieden sein.

Johanna Dohnal, geb. Diez, wird am 4. Februar 1939 in Wien geboren. Sie wächst bei ihrer Großmutter, einer Schneiderin, auf. Mit 14 beginnt sie eine Lehrausbildung als Industriekaufmann in einer Kunstharzpresserei im 7. Wiener Gemeindebezirk. Eine weitere Schulausbildung ist nicht zu finanzieren.

1956 tritt sie der SPÖ bei und ist in der Folge in der Bezirksorganisation der Partei aktiv. Erstes Engagement bei den Kinderfreunden. Ihr politisches Interesse wächst, sie nimmt an politischen Schulungen teil, organisiert Parteiveranstaltungen und regelmäßige Spielnachmittage für Kinder.

1971 wird sie zur Vorsitzenden der Penzinger Sozialistinnen gewählt. Der Kampf um die Fristenregelung sensibilisiert sie für Frauenanliegen. Ein Jahr später wechselt sie beruflich in die Parteizentrale der SPÖ. Sie wird Wiener Landesfrauensekretärin. Im selben Jahr wird sie auch Mitglied des Bundesparteivorstandes.

Mitte 1973 wird sie als Wiener Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete angelobt. In dieser Funktion setzt sich Johanna Dohnal vor allem für die Ausweitung der Sozialdienste und die Forcierung der Sexualaufklärung in den Schulen ein.

Im November 1974 koordiniert sie Gründung und Aktivitäten des Komitees „Helfen statt strafen“ als Gegengewicht zu den Aktivitäten der „Aktion Leben“, die ein Volksbegehren gegen die Fristenregelung startet.

1977 initiiert sie die ersten Selbstbewußtseinsseminare für Frauen. Diese Seminare kommen bei den Frauen so gut an; daß sie bald auch in anderen Bundesländern abgehalten werden und schließlich Vorbild für ähnliche Aktivitäten innerhalb der Katholischen Frauenbewegung und des ÖGB sind. Nicht alle FunktionärInnen der SPÖ stehen diesen Seminaren anfangs positiv gegenüber; manche fürchten, selbstbewußte Frauen



Foto: Stiftung Bruno Kreisky Archiv / Pressefoto Votava

Johanna Dohnal präsentiert 1979 die »Erste österreichische Frauenenquete«. Links im Bild: Bundeskanzler Bruno Kreisky (*22. 1. 1911, † 29. 7. 1990), rechts: Herta Firnberg (r.), Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung (* 18. 9. 1909, † 14. 2. 1994)

würden den familiären Frieden bzw. die Autorität der Männer gefährden.

Die Wiener Sozialistinnen fordern auf Drängen von Johanna Dohnal die Elternkarenz (die Möglichkeit für Eltern, sich die Karenzzeit nach der Geburt eines Kindes zu teilen oder wahlweise in Karenz zu gehen). Diese Forderung wird erst 1990 realisiert. Bis dahin bleibt die Möglichkeit in Karenz zu gehen, auf Mütter beschränkt.

1978 starten Johanna Dohnal bzw. die Wiener Sozialistinnen die ersten Vorbereitungskurse für Mädchen, die einen technischen Beruf ergreifen wollen. Dem folgt die Aktion „Werkelfrau und Schlossermädl“ mit dem Ziel, bewußtzumachen, wie fragwürdig Rollenklischees bzw. die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern sind. Verkleidet als „Werkelfrau und Schlossermädel“ ziehen die Schauspielerinnen Emmy Werner, später Volkstheaterdirektorin, und die Studentin Brigitte Ederer, später Staatssekretärin und Wiener Finanzlandesrätin, durch Wien. Gesungen werden aktuelle Texte, verfaßt von Trude Marzik, nach den Melodien Altwiener Couplets.

„Wannst a Mann bist, sitzt im Chef-Fotö,
wannst a Frau bist, bleibst a Tip-Mamsö,

's is net alles ans, 's is net alles ans,
ob's d a Mannsbild bist oder kans!“

In Wien nimmt das erste Frauenhaus Österreichs den Betrieb auf. Die Realisierung dieses Projektes, konzipiert von Vertreterinnen der autonomen Frauenbewegung, ist der Initiative Johanna Dohnals zu verdanken. Johanna Dohnal sorgt dafür, daß das Wiener Frauenhaus bzw. die in der Folge entstehenden Wiener Frauenhäuser autonom geführt werden, die Finanzierung jedoch fixer Bestandteil des Budgets der Stadt Wien ist.

Am 5. November 1979 wird Johanna Dohnal als Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen im Bundeskanzleramt (Kabinett Kreisky IV) angelobt. Im folgenden Jahr läßt sie ein Förderungsprogramm für Frauen im Bundesdienst ausarbeiten mit dem Ziel, die Chancengleichheit von Frauen im öffentlichen Dienst beginnend von der geschlechtsneutralen Stellenausschreibung über Maßnahmen der Weiterbildung bis hin zu Beförderungen zu fördern.

Aus Anlaß des 25 Jahr-Jubiläums des Staatsvertrages ruft Bruno Kreisky den Nationalfonds „Hilfe für Kinder der Dritten Welt“ ins Leben. Die Frauenstaatssekretärin im Bundeskanzleramt ist mit der Abwicklung

Personalia

betrault. Es ist dies Johanna Dohnals Einstieg in die Entwicklungszusammenarbeit.

1983 gibt das Innenministerium aufgrund der Initiative von Johanna Dohnal einen Erlass heraus, der regelt, daß Frauen, die Opfer eines Sexualdeliktes sind, nach Möglichkeit von weiblichen Kriminalbeamten einvernommen werden sollen. Gleichzeitig sollen Ausbildung und Einsatz von Gendarmerie- und Kriminalbeamtinnen gefördert werden.

Mitte der 80er-Jahre beginnt sie angesichts steigender Lebenserwartung, sinkender Geburtenzahlen und Anstieg der Scheidungsrate, sich mit der Zukunft der Alterssicherung zu beschäftigen. Sie setzt eine Arbeitsgruppe ein, die ein Modell der Alterssicherung entwickelt, in das alle Frauen einbezogen sind.

In den 90er-Jahren läßt sie weitere Pensionsmodelle ausarbeiten. Ziel aller dieser Modelle ist es, einen eigenständigen vom Familienstand unabhängigen Pensionsanspruch für Frauen ab 60 zu schaffen.

In der großen Koalition erweist es sich zunehmend als schwierig, emanzipatorische Frauenpolitik umzusetzen.

1987 wird mit dem Strafrechtsänderungsgesetz die von Dohnal geforderte Verbesserung der Situation des Opfers in einem Strafverfahren gegen einen Sexualstraftäter (Fotografierverbot während der Hauptverhandlung, Recht auf Anwesenheit einer Vertrauensperson etc.) eingeführt.

Im Oktober 1987 wird Johanna Dohnal zur Vorsitzenden der österreichischen Sozialistinnen, danach wird sie zur stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden der SPÖ gewählt.

Wird die Schenkungssteuerpflicht für nicht erwerbstätige Ehefrauen abgeschafft (diese mußten bis dahin für ihren Anteil am Wohnungseigentum Schenkungssteuer zahlen), da nach dem neuen Familienrecht Haushaltsführung ebenso wie Erwerbstätigkeit als Beitrag zum Unterhalt zählt.

Durch eine Änderung des Bundesverfassungs- und des Beamtendienstrechtsgesetzes sind Amtsbezeichnungen und Titel nun in jener Form zu verwenden, die das Geschlecht der Person zum Ausdruck bringen. Erst ab diesem Zeitpunkt kann sich Johanna Dohnal offiziell „Staatssekretärin“ nennen.

1989 wird die Amtsvormundschaft beseitigt, nun haben unverheiratete Mütter gegenüber ihren Kindern gleiche Rechte wie verheiratete. Auch das Sexualstrafrecht wird reformiert: Der Tatbestand und das Strafaus-

maß bei Vergewaltigung sind nicht länger vom Verhalten des Opfers (Widerstandsleistung), sondern, wie bei allen anderen Delikten von dem des Täters (Gewaltanwendung) abhängig. Auch Vergewaltigung innerhalb einer Ehe oder Lebensgemeinschaft wird unter Strafe gestellt. Nur ein Jahr später wird die Möglichkeit geschaffen, auch in aufrechter Ehe einem gewalttätigen Ehepartner den Zutritt zur Wohnung mittels einstweiliger Verfügung gerichtlich zu untersagen.

Aufgrund einer Novellierung erfaßt das Gleichbehandlungsgesetz für die Privatschule nun auch sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und die erbrechtliche Gleichstellung unehelicher Kinder mit ehelichen.

Am 17. Dezember 1990 wird Johanna Dohnal als Bundesministerin für Frauenangelegenheiten im Bundeskanzleramt (Kabinett Vranitzky II) angelobt.

1991 kommt es durch die Pensionsreform zur Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung im Ausmaß von maximal vier Jahren pro Kind.

Im Juni 1991 hat die Forderung der Sozialistischen Frauen nach Erweiterung der Quote auf allen Kandidatenlisten (40 % Mindestquote für jedes Geschlecht) zur Folge, daß Johanna Dohnal am Bundesparteitag der SPÖ bei der Wahl ins Parteipräsidium nur von knapp 70 Prozent der Delegierten gewählt, also von 30 Prozent gestrichen wird.

Aufgrund eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofs im Jahr 1990, demzufolge das unterschiedliche Pensionsalter für Männer (65) und Frauen (60) dem Gleichheitsgrundsatz widerspricht, stellt Johanna Dohnal klar, daß es nicht angehe, Frauen zwar beim Pensionsalter gleich zu behandeln, ansonst aber zu benachteiligen.

Auf Betreiben Johanna Dohnals, die in diesem Zusammenhang nicht nur die Unterstützung der SPÖ-Frauen, sondern auch der ÖVP-Frauen, der Grünen und der ÖGB-Frauen hat, kommt es 1993

- zur Festlegung langer Übergangsfristen für die Angleichung des Pensionsalters der Frauen an das der Männer (diese erfolgt in den Jahren 2024 bis 2033) und
- zur Verabschiedung eines arbeitsrechtlichen Begleitgesetzes, das eine Vielzahl von Maßnahmen zur Absicherung der beruflichen Gleichstellung enthält.

Ab 1992 gilt ein Verbot der Verwendung von Eizellen einer anderen Frau (und damit von so genannten Leihmüttern) sowie der kommerziellen Vermittlung von Eizellen.

In diesem Jahr wird Johanna Dohnal zur

„Frau des Jahres“ gewählt. An der Wahl beteiligen sich auf Einladung der ORF-Redaktion „WIR Frauen“ 500 Journalistinnen von Print-Medien. Im März wird die erste Österreichische Frauenprojektmesse in der Hofburg veranstaltet und die Kampagne „Gewalt gegen Frauen – Frauen gegen Gewalt“ (fünf Tagungen mit internationaler Beteiligung unter dem Titel „Test the West“) ins Leben gerufen.

In den folgenden Jahren erreicht Johanna Dohnal einige Änderungen in Gesetzen, Verordnungen und, vor allem, wesentliche Veränderungen im Umgang mit der Gleichbehandlung, die hier nur kurz angesprochen werden:

- Einbeziehung des Krankenpflegepersonals in das Nachtschwerarbeitsgesetz.
- Das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz tritt in Kraft. Es basiert auf den Erfahrungen mit dem Förderungsprogramm für Frauen im Bundesdienst.
- Beauftragung des dritten wissenschaftlichen Regierungsberichtes zur Situation der Frauen in Österreich, der 1995, kurz nach dem Ausscheiden Johanna Dohnals aus der Regierung, erscheint.
- Bildung eines Österreichischen Nationalkomitees zur Vorbereitung der 4. Weltfrauenkonferenz der UNO in Peking.
- Die Aktion „Kriegsopfer: Vergewaltigte Frauen“ startet, an der sich auch Familienministerin Rauch-Kallat und die Caritas beteiligen. Die Aktion dient der medizinischen und psychologischen Unterstützung vergewaltigter Frauen und Kinder im ehemaligen Jugoslawien, der Errichtung von Beratungsstellen und Frauenhäusern. Johanna Dohnal fordert, Vergewaltigung als Menschenrechtsverletzung und als Asylgrund anzuerkennen.
- Im Juni 1993 wird Johanna Dohnal Vorsitzende des Frauenrechtskomitees der UN-Menschenrechtskonferenz in Wien.
- 1994: Einführung der „schonenden Vernehmung“ von Frauen und Kindern, die Opfer von Gewalt sind (diese brauchen nicht länger in Gegenwart des Mißhandlers auszusagen).
- Einsetzung einer interministeriellen Arbeitsgruppe zum Thema „Maßnahmen gegen Gewalt in der Familie“, die auch das Gewaltschutzgesetz vorbereitet, das 1997 in Kraft tritt.

Im Frühjahr 1995 bildet Bundeskanzler Franz Vranitzky um, weil er sein Team verjüngen will. Johanna Dohnal wird zum Rücktritt bewogen. Im folgenden Herbst

Personalia

kandidiert sie auch nicht mehr für den Vorsitz der sozialdemokratischen Frauen – und zieht sich ins Privatleben zurück, jedoch nicht ganz, denn sie engagiert sich weiter für ihre Anliegen: 1995/1996 gibt sie ihr Wissen im Rahmen des Proseminars „Historische und strukturelle Voraussetzungen für institutionalisierte Frauenpolitik in Österreich“ an StudentInnen der Politikwissenschaft an der Universität Wien weiter.

1996/1997 engagiert sie sich beim vom Unabhängigen Frauenforum initiierten Frauen-Volksbegehren, das von mehr 645.000 Personen unterschrieben, aber nur ansatzweise umgesetzt wird.

Johanna Dohnal diskutiert, referiert und nimmt immer wieder politische Stellung. Beispielsweise zur Asyl- und Flüchtlingspolitik, zum Tod des Nigerianers Markus Omofuma, der die Abschiebung aus Österreich nicht überlebt, ebenso wie zur Belästigung von Frauen durch radikale AbtreibungsgegnerInnen.

Nach der politischen Wende im Jahr 2000 beteiligt sie sich an den Donnerstags-Demonstrationen gegen die schwarz-blaue Regierung. Sie kritisiert den systematischen Abbau des Sozialstaats, speziell die Schlechterstellung von Frauen.

Sie engagiert sich im Rahmen des Sozialstaats-Volksbegehrens 2002, das die Verankerung des Sozialstaats sowie der Chancengleichheit (auch jener von Frauen und Männern) in der Verfassung fordert. Es wird von mehr als 717.000 Personen unterschrieben, bleibt vorerst ohne Wirkung, mündet aber später im Gleichbehandlungsgesetz (GIBG).

»Bürgerin von Wien«

„Johanna Dohnal hat die Entwicklung Wiens und Österreichs maßgeblich mitbestimmt. Und zwar nicht nur in eine gute Richtung für die Frauen, sondern für alle Menschen dieses Landes. Denn ihre feministische Vision war nie, eine ‚weibliche Zukunft‘, sondern eine ‚menschliche Zukunft‘, ohne Rollenzwänge, ohne Macht- und Gewaltverhältnisse, ohne Männerbündelei und Weiblichkeitswahn“, unterstrich Frauenstadträtin Sonja Wehsely in ihrer Laudatio im September 2005, als Johanna Dohnal zur „Bürgerin der Stadt Wien“ ernannt wurde. „Ohne deine Visionen, deinen Kampfgeist, deinen Einsatz und deine Kraft, wäre nicht nur Wien, sondern auch Österreich heute anders. Durch dich wurde Österreich gerechter und moderner.“ Johanne Dohnal würdigte in ihrer Dankesrede die Stadt Wien als die lebenswerteste und bestverwaltete Stadt

der Welt. Im Rahmen der Wiener Stadtregierung werde erfreulicherweise aktive Frauenpolitik betrieben. Ihren besonderen Dank richtete Dohnal an ihre ehemaligen „Kampfgefährtinnen“.

Sowohl als Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete in Wien, als auch als Frauenstaatssekretärin und vor allem als erste Frauenministerin der Republik habe Dohnal „Ungerechtigkeiten gegenüber Frauen beseitigt und Instrumente, Methoden und gesetzliche Maßnahmen entwickelt, damit Frauen heute freier, sicherer, gesünder und gleichberechtigter leben können“, so Wehsely. Dohnal habe es in keiner ihrer Funktionen leicht gehabt – „die Hürden sind mit der Höhe deiner Ämter gewachsen“, formulierte Wehsely. „Um dir und deinen Anliegen in einer männ-

kriegen. Emanzipation heißt ja Befreiung von Abhängigkeiten.“

Schon geraume Zeit litt die berühmteste Frauenpolitikerin Österreichs an Problemen mit ihrem Herz – am 20. Februar hörte es auf zu schlagen. ■

Bundespräsident Heinz Fischer

„Mit Johanna Dohnal ist völlig überraschend eine mutige Vorkämpferin für Frauenrechte und Gleichberechtigung verstorben, der sehr viele Frauen in Österreich – und damit das ganze Land – viel verdanken“, sagte Bundespräsident Heinz Fischer.

„Manches, das heute in bezug auf die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft als selbstverständlich erscheint, mußte in den vergangenen Jahrzehnten mühsam erkämpft



Johanna Dohnal wurde im September 2005 zur »Bürgerin der Stadt Wien« – Bürgermeister Michael Häupl überreichte ihr im Wiener Rathaus die Urkunde.

lich dominierten Politik wirksam Gehör zu verschaffen, mußtest du deine Stimme immer wieder laut erheben – und dies nicht immer zum Gefallen deiner männlichen Kollegen.“ Johanna Dohnal sei bis zur letzten Konsequenz bereit gewesen, für ihre politischen Anliegen zu kämpfen und Konflikte auszutragen.

In den folgenden Jahren nimmt sie sich ein wenig zurück, genießt den wohlverdienten Ruhestand in ihrem Zweitwohnsitz im niederösterreichischen Grabern, den sie 1998 erworben hat. Sie meldet sich pointiert zu Wort, wird gerne gefragt und gerne zu Diskussionsveranstaltungen eingeladen. Als sie einmal gefragt wurde, was sie davon halte, als „Emanze“ bezeichnet zu werden, meinte sie: „Kein schöneres Kompliment kann man

werden. Johanna Dohnal hat diesen Kampf um frauenpolitische und sozialpolitische Ziele mit ihrer ganzen Kraft und Persönlichkeit sowie ohne Rücksicht auf die eigene Person geführt“, so der Bundespräsident weiter, der sich betroffen von ihrem Ableben zeigte: „Bei ihrem 70. Geburtstag vor fast genau einem Jahr erlebte Johanna Dohnal noch die Genugtuung, daß ihr Lebenswerk, das vielen Anfeindungen ausgesetzt war, letzten Endes ein hohes Maß an Anerkennung gefunden hat.“

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer

„Johanna Dohnal war eine große Österreicherin. Eine, zu der viele Frauen bis heute in Respekt und Dankbarkeit aufgeblickt haben.“ Tief betroffen würdigt die stellver-

Personalia

Foto: SPÖ/Astrid Knie



Johanna Dohnal, nur wenige Wochen vor ihrem Tod, beim »Open House« anlässlich der Feiern zu »100 Jahre SPÖ Frauenorganisation« im November 2009.

tretende SPÖ-Vorsitzende und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer die ehemalige Frauenministerin Johanna Dohnal. Sie sei für sie nicht nur Vorbild als Frauenpolitikerin und Ministerin gewesen, sondern habe sie in ihrer Grundsätzlichkeit tief beeindruckt und geprägt, sagt Prammer: „Sie war von ihrer Sache überzeugt, kämpferisch und unbeugsam.“

Der Name Johanna Dohnal stehe für eine engagierte, streitbare Frauenpolitik, so Prammer. Die Leistungen und Erfolge Dohnals seien enorm. „Sie hat Österreichs Frauen den Weg zur Gleichstellung bereitet und sie hat ihnen Selbstbewußtsein gegeben.“

Der Tod von Johanna Dohnal erfülle sie mit Schmerz, zugleich jedoch mit großer Dankbarkeit, sagt Prammer: „So traurig ich in dieser Stunde bin, so stolz bin ich darauf, dieser Frau begegnet zu sein. Die Freude darüber und die Erinnerung an diese großartige Frau werden überdauern.“

Bundeschkanzler Werner Faymann

„Mit tiefer Trauer nehmen wir Abschied von Johanna Dohnal. Ich bin tief bestürzt und betroffen. Die Sozialdemokratie verliert mit Johanna Dohnal eine der großen und prägenden Persönlichkeiten ihrer Geschichte“, erklärte SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Werner Faymann zum Tod der ehemaligen Frauenministerin und Vorsitzenden der SPÖ-Frauen. „Johanna Dohnal war Zeit

ihres Lebens eine engagierte Vorkämpferin für die Rechte der Frauen. Sie war eine Politikerin, die Großes für die Menschen in Österreich – insbesondere für die Frauen in diesem Land – geleistet hat. Ihr Leben und Wirken war und ist untrennbar mit der Sozialdemokratie und ihren Grundwerten der Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität verbunden. Sie wird uns allen unvergessen bleiben“, betonte Faymann in Würdigung der Leistungen von Johanna Dohnal.

Frauenministerin und SPÖ-Frauen-vorsitzende Gabriele Heinisch-Hosek

„Ich bin tief betroffen über das Ableben von Johanna Dohnal. Mit ihr haben wir eine große Politikerin, die sich besonders für die Rechte der Frauen stark gemacht hat, verloren. Die Schaffung des Frauenministeriums war die Folge ihrer großartigen Arbeit“, so Heinisch-Hosek. „Ihr Wirken, das 1979 als Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen begann, prägt die Politik bis heute. Sie hat sich ihr ganzes Leben für Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Frieden eingesetzt. Sie hat den Frauen in Österreich so vieles hinterlassen.“

„Der Name der ersten Frauenministerin Österreichs steht auch noch heute für viele Verbesserungen der Lebenswelt der österreichischen Frauen. Es gelang Dohnal und dem von ihr geschaffenen Frauenministerium viele Problembereiche zu thematisieren und

nachhaltige Verbesserungen für die Situation der Frauen in Österreich zu erreichen.“

„Ja, Johanna Dohnal war unbequem, sie hat sich nicht mit Kleinigkeiten abspesen lassen – sie wollte immer nur das Ganze. Ihr Wirken und ihre Persönlichkeit wird uns allen unvergessen bleiben.“

Vizekanzler Josef Pröll

„Wir verlieren mit Johanna Dohnal eine herausragende Frauenpolitikerin, die über die Parteigrenzen hinweg respektiert und anerkannt war“, zeigt sich Finanzminister Josef Pröll tief betroffen über den Tod der ehemaligen Frauenministerin. „Ich habe Johanna Dohnal als integre und selbstbewußte Politikerin kennengelernt, die ihr ganzes politisches Wirken und Streben unter die Verbesserung der Situation der Frauen stellte. Dafür gebührt ihr größter Respekt!“

FPÖ-Frauensprecherin Carmen Gartelgruber

zeigte sich betroffen über den Tod von Johanna Dohnal. Sie sei als erste Frauenministerin Österreichs eine engagierte Wegbereiterin für viele folgende Dinge gewesen. Ihre Leistungen für Österreichs Frauen seien zu würdigen.

BZÖ-Frauensprecherin Martina Schenk

„Sie war die Grande Dame der Frauenrechte und Wegbereiterin vieler Errungenschaften, die uns heute so selbstverständlich sind“, erklärte Schenk. Ohne Dohnals unermüdlichen Einsatz wäre die heutige Frauenpolitik nicht möglich gewesen. „Bewundernswert ist der eiserne Kämpferwille Dohnals für Frauen und ihre Rechte – manchmal auch gegen ihre eigenen Parteigenossen. Auch wenn man vielleicht nicht immer ganz ihrer Meinung war – ihr Engagement verdiente stets Hochachtung.“

Bundessprecherin der Grünen, Eva Glawischnig

„Österreich verliert damit eine große Tochter. Sie war eine Pionierin im Einsatz für die Rechte der Frauen, die stärkste Frauenpolitikerin, die Österreich jemals hatte.“ Überdies betont Glawischnig Dohnals politische Haltung über die reine Frauenpolitik hinaus. „Sie verfolgte eine bedingungslose Linie in Grund- und Menschenrechtsfragen, die für alle Parteien beispielhaft sein sollte.“

Dieser Beitrag entstand unter Verwendung der Biographie von Johanna Dohnal auf <http://www.johanna-dohnal.at>

Rudolf Grimm ist Wissenschaftler des Jahres 2009

Die Auszeichnung des Klubs der Bildungs- und Wissenschaftsjournalisten wird an ForscherInnen verliehen, die ihre Arbeit und ihr Fach einer breiten Öffentlichkeit verständlich machen und damit das Image der österreichischen Forschung heben.

Rudolf Grimm prägt die florierende Quantenphysik-Szene in Innsbruck wesentlich“, so der Klub der Bildungs- und Wissenschaftsjournalisten in seiner Begründung für die Wahl. „Die Quantenphysik ist das wissenschaftliche Gebiet, in dem Österreich führend ist – und das soll auch für die Öffentlichkeit sichtbar werden.“ Die Wahl der österreichischen Wissenschaftsjournalisten fiel nach neun Jahren erstmals wieder auf einen Vertreter aus Innsbruck. 2000 war die Plastische Chirurgin Hildegunde Piza Wissenschaftlerin des Jahres, 1996 der Experimentalphysiker Anton Zeilinger (vor seinem Weggang nach Wien) und 1994 der Altersforscher Georg Wick. Mit dieser Anerkennung sieht sich Rudolf Grimm in seinem Anliegen bestärkt, Inhalte der Grundlagenforschung für eine breite Öffentlichkeit verständlich zu machen. „Nicht nur im Sport, auch in der Wissenschaft stecken große Emotionen“, sagt der Quantenphysiker, der auf den experimentellen Nachweis des Efimov-Effekts durch sein Team verweist. Dieses physikalische Phänomen wurde vom russischen Theoretiker Vitali Efimov 35 Jahre zuvor vorhergesagt und konnte durch die Innsbrucker Physiker 2006 erstmals nachgewiesen werden. „Etwas Neues zu entdecken und absolutes wissenschaftliches Neuland zu betreten, hat eine ungeheure Faszination“, sagt Rudolf Grimm. „Grundlagenforschung ist auch ein Abenteuer. Die Begeisterung dafür möchte ich der Allgemeinheit vermitteln“, sagt der Wissenschaftler des Jahres 2009.

Seit 10 Jahren in Innsbruck

Rudolf Grimm wurde 1961 in Mannheim, Deutschland, geboren und studierte an der Universität Hannover Physik. Von 1986 bis 1989 forschte er als Doktorand an der ETH Zürich und war dann für ein halbes Jahr am Institut für Spektroskopie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Troizk bei Moskau tätig. Anschließend arbeitete er zehn Jahre am Max-Planck-Institut für Kernphysik in Heidelberg. 2000 wurde er als Nachfolger von Anton Zeilinger an die



Der Experimentalphysiker Univ.-Prof. Rudolf Grimm

Foto: C. Lackner

Universität Innsbruck berufen. Der Experimentalphysiker beschäftigt sich mit Bose-Einstein-Kondensaten aus Atomen und Molekülen sowie fermionischen Quantengasen. 2002 gelang seiner Arbeitsgruppe die weltweit erste Erzeugung eines Bose-Einstein-Kondensats aus Cäsiumatomen. Ein Jahr später erzeugte das Team erstmals ein Bose-Einstein-Kondensat aus Molekülen. 2004 realisierten die Forscher ein Fermi-Kondensat. Heute sind die Physiker um Rudolf Grimm in der Lage, auch komplexere Moleküle in ultrakalten Quantengasen herzustellen. Für seine wissenschaftlichen Leistungen wurde Grimm bereits mehrfach ausgezeichnet. So erhielt er 2005 die höchste österreichische Wissenschaftsauszeichnung, den Wittgenstein-Preis. Im gleichen Jahr wurde er von der Tageszeitung „Die Presse“ zum „Österreicher des Jahres“ in der Kategorie Forschung gewählt. 2008 erhielt Grimm den Tiroler Landespreis für Wissenschaft.

Wissenschafts- und Forschungsministerin Beatrix Karl gratulierte: „Österreichische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben mit ihrem Engagement und ihrer Exzellenz die Physik in Österreich zu einem absoluten Stärkefeld ausgebaut. Insbesondere die Quantenphysik und der Standort Innsbruck haben in den vergangenen Jahren für positive wissenschaftliche Schlagzeilen gesorgt. Umso mehr freut es mich, daß mit Rudolf Grimm einer der führenden Wissenschaftler auf diesem Gebiet ausgezeichnet wird“, so die Ministerin. Mit dieser Auszeichnung übernehme Grimm auch die Verantwortung, weiterhin für den hohen Stellenwert der Grundlagenforschung einzutreten. „Eine Verantwortung, die wir in den kommenden Jahren gemeinsam wahrnehmen werden, um die Grundlagenforschung weiter zu stärken“, bekräftigt Karl. Neben der wissenschaftlichen Leistung sei es Grimm auch gelungen, seine Arbeit verständlich zu vermitteln. ■

Oertl-Hilger und Kammer ausgezeichnet

»Couragierte« Schauspielerinnen Katharina Oertl-Hilger und Berta Kammer engagierten sich – neben ihrer Karriere – langjährig um den Nachwuchs.

Alfred Komarek, Laudator von Katharina Oertl-Hilger, die am 10. Februar das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien überreicht bekam, kannte Oertl-Hilger zuerst als „Das Traummännlein kommt“-Radiostimme, Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny, der „damit seinerzeit in den Schlaf fand“, ebenso. Engagement für den schauspielerischen Nachwuchs attestierte auch Laudator Josefstadt-Direktor Herbert Föttinger seiner langjährigen Gefährtin Berta Kammer, die ebenfalls das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien überreicht bekam. Prominent war auch die Gratulantenschar im Wappensaal des Wiener Rathauses: neben Achim Benning (Burgtheater), waren auch Emmy Werner (Volkstheater) und Theater in der Josefstadt-Direktor Otto Schenk neben vielen weiteren Schauspielerinnen und Schauspielern anwesend.

Mailath hob in seiner Eröffnungsrede neben einigen Parallelitäten – beide Schauspielerinnen spielten etwa in den Anfangsjahren im Theater der Courage von Stella Kadmon – deren langjähriges Schaffen für die Kinderkultur (Oertl-Hilger), wie auch für den schauspielerischen Nachwuchs (Kammer) hervor. „Vielleicht ist heute das Thema Kinderkultur seitens des ORF etwas zur Seite gestellt“, merkte Mailath an, der die Relevanz, ein intelligentes und anspruchsvolles Kulturprogramm für das junge Publikum zu machen, unterstrich. „Und zwar nicht nur als Publikum für morgen, sondern als Publikum von heute.“

Komarek, der in späteren Jahren im Radio mit Oertl-Hilger zusammen arbeitete, erinnerte an die vielfältigen Aktivitäten der 1926 geborenen Schauspielerin: Sie moderierte die Sendung „Das Traummännlein“, wie auch später „Hallo Teenager!“ oder die populäre Sendung „Achtung Sprachpolizei!“ Darüberhinaus veranstaltete die „liebenswerte Konstante in meinem Leben“ (Komarek) Kinder-Symposien, ermöglichte auch Interviews von Kindern mit prominenten Persönlichkeiten, darunter etwa mit Bruno Kreisky. Oertl-Hilger, die die Mutter des bekannten Wiener Galeristen Ernst Hilger ist,



Foto: media wien / PID

Wiens Theaterwelt strahlte: Josefstadt-Direktor Herbert Föttinger, Berta Kammer, Katharina Oertl-Hilger, Alfred Komarek und Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny (v.l.). Der Grund: Oertl-Hilger und Kammer wurden mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien geehrt.

kann aber auch auf eine eigene Schauspielkarriere verweisen: Mit Ewald Balser und Paula Wessely spielte sie in „Das Mädchen von Arles“, als Kammerfräulein war sie etwa in Grillparzers Stück „König Ottokars Glück und Ende“ zu sehen.

Das Leben auf der Bühne wie hinter der Bühne kennt auch Berta Kammer, die 1968 ihre Schauspielausbildung am Horak-Konservatorium, dem heutigen Franz-Schubert-Konservatorium, abschloß. Neben dem erwähnten Theater der Courage war sie in Berlin im Grips-Kindertheater engagiert, Gastspiele in Deutschland und der Schweiz folgten, bis sie 1976 ihre Karriere auf der Bühne vorerst beendete, um bei Achim Benning im Burgtheater das künstlerische Betriebsbüro zu leiten. In der Ära Peymann war sie neben Franz Morak und Robert Meyer in der Ensemblevertretung, hernach verließ sie die „Burg“ und wechselte ins Volkstheater zu Emmy Werner, wo sie zwischen 1988 und 1992 arbeitete. Robert Jungbluth holte sie daraufhin ins Theater in der Josefstadt, wo sie bis 2008 maßgeblich für Besetzungen und Vertragsverhandlungen zuständig war.

„Im Hochföfen eines Theaters gab es freilich auch Schmerzen“, erinnerte Kammer, über die Mailath meinte, daß sie zu denjenigen Schauspielerinnen Wiens gehöre, die „wirklich jede Bühne der Stadt in- und auswendig kennt“. Insgesamt arbeitete Kammer 32 Jahre lang für das Wiener Theaterschaffen. ■

Götz Kauffmann †

Der Wiener Volksschauspieler Götz Kauffmann, vor allem bekannt geworden durch die Fernsehserien „Ein echter Wiener geht nicht unter“ und „Kaisermühlen Blues“, ist am 26. Jänner im Alter von 61 Jahren gestorben. Der gelernte Orgelbauer absolvierte das Max Reinhardt Seminar in Wien und wirkte in zahlreichen Filmproduktionen mit. Zuletzt stand er 2008 im Kinofilm „Echte Wiener – Die Sackbauer-Saga“ vor der Kamera.

Er lebte in Wien, wo er auch als Theaterschauspieler und Kabarettist mit eigenen Programmen auf der Bühne stand.

Krebs: »Ur-Gen« entdeckt

Forscher weisen Krebsgen in urzeitlichen Vielzellern nach.

Auf der Suche nach den Ursachen von Krebserkrankungen haben Biochemiker und Entwicklungsbiologen der Universität Innsbruck gemeinsam den Ursprung eines wichtigen menschlichen Krebsgens 600 Millionen Jahre zurückverfolgt. Die Forscher berichten darüber in der renommierten Fachzeitschrift „PNAS“.

übertragen. Genau einen solchen Organismus haben die Innsbrucker Forscher um Klaus Bister, Markus Hartl und Bert Hobmayer nun für das myc-Gen gefunden. Sie konnten das Krebsgen erstmals in Süßwasserpolyphen (Hydren) nachweisen und haben gezeigt, daß es dort über ganz ähnliche Eigenschaften verfügt wie beim Menschen.

lich auch interessante Aussagen über Stammzellen machen können“, sagt Bister. Diese Stammzellen verhelfen den Süßwasserpolyphen zu einer bemerkenswerten Regenerationsfähigkeit. Mit ihrer Hilfe erneuern sich die Tiere in fünf Tagen vollständig und können damit theoretisch unendlich alt werden.

Entstanden ist die Forschungsarbeit in einer Kooperation von Wissenschaftlern der Institute für Biochemie, Zoologie und Organische Chemie an der Universität Innsbruck, die im Forschungsschwerpunkt für Molekulare Biowissenschaften (CMBI) zusammenarbeiten. „Die Idee, das Krebsgen in diesen urzeitlichen Süßwasserpolyphen zu suchen, entstand auf einer gemeinsamen Tagung“, erklärt Prof. Klaus Bister, einer der Gründungsväter des CMBI und dessen erster Leiter. „Das gemeinsame Projekt ist eine direkte Folge der Zusammenarbeit im Forschungsschwerpunkt der Universität Innsbruck.“ Die Ergebnisse wurden nun in der Online-Ausgabe der angesehenen amerikanischen Fachzeitschrift „Proceedings of the National Academy of Sciences“ (PNAS) veröffentlicht. Der Österreichische Wissenschaftsfonds FWF hat die Forscher bei Ihrer Arbeit unterstützt.



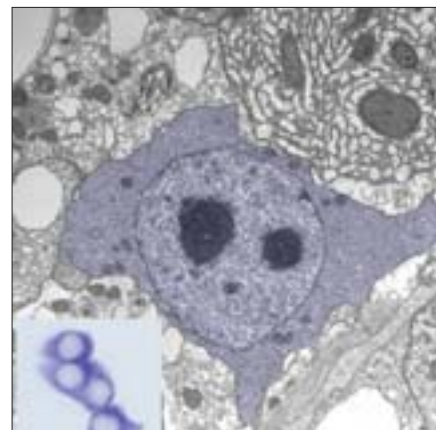
Fotos: Universität Innsbruck

Ao.Univ.-Prof. Markus Hartl (l.) und o.Univ.-Prof. Klaus Bister vom Institut für Biochemie der Universität Innsbruck

Das myc-Gen ist entscheidend am Wachstum von Organismen beteiligt. Es erzeugt ein Protein, das als Genregulator die Expression von 15 Prozent aller menschlichen Gene steuert. Das heißt es kontrolliert, ob diese Gene aktiviert oder deaktiviert sind. Ist das myc-Gen verändert, kann das Wachstum der Zellen außer Kontrolle geraten und zu einer Krebserkrankung führen. In 30 Prozent der menschlichen Tumore ist ein mutiertes myc-Gen nachweisbar. „Um die Fehlsteuerung durch das Krebsgen besser zu verstehen, müßten wir wissen, welche Gene genau durch myc reguliert werden und welche davon für Krebserkrankungen bedeutend sind“, sagt Prof. Klaus Bister vom Institut für Biochemie der Universität Innsbruck. Weil der menschliche Organismus aber sehr komplex ist, arbeitet die Forschung gerne mit einfacheren Modellorganismen. Die Ergebnisse werden dann auf den Menschen

Krebsgen in Stammzellen gefunden

Die zwei Millimeter großen Hydren haben zu den ersten Vielzellern gehört, die sich auf der Erde vor rund 600 Millionen Jahren entwickelt haben und sie besiedeln noch heute viele Gewässer. „Es ist erstaunlich, daß wir dieses Krebsgen in einem so einfachen Organismus finden konnten“, sagt der Hydren-Spezialist Hobmayer vom Institut für Zoologie. „Daß sich das Gen in der Evolution von den Hydren bis zum Menschen erhalten hat, ermöglicht es uns nun, an diesen Tieren die biologischen und biochemischen Funktionen des myc-Gens genauer zu untersuchen und dann Schlüsse auf den Menschen zu ziehen“, ergänzt Klaus Bister. Besonders interessant ist die Entdeckung der Innsbrucker Forscher auch deshalb, weil sie das Krebsgen vor allem in den Stammzellen der Hydren nachweisen konnten. „Mit unseren Untersuchungen werden wir wahrschein-



Ultrastruktur einer Stammzelle des frühen Vielzelllers Hydra. Das Insert zeigt die Aktivierung einer Urform des myc Krebsgens in diesen Zellen.

Publikation: Stem cell-specific activation of an ancestral myc protooncogene with conserved basic functions in the early metazoan Hydra. Hartl M, Mitterstiller AM, Valovka T, Breuker K, Hobmayer B and Bister K. Proceedings of the National Academy of Sciences (PNAS) Early Edition. DOI: 10.1073/pnas.0911060107

Kontakt und Kalzium

PharmakologInnen der Uni Graz entdeckten neuen Weg zur Steuerung des Zellwachstums.

Die Möglichkeit, das Wachstum von Zellen gezielt zu beeinflussen, verspricht viele neue Therapie-Möglichkeiten in der Medizin – von der Gewebe-Regeneration bis hin zur Tumorbekämpfung. ForscherInnen unter der Leitung von Ao.Univ.-Prof. Klaus

Klaus Groschner mit seinem Team herausgefunden. „Wir haben entdeckt, daß TRPC4 nur dann als Kalzium-Kanal funktioniert, wenn eine Zelle Kontakt zu einer oder mehreren anderen Zellen hat“, berichtet Groschner. „Das ist ausschließlich in einem be-

Besondere Bedeutung haben die Forschungsergebnisse der Grazer WissenschaftlerInnen auch deshalb, weil die Untersuchungen erstmals an nativem, funktionellem Gewebe durchgeführt wurden. „Wir verwendeten Endothelzellen aus Hautgefäßen im

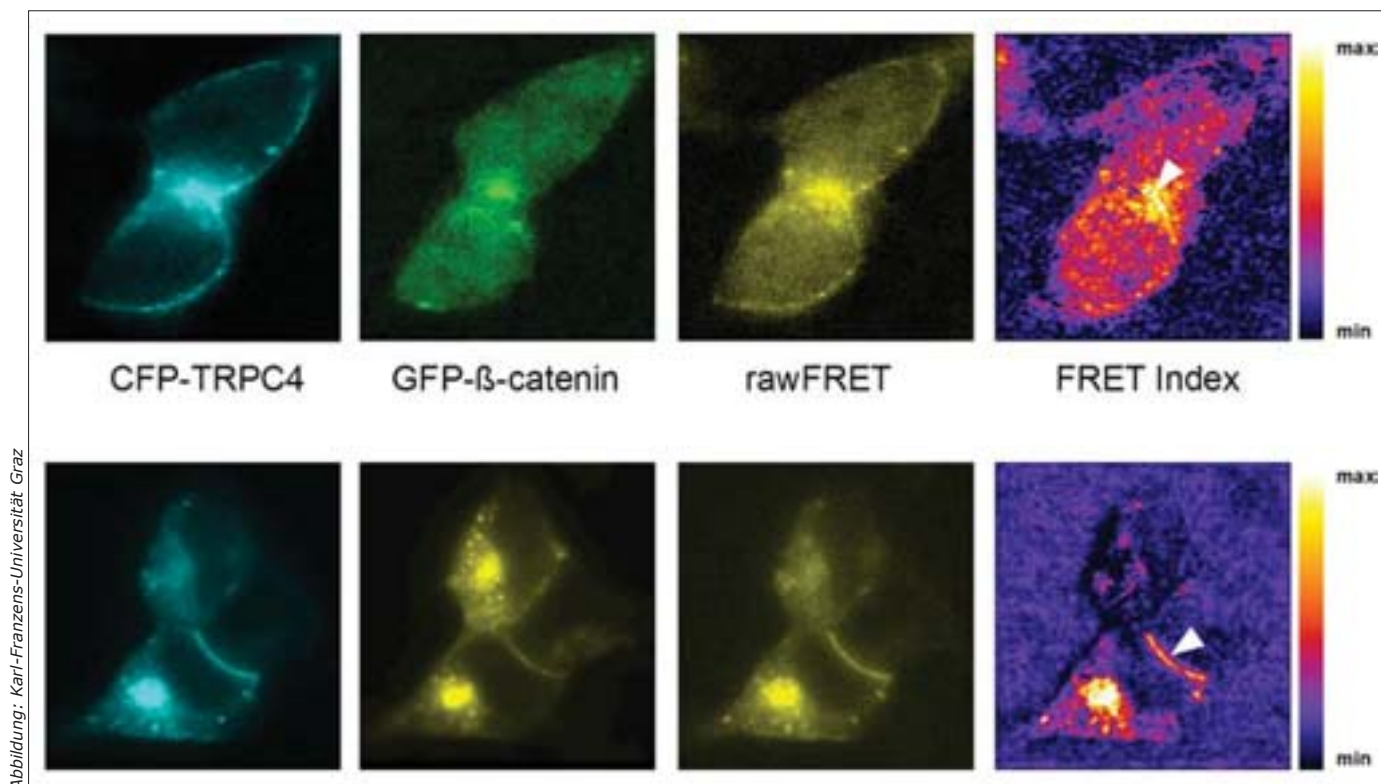


Abbildung: Karl-Franzens-Universität Graz

Illustration aus der TRPC4 Publikation: Gezeigt ist die TRPC4-beta-catenin Co-Lokalisation sowie die Interaktion der Proteine durch FRET Mikroskopie

Groschner vom Institut für Pharmazeutische Wissenschaften der Karl-Franzens-Universität Graz haben auf diesem Weg nun einen Meilenstein gesetzt. Sie konnten erstmals klären, unter welchen Voraussetzungen das „Kanal-Protein“ TRPC4 Kalzium in eine Zelle transportiert und damit das Zellwachstum ankurbelt. Die aufsehenerregenden Forschungsergebnisse wurden am 5. Februar 2010 im Fachmagazin „The Journal of Biological Chemistry“ veröffentlicht.

Kalzium ist ein wichtiger Stoff zur Förderung des Zellwachstums. Damit er in die Zelle gelangen kann, braucht es einen Transporter. Ein solcher ist das Protein TRPC4. Als „Kanal-Protein“ schleust es Kalzium in die Zellen ein – allerdings nur unter bestimmten Bedingungen. Welche das sind, hat

stimmt. „Zu dem Zeitpunkt, an dem sich freibewegende Zellen transportieren, transportiert TRPC4 kein Kalzium.“

Darüberhinaus haben die ForscherInnen auch herausgefunden, daß das Protein Beta-Catenin, das in Tumor- und Stammzellen besonders aktiv ist, mit TRPC4 interagiert. „Es dient als Regulator. Nur wenn Beta-Catenin an TRPC4 bindet, kann der Kanal bei einem Zellkontakt Kalzium transportieren“, erklärt Groschner. Dieses Wissen könne nun genutzt werden, um das Zellwachstum gezielt zu kontrollieren. Als mögliche Anwendungsbereiche nennt der Pharmakologe die Gewebe-Regeneration, zum Beispiel bei einer Schädigung des Herzens, oder hemmende Therapien bei Tumorerkrankungen.

Originalzustand, wie sie im Körper vorkommen“, so Groschner. Bisherige Untersuchungen wären vorwiegend unter eher „künstlichen Bedingungen“ an leicht genetisch manipulierbaren Zellen durchgeführt worden. ■

Publikation: „Cell-cell contact formation governs Ca²⁺ signaling by TRPC4 in the vascular endothelium: Evidence for a regulatory TRPC4-β-catenin interaction“; Annarita Graziani, Michael Poteser, Hannes Schleifer, Martin Krenn, Klaus Groschner (Karl-Franzens-Universität Graz); Wolfgang-Moritz Heupel, Detlev Drenckhahn (Julius-Maximilians-Universität Würzburg); Christoph Romanin (Johannes Kepler Universität Linz); Werner Baumgartner (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen).

Bisher unerforschtes Enzym entschlüsselt

Forschungsarbeit an Universität Salzburg bringt neue Erkenntnisse zur Vitamin-C-Synthese in Organismen.



Ein Enzym entscheidet über die Verwendung von Zucker in Organismen: Je nach Bedarf wird daraus Material für pflanzliche Zellwände bzw. tierisches Bindegewebe – oder Vitamin C.

Tausende Lilienblüten im Botanischen Garten und viele Versuche waren nötig, um einem bisher unerforschten Enzym auf die Schliche zu kommen. Anja Pieslinger hat im Rahmen ihrer Doktorarbeit an der Universität Salzburg den wissenschaftlichen Durchbruch geschafft und ermöglicht in Folge neue Sichtweisen auf die Vitamin-C-Synthese in Organismen.

Enzyme sind Proteine mit besonderen Eigenschaften. Da in den Pollen von Lilien jedoch verschiedene Enzyme vorhanden sind, mußte erst aufwendig das gewünschte von allen anderen getrennt werden. Zu diesem Zweck hat die junge Doktorandin – betreut von Universitätsprofessor Raimund Tenhaken – einen eigenen Enzymtest entwickelt.

Die wissenschaftliche Neuigkeit liegt in der Entdeckung der Eigenschaft des erforschten Enzyms: Es wandelt vorhandenen Zucker in aktivierte Glukuronsäure um. Pflanzen verwenden diese zur Bildung von



Univ. Prof. Raimund Tenhaken und Anja Pieslinger vor dem Analysegerät zur hochauflösenden Flüssigkeitschromatographie. Im Bild oben: die Lilienzucht im Botanischen Garten der Universität Salzburg.

Zellwänden, Tiere zur Herstellung von Bindegewebe. Eine zweite Möglichkeit, den Ausgangszucker zu nützen, ist die Bildung von Vitamin C. Ähnlich einer Weiche liegt es an dem Enzym, ob sich nun pflanzliche Zellwände bzw. tierisches Bindegewebe bilden – oder ob als zweite Nutzungsmöglichkeit Vitamin C entsteht.

Bei Fischen und Fröschen können überraschenderweise noch beide Wege beschritten werden. Bei höher entwickelten Tieren ist jedoch das Gen für das erforschte Enzym bereits verloren gegangen und aus dem

Ausgangszucker Glukuronsäure wird ausschließlich Vitamin C.

Der Wissenschaft war schon länger bekannt, daß Fische und Frösche Vitamin C in der Niere herstellen können. Höhere Säugetiere haben diesen Prozeß in die Leber verlagert – der Grund dafür war jedoch bisher unbekannt. Die aktuelle Doktorarbeit von Anja Pieslinger gibt nun Antworten auf diese Fragen. Dieser Tage erschien die Arbeit in der international renommierten US-Fachzeitschrift, dem „Journal of Biological Chemistry“.

OÖ ist bedeutender Impulsgeber in der Logistikforschung

Wissenschaft und Wirtschaft schaffen gemeinsam Wettbewerbsvorteile für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Im Rahmen des strategischen Programmes „Innovatives OÖ 2010“ als F&E-Maßnahme initiiert, beschreitet das „Logistikum“ als Kompetenzzentrum für Logistik und Unternehmensnetzwerke seit 2006 einen Erfolgspfad mit zwei Hauptstoßrichtungen: zum einen konkrete Projekte mit Firmen im Wirtschaftsraum, zum anderen in definierten Bereichen Spitzenforschung auf internationalem Niveau. Die bis dato über 65 wissenschaftlichen Publikationen und Beiträge auf internationalen Konferenzen und die 45 durchgeführten Transferprojekte mit 90 Kooperationspartnern beweisen, daß Logistikforschung für den Wirtschaftsstandort OÖ essentiell ist.

„OÖ ist ein bedeutender Impulsgeber in der österreichischen Logistikforschung. Mit mehr als 30 Forscherinnen und Forschern, 1,8 Mio Euro geplantem Umsatz im Jahr 2010 und internationaler Reputation hat das Logistikum gezeigt, daß das Land OÖ vor fünf Jahren die richtige Entscheidung getroffen hat. Auch in Zukunft wird Logistik und die damit verbundene F&E einen wesentlichen Stellenwert des wirtschaftlichen Handelns einnehmen“, so Doris Hummer, Landesrätin für Wissenschaft und Forschung. „Im Rahmen des strategischen Programmes „Innovatives OÖ 2010“ stellen wir dem Kompetenzzentrum 400.000 Euro zur Verfügung.“

Klar definierte Forschungsbereiche

Inhaltlich hat sich das Logistikum auf vier Bereiche und klare Zielsetzungen konzentriert:

1. Koordinationslogistik „Logistik der KMUs“ zum optimalen Zusammenwirken von Beschaffung, Produktion, Planung und Distribution (Lager und Transport) – Fokus: Im eigenen Unternehmen „kehren“ und stark machen für den internationalen Wettbewerb
2. Supply Chain Management „Unternehmensnetzwerke“ zur erfolgreichen Integration der Unternehmen in internationale Netzwerke – Fokus: Internationale Chancen schaffen und Netzwerke gestalten
3. Verkehrslogistik „Verbinder von Infra-



Foto: Logistikum - Kompetenzzentrum Logistik und Unternehmensnetzwerke

Logistiktechnologie zum Angreifen – Neutrale Spezialisten evaluieren im Labor Produkte und Lösungen, schaffen Transparenz durch Präsentation und unterstützen bei Auswahlentscheidungen.

struktur und Wirtschaft“ zur besseren Nutzung der Infrastruktur. Umweltschutz und reduzierter Bedarf an Infrastrukturausgaben – Fokus: Die sinnvolle Kombination von Straße, Bahn und Schiff abgestimmt mit der Wirtschaft.

4. Enabler „Logistiktechnologien und Prozesse machen aus Konzepten Realität“ – Fokus: Umsetzung vorbereiten und möglich machen.

„Wir im Logistikum bearbeiten sowohl KMU-spezifische Fragestellungen als auch Themengebiete, die vorwiegend für Großunternehmen von Bedeutung sind. Auch (verkehrs-)logistische Themen, die für die Öffentlichkeit interessant sind, werden erforscht“, so Logistikum-Leiter Prof. Friedrich Starkl.

Forschungsinitiative FH und Uni

Hier ist das Logistikum österreichweiter Wegbereiter für die Zusammenarbeit zwischen Universität und FH. Das Logistikum

basiert auf einer Forschungsinitiative der FH OÖ, Studiengänge „Internationales Logistik-Management (Bachelor)“ und „Supply Chain Management (Master)“, und der JKU Linz, Studiengang „Produktions- und Logistikmanagement“. Forschung und Entwicklung sind die Basis für Hochschulen, um für Studierende ein attraktives und vor allem zukunftsorientiertes Studium zu ermöglichen.

„Im Bereich der Logistik haben wir die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Forschung und Bildung strukturell sichergestellt. Das ist ebenso wie die Internationalisierung ein Schritt zu unserem Ziel – international eine der Top-3 Adressen für Logistik zu sein“, so Prof. Franz Staberhofer, Leiter des Kompetenzfeldes Logistik am FH-Campus Steyr. Im Bereich Internationalisierung beweisen über 100 Logistik-Studierende, ForscherInnen und ProfessorInnen, die jährlich nach Steyr kommen oder eine von 30 Kernpartneruniversitäten weltweit ansteuern, schon jetzt gelebte Internationalität. ■

<http://www.logistikum.at>

Riesenbetonplatten schweben auf Luftkissen

Anton Schweighofer vom Institut für Tragkonstruktionen der TU Wien hat mit der Luft-Gleitlagerung ein Verfahren entwickelt, das die Erzeugung von über 2500m² großen Betonplatten ohne Fugen und Rißbildung ermöglicht.

Bei allen Bauteilen, die in direktem Kontakt zum Untergrund stehen, ergeben sich Verformungsbehinderungen durch die Kopplung des Bauteils mit dem Baugrund bzw. durch Reibung zwischen Bauteil und Baugrund. Bei langen, dünnen Betonplatten führt dies zu hohen Beanspruchungen, und es entstehen sogenannte Trennnisse. Vor allem die abfließende Hydratationswärme aus dem Abbinden des Betons, Schwinden von Beton (Volumenverminderung) sowie Temperaturschwankungen wirken massiv auf jungen, also erhärtenden Beton ein. Häufig sind die herstellungsbedingten Temperaturbeanspruchungen höher als jene der Nutzung. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Bodenplatte im Einsatz nicht der Witterung ausgesetzt ist bzw. betriebsbedingte Temperaturänderungen nicht vorhanden sind.

Die Technik darunter: Luftkissen

Der neuartige Lösungsansatz verfolgt die Entkopplung der Betonbodenplatte vom Untergrund. Besteht keine Interaktion zwischen der Bodenplatte und dem Untergrund (Abb. 1), so können keine Zwangsspannungen infolge einer behinderten Verformung auftreten. Weiters würden bei vorgespannten Bodenplatten keine Verluste der Vorspannung durch Reibung der Platte am Untergrund entstehen. Die Entkopplung wird über die Kompensation des Eigengewichts der Bodenplatte sichergestellt. Wirkt kein Eigengewicht, so gibt es auch keine Normalspannung, was wiederum bedeutet, daß keine Reibung zwischen Bodenplatte und Untergrund entsteht. Gibt es keine Reibung, dann kann sich die Bodenplatte vollkommen frei bewegen und es können keine Zwangsspannungen, zum Beispiel durch abfließende Hydratationswärme, entstehen.

Die Kompensation des Eigengewichts erfolgt mittels Luftdruck. Es wird ein Luftkissen (Gleitlager), bestehend aus jeweils einer Schicht Folie, darauf Bauvlies und wiederum Folie hergestellt (siehe Abb. 2). Dieser Aufbau unterscheidet sich somit nicht vom Aufbau einer herkömmlichen Gleit-

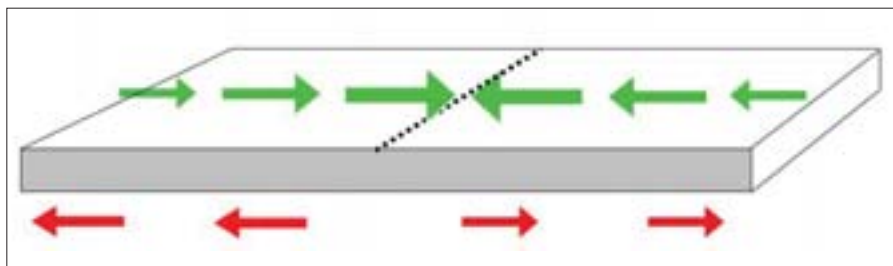


Abb. 1 Interaktion Bodenplatte Untergrund

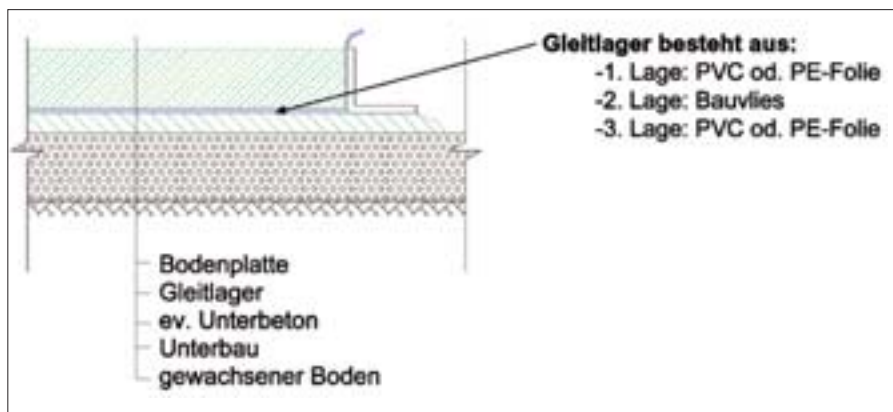


Abb. 2 Schematischer Aufbau der neuartigen Gleitlagerung

lagerung. Die untere Lage der Folie wird nun an den Rändern eingeschlagen und mit der oberen Lage verschweißt und es entsteht ein Luftkissen unterhalb der Platte. Nach dem Betonieren wird ein Innendruck im Luftkissen erzeugt, der das Eigengewicht der Platte kompensiert. Dieser Luftdruck kann nun beliebig lange, z.B. bis zum Ende des Hydrationsprozesses oder bis zum Aufbringen der Vorspannung, aufgebaut werden. Im Anschluß daran kann die Luft wieder abgelassen werden.

Vorteile auch für die Umwelt

Obwohl die Luft-Gleitlagerung im Vergleich zu herkömmlichen Gleitlagerungen einen etwas größeren Aufwand im Bezug auf die Herstellung darstellt, punktet sie durch einfache Umsetzbarkeit und Steuerung. Durch ihre Verwendung ist es möglich, den Fugenabstand in Bodenplatten zu vergrößern, wobei die Anzahl der Fugen minimiert wird.

Fugen sind immer aufwendig in der Herstellung, sie sind wartungsintensiv und stellen immer einen Schwachpunkt einer Konstruktion dar. Bei Industriefußböden z.B. sind sie vollkommen unerwünscht. Bei Anwendung von Vorspannung zur Rißvermeidung bei Betonplatten kann mit der neuen Luft-Gleitlagerung sichergestellt werden, daß die Vorspannung nicht durch Interaktion mit dem Baugrund reduziert wird bzw. verloren geht. Die Effektivität der Vorspannung kann dadurch sichergestellt werden. Wenn absolut dichte Bauwerke gefordert sind (z.B. bei Deponien), wird die Gebrauchstauglichkeit mit dieser neuen Methode wesentlich verbessert. Durch die Verwendung der neuen Methode kann Bewehrung eingespart werden. „Durch die Luft-Gleitlagerung können vorgespannte Bodenplatten erzeugt werden, was bis jetzt im Europäischen Raum nicht üblich ist“, erklärt Universitätsassistent Anton Schweighofer. „Wir können Rissefreiheit garantieren



Großversuche an 60m langen Plattenstreifen auf dem Flugfeld in Aspern, Wien

und die Plattenstärke verringern was ressourcensparend ist und die CO₂-Belastung reduziert“, verweist Schweighofer auf den „grünen“ Aspekt seiner Entwicklung. Die mögliche Herstellung von Plattengrößen von über 2500m² ohne Fugen ist möglich und überzeugt die interessierten Industriepartner.

Im Einsatz

Betonbodenplatten kommen in unterschiedlichsten Bereichen zum Einsatz, wie z.B. im Hochbau als großflächige Fundamentplatten, im Straßen- und Industriefußbodenbau, beim Bau von Flughafenrollfeldern, aber vor allem auch als Dichtebenen in Deponien. Bei der Herstellung von Betonplatten werden zur Verminderung der Zwangsspannungen derzeit Gleitlagerungen eingebaut, die aus Folien- und Vlieslagen sowie aus bituminösen Gleitlagerungen und einem Sandbett als Gleitschicht bestehen. Eine Entkopplung der Bodenplatten vom Untergrund kann jedoch mit keiner der Gleitlagerungen nach dem derzeitigen Stand der Technik erzielt werden. Die Luft-Gleitlagerung unterscheidet sich hinsichtlich ihres Aufbaus nicht von herkömmlichen Gleitlagerungen nach dem Stand der Technik, durch die Erzeugung des Luftdrucks ist es jedoch möglich, eine vollkommene Entkopplung zu erreichen.

Projektpartner

Sowohl die Forschungsarbeit als auch die Patentanmeldungen der TU Wien werden von der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und einem Konsortium von Österreichischen Baufirmen unterstützt: ALPINE Bau GmbH, PORR AG, STRABAG AG, Sparte Hoch und Ingenieurbau, BILFINGER BERGER Bau GmbH, G. HINTEREGGER & Söhne Bau GmbH,



Bild oben: Bodenplatte vor, Bild unten: Bodenplatte während erster Luftlagerung



ÖSTU-STETTIN Hoch- und Tief GmbH, SWIETELSKY Bau GmbH. Weitere Partner: Grund- Pfahl- und Sonderbau GmbH, Ver-

einigung der Österreichischen Zementindustrie, Wien 3420 Aspern Development AG. ■ <http://www.tuwien.ac.at>

Salzburg ist Modellregion für Elektromobilität

Projekt ElectroDrive: Große Nachfrage bei E-Bikes – Erste Autos im April

Im Dezember 2009 wurde die ElectroDrive Salzburg GmbH – eine 100 Prozent-Tochter der Salzburg AG – vom Klima- und Energiefonds (KLIEN) als Modellregion für Elektromobilität ausgezeichnet. Zusätzlich zu dieser großen Auszeichnung für Salzburg fließen 1,9 Millionen Euro Förderung, die 2010 bis 2012 in den Ausbau der Ladestationen investiert, für die Anschaffung neuer Elektrofahrzeuge bereitgestellt und für begleitende Studien und Grundlagenarbeit zum Thema Elektromobilität verwendet werden. Alois Schöbwendter ist neuer Geschäftsführer und wird das Thema Elektromobilität in Salzburg weiter vorantreiben. Neue E-Mountainbikes und neue E-Roller runden das Angebot von ElectroDrive Salzburg ab.

Arno Gasteiger, Vorstandssprecher Salzburg AG: „Die Salzburg AG ist der regionale Energiedienstleister im Bundesland Salzburg, betreibt den öffentlichen Verkehr im Zentralraum Salzburg ausschließlich mit Elektrofahrzeugen – Obus und Lokalbahn –, ist Partner des Landes Salzburg bei der umfassenden Energieberatung, hält die Verbesserung der Energieeffizienz für ein zentrales energiepolitisches Anliegen und fühlt sich dem Klimaschutz verpflichtet. Aus diesem Motivenbündel heraus hat sich die Salzburg AG dazu entschlossen, die Elektromobilität zu forcieren und zu einem Pionier der Elektromobilität in Österreich zu werden.“

Aus dem Jahresbericht des Umweltbundesamtes für 2007 geht hervor, daß die Treibhausgase im Bundesland Salzburg zwischen 1990 und 2007 um 24 % zugenommen haben. Im Verkehrsbereich betrug der Zuwachs 73 %. Der Anteil des Verkehrs an den gesamten Treibhausgasemissionen im Bundesland Salzburg betrugen im Jahr 2007 39 %, der Anteil der Industrie 21 %, der Haushalte 16 %, der Landwirtschaft 12 %, der Energieerzeugung 9 % und Sonstiger Emittenten 3 %. „Diese Zahlen zeigen sehr deutlich, daß die Klimaziele im Bundesland Salzburg ohne adäquate Aktivitäten im Verkehrsbereich nicht erreichbar sind“, so Gasteiger.

Die Salzburg AG widmet sich diesem Thema mit Nachdruck: Obusse werden mit



Fotos: Salzburg AG / Christian Hofer

Setzen Elektromobilität für Salzburg um: August Hirschbichler, Alois Schöbwendter und Arno Gasteiger (v.l.)

Strom aus erneuerbarer Energie betrieben und das Obus-Netz wird laufend ausgebaut. Die Lokalbahn fährt mit Strom aus Wasserkraft. Das Projekt ErdgasDrive forciert den Einsatz von Gas als Energiequelle im Straßenverkehr. Immer mehr Autos werden mit Biogas und damit CO₂-frei betrieben. Eine Biogas-Produktion wird in Eugendorf gemeinsam mit Bauern betrieben, drei weitere sind in Vorbereitung.

Gasteiger: „In der kurzen Zeit seit Beginn des Schwerpunktprojekts Elektromobilität wurden 300 Elektrofahrzeuge auf die Straße gebracht. Sie werden mit Strom aus zusätzlich erzeugter elektrischer Energie betrieben. Die Salzburg AG ist zur Pilotregion für Elektromobilität ausgewählt worden. Diese Entscheidung des Klimafonds ist mit einer Förderung der Region im Ausmaß von 1,9 Millionen Euro verbunden. Demnächst wird die Salzburg AG Elektroautos nach Salzburg bringen und über ihre ElectroDrive-Tochter auch verkaufen bzw. verleasen.“

Premium Elektrofahrzeuge

Die Idee von ElectroDrive Salzburg ist, daß Kunden für eine fixe monatliche Rate ein Elektrofahrzeug mieten bzw. leasen. Nach Ablauf der gewählten Laufzeit gibt man das Fahrzeug entweder zurück (Miete) oder

kauft es (Leasing). Die E-Fahrzeuge im Premiumsegment gibt es bereits ab 34,90 Euro monatlich. Ein eigenes „Allwetterpaket“ sorgt für eine sinnvolle Ergänzung von alternativem Individualverkehr und öffentlichem Nahverkehr. So bekommen ElectroDrive Kunden für 20 Euro Aufpreis pro Monat eine Monatskarte des Salzburger Verkehrsverbundes dazu und sind damit bei jedem Wetter umweltfreundlich mobil.

Salzburg AG Vorstand August Hirschbichler: „Vom Klima- und Energiefonds wurden wir mit unserem Projekt, als das zukunftsweisende für ganz Österreich ausgezeichnet. Die KLIEN-Förderung bedeutet einen massiven Schub für Stadt und Land Salzburg. Das ist eine weitere Initialzündung für die zukünftige Mobilität im Bundesland. Bis Ende 2010 erwarten wir eine Zunahme um mehr als das Doppelte, wir rechnen mit weiteren 1000 E-Fahrzeugen am Markt.“ Die ElectroDrive Salzburg GmbH hat derzeit E-Bikes, E-Mountainbikes, E-Roller und Segways im Programm. Alle Räder sind sogenannte Pedelecs (Pedal Electric Cycle), bei denen man kein Gaspedal hat sondern selber treten muß. Ein Pedelec hat einen eingebauten Motor und unterstützt beim Treten.

„Das fühlt sich an, als ob ständig jemand anschieben würde oder man Rückenwind

Wissenschaft & Technik

hätte“, so Hirschbichler, „die Vorteile liegen auf der Hand: Geschäftsleute können das bestens ausgebaute Radnetz in Salzburg nutzen und kommen entspannt und ohne zu schwitzen zu Terminen. Andere genießen an den Pedelecs den nicht vergleichbaren Fahrspaß. Eigentlich sollte man ja gar nicht Fahrrad dazu sagen, das trifft es eigentlich nicht. Das Fahrgefühl liegt irgendwo zwischen Moped und Fahrrad. Wenn man es einmal probiert hat, möchte man nicht mehr zurück.“

Erste Autos bereits im April

Zusätzlich zur jetzigen Modellpalette wird es bereits im zweiten Quartal 2010 erste Autos in Salzburg geben. Derzeit ist eine geringe Stückzahl der Marke Think City bestellt, um interessierte Kunden testen zu lassen. Ende 2010 bzw. Anfang 2011 werden auch Elektro-Autos anderer Hersteller wie Citroen, Mitsubishi, Smart u. a. in Salzburg eintreffen. „Wenn man weiß, daß 80 % aller täglichen Fahrten unter 40 Kilometer liegen, dann sind Elektroautos schon jetzt eine clevere Alternative. Vor allem im Stadtverkehr und den täglichen Fahrten von und zur Arbeit“, so Hirschbichler.

„Natürlich sind diese Autos im Moment noch teuer. Wir haben aber viele Interessenten, die ein solches Elektrofahrzeug als Prototyp einsetzen möchten. Zum einen um ihr ökologisches Bewußtsein zu zeigen, zum anderen um einen Beitrag zur Elektromobilität zu leisten. Die jetzige Generation von Elektroautos braucht ungefähr ein Viertel der Treibstoffkosten im Vergleich zu einem Benzinmotor und ist damit im Betrieb natürlich äußerst ökonomisch. Wenn sich die Anschaffungspreise noch reduzieren – und das werden sie in den kommenden Monaten und Jahren – dann sind Elektroautos auch für Privatpersonen keine Alternative mehr sondern ganz einfach die Zukunft“, betont Hirschbichler.

Neuer Geschäftsführer – neue Produkte

Wie geplant hat sich Anfang des Jahres der interimistische Geschäftsführer Michael Strebl aus seiner operativen Tätigkeit zurückgezogen und die Agenden an Alois Schößwendter übergeben, der sich ab sofort voll auf die ElectroDrive Salzburg GmbH konzentrieren wird. Das „Projekt ElectroDrive“ ist ein Unternehmen geworden und wurde von der Nachfrage positiv überrascht. Schößwendter: „Im Herbst 2009 hatten wir erstmals einen Engpaß bei E-Bikes und kamen mit den Bestellungen nicht nach. Jetzt haben wir uns breiter aufgestellt und bei ver-

schiedenen Herstellern geordert. Eines ist uns aber wichtig: Wir haben nur Premiumprodukte zu einem fairen Preis im Programm. Unsere Pedelecs z. B. kosten alle zwischen 1900 und 2500 Euro im Geschäft, das sind also keine Billigprodukte sondern Elektrofahrzeuge für gehobene Ansprüche.“ Neben dem Premiumhersteller AVE aus Bayern setzt ElectroDrive Salzburg seit kurzem auch auf Qualitätsräder der Marke KTM. Außerdem ist mit dem IO-Scooter ein neuer und trendiger Elektroroller im Programm.



*Setzt auf die Zukunft der Mobilität:
Salzburg AG-Vorstand August
Hirschbichler vor dem Tesla Roadster*

50 Ladestationen bis Jahresende

Derzeit stehen im Bundesland Salzburg 17 öffentliche Ladestationen, die von ElectroDrive Salzburg Kunden gratis genutzt werden. Schößwendter: „Bis Ende 2010 möchten wir insgesamt 50 Ladestationen im Bundesland aufgestellt haben. Für die Ladestationen verwenden wir ausschließlich Ökostrom. Somit sind die Fahrzeuge, die an diesen Stationen betankt werden, im Betrieb praktisch zu 100 % emissionsfrei. In den Ladestationen fließt ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien im Sinne des Ökostromgesetzes, also Kleinwasserkraft, Windkraft, Fotovoltaik, Biomasse oder Biogas. Dadurch wird die Umweltbilanz der Fahrzeuge entscheidend erhöht.“

Regenerative Energie

ElectroDrive Salzburg möchte aber nicht nur Ladestationen und Produkte zur Verfügung stellen, sondern auch ein klein wenig

Aufklärungsarbeit leisten, was die Elektromobilität betrifft. Hirschbichler: „Da stehen so viele Mythen im Raum, mit denen wir gerne aufräumen würden. Von unglaublichen jährlichen Stromzuwachsen bis zu einer negativen Ökobilanz von E-Autos. Da werden viele Dinge unreflektiert zusammen gewürfelt, hier möchten wir gegen wirken. Zumindest was den Großraum Salzburg betrifft sehen wir das auch als unsere Aufgabe.“

Ein kleines Rechenispiel: Wir werden bis 2012 1000 E-Autos, 90 E-Mountainbikes, 320 E-Roller und 540 E-Fahrräder anschaffen. Diese 1950 Elektrofahrzeuge haben bei einer durchschnittlichen Laufleistung einen Strombedarf von 1,6 Gigawattstunden. Das entspricht einem Stromzuwachs von 0,05 %. Diesen decken wir mit zwei Photovoltaikanlagen und zwei Blockheizkraftwerken auf Biogas-Basis ab. Dem gegenüber stehen aber 3188 Tonnen CO₂, die bis 2012 durch die Elektrofahrzeuge eingespart werden können. Grundsätzlich ist es unser Ziel, immer Elektrofahrzeuge mit der Herstellung von erneuerbarem Strom aus Photovoltaik- oder Biomasse-Anlagen zu koppeln. Diese Kombination aus Elektrofahrzeug und lokal erzeugter Energie ist fester Bestandteil unseres Konzepts.“

Die Drehbewegung eines Elektromotors beruht auf den Kräften, die verschiedene Magnetfelder aufeinander ausüben. Kurz gesagt wandelt ein Elektromotor die Kraft, die von einem Magnetfeld auf einen stromdurchflossenen Leiter einer Spule ausgeübt wird, in Bewegungsenergie um.

Im Gegensatz zu Verbrennungsmotoren stellen Elektromotoren über einen großen Drehzahlbereich ein gleichmäßiges Drehmoment stufenlos zur Verfügung – ein Getriebe oder eine Kupplung sind dabei ebenso wenig notwendig wie eine Abgasanlage.

In der Industrie werden Elektromotoren seit über einem Jahrhundert vor allem zum Antrieb verschiedener Arbeitsmaschinen und Schienenfahrzeuge eingesetzt.

Aber auch zahlreiche Dinge des täglichen Lebens – ob Rasierapparat, Mixer, Staubsauger oder Waschmaschine – würden ohne Elektromotoren nicht funktionieren. Ebenso wie Aufzüge, Oberleitungsbusse oder gigantische Kreuzfahrtschiffe – überall sorgen hochentwickelte Elektromotoren für den Antrieb. Selbst Kinder besitzen oft sogar mehrere Elektroautos – denn auch die berühmte Carrera-Rennbahn funktioniert nach diesem Prinzip.

<http://www.salzburg-ag.at>

»Renaissance und Reformation«

Austragungsort der Oberösterreichischen Landesausstellung 2010 ist das Schloß Parz in Grieskirchen, das – neben dem Schloss Hartheim – zu den architektonisch bedeutendsten Renaissanceschlössern Oberösterreichs zählt.



Foto: Oberösterreichische Landesausstellung 2010

Um 1515 entstanden: das dreigeschoßige Renaissanceschloß Parz bei Grieskirchen mit weitläufigen Wirtschaftsgebäuden.

Die Landesausstellung 2010 ist die 28. in der Geschichte Oberösterreichischer Landesausstellungen. Sie trägt den Titel „Renaissance und Reformation“. Die kulturgeschichtliche Bedeutung von Parz ist zu allererst im Freskenzyklus an der südwestseitigen Fassade begründet, der um 1580 unter Sigmund von Pollheim entstand; Ende der 1980er Jahre wiederentdeckt, bildet er das Glaubensbekenntnis des protestantischen Burgherrn ab.

Das Thema „Renaissance und Reformation“ wurde in der 45jährigen Geschichte Oberösterreichischer Landesausstellungen bisher nicht aufgegriffen, wie überhaupt die Renaissance per se erst einmal ein Thema einer großen Ausstellung war; und zwar bei der NÖ. Landesausstellung auf der Schallaburg im Jahr 1974 („Renaissance in Österreich“). Die evangelische Kirche Oberösterreich ist direkter Partner der diesjährigen Landesausstellung.

Das inhaltliche Konzept dieser Landesausstellung wurde von Univ. Prof. Karl Vocelka vom Institut für Österreichische Geschichte der Universität Wien und Univ. Prof. Rudolf Leeb vom Institut für Kirchengeschichte an der Ev.-Theol. Fakultät der Universität Wien erstellt. Die Dritte im Bunde ist die Historikerin Andrea Scheichl, gebürtige Linzerin. Die inhaltliche Konzeption der Ausstellung und der Gestaltungsentwurf, der vom bekannten niederösterreichischen Ausstellungsarchitekten Erich Woschitz erstellt wurde, sind bereits im Vorfeld – bei potentiellen Leihgebern und Kulturschaffenden – auf großes Interesse gestoßen.

Inhaltliche zielt die Ausstellung darauf ab, den BesucherInnen eine geschlossene Dokumentation der Renaissance als Epoche des Aufbruchs aus der mittelalterlichen Enge, ja sogar als Beginn der Neuzeit im weitesten Sinne, zu bieten. Eine Zeit, in der es nicht nur zur Entdeckung der Neuen Welt, zu

zahlreichen technischen Errungenschaften und neuen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern auch zu neuen theologischen Sichtweisen gekommen ist.

Die Entstehung und Ausbreitung der Reformationsbewegung in Europa steht dabei im zweiten Teil der Ausstellung ebenso im Mittelpunkt wie die Dokumentation der Entwicklung der Evangelischen Kirche im deutschen Sprachkreis, in Österreich und in Oberösterreich im Speziellen.

Entscheidend sowohl am inhaltlichen als auch am gestalterischen Konzept ist, daß dieses nicht nur eine „statisch-chronologische“ Präsentation von wertvollen Kulturgütern zum Ziel hat, wozu natürlich die unzähligen kostbaren Exponate aus der Renaissance verlocken würden, sondern daß es vor allem Antworten auf die Fragen nach dem „Wie“ und „Warum“ gibt, die den unzähligen gesellschaftlichen Veränderungsprozessen in der Renaissance zu Grunde liegen.

Die Ausstellung – ein Erlebnis der besonderen Art

Oberösterreich bleibt seinem Erfolgsgeheimnis vergangener Landesausstellungen treu und verknüpft auch bei der heurigen Landesausstellung die Präsentation hochkarätiger Exponate mit einer ansprechenden Inszenierung und einer eigenen Vermittlungsschiene für Kinder und Jugendliche. Dabei werden zu bestimmten Themen (z.B. Buchdruck) verdichtende, kindgerecht aufbereitete Informationen vermittelt und durch speziell inszenierte Leitexponate (Presse zum Drucken von Postkarten) akzentuiert, so daß die Kinder Ausstellungsinhalte quasi selbst erarbeiten.

Für verschiedene Schulstufen gibt es außerdem wieder spezielle pädagogische Begleitprogramme, die eine ideale Ergänzung zum Unterricht in den Klassen darstellen. Ein Themenspielfeld im Park des Schlosses soll deshalb auch für die kleineren Kinder den Landesausstellungsbesuch zum Erlebnis machen.

Der künftig im Anschluß an die Freskenwand situierte Renaissancegarten stellt eine Zone der Ruhe und der Meditation für die Gäste der Schau sowie ein über einen Zeitraum von zumindest zehn Jahren öffentlich zugängliches Naherholungsgebiet für die BewohnerInnen Grieskirchens dar. Im Schloß-



Foto: Stadt Grieskirchen

Der Fresken-Zyklus an der Außenfassade des Schlosses Parz gilt als größter original-erhaltener der Renaissance.

park ist außerdem auch die letzte Ruhestätte des bekannten Malers Hans Hoffmann-Ybbs und seiner Partnerin untergebracht.

Hochkarätige regionale Projekte flankieren die Landesausstellung

Gleichgültig ob eine Landesausstellung zentral oder dezentral abgehalten wird, der inhaltliche und marketingtechnische Dialog

mit den kulturellen Einrichtungen der Umgebung ist das Erfolgsrezept Oberösterreichischer Landesausstellungen.

Daher gibt es, flankierend zur diesjährigen Landesausstellung in Grieskirchen, zahlreiche Einrichtungen und Projekte, die die regionalen Brennpunkte des Geheimprotestantismus, der Reformation und der Renaissance dokumentieren. Diese sind:



Foto: Oberösterreichische Landesausstellung 2010

An der Stelle des heutigen Wasserschlosses Parz stand schon vor 700 Jahren eine Wasserburg.

Foto: Billa und Manfred Hebenstreit



Außenansichten des Hebenstreit-Himmelskörpers im Schloßpark in Peuerbach. Das silberne »Dreieck« auf der schiefen Ebene ist ein 10 Meter breiter Brunnen. Zum Kometor gehört auch eine mehr als 30 Meter lange nach Norden ausgerichtete »Nadel« als Anspielung auf Georg von Peuerbachs »Mißweisung der Kompaßnadel«.

Evangelisches Museum Oberösterreich in Rutzenmoos

Es zeigt unter dem Titel „Fröhliche Auferstehung“ eine Sonderausstellung über evangelische „Epitaphe“ (Grabdenkmäler) aus der Reformationszeit aus Oberösterreich.

Dabei wird deutlich, so der wissenschaftliche Leiter, Pfarrer Günter Merz, daß sich in vielen heute katholischen Kirchen Oberösterreichs noch Zeugnisse des evangelischen Glaubens befinden. Es handelt sich um Grabdenkmäler im Stil der Renaissance, die nicht nur an Verstorbene erinnern, sondern auch ein Bekenntnis zum Glauben an den Sieg Christi über den Tod darstellen.

Wie haben Menschen früher Tod und Auferstehung gesehen? Wie denken sie heute darüber nach? Antworten geben die biblischen Motive und Texte auf den Grabdenkmälern. Antworten geben auch heutige Jugendliche: Schülerinnen und Schüler des BRG Linz Hamerlingstraße und des Adalbert-Stiftergymnasiums Linz gestalten eine Hörstation mit persönlichen Stellungnahmen und setzen ihre Gedanken zeichnerisch um.

Mit Hilfe moderner Technik wird die Botschaft der Grabdenkmäler den Besuchern nahe gebracht. Und es wird möglich sein, jene Menschen näher kennenzulernen, deren in Stein gehauener Glaube die Jahrhunderte überdauert hat. Die Ausstellung soll auch anregen, bisher wenig beachtete evangelische

Gedächtnisorte in Oberösterreich wahrzunehmen und zu besuchen.

»Reformation – auf dem Weg« Der Themenweg von Wallern

Seit rund 500 Jahren bekennen sich in Wallern Christinnen und Christen zum evangelischen Glauben. Heute ist rund ein Fünftel der Bevölkerung evangelisch. Im Zuge der Landesausstellung 2010 in Grieskirchen hat die evangelische Pfarrgemeinde Wallern einen 10 Stationen-Weg mit dem Titel „Reformation – auf dem Weg“ gestaltet.

Hier wird die bewegte, beinahe 500jährige Geschichte der Evangelischen in Wallern anhand exemplarischer Personen und Häuser gezeigt: Denn die Reformation Martin Luthers hat in Wallern Spuren hinterlassen; beginnend als Massenbewegung im 16. Jahrhundert, mit der Entscheidung zwischen Auswandern oder „Glaubenswechsel“ im Zuge der Gegenreformation, dem Leben im Untergrund über 150 Jahre hindurch (Geheimprotestantismus), der Gemeindegründung 1782 bis hin zum Einblick in das aktuelle Leben einer evangelischen Pfarrgemeinde.

Den Abschluß des Themenweges bildet die Sonderausstellung „Gelebte Ökumene“ im Heimatmuseum.

Der ca. zwei km lange Themenweg ist in eine reizvolle Landschaft eingebettet. Die einzelnen Themenstationen werden in einer

Kindertexteschiene auch aus der Perspektive der Kinder in der damaligen Zeit dargestellt. Der Themenweg führt an einem attraktiven Kinderspielplatz vorbei und ist großteils rollstuhlgeeignet. Ein geführter Spaziergang am Themenweg wird jeweils Samstag und Sonntag um 14.00 Uhr (€ 2,50 pro Person, Gruppenpreis € 2,00 p.P.) angeboten.

Für Kinder gibt es Workshops zum Thema Buchdruck und Bibel. Eine Druckerpresse des Papiermachermuseums Steyrmühl steht zur Verfügung.

Kometor: Kunst & Kosmos ®

Das Künstlerpaar Manfred & Billa Hebenstreit entwickelte das Ideen-Paket rund um den Kometor. Die beiden, die seit fast 15 Jahren in der Stadt Peuerbach leben, ließen sich vom Denken und Wirken des Astronomen, Mathematikers und Humanisten Georg von Peuerbach (1423 bis 1461) inspirieren.

Georg von Peuerbach war seiner Zeit im Denken voraus: er stellte systematische Beobachtungen über Sonne und Mond an und beobachtete Kometen. Er baute auch verschiedene Instrumente und Sonnenuhren, untersuchte die Mißweisung der Kompaßnadel, die nicht genau zum geografischen Nordpol zeigt und bestimmte die „Schiefe der Ekliptik“, das ist die Neigung der scheinbaren Sonnenbahn am Himmel gegen den Himmelsäquator.

Foto: Billa und Manfred Hebenstreit



Die vulkanische Herkunft des Urzeitwassers wird künstlerisch interpretiert. Hebenstreit-Glasbilder werden mit Animationsprogrammen zu bewegten großflächigen Bildsequenzen - Partner für diese Projektionen ist das weltweit renommierte Unternehmen Stumpfl aus Wallern, das bei der Inauguration von Barack Obama riesige Videowalls installiert hat.

Die astronomischen Berechnungen des Georg von Peuerbach schafften die Grundlagen für die ersten zuverlässigen Orientierungshilfen der Schifffahrt und ermöglichten so die großen Entdeckungs- und Forschungsreisen des Abendlandes, bis hin zur modernen Raumfahrtstechnik.

Manfred & Billa Hebenstreit entwickelten unter dem Motto „Kunst & Kosmos“ den „Kometor“ als Reminiszenz an den großen Sohn der Stadt Peuerbach: Der Name Kometor beinhaltet das Wort „Komet“ und das Wort „Tor“ und reflektiert damit auf die Tatsache, daß das Auftauchen eines Kometen auch das Tor zur Weiterentwicklung des Lebens auf der Erde öffnete.

Beim Kometor handelt es sich um eine begehbare Skulptur, die Kometor-Form ist aus einem Fünfeck-Körper (Dodekaeder) gebaut. Das begehbare Objekt ist mit silbrigen Zinklechen verkleidet und wirkt so, als wäre es gerade auf der schiefen Ebene gelandet.

Der Baukörper des Kometor ist eingebettet in eine Fläche aus glänzenden Aluminiumplatten, über die Wasserkaskaden laufen. Das Wasser dieses Brunnens auf der schiefen Ebene verschwindet in einer kreisrunden Öffnung im Boden.

Zum Kometor gehört auch eine mehr als 30 Meter lange nach Norden ausgerichtete „Nadel“ als Anspielung auf Georg von Peuerbachs „Mißweisung der Kompaßnadel“. Die schiefe Ebene, auf der das Kometor-Objekt schräg stehend platziert ist, bezieht sich symbolisch auf die „Schiefe der Ekliptik“ in

Georg von Peuerbachs Forschungen.

Der Eingang der Skulptur liegt unterirdisch. Durch einen Tunnel geht es hinein in einen Raum mit kristallinen Strukturen. Von dort steigt man hinauf in zwei „überirdische“ Erlebnisebenen: in die „Wasserwelt“ und in den „Sternendom“.

Die Wasserwelt

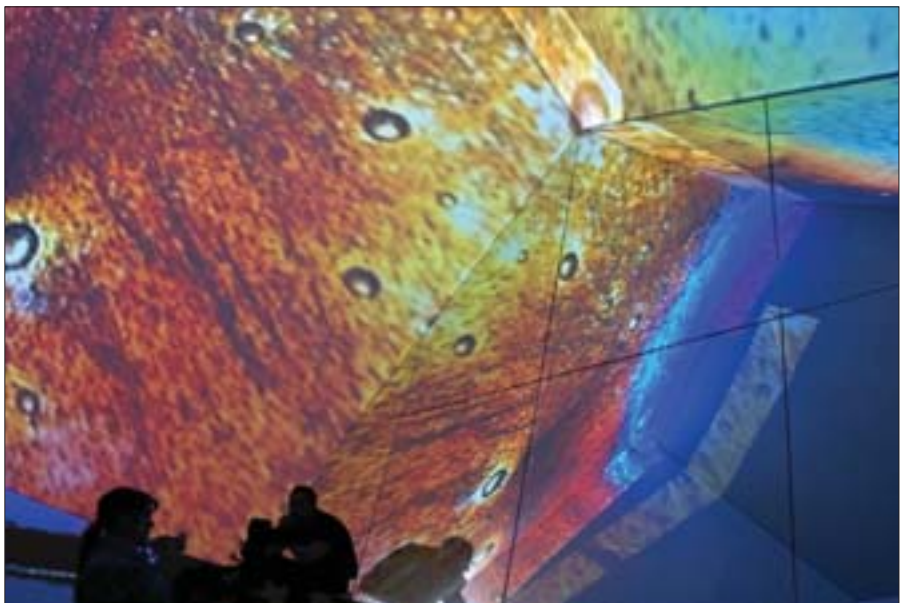
Die Wasserwelt nimmt Bezug auf das Anfangsstadium der Erde, als es noch keine

Ozeane gab und ein Teil des irdischen Wassers aus Vulkanen stammte, die Unmengen von heißem Dampf ausstießen, der kondensierte und nieder regnete. Außerdem wurde unser Planet von Kometenteilen geradezu bombardiert, die zusammen ebenfalls gigantische Wassermengen in Form von Eis mit sich brachten. Die schrägen Wände der Wasserwelt im Kometor dienen als Projektionsfläche für bewegte Über- und Unterwasserbilder, zu einem Panorama von luziden Erscheinungen verflochten.

Der Sternendom

Dem Sternendom liegt eine andere Philosophie zu Grunde: Der Blick in die Weiten des Weltalls und in die Tiefen der Erde, so der Künstler Manfred Hebenstreit, bringt uns mehr und mehr Einblicke und Informationen über das, was die Welt „in ihrem Innersten zusammen hält“. Dabei entstehen aber auch immer mehr und immer neue Fragen. Demnach ist der Blick des Künstlers bei der Gestaltung des Kometors nicht auf ein Fachgebiet spezialisiert und auch nicht streng wissenschaftlich fokussiert – sondern gefangen genommen von bestimmten Phänomenen, angezogen von scheinbaren Zufälligkeiten, Querverbindungen erspürend. Und so überlagern sich im Sternendom Projektionen von Hebenstreit-Sternenbildern mit echten Weltraum-Fotos von Planeten und Galaxien. Der Künstler bekam dazu die Erlaubnis von der NASA, die Bilder des Hubble-Teleskops für seine künstlerische Arbeit zu verwenden.

Foto: Billa und Manfred Hebenstreit



Der verspiegelte Sternendom ist sehr schwer zu fotografieren, denn die Wirkung eines Fünfeckkörpers im Inneren ist sehr speziell, der Raum ist 8 Meter hoch und die Kanten sind mit Licht-Bändern aus LEDs betont. Die Projektionen vervielfachen sich durch die großflächigen Spiegel im Raum, sodaß eine schwer zu beschreibende Kaleidoskop-Wirkung entsteht, die man einfach selbst erleben muß.

Spiegelflächen, Klänge und Lichteffekte zaubern ein riesiges dreidimensionales Kaleidoskop mit all den Gästen im Zentrum des Geschehens.

Ebenso trägt der Schloßpark die Handschrift des Künstlerduos Hebenstreit. Gestaltungsideen rund um die Themenbereiche Renaissance, den Astronomen, Mathematiker und Humanisten Georg von Peurbach und Kunst & Kosmos wurden entwickelt. Ein schlangenförmig geschwungener Weg führt vorbei am Spiegelobjekt, am großen silbernen Brunnen und an den verschiedenen Sitzgelegenheiten im Park und stimmt ein auf die Erlebensebenen im Kometor. Für die Außenbereiche (Zaun, Spiegel, Brunnen, Kompaßnadel) wurde zudem ein ausgeklügeltes Beleuchtungskonzept entwickelt, das den gesamten Schloßpark auch in der Nacht akzentuiert und begehbar macht.

<http://www.kometor.at>

Kulturama Schloß Tollet – Ausstellung »Standpunkte«

In den bereits vor mehr als einem Jahr fertig sanierten Räumlichkeiten des Museums im Schloß Tollet wird vom Bezirksheimatverein Tollet eine Sonderausstellung mit dem Titel „Standpunkte. Die Jörger von Tollet und ihre Zeit“ gezeigt. Wertvolle Dokumente und zahlreiche Exponate lassen den Besucher die Zeit des Ritters Wolf Jörger und seiner Gattin Dorothea, die in engem Briefkontakt mit Martin Luther stand, nachvollziehen.

Ebenso wird die Lebensgeschichte des Michael Stifel, des ersten protestantischen Predigers auf Schloß Tollet, der unter ande-

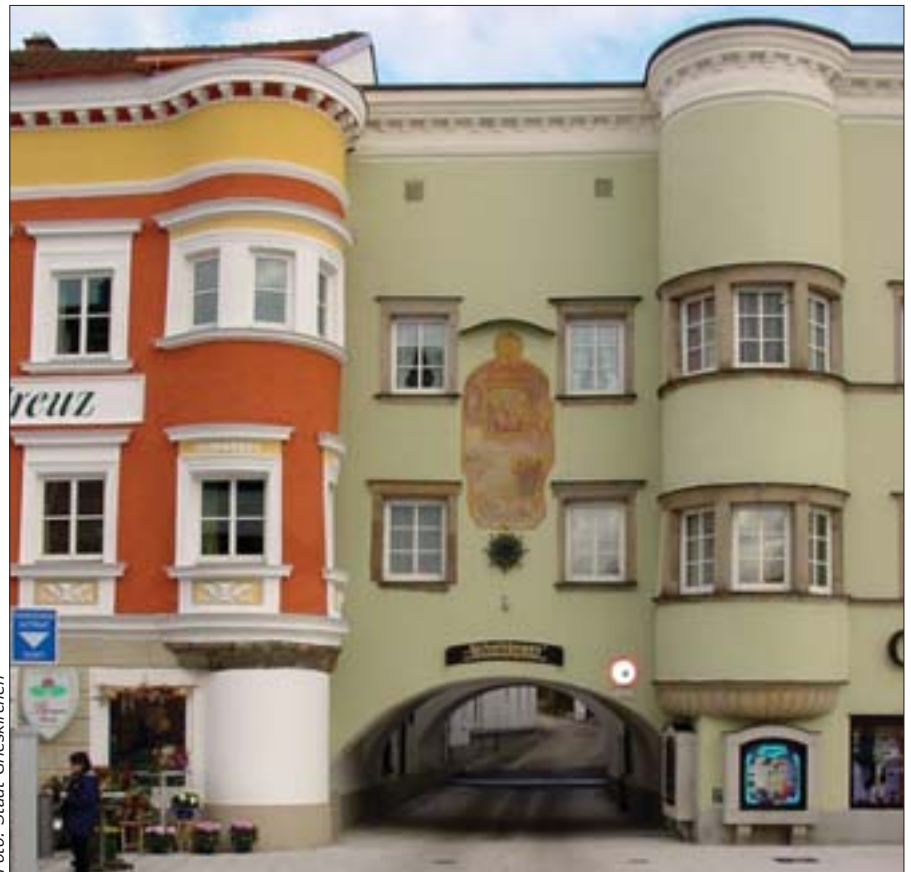


Foto: Stadt Grieskirchen

Der »Schwibbogen« verbindet seit 1604 zwei Häuser im Zentrum von Grieskirchen.

rem für den 19. Oktober 1533 den Weltuntergang prophezeite, dokumentiert, genauso wie jene weiterer bedeutender Jörger.

Für die Ausstellung werden nicht nur die Museumsräume im Schloß selbst, sondern auch der weitläufige Park und der Keller des Schlosses genutzt. Markante Skulpturen zeigen Standpunkte auf, regen zur Diskussion an und lassen den Besucher aktiv werden.

Zentrum 2010 in Grieskirchen – »Grieskirchen persönlich«

In Grieskirchen selbst fungiert das Zentrum 2010 als Beitrag zum Rahmenprogramm Landesausstellung. Dabei handelt es sich um ein nach modernsten architektonischen Gesichtspunkten errichtetes Gebäude, das während der Landesausstellung als Ausstellungszentrum fungieren wird und in der



Foto: Stadt Grieskirchen

In Grieskirchen selbst fungiert das neu errichtete »Zentrum 2010« als Beitrag zum Rahmenprogramm Landesausstellung.

Foto: Stadt Grieskirchen



Eine zusätzliche Attraktion bilden die sogenannten »sprechenden Bürgerhäuser« am Grieskirchner Stadtplatz.

Nachnutzung kommunale Einrichtungen wie zum Beispiel die Stadtbibliothek und die Mutterberatung beherbergen wird.

Die im Zentrum 2010 gezeigte Ausstellung steht unter dem Titel „Grieskirchen persönlich“. Sie erstreckt sich über rund 350m² im Erd- und im Obergeschoß des gesamten Gebäudes. Der Bereich des Stiegenaufgangs wird ebenfalls für die Ausstellung genutzt.

Die Ausstellung will einen anderen thematischen Weg, als bei klassischen Stadtgeschichtsausstellungen üblich, gehen. Die Geschichte Grieskirchens, Eindrücke und Emotionen zur Stadt, werden nicht nur historisch, sondern „persönlich“ dargestellt und inszeniert.

Die BesucherInnen bewegen sich somit weg von einer institutionellen Darstellung der Stadtgeschichte, hin zu einer persönlichen Betrachtung des Lebensraumes Stadt.

Folgende Personen werden in der Ausstellung besonders akzentuiert dargestellt:

- Bischof Franz Zauner
- Sr. Maria Adelheid Edtbauer
- Prof. Traugott Erich Gattinger
- Josef Lobmeyer sen.
- Wolfgang Pöttinger und
- Johann Prechtler.

Neben dem biographischen Ansatz gibt es im Zentrum 2010 auch eine „Zeitleiste“ der Ereignisse in der Stadtgeschichte. Wo immer möglich, werden die biographische

und die zeitliche Schiene, die von der ersten urkundlichen Erwähnung der Kirche am Gries, im Jahre 1075, bis zur Gegenwart reicht, in der Darstellung miteinander verknüpft. Weiters gibt es im Zentrum 2010 das große „Grieskirchen-Spiel“, unter anderem bestehend aus einer begehbaren Luftaufnahme von Grieskirchen. Diese dient als Spielfläche und bietet unterschiedliche Varianten an, die Stadt Grieskirchen spielerisch zu „entdecken“. Mittels überdimensionaler Spielfiguren kann viel Neues, Bekanntes und Spannendes erlebt werden. Ein Besuch im Zentrum 2010 wird damit zu einem Erlebnis für die gesamte Familie.

Darüberhinaus wird der Luftraum des gesamten Stadtplatzes mit einem künstlerisch gestalteten „Netzwerk“, das an den Dachgiebeln der Häuser und der Stadtpfarrkirche verankert ist, umspannt. Damit wird das „Netzwerk Stadt“, das gerade in der Renaissancezeit eine erste kulturgeschichtliche Blüte erlebte, dokumentiert.

Eine zusätzliche Attraktion bilden die sogenannten „sprechenden Bürgerhäuser“, die darauf abzielen, durch die Anbringung von künstlerisch gestalteten „Informationsterminals“ die Aufmerksamkeit der BesucherInnen in der Stadt auf verschiedene kulturgeschichtlich bedeutsame Bauwerke (Bürgerhäuser) zu lenken.

Die Geschichten der Menschen, die dort in den verschiedensten Jahrhunderten lebten,

die Entstehung der Bauwerke und ihre Funktion werden dabei jeweils dokumentiert. Die BesucherInnen können somit selbst als StadtforscherInnen aktiv werden.

Landesausstellung kulinarisch – die »Wirte 2010«

23 Gastronomiebetriebe aus der Landesausstellungs-Region haben seit vergangenem Herbst einen von OÖ. Tourismus und der Bezirksstelle Grieskirchen der Wirtschaftskammer gemeinsam initiierten Qualifizierungsprozeß durchlaufen. Insgesamt vier Workshop-Termine im September und Oktober 2009 dienten der inhaltlichen Vorbereitung auf die Landesausstellung. Als „Wirte 2010“ werden sie auch gemeinsam Akzente rund um „Renaissance und Reformation“ setzen. Beim „Renaissancesfest“ in Grieskirchen von 27. bis 30. Mai und beim „Fest der Sterne“ am 13. und 14. August in Peuerbach werden sich die Betriebe der Kooperation mit Köstlichkeiten aus Küche und Keller präsentieren.

Darüberhinaus bieten die Mitgliedsbetriebe abwechselnd ab Mai 26 Wochen lang jeweils am Donnerstag und Freitag unter dem Motto „Schlemmen bei den Wirten“ ein dreigängiges Menü zu einem historischen Thema. Im September, während des Frankfurter Würfelspiels, können die Gäste der „Wirte 2010“ dann um ihr Essen würfeln.

<http://www.genuss-region.at>

Angebote für Individual- und Gruppenreisende

Für jene Gäste, die den Besuch der Landesausstellung mit einem Kurzurlaub in der Region verbinden wollen, hat der Tourismusverband Vitalwelt ein Urlaubspaket für Individualreisende geschnürt. Unter dem Motto „Landesausstellung & Thermengenuss“ sind zwei Übernachtungen mit Frühstück, ein Tageseintritt in die Saunawelt „Relaxium“ und in die Farblichttherme „Colorama“ im EurothermenResort Bad Schallerbach, der Eintritt in die Landesausstellung und ein geführter Spaziergang auf dem Themenweg „Reformation auf dem Weg“ in Wallern zusammengefaßt. Das Gesamtpaket kostet in einer Pension ab 76 Euro, im Dreisterne Hotel ab 94 Euro pro Person und ist direkt über die Vitalwelt buchbar.

Darüberhinaus wurden unter Federführung des OÖ. Tourismus zwölf Gruppenreisepakete entwickelt, darunter acht Tagesprogramme und vier Zwei-Tages-Angebote mit Übernachtung.

Diese Programme verbinden die Landesausstellung mit den verschiedensten Freizeitattraktionen der Region, vom Eisenbahn- und Bergbaumuseum Ampflwang über die Verkostung edler Brände bis hin zum Weg der Sinne in Haag am Hausruck. Bei der Erstellung dieser Programme wurde diesmal auch ganz gezielt die Abstimmung mit verschiedenen Interessensgruppen gesucht, um eine optimale Akzeptanz dieser Angebote auf dem Markt zu erreichen.

<http://www.oberoesterreich.at>

Der Bezirk auf einen Blick

Ein wichtiges Werbemittel für den Ausflugsgast ist schließlich die Wander- und Radkarte für den Bezirk Grieskirchen. Neben den Wander- und Radwegen sind auf dieser Karte auch sämtliche Nebenschauplätze von „Renaissance und Reformation“ eingezeichnet, beispielsweise der „Kometor“ in Peuerbach, Schloß Tollet, die Evangelische Kirche in Wallern oder das Zentrum Grieskirchen 2010 mit der Ausstellung „Grieskirchen persönlich“.

Die einzelnen Eröffnungstermine:

- Oö. Landesausstellung: 27. April
- Kometor Peuerbach: 30. April
- Zentrum 2010: 30. April
- Ausstellung Schloss Tollet: 2. Mai
- Themenweg Wallern: 2. Mai
- Evangelisches Museum OÖ. Rutzenmoos – Sonderausstellung: 6. Mai

<http://www.landesaussstellung.at>



Beim Ganslbraten-Essen beim Mühlviertler Alm-Wirt in Pierbach: Josef Greindl (ALM-GF), Reinhard Klopff (Ganslbauer) und Anna Mayringer und Hubert Leitner (Obmann Mühlviertler Weidegans und Ganslbauer)



Ein Alm-Wirt Ganslbraten mit Waldviertler Erdäpfel; Köchin: Martha Schartlmüller



Wildkräuterweckerl im Weidekorb; Köchin: Annemarie Pum

Alle Fotos: Genuss Region Österreich / Rita Newmann

Prinz Eugen – Feldherr, Philosoph und Kunstfreund

11. Februar bis 6. Juni 2010 im Unteren Belvedere und in der Orangerie

Italienischer Abstammung, von Geburt ein Franzose, wurde Prinz Eugen von Savoyen (1663-1736) nach seinem kometenhaften Aufstieg und seiner glanzvollen Karriere als Feldherr einer der einflussreichsten Österreicher, der das Geschick des Landes und auch dessen Kunst- und Kulturgeschichte nachhaltig prägte. Als Diplomat und Ratgeber der Kaiser Leopold I., Joseph I. und Karl VI. reiste er quer durch Europa von einem Kriegsschauplatz zum anderen und spielte eine maßgebliche Rolle für die Zukunft des Hauses Habsburg. Das Wiener Belvedere mit zwei Schlössern und einer barocken Gartenanlage, Anfang des 18. Jahrhunderts von Johann Lucas von Hildebrandt als Sommerresidenz für Prinz Eugen errichtet, ist 2010 Schauplatz einer Ausstellung, die den Prinzen als Feldherren, Staatsmann und Mäzen der Kunst und der Wissenschaften präsentiert.

Sein Leben lang widmete sich Prinz Eugen dem Aufbau einer umfangreichen Sammlung von Gemälden und Kupferstichen, Inkunabeln, illuminierten Handschriften und Büchern, die er in seinen Wiener Palais präsentierte. Von wechselnden Kriegsschauplätzen aus korrespondierte er mit Künstlern und Kunsthandwerkern, Gartenarchitekten, Baumeistern und den führenden Köpfen seiner Zeit. Seine Erwerbungen schrieben europäische Kunst- und Kulturgeschichte und förderten den Kunsttransfer vom Hof des französischen Königs Ludwig XIV. nach Wien. Das naturwissenschaftliche Interesse des Prinzen, der sich in diesen Belangen vom Philosophen und Wissenschaftler Gottfried Wilhelm Leibniz beraten ließ, zeigt sich in seiner großen Sammlung exotischer Tiere und Pflanzen.

In der Ausstellung werden Exponate seiner Kunstsammlungen, vornehmlich Gemälde der Turiner Galleria Sabauda und Zimelien der Bibliotheca Eugenia aus der Österreichischen Nationalbibliothek, in Anlehnung an die originalen Raumdekorationen präsentiert. Den Besuchern wird so die komplexe Ausstattung jener Gebäude vermittelt, in denen Prinz Eugen als Präsident des Hofkriegsrats und Mitglied der geheimen Staats-



Foto: Galleria Sabauda, Turin

Jacob van Schuppen, Reiterbildnis Prinz Eugen von Savoyen, vor 1721; Öl auf Leinwand, 396 × 275 cm

konferenz höchste Gäste wie die Botschafter des Osmanischen Reichs zur Audienz empfing.

Der Kleine Abbé – Herkunft und Familie

Prinz Eugen wird am 18. Oktober 1663 als jüngster Sohn von Olympia Mancini,

Nichte des Kardinals Mazarin, und Eugen Moritz von Savoyen-Carignan geboren. Eugen ist der Fünftgeborene mit vier älteren Brüdern und zwei jüngeren Schwestern. Über die väterliche Linie geht sein Stammbaum auf König Philipp II. zurück. Er wächst am Hof Ludwigs XIV. in Paris auf.

Foto: Kunstsammlungen des Augustiner-Chorherrenstifts Herzogenburg



Martino Altomonte, *Entsatz von Wien am 12. September 1683*, 1685; Öl auf Leinwand, 80,5 × 112 cm

Als jedoch seine Mutter als vermeintliche Giftmörderin 1680 in Ungnade fällt, flieht die Verdächtige nach Brüssel. Die Erziehung ihrer Kinder überläßt sie der Großmutter Marie von Bourbon, die Eugen allerdings im Februar 1683 des Hauses verweist, weil er eine kirchliche Laufbahn ablehnt. Am 23. Juli 1683 flieht der 20jährige, als Mädchen verkleidet, in einer Kutsche aus Paris an den Wiener Hof, der wegen der Türkenbelagerung in Passau weilt. Eugen bittet Leopold I. um Aufnahme in die kaiserliche Armee; im August 1683 wird er als Volontär eingestellt. Seine Vettern Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden und Kurfürst Max Emanuel von Bayern protegierten ihren mittellosen Cousin, der auch das Oberhaupt des Hauses Savoyen, Herzog Viktor Amadeus II., um Unterstützung bitten muß.

Bauherr im Feld

Die Belagerung und der Entsatz Wiens 1683 im Zweiten Türkenkrieg, der Pfälzische Erbfolgekrieg 1688-1696 und der Spanische Erbfolgekrieg 1701-1714 eröffnen in ganz Europa ein 30 Jahre währendes Kriegstheater, das dem militärischen Aufstieg Prinz Eugens und seinen Bestellungen aus den

Kriegs- und Siegeslagern für den Bau und die Ausstattung seiner Wiener Paläste den Rahmen gibt.



Foto: Wien Museum

Unbekannter Maler, *Großwesir Kara Mustafa*, keine Datierung, Öl auf Leinwand, 75 × 49 cm

Prinz Eugen und Marlborough – Schlacht von Höchstädt 1704

Am 13. August 1704 rettet der Sieg der Kaiserlichen dank des Eingreifens des Herzogs von Marlborough in der Schlacht von Höchstädt/Blindheim an der Donau die Stadt Wien vor der Einnahme durch die vereinigten bayerischen und französischen Truppen. Zugleich besiegelt die Niederlage in dieser Schlacht das politische und territoriale Geschick Bayerns. Seit Höchstädt bindet Eugen eine enge Freundschaft an Marlborough. Als Königin Anne den Herzog entmachtet, reist Eugen von Holland aus im Januar 1712 nach London, um dem Geschmähten beizustehen. In London muß er in Westminster Abbey seinen Reisegefährten und als Erben ausersehenen Lieblingsneffen Eugen bestatten, der am 7. März mit 20 Jahren an den Blattern gestorben war.

Schlacht von Peterwardein 1716

Habsburg ist nach dem Frieden von Rastatt, der im März 1714 den Spanischen Erbfolgekrieg beendet, mit den vormals französisch besetzten Territorien in den Niederlanden und in Italien zur Großmacht geworden. Die Sorge um die Erhaltung der Spanischen

Niederlande gegenüber dem Aggressor Frankreich bindet das Interesse der Seemächte England und Holland auf lange Sicht an Österreich. Die kaiserliche Armee wendet sich von der Rheinfront erneut zum Balkan: nach der Schlacht von Peterwardein 1716 und der Eroberung von Belgrad 1717 durch Prinz Eugen gewinnt Karl VI. mit dem Frieden zu Passarowitz 1718 das Banat, Nordserbien und Westrumänien; die Donaumonarchie erreicht ihre größte territoriale Ausdehnung, die bis 1739 bestehen bleibt; im neuerlichen Türkenkrieg verliert Österreich mit Belgrad den im Frieden von Passarowitz erreichten Gebietszuwachs.

Italienfeldzug

Im Spätherbst 1700 führt Eugen als Oberbefehlshaber die Armee nach Oberitalien, um die Franzosen zu vertreiben, die die zum Spanischen Imperium gehörende Lombardei besetzt halten. Vom 26. Mai bis zum 4. Juni 1701 überquert Eugens Armee mit schwerer Artillerie über Saum- und ziegenpfade die Tridentinischen Alpen in das Gebiet von Verona. Die Franzosen räumen Oberitalien im März 1707. Im April beruft Karl III. von Spanien Eugen zum Generalgouverneur von Mailand. Dieser Posten bringt ihm jährlich ca. 150.000 Gulden ein.



Foto: Rijksmuseum, Amsterdam

Pieter van den Berge, Besuch Prinz Eugens beim Kunsthändler Zomer in Amsterdam, keine Datierung, Feder in Braun, laviert auf Papier, 23,6 × 40,8 cm

Fürsorge für die Soldaten

Prinz Eugen soll im Feldlager braune Mönchskutten getragen haben. Berühmt für seine kühne Führung der Truppen zu Pferde, wird er wohl 13 Mal, zumeist durch Streifschüsse, verwundet – u. a. im September 1688 beim Sturm auf Belgrad, im Juli 1689 vor Mainz, 1701 am Knie bei Carpi, 1706 am Hals bei Cassano, bei Turin wird sein Pferd erschossen, 1708 vor Lille, 1709 vor Malplaquet.

Als Heerführer rügt er den überaus schlechten Zustand der Zeughäuser, so daß wenn Wien angegriffen würde, man nicht imstande wäre, [...] eine rechte Belagerung auszuhalten (*an Leopold I., 5. Januar 1708*). Er will Invalidenkompanien bilden, um den getreuen Untertan, und sonderlich den armen Adel, wenn er vor dem Feind Gesundheit und gerade Glieder eingebüßt, vor dem Bettelstab zu erretten und zu der ganzen Welt Schande und Spott nicht völlig abandonniert



Foto: Kunsthistorisches Museum, Wien, Gemäldegalerie

Bernardo Bellotto genannt Canaletto, Wien, vom Belvedere aus gesehen, 1758/61; Öl auf Leinwand, 135 × 213 cm

herumziehen zu lassen (*Prinz Eugen an den hofkriegsrat, 31. Oktober 1709*).

Gemäldesammlung

Nach dem Zeugnis der Wiener Chronisten Küchelbecker und Keyßler befand sich 1730 das Bilder-Zimmer-Cabinet mit 100 wandfüllenden kleinen Formaten im ersten Stock des Oberen Belvedere neben dem Schlafzimmer. Ihm folgte westlich das Bilderkabinett, die Bibliothek und nördlich mit Blick auf den Garten das Parade- und Audienzzimmer. Im großen Bildersaal hängte Eugen vor allem Italiener, in den Kabinetten wandbedeckend kleinere Formate der Niederländer. Die Ausstellung rekonstruiert mit 15 Leihgaben aus Turin, Dijon und Brüssel die originale Hängung von Prinz Eugens „Galerie/Bilder Saal“, dem heutigen Makartsaal im Oberen Belvedere.

Bibliotheca Eugeniana

Prinz Eugens Büchersammlung entspricht mehr dem Erkenntnisinteresse der Aufklärung als einem barocken Raritätenkabinett; die Anlage seiner naturwissenschaftlichen Sammlung überwand den Geist der Kunst- und Wunderkammern. Eugen besaß 237 Handschriften und kostbare Inkunabeln, vor allem illuminierte Codices der französischen Buchmalerei des 13. bis 16. Jahrhunderts. Alle Einbände trugen sein Wappen in Gold, die Initiale „E“ und die Kollane des Ordens vom goldenen Vlies. Die verschiedenen Einbandfarben folgen wohl einem Vorschlag

Foto: Graphische Sammlung Stift Göttweig



Johann August Corvinus (Stecher) nach Salomon Kleiner (Zeichner), *Ansicht der Gesamtanlage von Schloß Belvedere*, Aus: Kleiner 1731-1740, Bd. 1, Taf. 3 Kupferstich, 43,5 × 39,5 cm. Digitalisat: Department für Bildwissenschaften der Donau-Universität Krems

von Gottfried Wilhelm Leibniz: dunkelblau für Theologie und Jurisprudenz, dunkelrot für Geschichte, gelb für Naturwissenschaften. Die Bibliotheca Eugeniana ist die erste mit einem wissenschaftlichen Katalog erfaßte Büchersammlung, die Vater und Sohn Mariette, zunächst in Paris, anlegen. 1716 überführt sie der Sohn nach Wien und ordnet sie nach Künstlernamen in Bandkatalogen.

Freundeskreis

Zum Wiener Freundeskreis des Prinzen gehören der Kaiserliche Leibarzt und Direktor der Hofbibliothek, Pius Nicolaus Garelli, der Hofbibliothekar und Direktor der Antikensammlung sowie des Münzkabinetts, Johann Benedikt Gentilotti von Engelsbrunn, der Zeichner und Archäologe Anton Daniel Bertoli, und der Jurist und Historiker Pietro Giannone aus Neapel. Zu den Vermittlern und Agenten zählen der französische Kirchenhistoriker Jacques Basnage de Beauval, dessen Schwiegersohn, der Schweizer la Sarraz, der ihm mit Arnold Freiherr von

Foto: Germanisches Nationalmuseum, Nürnberg



Salomon Kleiner, *Das Audienzzimmer im Oberen Belvedere*; Vorzeichnung zu: Kleiner 1731-1740, Bd. 2, Taf. 3, Feder, laviert auf Papier, 26,2 × 39,3 cm

Kultur

Heems von den Niederlanden aus zuarbeitete, der portugiesische Gelehrte Marcus de Fonseca in Paris, die Buchhändler Johann Philipp Hoffmann und Karl Joseph Palm in London, überdies der 1720 nach Wien berufene römische Gelehrte Kardinal Alessandro Albani sowie Domenico Passionei, seit 1731 Nuntius in Wien. Eugens Adjutant und Berater Wilhelm Baron von Hohendorf, der 1719 verstarb, hinterließ seinerseits eine bedeutende Büchersammlung.

Naturfreund

Der Feldherr übertrug seine Passion für die schönen Künste auch in die Konzeption seiner Gärten als Allianz zwischen Kunst und Natur. Er bereicherte die Gartenanlagen mit botanischen Raritäten und die Menagerie

seines Belvedere-Palais am Rennweg mit exotischen Tieren und Vögeln. In seiner Bibliothek befanden sich unzählige Werke zu Naturgeschichte und Gesundheit, Metallen, Fossilien, Steinen, Gewässern, Muscheln, zu Ackerbau und Landwirtschaft sowie zu Pflanzen, Zoologie und zum Thema Gärten. Johann Basilius Küchelbecker schildert die Menagerie Prinz Eugens im Belvedere und die Vielfalt der Tierarten: Indianischer Wiedehopf, Indianischer Sperling, Indianischer Damhirsch, Sardinische Schafe, so keine Wölfe, sondern Haare und Farbe wie Rehe haben, Stein-Gaissen, Steinbock, Tripolitansische Schafe, Türkische Schafe, einen Auerochsen mit seiner Kuh, Indianische Kühe, deren Kopf, Vorder-Leib und vordere Beine wie ein Hirsch, der Hinter-Leib, Beine und

Schwanz wie ein Esel gestellt sind; einen jungen Löwen, einen Indianischen Wolf, ein Stachelschwein, verschiedene Luchse, etliche Gamsen, einen Indianischen Adler, Indianische Perlhühner, fünf Strauße, einen Casuarus, der statt Federn Borsten hat, etliche Bisam-Katzen...

Schloß Hof

1726 erwirbt Prinz Eugen die Herrschaften Engelhartstetten und Hof im Marchfeld. Mit der Herrschaft Hof schafft sich der 62jährige als Synthese von Architektur, Gartenkunst und Natur ein Tusculum Rurale zur Schöpfung frischer Luft, für Hirschjagd und Sauhatz, für Entenstrich und Hasentrieb. Im Mai 1730 arbeiten an den Gartenterrassen 200 Maurer und 300 Tagwerker. 1732 sind die Bauarbeiten abgeschlossen. Das „Caffee Zimmer“ schmückten in dichter Hängung 53 von Ignaz Heintz von Heintzenhal gemalte Tierstücke, im Nachlassinventar bezeichnet als „Viehstückl, aus Ihrer Durchlaucht Garten in Wien abgemalt“. Von Schloß Hof sind die einzig original erhaltenen Ausstattungstücke (Möbel und Paradebett) überliefert.

Tod

Prinz Eugen stirbt im 73. Lebensjahr am 21. April 1736 um drei Uhr morgens nach ärztlichem Befund „an der Lungensucht“. der Päpstliche Nuntius zu Wien, Domenico Passionei, stellt in seiner Leichenrede, die er Karl VI. widmet, Eugens Leben dem Aufstieg und Fall Alexanders des Großen gegenüber: In Eugens Hand blitzt das Heilige Schwert, das ihm der erste Priester der Christenheit anvertraut hat, er vereinigt in sich die Glut Hannibals, die Beständigkeit und Aktivität Caesars, die Tugend Trajans. Der Tod ist mächtiger als die Großen dieser Welt; Eugen hat den edlen Geistern eine Herberge eröffnet und einen Tempel der Musen errichtet. Wie man Edelsteine in Gold faßt, so wollte er nur in den prächtigsten Einbänden die Werke der großen Geister sehen. Dank der Kunst des Grabstichels hat er die unsterblichsten Werke der Kupferstiche aus aller Welt versammelt. Er erfrischte seinen Geist ständig durch Lektüre der besten Historiker und großen Dichter und zitierte aus dem Gedächtnis [...].

Prinz Eugens Leichenkondukt, 28. April 1736

Der Kondukt setzte sich aus dem hohen Klerus und Militär, den hofkriegsräten, Abgesandten der Spitäler, Pfarrgeistlichen und Vertretern der Männerorden, Offizieren un-



Foto: Niederösterreichisches Landesarchiv, St. Pölten

Anzeige an die niederösterreichischen Verordneten über den Ankauf der Herrschaft Hof an der March durch Prinz Eugen, 1. Februar 1726; Papier, 2 Bl., eigenhändige Unterschriften von Eugen und Saint-Julien mit aufgedruckten Lacksiegeln

verschiedlicher Regimenter und Gardisten zusammen. Auf dem Sarg lagen die militärischen Abzeichen und päpstlichen Ehrengaben, daneben schritten 14 Feldmarschall-Leutnants, die Enden des Bahrtuchs haltend. Dem Sarg folgte das Leibpferd des Prinzen, dem über zwei Stunden dauernden Leichenzug unter dem Glockengeläute aller Kirchen schlossen sich unter anderem die Ordensritter vom Goldenen Vlies, die Kaiserlichen Geheimräte und Minister an. Der Sarg wurde in die Familienkapelle Prinz Eugens getragen, dann in die Kreuzkapelle gebracht und mit gewöhnlichen Zeremonien durch die Hohe Geistlichkeit in der Gruft beigesetzt. Die letzten militärischen Ehren erwiesen die am Stephansfriedhof postierte Infanterie und Kavallerie mit dreimaligem Salveschuß. Der Bericht schließt mit dem Wunsch Karls VI., in zwei Monaten und 20 Tagen in St. Stephan dreitägige Exequien abzuhalten und dafür vom Oberingenieur Hildebrandt ein Castrum Doloris mit Inschriften des kaiserlichen Hofpoeten zu errichten.

Erbschaft und Verkauf

Eugens Alleinerbin, die einzige Tochter seines ältesten Bruders Ludwig Thomas, die 1683 geborene Prinzessin Viktoria von Savoyen-Soissons, lebte seit 1719 in einem Kloster bei Chambéry. Als geschiedene Prinzessin von Sachsen-Hildburghausen kehrte sie 1752 nach Turin zurück und stirbt dort am 11. Oktober 1763. Nachdem Karl VI. ihre Forderungen gegen die Erbsprüche ihres Veters, des römischen Kardinals Colonna, und andere Prätendenten unterstützt hatte, leitet sie unverzüglich Verhandlungen zum Verkauf des Gesamterbes ein. Den Verkauf der Wiener Paläste an Karl VI. und der Kunstsammlungen an ihren Onkel, König Karl Emanuel III. von Sardinien, vermittelt dessen Gesandter zu Wien, Luigi Malabaila Graf von Canale. Die 1741 nach Turin in den Palazzo Carignano verkaufte Sammlung wurde in der Zeit der napoleonischen Besatzung weiter zerstreut. Heute verwahrt die Galleria Sabauda weniger als die Hälfte des damals erworbenen Bestands. Der von Viktoria beauftragte Verkaufskatalog der Gemäldesammlung zählt 175 Nummern auf. Viehstücke, Supraporten und Kaminbilder verbleiben in den Wiener Palästen.

Karl VI. kauft 1738 von Viktoria 290 Bände Kupferstiche und 250 Kassetten Porträts für die Hofbibliothek an, ebenso die in Portefeuilles aufbewahrte Sammlung der Zeichnungen. Sie zählen heute mit der Porträtsammlung berühmter Gestalten der Antike,



Foto: Belvedere Wien

Ausstellungsansichten: Bild oben: Sammler und Mäzen in der Orangerie; Bild unten: Verklärung im Unteren Belvedere

Fürsten und Militärs, Wissenschaftlern und Künstlern der Neuzeit zum Bestand der Grafischen Sammlung Albertina sowie zum Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek.

Die Druckwerke stellte Pius Nicolaus Garelli geschlossen im Mitteloval des Barocken Saales der 1740 durch Fischer von Erlach errichteten Hofbibliothek in zwölf zweiteiligen Bücherrepositorien auf.

Verklärung

Friedrich II. bezeichnete Prinz Eugen als „den größten Kriegshelden unseres Jahrhun-

derts, des Mars und der Minerva Lieblingssohn. Es gibt Helden, denen diese Bezeichnung mit vollem Recht zusteht, die dabei aber überhaupt nicht durch ihr Äußeres brillieren“ (*Kronprinz Friedrich von Preußen an Voltaire über Prinz Eugen, 9. September 1739*). In seinem Politischen Testament tituliert er Eugen als eigentlichen Kaiser, als Atlas der österreichischen Monarchie. In einer 1758/59 verfaßten Ode wirft er seinen Gegnern während des Schlesischen Krieges vor, sie hätten die Wege des Prinzen Eugen verlassen.

<http://www.belvedere.at>

Herbert Boeckl. Retrospektive

Die von Agnes Husslein-Arco und Matthias Boeckl kuratierte Retrospektive im Museum Moderner Kunst Kärnten – zu sehen von 18. Februar bis 16. Mai 2010 – ist eine Adaptierung der zuvor im Belvedere in Wien gezeigten Schau.

Das Werk von Herbert Boeckl (1894-1966) überspannt fünf Jahrzehnte intensiver künstlerischer Produktion, die der Künstler trotz äußerst turbulenter zeithistorischer Bedingungen konsequent aufrechterhalten konnte. So wurde Boeckl zur großen Vermittlerfigur zwischen den Idealen der frühen Moderne vor dem Ersten Weltkrieg bis hin zu der von ihm entscheidend mitgeprägten Integration der heimischen Avantgarde der Wiederaufbauzeit in den internationalen Kunstbetrieb nach 1945. Die Ausstellung bietet mit rund 150 Werken (Ölbilder, Aquarelle, Zeichnungen, Plastik) einen repräsentativen Überblick über sämtliche Werkperioden in chronologischer Abfolge, von den Jugendwerken aus dem Jahr 1912 bis zu den letzten Arbeiten, die kurz vor Boeckls Schlaganfall im Jahr 1964 entstanden. In der umfangreichen begleitenden Publikation mit vielen neuen Forschungsergebnissen und neu recherchiertem Euvrekatalog wird der spannende zeithistorische Kontext von Boeckls Produktion beleuchtet.

Boeckl reagierte im Laufe seiner langen Künstlerkarriere stets sensibel auf Zeitströmungen und transformierte sie zu eigenständigen Schöpfungen voll farblicher und stofflicher Intensität. Sein Lebensprojekt war die Entwicklung einer unverwechselbar „österreichischen“ Moderne, die sich organisch aus der mediterranen Tradition entwickeln und unauflösbar mit der hiesigen Lebenswelt verschmolzen werden sollte. Seine eigenen Leitlinien dabei waren eine spürbare malerische Inbrunst, die ihn zu immer neuen Entwicklungen trieb, und die gelebte Religiosität, die ihn mit den Glaubenstraditionen des Landes verband.

Boeckl stammte aus einer gutbürgerlichen Klagenfurter Familie, sein Vater war Lehrer an der Staatsgewerbeschule, einer seiner drei Brüder war der berühmte Eiskunstlauf-Weltmeister und Olympionike Willy Böckl. Schon 1913 beteiligte sich Herbert Boeckl – damals Architekturstudent – in Wien an einer Ausstellung des „Österreichischen Künstlerbundes“. Boeckls Stil ist zu dieser Zeit stark von der Linienkunst der Wiener Secession geprägt. Mit Carl Moll, dem einflussreichen Organisator der Secession und bedeutendem Förderer der jungen Szene, war



Foto: Kunstsammlung des Landes Kärnten/MMKK

Herbert Boeckl, Wasserturm in Wien-Favoriten, 1930

Boeckl eng befreundet. Während des Ersten Weltkriegs diente Boeckl bei der Artillerie an der Italien-Front und konnte dort – wie etwa auch der Kärntner Malerkollege Anton Kolig – seine Malerei trotz Kriegshandlungen fortsetzen und sich sogar an Kunstausstellungen des Militärs beteiligen. In seiner Einheit diente auch der junge Kunsthistoriker Bruno Grimschitz, der als Freund, Kustos am Belvedere und später Direktor dieses Hauses, einer der wichtigsten Verbündeten Boeckls wurde. Entscheidende Begegnungen fanden auch rund um das Kriegsende statt, als Boeckl Egon Schiele kennen

lernte und mit dem Wiener Kunsthändler Gustav Nebehay einen Kommissionsvertrag auf Vorschuss abschließen konnte. Dieser Vertrag sicherte ihm bis 1931 ein Grundauskommen und die Möglichkeit, die europäischen Kunstmetropolen jener Zeit zu besuchen. Die Linienkunst der Wiener Secession, die noch sein Porträt von Bruno Grimschitz (1915) deutlich prägt, brach um 1920 in einer eruptiven Malerei aus abstrakten Farbflecken und plastisch aufgetragener Farbpaste auf. Im Dezember 1921 erlebte Boeckl inmitten der brodelnden Berliner Avantgardeszene eine beeindruckende Cézanne-

Foto: Kunstsammlung des Landes Kärnten/MMKK

Herbert Boeckl, *Frau am Blumentisch*, 1930

Ausstellung in der Galerie Paul Cassirer. Cézanne wurde zur zentralen Leitfigur seines individuellen Weges in die Moderne, der sich vom Kubismus dadurch unterschied, daß Boeckl die organische Weiterentwicklung der Kunstgeschichte anstrebte, während die damalige Avantgarde einen völligen Neubeginn forderte. Die Paris-Reise des Jahres 1923 brachte eine Vertiefung der Kenntnis Cézannes, die Boeckl 1924 in Sizilien in sein Bild der Großen Sizilianischen Landschaft einbrachte.

Boeckl konnte sich in den folgenden Jahren in Wien als einer der führenden modernen Maler etablieren. Wichtige Etappen waren die spontane Schöpfung eines Freskos im mittelalterlichen Dom von Maria Saal in Kärnten (1928) und ein packender Bilderzyklus zum Thema der Anatomie, den Boeckl 1931 mithilfe seines Freundes Julius Tandler schuf, einer zentralen Figur des „Roten Wien“. Diese Bilder zeigen bereits einen neuen Stil: Boeckls farbintensiver, dynamisch gemalter Realismus voll Drastik unterscheidet sich fundamental von der damals aktuellen Neuen Sachlichkeit und dem sich anbahnenden Neoklassizismus der NS-Zeit.

Mit der Entstehung des großen Marienaltars ab 1934, für den er den erstmals verliehenen Großen Österreichischen Staats-

preis erhielt, mit seiner 1935 verliehenen Professur an der Wiener Akademie und mit seinem Amt Kommissär des österreichischen

Kunstbeitrags zur Brüsseler Weltausstellung von 1935 wurde Boeckl zu einem der einflussreichsten Künstler des Ständestaats (1934-1938). Im Kunstbetrieb des Nationalsozialismus (1938-1945) wurde Boeckl als Katholik, dessen Kunst zudem der NS-Doktrin diametral gegenüberstand, marginalisiert. Auf ausgedehnten Inlandsreisen malte er nun eine große Serie monumentaler österreichischer Landschaften, die in der Ausstellung fast vollständig gezeigt wird.

Die Jahre zwischen dem Kriegsende 1945 und dem Schlaganfall 1964, der Boeckl zwang, seine Kunstproduktion zu beenden, waren dem Aufbau eines klar westlich orientierten modernen österreichischen Kunstbetriebs gewidmet. In seinem eigenen Werk und als Rektor der Akademie erarbeitete Boeckl – gemeinsam mit seinem Freund Fritz Wotruba – eine abstrahierende Weiterentwicklung des Kubismus und legte damit das Fundament für die informelle Malerei und den abstrakten Expressionismus seiner Schüler. Monumentale Werke jener Jahre sind die Fresken in der Engelkapelle der Abtei Seckau in der Steiermark und der Gobelin *Die Welt und der Mensch* für die Wiener Stadthalle.

Die Retrospektive wird von Agnes Husslein-Arco, Belvedere-Direktorin, Wien, und Univ.-Prof. Matthias Boeckl kuratiert. ■

<http://www.mmkk.at>



Foto: Herbert-Boeckl-Nachlass

Herbert Boeckl, *Eichelhäher*, 1922, Privatbesitz

Gipfeltreffen der Moderne. Das Kunstmuseum Winterthur

Ausstellung im MdM Mönchsberg von 27. Februar bis 30. Mai 2010

Mit 240 Gemälden, Skulpturen und Zeichnungen von 105 renommierten KünstlerInnen zeigt das Museum der Moderne (MdM) Mönchsberg die umfangreiche Sammlung des Kunstmuseum Winterthur. Erstmals hat die Sammlung mit Werken aus anderthalb Jahrhunderten auf Grund von Renovierungsarbeiten das Museum verlassen, um auf einer exquisiten Tournee – nach der Kunst- und Ausstellungshalle der BRD Bonn und dem MART Rovereto – in Salzburg Station zu machen. Dort ist man stolz darauf, als einziges Museum in Österreich daran teilzunehmen. Das „Gipfeltreffen der Moderne“ ist vom 27. Februar bis 30. Mai 2010 im gesamten MdM Mönchsberg zu sehen. Die großartige Sammlung des Kunstmuseum Winterthur – von einem der weltweit renommiertesten lebenden Künstler, Gerhard Richter, als sein Lieblingsmuseum bezeichnet – entstand vor über 150 Jahren durch das Engagement kunstbegeisterter Privatpersonen. 1848 wurde aus dem Zusammenschluß von KünstlerInnen und KunstfreundInnen die „Künstlergesellschaft Winterthur“ gegründet, aus der kurze Zeit später der „Kunstverein Winterthur“ hervorging – bis heute Träger des Kunstmuseums und Eigentümer der Sammlung. Durch Ankäufe des Kunstvereins und auch Schenkungen von Sammlerfamilien wie Bühler, Hahnloser oder Reinhart, die zum Teil bis heute wirken, erfuhr die Museumssammlung in der 2. Hälfte des 19. und in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts substantiellen Zuwachs.

1960 begann Balthasar Reinhart, durch die Firmenstiftung der Familie Reinhart, die Volkart-Stiftung, bedeutende Werke der Moderne zu erwerben und sie als unbefristete Leihgaben zur Verfügung zu stellen. Als der aus Winterthur stammende Bankier Emil Friedrich und seine Frau dem Kunstverein ihre Sammlung hinterließen, trat das Kunstmuseum Winterthur in die Reihe der Museen mit bedeutenden Beständen der Klassischen Moderne. 1973 kam mit der Sammlung der Familie Wolfer eine größere kohärente Werkgruppe hinzu, die Lücken der französischen Sammlung der ersten Sammlergeneration schloß.



Foto: Gerhard Richter 2010

Gerhard Richter, *Wasserfall*, 1997, Öl auf Leinwand, 126 × 90 cm

In den vergangenen Jahrzehnten konzentrierte sich die Sammeltätigkeit auf die neuere amerikanische Kunst, deren Formbewußtheit in vielerlei Hinsicht auf die französische Kunst antwortet. Da die italienische Kunst mit Medardo Rosso und Giorgio Morandi in Winterthur stets große Wertschätzung genoß, gab man den neueren italienischen Entwicklungen um die Arte Povera Raum. Damit wurde auch eine dialogische Situation aufgebaut, die durch wichtige einzelne Stimmen – darunter besonders die von Gerhard Richter – bereichert wurde.

Den Auftakt der Ausstellung bildet die Französische Malerei, auf der die Moderne fußt. Über Landschaftsdarstellungen der Künstler Eugène Boudin und Jean-Baptiste Camille Corot über „en plein air“-Landschaften Claude Monets hin zu impressionistischen Studien Alfred Sisleys und einer frühen Arbeit Paul Cézannes führt die Ausstellung nach Vincent van Gogh und Maurice de Vlaminck zu den Postimpressionisten.

Die romantisch-symbolische Malerei, in der „die Farbe als materielles Phänomen,



Oskar Schlemmer, *Innenraum mit fünf Figuren oder Fünf Figuren im Raum, 1928; Öl auf Leinwand, 45,5 x 90 cm*

aber auch als subjektives Erlebnis intensiv wirkt“ (Direktor Dieter Schwarz), ist mit Werken Eugène Delacroixs, Odilon Redons und Ferdinand Hodlers sowie mit Arbeiten der Nabis-Künstler Maurice Denis, Edouard Vuillard und Pierre Bonnard wie auch des Schweizer Malers Félix Vallotton vertreten. Die prachtvolle Reihe von Gemälden Bonnards bildet einen der Höhepunkte der Schau.

Das „Gipfeltreffen der Moderne“ führt parallele Kunstströmungen wie den Kubismus – mit Vertretern wie Robert Delaunay, Amédée Ozenfant, Gustave Louis Buchet, Georges Braque, Juan Gris und Pablo Picasso – zusammen mit Fernand Léger und den Blauen Reiter-Künstlern und Bauhauskünstlern Wassily Kandinsky, Alexej von Jawlensky, Paul Klee, Otto Meyer-Amden und Oskar Schlemmer, genauso wie auch mit den Surrealisten René Magritte, Joan Miró, Max Ernst, Yves Tanguy oder Kurt Seligmann.

Neben Vertretern der Neuen Sachlichkeit, Adolf Dietrich, Niklaus Stoecklin, Alexander Kanoldt und Manfred Hirzel mit ihrem symbolischen Naturalismus, zeigen die Arbeiten Piet Mondrians, Theo van Doesburgs und Kurt Schwitters' die Auseinandersetzung mit der geometrischen Abstraktion. Als Vertreter der darauf basierenden Konkreten Kunst sind Max Bill, Verena Loewensberg, Fritz Glarner und François Morellet zu nennen. Ihnen werden Arbeiten von Hans Arp gegenübergestellt, der den Begriff der „Konkreten Kunst“ ursprünglich geprägt hat. Alberto Giacometti und Giorgio Morandi – der in sehr engem Kontakt mit Max Bill gestanden hat – sind mit überaus spannenden Arbeiten in der Ausstellung vertreten.

Einen weiteren Strang der Ausstellung bilden die skulpturalen Arbeiten, die in einem Dialog mit Malerei und Zeichnung stehen. Ausgehend von der figürlichen Skulptur Me-

dardo Rossos und Auguste Rodins, Pierre-Auguste Renoirs und Aristide Maillols und einer frühen Harlekin-Büste Picassos, zeigt die Sammlung kubistische Skulpturen von Antoine Pevsner, Raymond Duchamp-Villon und Jacques Lipchitz. Constantin Brancusi und vor allem Alberto Giacometti sind mit hervorragenden Beispielen ihres jeweils sehr eigenständigen Ansatzes in der Ausstellung zu finden.

Auf dem Weg von der Klassischen Moderne hin zu zeitgenössischen Positionen sind Arbeiten der Künstler Bram van Velde, Nicolas de Staël, Pablo Picasso, Jean Dubuffet sowie Asger Jorn und Karel Appel, die Beispiele für die Informelle Kunst der 1960er Jahre bieten. Mit Arbeiten Piero Manzonis, Giulio Paolinis, Luciano Fabros, Jannis Kounellis', Marisa und Mario Merz' als auch Giuseppe Penones wird der Bogen der Italienischen Nachkriegskunst von Lucio Fontana über die Arte Povera hin zu gegenwärtigen Arbeiten gespannt.

Der Amerikanischen Kunst der Nachkriegszeit mit dem Abstrakten Expressionismus eines Philip Guston, Mark Tobey und John Chamberlain sowie den minimalistischen Tendenzen von Richard Tuttle, Brice Marden, Eva Hesse und Robert Mangold wird ebenfalls ein großer Bereich der Ausstellung gewidmet. Positionen wie die von Richard Artschwager, Gerhard Richter und Thomas Schütte bilden das große „Finale“ dieses überaus vielschichtigen Streifzugs durch die Geschichte der Kunst vom Beginn der Moderne bis in die Gegenwart. ■

<http://www.museumdermoderne.at>



Vincent van Gogh, *Joseph Roulin, 1888, Ölfarben auf Leinwand, 65 x 54 cm*

Im unsichtbaren Wien

Fotonotizen von Gerhard Roth von 11. Februar
bis 16. Mai 2010 im Wien Museum Karlsplatz



Gerhard Roth in seiner Wiener Wohnung, 2010

Foto: Didi Sattmann

Schreibend und fotografierend erkundet Gerhard Roth Wien seit mehr als 20 Jahren. Seine intensive Beschäftigung mit der Hauptstadt spiegelt sich in seinen Romanen und besonders in den Essaybänden „Eine Reise in das Innere von Wien“ (1991) und „Die Stadt“ (2009). Ziel seiner Spurensuche waren stets „verborgene“ Orte, unter ihnen das Pathologisch-anatomische Bundesmuseum im Narrenturm, das Uhrenmuseum, das Depot des Naturhistorischen Museums, der Friedhof der Namenlosen oder das Haus der Künstler in Gugging. Roth blickt hinter die Kulissen, ihn interessieren die Außenseiter und die Vergessenen, das Verschwiegene und Verdrängte. Die Expedition ins „unsichtbare“ Wien wird zur „Reise in die Vergangenheit, die die Leichen im eigenen Keller zutage fördert“ (Daniela Bartens).

Bei seinen akribischen Recherchen hat der Schriftsteller immer die Kamera dabei, um „Fotonotizen“ anzufertigen. Im Lauf der Jahre entstand so ein überbordendes Archiv mit mehreren Zehntausend Aufnahmen. Für Gerhard Roth stellen die 10 x 15 cm großen Bilder ein „Zwischenstadium zum Schreiben“ dar. Im Zentrum der Ausstellung steht ein Querschnitt der Wien-Fotos, die zwischen 1986 und 2009 entstanden sind. Präsentiert

werden die rund 1500 Bilder in einer meterlangen transparenten Membran, die dem Seriellen und Archivarischen im Werk von Gerhard Roth Reverenz erweist: eine Bilderreise, die wie Roths Essays eine magische Sogkraft entwickelt. Die thematische Auswahl umfaßt 14 Orte in und um Wien, ergänzt um immer wiederkehrende Motive von Roths Streifzügen: Mauerflecken, Krähenspuren, Eisblumen und andere „Mikrostrukturen“.

Gerhard Roth sammelt Bilder gezielt und akribisch wie ein Archivar, mit Analog-, Digital-, Spiegelreflex- oder Kompaktkamera. Die Recherche wird zur Obsession, wie sie die Germanistin Daniela Bartens beschreibt: „Oft scheint es, als würde der Autor am liebsten alles aufzählen und aufzeichnen, nur nichts auslassen [...], alles erscheint für sich allein bedeutungsvoll und könnte möglicherweise als Puzzlesteinchen im Rätsel des Lebens Bedeutung gewinnen.“ Die Fotos zeugen auch vom Vorgehen bei der Recherche – von Außenansichten von Gebäuden über Innenräume und Sammlungsbestände in ihrer Gesamtheit bis hin zu einzelnen Objekten und Details. Das Serielle überwiegt gegenüber dem Einzelbild, neben äußerst nüchternen gibt es etwa auch pittoreske, ironische

oder groteske Aufnahmen (auch wenn der Autor sich von der „großen Geste“ beim Fotografieren distanziert). Das Interesse für Abgründiges äußert sich in mitunter schockierenden Motiven, mit seinen „Strukturfotos“ dokumentiert der Autor die Magie und Poesie des Alltags (für die Aufnahmen von Mauerflecken ließ er sich vom katalanischen Künstler Antoni Tàpies inspirieren).

Gerhard Roth, der 1942 in Graz geboren wurde und bis heute die Sommermonate in der Südsteiermark verbringt, lebt seit 1986 in Wien. Neben den Museen und Archiven, wo Geschichte und enzyklopädisches Wissen darauf warten, „wieder zum Leben erweckt“ zu werden, sind es die Orte der Außenseiter (z. B. Gugging, Blindenmuseum), denen Roth sich aufmerksam, neugierig und zugleich respektvoll nähert: „In den Außenseitern spiegelt sich bekanntlich die Geschichte viel stärker als in den Mitläufern oder den Beteiligten“. Während bei seinen Aufnahmen in der Steiermark Porträts eine wichtige Rolle spielen, sind auf den Wien-Fotos übrigens nur selten Menschen zu sehen, sieht man vom Haus der Künstler ab, das Roth seit den 80er-Jahren immer wieder besucht hat.

<http://www.wienmuseum.at>

Serie K.u.K. Jugendstil

Prof. Peter Schubert – der Autor dieser neuen Serie – beschäftigt sich seit mehr als 10 Jahren intensiv mit dem Jugendstil. Er hat zwei Bücher darüber verfaßt und fotografierte inzwischen wahrscheinlich das größte internationale Fotoarchiv zu diesem Thema: Es umfaßt derzeit mehr als 7000 digitale und 500 analoge Fotos aus 15 europäischen Ländern. In der ersten Folge zeigt er

Hausfassaden aus den Ländern Österreich-Ungarns

Otto Wagner und der Wandel seines Markenzeichens

Otto Wagner (geboren 1841 im Wiener Vorort Penzing, gestorben 1918 in Wien) war wohl der bedeutendste Bahnbrecher des Jugendstils und der Moderne in der Donaumonarchie. Er besuchte in Wien und Melk die Schule, studierte am Wiener Polytechnischen Institut und der königlichen Bauakademie in Berlin und begann seine Architektenlaufbahn zunächst im Atelier eines Architekten der Wiener Ringstraße. 1864 – nach nur einem Jahr Praxis im Atelier des gerade verstorbenen Ludwig von Förster – machte er sich selbständig, 1884 wurde er Professor an der Wiener Akademie – wo er mit dem Leitspruch des Ringstraßenarchitekten Gottfried Semper antrat: „Die Kunst kennt als Herrin nur die Notwendigkeit.“

Nach wenigen Jahren seiner Lehrtätigkeit wandte er sich vom Historismus ab und der Erneuerung der Kunst zu. Seine „Wagner-school“ umfaßte bald die wichtigsten Architekten des Wiener Jugendstils, die aber auch bald außerhalb Wiens tätig wurden, wie Joseph Maria Olbrich (Secession in Wien, Künstlerkolonie in Darmstadt), Josef Hoffmann (Sanatorium in Purkersdorf), Jan Kotera (Gründer des tschechischen Werkbundes), Josef Plecnik (Stadtplanung für Laibach, Prager Burg), Max Fabiani (gemeinsam mit Plecnik in Laibach tätig), sowie die hauptsächlich in Wien aktiven Marcel Kammerer, Otto Schönthal, Emil Hoppe und viele andere.

Otto Wagners Werk umspannt eine einmalige Weite: Seine frühen Werke stehen ganz in der Tradition des Historismus – wie etwa die (erste) Villa Wagner in Wien-Hütteldorf oder das Stadtpalais Rennweg 1 – wobei er vor allem die Wiederverwendung des Renaissance-Stils bevorzugte. Dann wandte er sich der Erneuerung zu (1899 trat er der Secession bei, war mit Klimt befreundet und ein Förderer von Schiele) und arbeitete mit vielen Künstlern dieser Gruppe zusammen, wie etwa mit Kolo Moser bei den Wohnhäusern an der Linken Wienzeile oder



Alle Fotos: Prof. Peter Schubert

Otto Wagners »Autogramm«... Wien 15, Stadtbahn-Brücke über die Zeile (U-Bahnbrücke über das Wiental) 1895-1898

Moser und Ferdinand Andri bei der Kirche am Steinhof (1902-1907). Diese Kirche ist nicht nur ein Meisterwerk und Gesamt-

kunstwerk des Jugendstils, sondern wird auch nach Otto Wagners Leitsatz den besonderen praktischen Notwendigkeiten als Kir-

Serie K.u.K. Jugendstil

che einer „Landesirrenanstalt“ voll gerecht. Die Autorschaft Wagners für dieses Meisterwerkes war dabei fast ein Zufall, denn in Wien waren damals gerade eine Reihe seiner Entwürfe abgelehnt worden. Aber „am Steinhof“ plante das „Erzherzogtum unter der Enns“ die niederösterreichische Landesnervenanstalt, mit dem Ergebnis, daß sich heute der bedeutendste niederösterreichische Jugendstilbau in Wien befindet...

Wagner verwendete moderne Techniken, wie den Stahlskelettbau. Er nutzte moderne und unübliche Materialien, wie Kacheln und dünne Marmorplatten als Fassadenschmuck

und setzte als einer der ersten Aluminium für Befestigungsklammern aber auch als Material für Figuren ein – wie an der Postsparkasse (1904-1906), die er auch in den Innenräumen vollkommen einheitlich entworfen hatte. Wenn auch mit entsprechenden Unterschieden je nach sozialer Bedeutung der einzelnen Mitarbeiter. Aber es handelte sich um das von den Jugendstil-Ideologen geforderte Gesamtkunstwerk und zählt damit – wie einige anderer seiner Werke – zu den Hauptwerken des Jugendstils in Wien, die von Touristen tausendfach fotografiert werden.



...und in abgewandelter Form ... Wien 14, Kirche St. Leopold am Steinhof, 1905-1907



... verwendet vom Wagner-Schüler Dietz von Weidenberg ... Wien 21, Am Spitz 13, Wohn- und Geschäftshaus für die Firma Sild, 1905

Schließlich ebnete Wagner auch den Weg zur Moderne. Dafür stehen seine Schüler – wie Plecnik, Kotera oder Fabiani – aber auch eigene Werke, wie etwa das Schützenhaus für die Staufsteige Kaiserhaus, wenn auch dessen Technik nie verwendet wurde, weil der Ausbau des Donaukanals nie Wirklichkeit wurde.

Daneben war Wagner Kunsttheoretiker und Stadtplaner: Aber da scheiterte er – zunächst: Seine Planung für den Bezirk jenseits der Donau in der Achse der Reichsbrücke mit großzügigen Wohnquadraten und reichhaltiger Wasserflächen blieb auf dem Papier. 250.000 Menschen sollten dort wohnen. In der NS-Zeit gab es dann ähnliche Planungen – auch sie wurden nie umgesetzt. Aber heute ist die Achse Reichsbrücke (vielleicht weniger großzügig als von Otto Wagner geplant) mit UNO-City und Donauplatz längst Wirklichkeit. Und auch die Bewohnerzahlen der Bezirke 21 und 22 haben seit langem die von Otto Wagner geplanten Ziffern überschritten. Seine zweite Stadtplanungsaufgabe endete noch bevor Wagner sie begonnen hatte: Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges kam eine Planung für Sydney nicht mehr in Frage.

In den Jahren 1895-1902 schuf Wagner die Wiener Stadtbahn: Die ursprüngliche Planung war stark durch militärische Interessen beeinflusst, die die Wiener Kopfbahnhöfe für Truppenverschiebungen verbunden haben wollten. Der damals übliche Dampfbetrieb – bei unterirdischen Strecken nicht wirklich optimal – dämpfte wesentlich die Beliebtheit

Serie K.u.K. Jugendstil



... und anderen, in Prag, ... Prag, Narodni 9, Topic-Haus 1903-07 von Osvald Polivka

bei den Wienern. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die äußere „Vorortelinie“ wesentlich eingeschränkt und schließlich 1932 – die militärischen Bedürfnisse gab es nicht mehr – überhaupt eingestellt. Erst in den 1980er Jahren erkannte man ihre tatsächliche Bedeutung.

Brücken und Stationen zeigten das typische Aussehen der Werke von Otto Wagner. Nach Josef Hoffmann ist diese Bahn „... die einzige ihrer Art, die eine Stadt nicht verunstaltet, sondern eine Reihe von reizenden Stadtbildern geschaffen hat.“

Brücken und Stationen verzierte Wagner – wie auch andere Gebäude – mit seinem Markenzeichen: einem Kranz mit meist herabhängenden Schleifen.

Wie viele andere Schmuckmotive des Jugendstils ist auch dieses nicht neu, sondern war etwa im Rokoko äußerst beliebt. Wagner verwendete dieses Motiv nun quasi als Signatur, naturalistisch und teilweise auch abgewandelt – und gab damit dem Jugendstil ein oft und oft verwendetes Fassadendetail, das in unzähligen Versionen verwendet wurde: Von der bunten und naturalistischen Darstellung bis zu immer mehr vereinfachten Versionen, die zu einem Kreis oder einer Scheibe (oder sogar nur Halbscheibe) mit Streifen oder Linien werden konnten.

Dieses Schmuckmotiv findet sich denn auch überall an Bauten aus der Zeit um 1900, an Bauernhäusern in Niederösterreich und im rumänischen Transsylvanien genau

so wie an städtischen Wohn- und Geschäftshäusern oder Repräsentationsbauten in Wien, Bratislava, Prag, oder Rumänien. Es findet sich sogar dort, wo man auf einen „nationalen“ Jugendstil gegen die Wiener Dominanz besonders pochte.

Otto Wagner starb im April 1918: Wenige Monate später starben Klimt und Schiele und dann war die Donaumonarchie Geschichte – wie auch der Jugendstil. Otto Wagners Schüler Kotera und Plecnik schufen Neues, das in den wirtschaftlich besser gestellten Nachfolgestaaten mehr Anklang fand. Die Wagner-Schüler, die in Österreich verblieben waren, fanden kaum entsprechende Aufträge und wandten sich gleichfalls der Moderne zu. Nur Otto Wagners Markenzeichen der Kranz mit den Schleifen wurde noch weiter als Dekorationsmotiv von Baumeistern besonders im Wiener Umfeld verwendet...

Die Liebe zum Jugendstil – und zum Fotografieren – führte Prof. Peter Schubert vom Kaliningrader Gebiet Rußlands im Norden bis Apulien im Süden, von Barcelona im Westen bis Constanta im Osten. Mehr als 200 Fotos davon hat er für Ausstellungen (bisher in Klosterneuburg, Tulln, Wien, Budapest, Szeged und Keckemet zu sehen) bearbeitet: „Es sind Details von Fassaden, daher reiße ich sie digital aus. Und ich möchte Schwerpunkte betonen, daher softe ich Störendes und Unwichtiges ab – wodurch ich zu einem ganz neuen Bild komme. Ich glaube, daß meine Fotos als Dokumentation mit eigenständigem künstlerischen Anspruch einen neuen Weg beschreiten ...“



...oder in Arad.
Vorstädtisches Wohnhaus in Arad.

Finnland spielt die erste Geige

Das Festival Carinthischer Sommer 2010 erstreckt sich vom 8. Juli bis zum 28. August und umfaßt 42 Veranstaltungen und frei zugängliche Künstlergespräche sowie Einführungsveranstaltungen.



Foto: Karsten Bidsrup

Im 41. Festivaljahr des Carinthischen Sommers spielt Finnland die erste Geige. Dies erfuhr man am 19. Februar im Bambergsaal des Villacher Parkhotels bei der Präsentation des diesjährigen Programms des Kulturfestivals durch CS-Intendant Thomas Daniel Schlee. An der Präsentation nahmen auch Landeshauptmann Gerhard Dörfler, Villachs Vizebürgermeister Richard Pfeiler und Ossiachs Bürgermeister Johann Huber teil.

Der Landeshauptmann dankte Schlee für das anspruchsvolle Programm. „Sie sind der Sir der Kultur“, gab es für den Intendanten ein dickes Lob. Schlee habe einen neuen Stil nach Ossiach gebracht, bemühe sich stets Neues zu bieten und spreche eine klare Sprache. Seitens des Landes gebe es auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein klares Bekenntnis für das Festival, und die jetzige finanzielle Unterstützung werde verlängert.

Die im Auftrag des CS geschriebene Kirchenoper „Die Geburt des Täuflers“ des fin-

nischen Komponisten Jyrki Linjama (Premiere zur Eröffnung am 8.7.) bildet die Achse eines vielfältigen Finnland-Schwerpunktes mit etlichen österreichischen Erstaufführungen. Mit dem japanischen Regisseur Yoshi Oida konnte eine faszinierende Persönlichkeit der internationalen, zeitgenössischen Theaterwelt für die Stiftskirche Ossiach gewonnen werden. Die Verbindung der historisch so unterschiedlich geprägten Ästhetiken von Musik und Inszenierung in dieser Kirchenoper verspricht ein Erlebnis von außergewöhnlicher Qualität. Insgesamt wird die Oper sechsmal zu sehen sein.

Aus der Feder des österreichischen Komponisten und Exponenten des neuen Musiktheaters Thomas Desi stammt die zweite Kirchenoper, die heuer im Rahmen des Carinthischen Sommers präsentiert wird: „Warum ist er noch nicht hier?“ über die Gestalt des großen protestantischen Nazi-Märtyrers Dietrich Bonhoeffer (27.8.).

Neben der Aufführung von Bachs monumentaler h-Moll-Messe durch Helmuth Rilling und seine Gächinger Kantorei (16.7.) sind symphonische Ereignisse mit dem finnischen Kuopio Symphony Orchestra unter Sascha Goetzel (12.7.) und mit dem Gustav Mahler Jugendorchester unter Herbert Blomstedt (28.8.) zu nennen. Der dem Carinthischen Sommer in besonderer Weise verbundene Arnold Schönberg Chor unter Erwin Ortner gastiert mit einem Bach-Ligeti-Linjama-Programm (19.7.).

Recitals mit herausragenden Solisten umfassen eine neuerliche Begegnung mit dem phänomenalen jungen finnischen Pianisten Juho Pohjonen, der u. a. die Uraufführung der Sonata da chiesa des diesjährigen „composer in residence“ Jyrki Linjama interpretiert (13.7.) sowie Abende mit Rudolf Buchbinder (20.7.), Daniel Johanness (10.8.), András Schiff (14.8.), Bernarda Fink (16.8.) und Michael Martin Kofler (17.8.).

Foto: LPD/Bodner



Präsentation des Programms des Kulturfestivals durch CS-Intendant Thomas Daniel Schlee, an der auch Landeshauptmann Gerhard Dörfler, Villachs Vizebürgermeister Richard Pfeiler und Ossiachs Bürgermeister Johann Huber teilnahmen.

Foto: Saara Vuorjoki / Filmic



Die im Auftrag des CS geschriebene Kirchenoper »Die Geburt des Täuflers« des finnischen Komponisten Jyrki Linjama bildet die Achse eines vielfältigen Finnland-Schwerpunktes mit etlichen österreichischen Erstaufführungen.

Anspruchsvolle Kammermusik gibt es mit dem Doric String Quartet (29.7.), das u. a. die Uraufführung eines Werkes des französischen Komponisten Christophe Looten angesetzt hat, mit dem Ensemble Guitar4mation (8.8.), dem Ensemble Wien- Berlin mit Paul Gulda (21.8.) und dem vielfach preisgekrönten Pacifica Quartet (24.8.). Ein klingendes Portrait des bedeutenden Kärntner Komponisten Wolfgang Liebhart stellt viele Facetten seiner Klangwelt vor (17.7.).

Literatur und Musik, bisweilen in kunstvoller Verbindung, findet sich in Veranstaltungen mit Burgschauspieler Markus Hering (17. und 18.7.) – darunter eine Lesung aus dem finnischen Nationalepos Kalewala –, mit Christian Muthspiel, der sich dem gro-

ßen Ernst Jandl in einer Hommage nähert (21.7.), mit Kammerschauspieler Wolfgang Hübsch in Thomas Bernhards »Theatermacher« (25.7.) und mit Heinz Trixner, der in Strawinskys »Geschichte vom Soldaten« auftritt (23.8.).

Das auch heuer wieder reichhaltige Kinderprogramm des Carinthischen Sommers bringt mit den MusikTheaterTagen (ab 11.8.) die Uraufführung des von Stefan Libardi und Christoph Ehrenfellner neugestalteten Grimm-Märchens »Der Teufel mit den drei goldenen Haaren« (Uraufführung am 22.8.), »Eine kleine Nachtphysik« von und mit Bernhard und Stefanie Weingartner (unter Mitwirkung des Kärntner Landesmusikschulwerkes, 18.7.), »Speed« – eine rasante Fahrt

durch ebenso rasante Orchestermusik mit der Donau Philharmonie Wien unter Manfred Müssauer (1.8.) sowie »Auf nach Bremen« von und mit Stefan Libardi (15.8.).

cs_alternativ ist in der dritten Saison bereits den Kinderschuhen entwachsen. Originelle, manchmal bewußt schräge, zum Teil extra für den Carinthischen Sommer entwickelte Projekte führen den Erfolgskurs weiter. Tangos aus Finnland (14.7.) sowie frecher Jazz aus der Schweiz (24.7.) werden sich an den scharfen Kanten des Steinhauses von Günther Domenig reiben, Lorenz Raab spielt im Villacher Stadtkino live zu einem Stummfilm von Mauritz Stiller (15.7.). Auf das Wiener Lied-Duo Die Strottern (30.7.) folgt das »carinthische« Comeback der großartigen Maja Osojnik. Zwei Tanzabende runden das Programm ab: Flamenco mit Andreas Maria Germek und Belén Cabanes (3.8.) sowie eine Uraufführung mit der Kärntner Tänzerin Anna Hein (4.8.).

Intendant Thomas Daniel Schlee: »Im 41. Festivaljahr präsentieren wir also wieder ein substantielles, facettenreiches Programm, das Neuland, Festland und Eiland der Kunst vereinigt. Wir spüren, daß die Rahmenbedingungen für unsere Arbeit deutlich schwieriger werden, aber wir vertrauen fest darauf, daß für weite Kreise gerade jetzt unsere Programme als unverzichtbar erkannt werden. Für die Kunstwerke selbst ist die Krise irrelevant, für die Möglichkeit ihrer Darstellung allerdings kann sie fatal werden. Wir wissen, daß unsere Arbeit in und für Kärnten nun noch wichtiger geworden ist.«

<http://www.carinthischersommer.at>

Zentrum des Streichquartetts

Welcher Ort für ein Streichquartett-Festival wäre geeigneter, als die langjährige Wirkungsstätte seines Erfinders Joseph Haydn, das Schloß Esterházy in Eisenstadt?

Kaum eine andere musikalische Gattung kann auf eine bis heute so ungebrochene Tradition verweisen, wie das Streichquartett. Von Haydn initiiert, ent- und weiterentwickelt, gilt diese Musikgattung in ihrem unendlichen Facettenreichtum vielen Musikern und Musikfreunden als wohl intimste und intensivste musikalische Form.

Um der Bedeutung der Gattung Streichquartett international gerecht zu werden, ist es unsere langfristige Zielsetzung, das

rer Kunstgattungen wie der Literatur und die Einbindung aktueller gesellschaftspolitischer Themen verleihen dem Festival eine einzigartige Ausstrahlung.

Der Fokus liegt jedes Jahr auf einem anderen Land des mittel- und osteuropäischen Raumes. Den Beginn im Jahr 2009 machte Ungarn, in Gedenken an das historische Jahr 1989, in dem der „Eiserne Vorhang“ unweit von Eisenstadt an der ungarisch-österreichischen Grenze fiel.

in künstlerische Form zu bringen. Wir finden dies bei Antonín Dvořák und bei Bohuslav Martinu. Beide reisten in die Ferne, verließen ihre Heimat. Im übertragenen Sinne trifft das auch auf Leos Janáček zu, der sich mit politisch-gesellschaftlichen Problemen musikalisch beschäftigend gleichsam in Konflikt mit der Heimat zu Wort meldete.

Der Begriff „Heimat“ ist in seiner Emotionalität eher ein Begriff der Romantik, den wir nicht unbedingt mit Joseph Haydn in Verbindung setzen können, obwohl auch Haydn – vor allem in seinen späten Jahren – ein Reisender war. Ein Künstler, ein Mensch des gewagten „Unterwegs“, der Entfaltung in der Ferne, aber auch des Bewußtseins von tiefer Verwurzelung in den Regionen seiner Kindheit und seines langen schöpferischen, gleichwohl beruflich abhängigen Lebens.

In diesem Zusammenhang ist nicht nur ein rein geographischen Heimatbegriff herzustellen, sondern auch der metaphorische in bezug zur Musik. So stellt unter anderem Gideon Klein einen starken Bezug in seiner Musik zur Mährischen Tradition her, aber auch zu Martinu und Janáček, welcher wie auch Gideon Klein seine Werke mit Mähren verbunden hatte. Auch in dieser mährischen Tradition komponierte Pavel Haas, der Schüler von Leos Janáček war.

Als Beispiel der Programmierung sei hervorgehoben, wie besonders Sinn bringend der Zusammenhang von Musik und Literatur in Janáčeks Streichquartett Nr. 1 dargestellt wird, welches der Komponist in Anlehnung an Leo Tolstois Novelle „Kreutzer-sonate“ komponierte. In dieser Novelle ist Ludwig van Beethovens „Kreutzer-sonate“ ein wesentlicher Wendepunkt.

Pavel Kohout und Jiri Grusa – zwei große Literaten und beide aktive Protagonisten des Prager Frühlings 1968 – begleiten mit Prologen aus ihren Werken das zweite Esterházy Streichquartett Festival 2010.

Fünf international renommierte und international erfolgreiche Streichquartette – das Pavel Haas Quartett, das Mandelring Quartett, das Auryn Quartett, das Apollon Musagète Quartett und das Panocha Quartett – spielen Werke von Haydn, Dvořák, Smetana, Martinu, Janáček, Haas, Ullmann und Suk. n <http://www.esterhazy.at>



Foto: Peter Hautzinger

Pavel Kohout (Schriftsteller), Alja Batthyány-Végh (künstlerische Leiterin des Festivals) und Stefan Ottrubay (Generaldirektor der Esterházy Privatstiftung)

Esterházy Streichquartett Festival zu einer Institution werden zu lassen.

Dieses spezifische Format, dem weltweit kaum ein Festival zur Gänze gewidmet ist, hat Potenzial, Zentrum der internationalen Streichquartettszene zu werden sowie zahlreichen jungen Hoffnungsträgern als Sprungbrett in das internationale Konzertleben zu dienen.

Welcher Ort für ein Streichquartett Festival wäre geeigneter als die langjährige Wirkungsstätte seines Erfinders Joseph Haydn? Im Haydnjahr erstmals sehr erfolgreich veranstaltet, wird das Esterházy Streichquartett Festival heuer und auch in den nächsten Jahren im Haydnssaal des Schlosses Esterházy seine Fortsetzung finden.

Die Erweiterung des erstklassigen musikalischen Angebots um Darbietungen ande-

Das Esterházy Streichquartett Festival 2010

Die künstlerische Leiterin, Alja Batthyány-Végh, stellt 2010 die Musik und Literatur der ehemaligen „Tschechoslowakei“ – heute die Slowakei und die Tschechische Republik – in den Mittelpunkt des Festivals.

Besonders beeindruckend bei der Musik des späten 19. sowie des 20. und 21. Jahrhunderts bei vielen Komponisten dieser Länder ist deren besondere Verbindung zu ihrer Heimat. In zahlreichen Werken wird die Heimat, die heimatliche Landschaft, der Urgrund des Lebens, gewissermaßen komponiert und in Klang gefaßt.

Heimat aber bedeutet auch ein prägendes, oft auch schmerzliches Erlebnis von Entferntsein – das Bestreben zu reisen, das quälende, aber auch beglückende „Unterwegs“

Festival Arcana

Ein neues Festival entsteht. In einer der magischsten Regionen Europas findet ab 2010 jährlich ein zwölfwägiger Energiestrom zwischen KomponistInnen, InterpretInnen, WissenschaftlerInnen und Publikum statt.

Foto: Ernst Kren



Erstmals findet heuer das „Festival Arcana“ statt, das sich zum Ziel gesetzt hat, sein Publikum mit Neuer Musik zu faszinieren. Es ist unter der Intendanz von Peter Oswald von 28. Juli bis 8. August in der Region St. Gallen/Gesäuse im Rahmen der „regionale10“ zu erleben. Weltbekannte KomponistInnen (wie Beat Furrer, Olga Neuwirth oder Wolfgang Rihm) bzw. InterpretInnen (wie Dieter Flury, Ernst Kovacic, Juan Manuel Cañizares, Marcus Weiss, Marino Formenti, Nicolas Hodges, Klangforum Wien, KNM Berlin, Schlagquartett Köln oder der Schönbergchor) und ein breites Programmangebot aus Konzerten, Vermittlungsprogrammen, einem Symposium, einer Ausstellung sowie Kunst im öffentlichen Raum garantieren ein außergewöhnliches kulturelles Ereignis.

„Arcana Festival für Neue Musik“ – das sind 22 Veranstaltungen an 12 Tagen und 7 verschiedenen Veranstaltungsorten in der Region St.Gallen/Gesäuse. Insgesamt werden 90 Werke von 33 KomponistInnen zur Aufführung gebracht. Zu den programmierten Höhepunkten zählt ein Open-Air Konzert im Haidlkar, einer wahrlich magischen Gegend, umgeben von ehrfurchtgebietenden Felswänden. Außerdem finden Education- und Musikvermittlungsprojekte, ein Workshop für junge Musiker, ein Symposium an der Schnittstelle von Kunst und (Neuro-) Wissenschaften, sowie Ausstellungen und Kunst im öffentlichen Raum statt.

Ziele

Abseits aller Metropolenstrukturen soll durch das Arcana Festival am faszinierenden

Schauplatz St.Gallen/Gesäuse die Faszination Neuer Musik erlebbar gemacht werden – von weltbekannten KomponistInnen und InterpretInnen. Fast alle der noch lebenden KomponistInnen sind vor Ort. Mehrere Uraufführungen sind eingebettet in den großen Kontext der musikalischen Moderne. Ziel des Projekts ist es, das Publikum für Neue Musik zu begeistern, es – emphatisch formuliert – zu verzaubern. Grundlage des Festival-Konzepts ist die Überzeugung, daß Neue Musik unabhängig vom Veranstaltungsort ein großes und begeisterungsfähiges Publikum finden kann. „Das Arcana Festival ist kein Uraufführungsfestival, aber es verzichtet nicht auf die Neugier, nicht auf das Andere. Gleichzeitig entwirft Arcana ein Panorama kompromißloser, also freier Persönlichkeiten“, so Intendant Peter Oswald.

Vermittlung

In diesem Sinne sind zahlreiche Vermittlungsprojekte geplant, die kreative und soziale Aspekte in der Neuen Musik hörbar und erlebbar machen. Nicht passiver Konsum ist angesagt, sondern aktive Partizipation. Ausdrücklich wird dabei eine interdisziplinäre Verknüpfung mit anderen Medien angestrebt.

Kunst trifft Wissenschaft

Begleitend zum Festival ist von 1. bis 8. August ein Symposium unter dem Titel „Neue Musik kommentiert: Neurowissenschaften und Neue Musik“ geplant, das sich an der Schnittstelle von Kunst und Wissenschaft positioniert.

Der Name

„Arcana“ ist der Name eines Orchesterstücks aus der Feder Edgar Varèses, einer der Ikonen der Neuen Musik (Arcana, 1927). Viele Sprachen kennen diesen Begriff in der Bedeutung von geheim, geheimnisvoll, mysteriös. „Im Zusammenhang mit ‚Arcana‘ kann man von Transformation sprechen (von Veränderung, von Aufbruch). Aber es geht weniger um Alchemie als um heftige Vulkanausbrüche in der Nacht. Hier ist der Ätna gleichermaßen symbolisch wie der Prometheus. Er ist sogar sein Doppelgänger. Es handelt sich durchaus um die prometheische Versuchung, den Kosmos in den Klängen und durch die Klänge zu besitzen.“ (*Fernand Quillet, Biograph von Edgar Varèse*)

Veranstaltungsorte

Fabrikshalle Palfinger Systems, Weng
Kirche, St.Gallen
Fabrikshalle Georg Fischer, Altenmarkt
Burg Gallenstein, St.Gallen
Stiftsbibliothek, Admont
Haidlkar, Gesäuse

Das Symposiums dauert von 1. bis 8. August, Sprachen: Englisch/Deutsch

Die Struktur des Symposiums wird in den ersten Tagen informellen Charakter haben und in den letzten vier Tagen öffentliche Diskussionen und Vorträge umfassen. Im Anschluß daran sind eine Buchpublikation und eine CD mit dem Titel „Neue Musik kommentiert: Neurowissenschaften und Neue Musik“, die mehrsprachig erscheinen soll, geplant.

<http://www.arcanafestival.at>

Großartiger Nachwuchs

Der zwölfjährige Elmar Deininger präsentierte seine Komposition beim »European Junior Original Concert«.

Foto: Harri Mannsberger/Yamaha



Manfred Frank (Manager Yamaha Musikschule Österreich), Eléonore Kaplan (Frankreich), Vera Matiz (Portugal), Lucas Pütter (Deutschland), Elmar Deininger (Österreich), Elias Sedlmayr (Deutschland), Valeria Cristea Nechita (Italien), Alexandros Tsagatakis (Griechenland), Nathan Hawkes (United Kingdom), Lucie Cholley (Frankreich), Daria Cheikh-Sarraf (Deutschland)

Am 6. Februar präsentierten SchülerInnen der Yamaha Musikschulen aus ganz Europa eigene Kompositionen auf dem dritten „European Junior Original Concert“ im Wiener Konzerthaus. In diesem Jahr waren zehn MusikschülerInnen aus sieben Nationen (Österreich, Deutschland, Frankreich, Italien, Griechenland, Portugal und Großbritannien) zwischen 8 und 14 Jahren vertreten, darunter auch der zwölfjährige Elmar Deininger aus Regelsbrunn (NÖ) mit seiner „Zirkus-Suite“, der die Yamaha Academy Of Music in Wien besucht. „Ich hoffe, daß ich das Publikum mit meiner Komposition begeistern kann“, sagte Elmar in freudiger Erwartung auf seinen Auftritt.

Das Spektrum der dargebotenen Stücke reichte vom klassischen Solostück für Klavier bis zum Latin-Ensemble. Ein besonderes Highlight des Konzerts waren zudem Improvisationen, bei denen die Schüler ihre Fähigkeit demonstrieren konnten, über ein vorgegebenes musikalisches Motiv spontan zu improvisieren.

Das „European Junior Original Concert“ ist ein Indiz für die erfolgreiche musikpädagogische Arbeit der Yamaha Musikschulen. Als Moderatorin konnte daher TV-Star Katrin Lampe gewonnen werden und als Gast

war der Executive Adviser of Yamaha Corporation und President of Yamaha Music Foundation (Zentrale in Tokyo), Shuji Ito, anwesend. Nach Mailand (2008) und Paris (2009) wurde in diesem Jahr Wien als Veranstaltungsort ausgewählt.

„Wir freuen uns zu hören, wie die jungen MusikerInnen ihren Gedanken und Gefühlen in der Musik Ausdruck verleihen. Lassen Sie uns die Kompositionen gemeinsam beim „European Junior Original Concert“ genießen“, beschreibt Kazunobu Yamada (Managing Director Yamaha Music Foundation, Tokio) die Bedeutung des Konzertes. „Es ist ein wesentlicher Bestandteil der von den Yamaha Musikschulen vertretenen Philosophie, nicht nur das instrumentale Spiel zu unterrichten, sondern vor allem kreative und schöpferische Potentiale zu fördern.“ Alljährlich veranstaltet die Yamaha Music Europe GmbH in Zusammenarbeit mit der Yamaha Music Foundation mit Sitz in Tokio das „European Junior Original Concert“. Bei diesem Konzert handelt es sich nicht um einen Wettbewerb, sondern um eine Aktivität der Yamaha Music Foundation, die jungen SchülerInnen der Yamaha Musikschulen eine Möglichkeit bietet, ihre eigenen Kompositionen professionell aufzuführen und damit

ihrer Kreativität, ihren Gedanken und Gefühlen musikalisch Ausdruck zu verleihen.

Highlight und wichtiger Bestandteil jedes „Junior Original Concerts“ ist die freie Improvisation der TeilnehmerInnen über eine kurze vorgegebene Melodie. Eine Improvisation ist der spontane und unmittelbare Ausdruck dessen, was ein Musiker im Augenblick des Musizierens fühlt. Die von den SchülerInnen aufgeführten Improvisationen zeigen ihre im Unterricht an den Yamaha Musikschulen erworbenen kreativen Fähigkeiten, Musik, die sie inspiriert, spontan umsetzen zu können.

Eine Besonderheit des „Junior Original Concert“ ist es, daß die TeilnehmerInnen nicht älter als 16 Jahre sein dürfen. Um ausgewählt zu werden, müssen sie eine eigene Komposition einreichen und in der Lage sein, diese auch selbst vorzutragen. Es gehört zur Philosophie der Yamaha Musikschulen, nicht nur das instrumentale Spiel und Können zu fördern, sondern vor allem Kindern die Möglichkeit zu geben, ihre Gedanken und Gefühle durch Musik auszudrücken und damit auch ihre schöpferischen Fähigkeiten und kreativen Potentiale zu entwickeln. ■

<http://ejoc.yamaha-europe.com>

»Walls of Sound«

Die Bedeutung jüdischer Musiker durch den Lauf der Zeiten steht bis 30. Mai im Mittelpunkt – das Museum Judenplatz zeigt »Walls of Sound« von Oz Almog.

Das Thema Musik und Musikerporträts hat im Jüdischen Museum bereits Tradition. Mit der am 9. Februar präsentierten Kunstinstallation „Walls of Sound“ im Museum auf dem Judenplatz setzt sich diese Tradition hochkonzentriert fort: Oz Almogs Installation durch drei Räume des Museums – zwei ebenerdig, die dritte im Untergeschoß – thematisiert jüdisches Wirken in Musik, Schauspiel und Film. Die Wände sind vollgefüllt mit hunderten, lexikalisch nüchternen Musiker-Eintragungen, vom Plafond hängen 120 Reproduktionen von Porträts, „Raindrops of Music“, wie sie Almog bezeichnete. Neben den Musiker-Eintragungen und Porträts erinnern zusätzliche Textcollagen an die mythische Bedeutung der Musik in der Verbindung zwischen Gott und den Menschen. Materialisiert zeigt sich dies in der Büste der Polyhymnia, der Muse des Tanzes, des Liedesangs, der Pantomime und der Geometrie.

Der Weg durch die dicht gesetzten Einträge ist zugleich auch ein Weg durch die Geschichte der Musik, von Hardrock bis Klassik, von Jazz bis zu „Over the rainbow“ von Harold Arlen. Gene Simmons von der Rockgruppe „Kiss“ ist da ebenso zu sehen, wie Arnold Schönberg, Barbra Streisand schenkt dem Besucher ein Lächeln, wie Hermann Leopoldi an das scharf gewürzte Wiener Couplet der Zwischenkriegszeit erinnert. „Walls of Sound“ funktioniert nach mehreren Prinzipien – „Wer hätte das gedacht!“ – ist eines davon, wenn der Besucher auf Namen stößt, die er nicht unbedingt mit jüdischer Musikkultur in Verbindung gebracht hätte, etwa Bob Dylan oder eben der grell schwarz-weiß geschminkte Gene Simmons von „Kiss“. Musikalische Hörgenüsse gibt es leider nicht, „da gibt es bislang Probleme mit dem Copyright“ (Almog), nichtsdestoweniger ist „Walls of Sound“ auch so eine beeindruckende, wie kurzweilig-unpräzise Potpourri jüdischen Kunstschaffens bis in die Gegenwart. „Würde ich jetzt alle Geschichten zu den Namen erzählen, ich würde bis 2015 hier stehen“, so ein gut gelaunter Oz Almog bei der Führung für die Presse.

Oz Almog, 1956 in Israel geboren, ist nicht zum ersten Mal künstlerischer Gast im



Foto: Schaub-Walzer / PID

Ausstellungseröffnung: Oz Almog, S.E. Botschafter des Staates Israel, Aviv Shir-On, Direktor Karl Albrecht-Weinberger und Hauskurator Andreas Sperlich (v.l.)



Foto:

Ebenso zu sehen: Gene Simmons von der Rockgruppe »Kiss«

Jüdischen Museum. 2000/2001 zeigte er etwa in der Hermesvilla Wiener face-Porträts von Karrieren mit 350 Gemälden von Wiener Persönlichkeiten, 2002 gestaltete er die Ausstellung „Dem Morgenrot entgegen – Jüdische Helden der Sowjetunion“, vor sieben Jahren setzte er sich mit der Schau „Ko-

sher Nostra. Jüdische Gangster in Amerika 1890-1980“ mit einem düsteren Kapitel der amerikanisch-jüdischen Geschichte auseinander. Viele seiner Installationen konnten bislang erfolgreich auch in anderen europäischen Städten gezeigt werden.

<http://www.jmw.at>

Film

Salami Aleikum

Eine Dreamer Joint Venture Produktion in Co-Produktion mit ZDF Das kleine Fernsehspiel und ORF erfreut sich nicht nur begeisterten Kinopublikums in Österreich und Deutschland, sondern wurde auch jüngst bei der Berlinale 2010 mit dem Preis der deutschen Filmkritik ausgezeichnet. Prädikat: sehenswert!



Alle Fotos: Maria Krumwiede

v.l.: Vater Bergheim (Wolfgang Stumph), Mutter Bergheim (Eva-Maria Radoy), Mohsen Taheri (Navid Akhavan), Mutter Taheri (Proschat Madani), Vater Taheri (Michael Niavarani) und Ana Bergheim (Anna Böger)

Es gibt einen Grund, warum jeder Mensch auf der Welt ist. Da ist sich Mohsen (Navid Akhavan) ganz sicher. Nur seinen Grund und Sinn des Lebens hat er leider noch nicht gefunden, was nicht weiter verwundert, wenn man die Sache ganz genau betrachtet: Mohsen ist schon Ende 20, wohnt aber noch bei Mama (Proschat Madani) und Papa (Michael Niavarani). Die beiden sind vor vielen Jahren aus dem Iran nach Deutschland gekommen und führen jetzt in Köln eine solide Familien-Metzgerei. Immer wieder versucht Vater Taheri aus seinem Sohn einen „richtigen“ Mann zu machen und ihm das Schlachten beizubringen. „Ganz einfach: Erst halten, dann schlachten“. Für Mohsen ist das nicht wirklich die Zukunft und in seinem tiefsten Inneren weiß er das auch. Erstens kann er kein Blut sehen und zweitens beschäftigt er sich lieber mit Stricken und Träumen. Immer wenn Mohsen

Kummer hat, strickt er am Schal seines Lebens – und er strickt viel ...



Doch dann nimmt das Schicksal seinen Lauf und Mohsens Leben eine entscheidende Wende. Weil die Familie Taheri illegaler Weise ihre Schlachtabfälle in den sauber geputzten Reihenhauses-Mülltonnen aufmerksamer Nachbarn versenkt hat und sich das Gesundheitsamt nicht mit Knoblauchwurst bestechen lässt, wird Vater Taheri die Lizenz entzogen. Mohsen hat die Wahl: Mann oder Maus. Wenn er jetzt nicht endlich erwachsen und Metzger wird, dann steht die Familie vor dem Aus.

Da kreuzt erneut der Zufall Mohsens Weg: Diesmal in Gestalt eines polnischen Geschäftsmanns. Mohsen sieht seine Chance gekommen: Re-Import gut genährter Schafe aus Polen und der Typ übernimmt sogar das lästige Schlachten. Der Deal ist perfekt. Obwohl jeder Iraner weiß, daß man mit einem Polen keine Geschäfte machen sollte, macht sich Mohsen auf dem Weg in den Wilden Osten und strandet auf halber Strecke mitten

Film

in der Hölle: Sie heißt Oberriederwalde und ist kein guter Ort für zart besaitete Iraner. Es ist Nacht, es regnet in Strömen, in der Kneipe verweigert man Mohsen erst das Zimmer, dann das Essen, („Wir haben nichts gegen Ausländer, aber man darf auf keinen Fall zu freundlich sein.“) und zwingt ihn schließlich zu Schweinenierchen. Aber wenigstens gibt es eine Werkstatt, in der er seinen Transporter reparieren lassen kann. Und in dieser Werkstatt steht sie: seine Traumfrau – groß, blond, stark und wunderschön! Ana (Anna Böger), die KFZ-Meisterin und ehemalige Kugelstoßerin, ist für Mohsen bestimmt, das spürt er sofort. Deshalb ist es ihm auch ziemlich egal, als der Wagenheber umkippt und ihm der Transporter auf den Fuß kracht. Mit Gipsbein auf dem Krankenlager strickt Mohsen das schönste Stück Schal seines Lebens..

Im nächsten Moment allerdings verstrickt er sich in die größte Lüge seines bisherigen Daseins: Weil Ana Vegetarierin und tierlieb ist, will Mohsen ihr nicht gleich beichten, daß er den Schafen als zukünftiger Metzger naturgemäß an die Wolle muß und behauptet deshalb, er sei auf dem Weg nach Polen, weil er die flauschigen Schäfchen für seinen florierenden Textilhandel brauche.

Das wiederum ruft die Einwohner von Oberriederwalde, das in besseren, also DDR-Zeiten, der Hotspot der Oberhemdenindustrie war, auf den Plan. Der VEB „Textile Freuden“ steht längst still, keine Arbeit nirgends, aber wenn so ein iranischer Investor käme, wer weiß? Vor allem Anas Vater (Wolfgang Stumph), der Gasthofbesitzer, erkennt die Zeichen der Zeit. Während Ana mit Mohsen einen Kurztrip nach Polen unternimmt (wo sie unter anderem als Geburtshelfer eines Lämmchens dienen und nebenbei für allerhand Aufregung im deutsch-polnischen Grenzgebiet sorgen), bereitet Vater Bergheim, skeptisch beäugt von den Dorfbewohnern, alles vor, um Mohsen davon zu überzeugen, daß er in Oberriederwalde investieren muß: In der Küche gibt es ab sofort nur noch persische Gerichte, ein alter Läufer wird zum Gebetsteppich umfunktioniert und man lernt Farsi: „Für ‚Herzlich willkommen‘ sagen die: ‚Ich steig‘ Dir auf die Augen.‘ Die sind doch nicht ganz sauber im Kopf.“

Als Mohsen mit Ana, den polnischen Schafen und dem Lämmchen Wojtila zurückkehrt, traut er seinen Augen nicht. Vater Bergheim schmettert ein fröhliches „Salami Aleikum“ und besteht darauf, ihm postwendend höchstpersönlich die alte Textilfabrik zu zeigen. „Tolle Maschinen, die kann jeder bedienen, auch Kubaner und Fidschis!“ Der



Vater Taheri und Sohn Mohsen Taheri in der Metzgerei ...



... mit seiner Ehefrau in plüschigem Luxus ...



... und in scheinbar freundschaftlicher Verbundenheit zu Vater Bergheim.

kleine Iraner aus Köln steckt ganz schön in der Patsche und es kommt noch dicker: Sei-

ne Eltern haben die Taschen und einen Baseballschläger ins Auto gepackt („Wir fahren

Film



Die große, blonde, starke und wunderschöne Ana Bergheim (Anna Böger) ist Mohsen Taheris (Navid Akhavan) Traumfrau.

schließlich in die DDR!“), um ihrem Sohn in der feindlichen Fremde beizustehen und vor allem die Schafe endlich nach Köln zu holen. Statt einem persischen Textilmogul wird also in Kürze ein Kölner Metzger auftauchen und alles zerstören: Die Träume der Dorfbewohner und Mohsens Liebesglück. Aber noch ist es nicht so weit: Auch Mohsens Eltern müssen nach dem Weg fragen: „Haben Sie hier einen kleinen Perser gesehen? Sie wissen schon. Perser. Schwarze Haare am ganzen Körper. Bißchen doof?“ Als die Taheris schließlich in der tiefsten Provinz ankommen, trauen sie ihren Augen nicht. Die Osis können zwar nicht besonders gut deutsch und reden wirres Zeug, dafür sind sie aber überraschend zuvorkommend und persisches Essen scheint dort auch gerade in Mode zu sein. Gut, sie wohnen ein bißchen schäbig, aber so war das nun mal bei den Kommunisten. Vater Taheri ist gleich bereit, sich mit Vater Bergheim zu verbrüdern, aber ein Restzweifel bleibt, schließlich kennt man das: „Warum sind die Osis so freundlich? Weil sie was wollen!“ Mohsen stellt jedenfalls erst einmal seine zukünftige Braut Ana den verwunderten Eltern vor. Vater Taheri sieht dabei schon ein Ernährungsproblem auf sich zukommen, aber immerhin scheint sein Sohn ja eine tolle Position in der Textilbranche ergattert zu haben, das hätte er ihm

gar nicht zugetraut! Die Oberriederwälder sind also voller Zuversicht, Ana strahlt vor Glück, die Taheris sind stolz auf ihren Sohn, doch Mohsen erkennt, daß er da vielleicht mit ein paar Bällen zu viel jongliert und er sich schnell etwas einfallen lassen muß, denn schließlich stehen hier sein Leben und seine Liebe auf dem Spiel. Gut, er hat den Menschen im Dorf Hoffnung gemacht mit seinen Märchen vom reichen Erben. Aber was ist eigentlich so schlimm an Hoffnung?

„Salami Aleikum“ ist ein filmisches Erlebnis der besonderen Art. Liebevoll gestaltete Animationen treffen auf den musikalischen Charme großer Bollywood-Romanzen, skurrile und gleichzeitig treffend gezeichnete Charaktere unterschiedlichster Herkunft beweisen Hirn, Herz und Humor.

Nach dem preisgekrönten Dokumentarfilm „Lost Children“ (Deutscher Filmpreis 2006), über Kindersoldaten in Nord-Uganda, betritt Ali Samadi Ahadi mit seinem Spielfilmdebüt neues Terrain und präsentiert eine Komödie nach dem Motto: „Der (sehr) Nahe trifft den Fernen Osten“. Dabei spielt er mit den Mitteln des Kinos wie Michel Gondry, findet Bilder wie Jean-Pierre Jeunet, läßt seine Schauspieler singen und tanzen, jongliert mit Animationen oder Puppenspiel und inszeniert Wortwitz in einer Souveränität, wie man sie selten erlebt. Ein überraschendes,

verzauberndes Spielfilmdebüt! „Salami Aleikum“ punktet aber auch mit einem starken Cast: Navid Akhavan („Fremder Freund“), der als iranischer Popstar in Deutschland ganze Hallen füllt, die Filmväter Michael Niavarani und Wolfgang Stumph, die hier ihr komisches Talent voll ausspielen können, und Anna Böger aus „Shoppen“.

Michael Niavarani ist Vater Taheri

Michael Niavarani ist der Sohn einer Österreicherin und eines Persers. Er lebt in Wien und arbeitet als Kabarettist, Autor und Schauspieler. Seit 1993 ist Niavarani künstlerischer Leiter des Kabarett „Simpl“. Aktuell spielt er sein Soloprogramm „Alles, was ich schon immer machen wollte – und das an einem Abend!“ in Wien und den Bundesländern, zusätzlich steht er gemeinsam mit Viktor Gernot als „Zwei Musterknaben“ auf der „Simpl“-Bühne. Sein erstes Buch, „Vater Morgana“, eine persische Familiengeschichte, erscheint im November 2009 im Amalthea-Verlag. Zu seinen wichtigsten Filmarbeiten gehören „Wanted“ (1998) mit Alfred Dorfer und „I love Vienna“ (1990), Regie: Houchang Allahyari. Niavarani ist regelmäßig in Unterhaltungsshows wie „Was gibt es Neues?“ und verschiedenen Kabarett-Sendungen im österreichischen Fernsehen zu Gast.

Film

Michael Niavarani im Interview

Im Gespräch mit Claus Philipp erklärt er, warum Perser und Ostdeutsche mehr gemeinsam haben als man denkt.

Claus Philipp: Salami Aleikum handelt vom Zusammenprall zweier Kulturen – der Ex-DDR und einer persischen Emigrantenszene. Was haben die gemeinsam?

Michael Niavarani: Beide kommen aus einer Welt, die nicht mehr existiert. Die persische Familie etwa, der Vater, den ich spiele, und der ein ganz klein wenig eine Parodie auf meinen eigenen Vater darstellt – die leben immer noch in der Schah-Zeit, einem untergegangenen Reich. Und jetzt lebt er da in Köln, mit seiner Fleischhauerei, und zehrt davon, daß er früher einmal „etwas“ war. Ähnlich verhält es sich mit unserer Familie in Ostdeutschland: Die führen da ein kleines Dorfgasthaus, nachdem sie früher ein Textilunternehmen hatten. Beide Familien berufen sich auf eine Heimat, die es so nicht mehr gibt. Und als sie zusammentreffen, gaukeln sie einander vor, daß sie reich sind. Auch das verbindet.

Claus Philipp: Weil Sie autobiographische Bezüge andeuten: Was hieß es denn für Sie selbst, schon als Kind, in Wien aufzuwachsen, aber persischer Abkunft zu sein?

Michael Niavarani: Bis zum 15. Lebensjahr habe ich da keine großen Unterschiede gemacht. Wiener und Perser, das war für mich dasselbe. Das eine war eben die Familie von der Mama und das andere die vom Papa. Wir haben Teheraner Proleten ebenso in der Familie wie Wiener Proleten. Und in beiden Zweigen der Familie gibt es Menschen, die gern in die Oper gehen. Daß da zwei Sprachen gesprochen werden, zwei Kulturen gelebt werden, und daß ich damit einen anderen Hintergrund hatte als meine Freunde – das fiel mir eher spät auf.

Claus Philipp: Im Film ist es so, daß der junge Held auf Erwartungen einer Generation, die politische Druckverhältnisse besonderer Art miterlebt hat, eher verstört und gehemmt reagiert. Können Sie das aus eigener Erfahrung heraus nachvollziehen?

Michael Niavarani: Als ich 11 war, habe ich die Flucht einiger Familienmitglieder aus dem Iran, meiner Großmutter etwa, miterlebt. Natürlich wurde uns angesichts der Revolution und nach dem Sturz des Schah-Regimes immer wieder gesagt: Der Iran ist nicht mehr, was er war. Meine Großmutter meinte zeitlebens immer, daß sie nie wieder zurück will – weniger aus der Angst heraus, verhaftet zu werden, als aus dem Gefühl: Dieses Land hat nichts mehr mit mir zu tun.



Michael Niavarani (r.): Kabarettist mit starkem »Wuchtel«-Drang, wollte in jeder Szene fünf Pointen mehr. Regisseur Ali Samadi Ahadi ließ sich aber nicht beirren.

Also dieses Gefühl von Trauer und Verlust: Das war schon sehr präsent.

Claus Philipp: Dieses Jahr ist naturgemäß das Thema „Mauerfall“ omnipräsent: Wie war das für Sie beim Dreh von „Salami Aleikum“?

Michael Niavarani: Ich habe zum ersten Mal längere Zeit in Ostdeutschland verbracht, und es war schon sehr interessant, wie dort Menschen über ihre großen Hoffnungen und ihre noch größeren Enttäuschungen erzählten. Natürlich war man froh über das Ende der Diktatur, aber gleichzeitig vermisste man zunehmend auch die Geborgenheit, die diese Diktatur – quasi gegen die freie Marktwirtschaft – generierte. Was mir bei „Salami Aleikum“ schon beim Drehbuch sofort gefiel: Der Film greift solche Konflikte auf komödiantische Weise auf, aber er verkehrt sie nicht ins Unernte.

Claus Philipp: Sie treten als Kabarettist sehr viel live auf. Wie fühlen Sie sich beim Spiel für die Kamera?

Michael Niavarani: Der viel klisierte Satz „Das sind zwei verschiedene Berufe“ – der ist schon richtig. Natürlich macht man im Prinzip dasselbe: Man sagt Sätze so auf, als wären sie der Figur, die man da spielt, gerade eben eingefallen. Aber die Kamera ist gnadenloser als ein Saal mit 500 Besuchern: Sie vergibt einem nichts. Sie nimmt auch Momente auf, in denen man nicht ganz konzentriert war, und diese Momente wirken sich dann auch auf die nächsten aus. Für mich bedeutet das viel genauere, schwierigere Arbeit. Und eigentlich habe ich das Dre-

hen bisher immer ein bißchen gehaßt. Im Fall von „Salami Aleikum“ war's aber anders: Selten verspürte ich soviel Freude, auch wenn ich mit dem Regisseur einige Kämpfe ausgefochten habe.

Claus Philipp: Wieso?

Michael Niavarani: Ich habe einen starken „Wuchtel“-Drang, und wollte in jeder Szene fünf Pointen mehr. Und Ali behielt glücklicherweise doch immer den Fokus darauf, daß wir hier keine Sketches spielen, sondern eine Geschichte erzählen. Und tatsächlich bin ich hier ja nicht Kabarettist, sondern Schauspieler. Filmschauspieler.

Claus Philipp: Überhaupt ist „Salami Aleikum“ in seinen Animationen, seinen Kameraperspektiven, seinen farblich manipulierten Bildern sehr „filmisch“. Was bedeutete das, hier ins Filmbild gerückt zu werden?

Michael Niavarani: Ja, durch die Optik kriegt der Film fast was Surreales. Für uns am Set war das aber nicht so. Wir haben einfach so real wie möglich gespielt und erst später bei der Betrachtung der gefilmten Szenen, war man baff: Wow, das sieht ja super aus. Dem Ali Samadi ist etwas gelungen, wofür ich ihn zutiefst bewundere. Normalerweise heißt es, ein Film sei entweder schön gemacht oder er sei eine Komödie. „Salami Aleikum“ ist beides. Und was ich hier auch wieder gelernt habe: Eigentlich entsteht ein Film im Schneiderraum. Oder richtiger: Beim Drehbuchschreiben und beim Schnitt. Der Dreh, das ist nur Material, das später in eine Form gebracht wird.

<http://www.salami-aleikum.at>

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In dieser Folge portraitiert er

Otto Preminger

Produzent/Regisseur/Schauspieler

Otto Ludwig Preminger, von jüdischer Herkunft, Sohn eines der bekanntesten Juristen Österreichs, wurde am 5. Dezember 1905*) in Wiznitz, im k.u.k. Kronland Bukowina (heute Wyschnyza, Ukraine), geboren. Er studierte in Wien Jus und promovierte 1925 in Rechtswissenschaft und Philosophie, seine frühe Passion für die Welt des Theaters brachte ihn jedoch von den vorbestimmten beruflichen Pfaden ab. Preminger arbeitete in den Semesterferien bei Max Reinhardt in Salzburg, lernte das Schauspielhandwerk an Bühnen in Prag, Zürich und Aussig und führte anschließend in Wien mit seinem Freund Rolf Jahn das Boulevardtheater Komödie (nun Metro Kino). Preminger betrieb kurze Zeit die Volksoper als Neues Wiener Schauspielhaus, kam 1928 als Direktionsassistent an Reinhardts Theater in der Josefstadt und übernahm 1933 dessen Leitung. Publikumswirksame Inszenierungen machten auf ihn aufmerksam, Tourneen mit dem Ensemble führten ihn durch ganz Europa. Der zuvor in Amerika tätige Bühnenautor, Schauspieler und Produzent Julius Steger empfahl im April 1935 den aufstrebenden Regisseur seinem damals in Wien zu Besuch weilenden Freund Joseph M. Schenk, Chairman of the Board der eben erst zusammen mit Darryl F. Zanuck installierten 20th Century-Fox. Das Studio war auf der Suche nach jungen Kräften, bei einer Aussprache im Hotel Imperial offerierte Schenk Aufstiegsmöglichkeiten, falls Preminger in die USA kommen sollte.

Der aufstrebende Nationalsozialismus veranlaßte ihn im Oktober 1935 zum Aufbruch in Richtung des kalifornischen Filmparadieses. Während eines Zwischenstops in New York inszenierte er am Henry Miller



Otto Preminger hinter der Kamera

Theatre Edward Woolls Drama „Libel“, im Jänner 1936 traf er in Hollywood ein. Der Theatermann hatte bis dahin ein einziges Lichtspiel, „Die große Liebe“ (mit Hansi Niese, 1931) für die Wiener Allianz-Film auf die Leinwand gebracht und befaßte sich erst in den USA ausgiebig mit dem Medium, das ihm bald mehr bedeutete als das Theater. Er

beobachtete zunächst einige Monate andere Regisseure des Studios am Set, ehe er im Spätsommer des Jahres mit der eigenen Regietätigkeit begann. Doch schon nach zwei Filmen, dem direktoralen Debüt mit dem Musical „Under Your Spell“ (1936) und der kleinen Screwball-Komödie „Danger – Love at Work“ (1937), schien seine Hollywood-Karriere beendet. Darryl F. Zanuck hatte den nach seinen Begriffen talentierten Newcomer Anfang 1938 im Rahmen einer Großproduktion überraschend mit der filmischen Umsetzung des Stevenson-Romans „Kidnapped“ beauftragt. Preminger, der keinen rechten Zugang zum Stoff fand und eigenmächtig das Drehbuch änderte, wurde daraufhin am Set suspendiert und auf eine Präventionsliste gesetzt, die weitere Möglichkeiten in der Filmmetropole ausschloß. Theaterarbeiten in New York halfen ihm die nächsten Jahre zu überbrücken, erst 1942 war seine Rückkehr an die Pazifikküste wieder möglich. Nach Parts in den Anti-Nazi-Filmen „The Pied Piper“ und „They Got Me Covered“ (bei Samuel Goldwyn) akzeptierte Preminger eine Rollenübernahme bei der Fox-Verfilmung des populären Broadway-Hits



Der Österreicher Otto Preminger zählte in Hollywood zum Gigantenbereich

*) Otto Preminger gab stets Wien als seinen Geburtsort und den 5. Dezember 1906 als sein Geburtsdatum an, das weitgehend in der internationalen Filmliteratur aufscheint und vielfach zu falschen Jubiläen führte. In „Behind the Scenes of Otto Preminger“ von Willi Frischauer (Michael Joseph Ltd., London 1973, S. 26) verwies der Biograf auf das richtige Datum 5. Dezember 1905. Die Urnen-Grabplatte im Woodlawn Cemetery, Bronx, New York, verzeichnet gleichfalls das Jahr 1905.

Fotos: Archiv Ulrich

Serie »Österreicher in Hollywood«

Fotos: Archiv Ullrich



Oben: Harvey Lembeck, Don Taylor und der Erfolgsregisseur und -produzent (v.l.) in der Rolle des deutschen Kommandanten eines Kriegsgefangenenlagers für US- Air Force-Personal in Billy Wilders Paramount-Produktion »Stalag 17« (1953).

Rechts: Mit »Bunny Lake Is Missing« (»Bunny Lake ist verschwunden«, 1965) hat Otto Preminger das Kino Hitchcocks noch überhöht.

„Margin for Error“ (1943) von Clare Boothe Luce nur unter der Bedingung, dabei auch Regie führen zu können.

Von 1936-1937 und 1942-1950 bei Cent-fox, gelang ihm mit der von Rouben Mamoulian übernommenen Inszenierung des raffiniert aufgebauten Psycho-Thrillers „Laura“ (1944), nach Vera Casparys gleichnamigem Bestseller, der Durchbruch als Regisseur. Der Film diente später vielen im gleichen Metier Tätigen zur Inspiration und als Vorbild. In der Erkenntnis, daß seine Ideen nur im Rahmen von Independent Productions zu verwirklichen waren, löste er sich 1953 mit der Adaption seiner erfolgreichen Broadway-Fassung „The Moon Is Blue“ aus der Studio-Abhängigkeit. In höchster Professionalität erprobte Preminger ohne Stilprinzipien in einer erstaunlichen Skala von Themen alle Genres, von der Komödie über den Film Noir, vom Kostümfilm über das Musical, dem politischen Drama, der Literaturverfilmung und dem Kriegsfilm bis zum Western. Ihm gefiel am Medium besonders die Möglichkeit, die optischen Begrenzungen des Theaters aufzuheben. In den 60er-Jahren erfolgte sein Schwenk zum Wide-Screen-Format, das seiner Neigung zu Long Takes, überschneidenden Kamerabewegungen und Reaction Shots entgegen kam. Dank der fortgeschrittenen Technik konnte ohne

die frühere Bindung an Ateliers direkt in Original-Dekors an authentischen Orten der Handlung gedreht werden. Der Wechsel der Schauplätze brachte ihn jeweils für viele

Monate in andere Länder und Erdteile, „Prem“ realisierte seine Streifen dort, wo sie spielten: „River of No Return“ („Fluß ohne Wiederkehr“, 1954, mit Marilyn Monroe) in den Kanadischen Rockies, „Bonjour Tristesse“ (1958) an der Côte d’Azur, Leon Uris’ historisches Epos „Exodus“ (1960) in Israel, „The Cardinal“ („Der Kardinal“, 1963) bei sechswöchigen Außenaufnahmen in Wien und „In Harm’s Way“ („Erster Sieg“, 1965) im Pazifik. Sein Opus 30, „Bunny Lake Is Missing“ („Bunny Lake ist verschwunden“, 1965), ein atmosphärisch dichter Suspense, der das Kino Hitchcocks noch überhöhte, entstand ohne Atelieraufnahmen in London.

Der charismatische Produzent, Dramaturg und eigenverantwortliche Promoter, galt im Regiestuhl als „teutonischer“ Tyrann, der detailbesessen selbst im Bereich Supporting Players nur beste Kräfte verpflichtete, indes häufig lieber mit unbekannten Darstellern als mit Stars arbeitete. Zu seinen Entdeckun-



Serie »Österreicher in Hollywood«



Produzent und Regisseur Otto Preminger mit seinen Darstellern Don Murray, Charles Laughton und Walter Pidgeon (v.l.n.r.) vor dem Capitol in Washington bei Außenaufnahmen zum Politrdrama »Advise and Consent« der Columbia (1962).

gen zählten u. a. Jean Seberg und Paul Newman, Frank Sinatra wurde unter seiner Führung ein Darsteller von Präzision und Subtilität. In eigenen Schauspielrollen zwang ihn der unverkennbare Akzent in das Rollenklischee des „ugly German“, des bösen Nazi oder SS-Offiziers, deren spezifische Verkörperung für ihn allerdings eine persönliche Form der Rache bedeutete.

Einige Filme stempelten ihn legendär zum Rebellen gegen den Production Code des amerikanischen Kinos. „Carmen Jones“ (1954) die Transponierung der Oper Bizets in das Milieu der Afro-Amerikaner, verärgerte die Erben des französischen Komponisten, das Drogenthema in „The Man With the Golden Arm“ („Der Mann mit dem goldenen Arm“, 1955) verstieß eklatant gegen puritanische Zensurvorschriften, mit dem Drehbuch-Auftrag an Dalton Trumbo für „Porgy and Bess“ (1959) insistierte Preminger zugunsten des seit Jahren in Hollywood boykottierten Autors. Vermutlich aufgrund dieser Intervention verschwand die „Black List“, ein seit der McCarthy-Zeit geführter Index über Künstler, die man antiamerikanischer Umtriebe verdächtigte. Gemeinsam mit Billy Wilder und Fred Zinnemann an der Spitze der Regisseure österreichischer Provenienz in Hollywood stehend, lieferte Otto

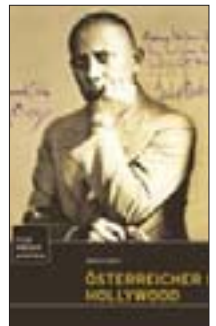
Preminger im Rahmen der 35 von ihm geschaffenen Filme einige der größten Werke der Traumfabrik, technisch perfekte, ambitionöse, faszinierende und kommerziell erfolgreiche Filmkunst, die mit drei Oscar- und zwei Golden Globe-Nominierungen der Auslandsprese (HFPA) sowie einer Nominierung zum prestigeträchtigen D.W. Griffith Award der Directors Guild of America für „Anatomy of a Murder“ („Anatomie eines Mordes“, 1959) gewürdigt wurde. Der Individualist, dreimal verheiratet, überschritt in den 70er-Jahren den Schaffenshöhepunkt, brachte 1977 seine „Autobiography“ heraus und zog sich 1983 nach New York zurück, wo er am 23. April 1986 verstarb.

Im Rahmen des TV-Films „Introducing Dorothy Dandridge“ (1999), eine Biografie der afro-amerikanischen Schauspielerin, verkörperte Klaus Maria Brandauer den notorisch schwierigen Regisseur. Otto Preminger wurde 1936 in Los Angeles mit dem Ritterkreuz des Österreichischen Verdienstordens, 1961 mit dem Österreichischen Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst und 1971 mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien ausgezeichnet. Er ist darüber hinaus auf dem „Walk of Fame“ mit einem Stern vor dem Haus 6624 Hollywood Boulevard vertreten. ■

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über 12jährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen

und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.



Rudolf Ulrich

„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1; <http://www.filmarchiv.at>

Ein Erlebnis für Leib und Seele:

Fastenzeit und Ostern im Klösterreich

In den Klöstern und Stiften des „Klösterreich“ kann man die Kartage und das Osterfest miterleben und mitfeiern. Besondere Einkehrtage oder Exerzitienangebote, Fastenkurse oder Passionskonzerte bereiten auf das Geschehen in der Heiligen Woche vor.

Zur Einstimmung auf das Osterfest bieten die Klöster Geras-Pernegg, Marienkron, Marienschwestern, St. Lambrecht, Schlägl und Zwettl Fastenkurse an. Unter Anleitung erfahrener Fastenleiter unterstützen Entspannungsübungen und Meditation den Reinigungsprozeß für Körper und Geist. Gemeinsame Gespräche oder auch gemeinsames Schweigen helfen, die innere Disziplin zu stärken.

Die Exerzitienkurse und Besinnungstage in den Stiften Altenburg, Geras, Göttweig, St. Florian, Schlägl, Zwettl und bei den Marienschwestern sind geistliche Übungen um das eigene religiöse Leben zu fördern. Durch Gebet, Meditation, Stille und Einzelgespräche können Exerzitien eine persönliche Neuwerdung unterstützen und zu einer österlichen Erfahrung werden.

In den Stiften Geras, Heiligenkreuz, Marienschwestern, St. Lambrecht, Schlägl, Seitenstetten und Zwettl laden die Mönche und Schwestern ein, das Osterfest gemeinsam zu feiern. Die Gäste können Ruhe und Stille im Kloster finden. Mittelpunkt dieser Tage ist die Feier der Gottesdienste und das Chorgebet. Klausur oder Gästetrakt des Klosters stehen allen Gästen – Männern und Frauen – offen, die das höchste Fest der Christenheit mit den Mönchen und Nonnen feiern wollen.

In den Stiften Altenburg, Göttweig, Heiligenkreuz, St. Florian und St. Lambrecht werden die Gottesdienste der Karwoche und der Osternacht besonders feierlich begangen. Vor allem in Klöstern erlebt man am Gründonnerstag eine Fußwaschung oder die Trauermetten und Anbetungsstunden beim „Heiligen Grab“. Vor den feierlich gestalteten Kar- und Osterliturgien stimmen Passionskonzerte auf die letzte Etappe der Fastenzeit ein.

Die Vigil der Osternacht ist der wichtigste Gottesdienst im Laufe des Kirchenjahres für die Christen. Daher ist diese Liturgiefeier in der Nacht vor dem Ostersonntag reich an Ursymbolen und Riten, der Weg führt mit der brennenden Osterkerze, Symbol für



Foto: Stift Rein / Fr. Martin Höfler

Feierliche Osterprozession zum Stift Rein in der Steiermark



Foto: Zisterzienserinnen-Abtei Marienkron

Entspannungsübungen und Meditation – Reinigungsprozeß für Körper und Geist in der Zisterzienserinnen-Abtei Marienkron

Christus den Auferstandenen, durch die dunkle Nacht hinein in die Kirche zum feierlichen „Exsultet“, dem Lobgesang auf das Licht. Neben dem Licht steht das Symbol des Wassers im Mittelpunkt, in vielen Kirchen kann man auch die Taufe eines Kindes miterleben. Schließlich steht Brot und Wein

im Mittelpunkt des Geschehens, die Eucharistiefeier ist wie immer der Höhepunkt der Osternacht. Auferstehungsprozessionen sind Zeugen der „Volksverbundenheit“ und traditionellen „Volksfrömmigkeit“ der Mönche und Chorherren.

<http://www.kloesterreich.at>

Mythen, Märchen, Pulverschnee

Zu Ostern lockt der Wörthersee mit Brauchtum,
Wintersport und Überraschungspaketen.



Fotos: Wörthersee Tourismus GmbH

Denn der Wörthersee bietet mehr als Wasserski! Eine ganze Reihe großer und kleiner Wintersport-Stationen findet man in der Umgebung. So verfügt das nahe Skigebiet Gerlitzen, in dem die Gratis-Skipässe gelten, über mehr als 50 Pistenkilometer.

Die einen gehen zu Bett – die anderen zur Kirche. Um 22 Uhr am Karsamstag setzt sich vor dem Gotteshaus der Kärntner Gemeinde Selprechts nahe des Wörthersees eine ungewöhnliche Gruppe in Bewegung. Festes Schuhwerk und robuste Bekleidung lassen auf Wanderer schließen. Kreuze, Gebetbücher und die Uhrzeit wollen dazu nicht so recht passen. Gottfried Ogris, Initiator der 1985 wiederbelebten Aktion, klärt auf: „Es ist ein uralter Brauch, dem wir nachgehen.“ Und das meint der Kärntner wörtlich. Zu Fuß laufen die Gläubigen in den nächsten Stunden rund 20 Kilometer im Rahmen der alljährlich stattfindenden Sankt Egydner Osterwallfahrt über vier Berge zur Marienkirche auf dem Humitzberg. Ostern ist rund um den Wörthersee die hohe Zeit des Brauchtums. Aber auch Frühlingsgefühle und Wintersport haben Hochkonjunktur. Eine österli-



che Reise an Österreichs bekanntesten See ist eine ideale Gelegenheit, See und Schnee mit einem Schuß Tradition und Kultur zu genießen.

Gebete und Lieder zur geistigen Stärkung, eine ordentliche Jause für die körperliche Ertüchtigung: Die Wallfahrer in der Osternacht haben an alles gedacht. Schließlich sind sie rund sechs Stunden unterwegs, bis sie im Morgengrauen ihr Ziel erreichen und in der Marienkirche die Auferstehungsmesse feiern. „Dies ist gelebtes Brauchtum, an dem sich unsere Gäste gerne und jederzeit beteiligen dürfen“, berichtet Gernot Riedel, der als Geschäftsführer der Wörthersee Tourismus Marketing GmbH eher für die weltlichen Belange des Fremdenverkehrs zuständig ist. „Ostern ist die ideale Zeit“, so sein Fazit, „die vielen Facetten Kärntner Kultur zu erleben.“

ÖJ-Reisetip

Es muß ja nicht gleich ein nächtlicher Marsch sein. Auf dem Neuen Platz in Klagenfurt gibt es den Osterhasen in vielen Formen – und zum Vernaschen. Der Klagenfurter Ostermarkt bietet alljährlich alles rund ums Fest. Handgefertigte Palmbuschen, sogenannte Osterratschen aus traditionellem Handwerk und natürlich viele Köstlichkeiten der Kärntner Küche. Das südlichste Bundesland Österreichs ist reich an Mythen und Märchen, die sich in Gebräuchen und Ritualen niederschlagen. Verantwortlich dafür ist insbesondere das kulturelle Erbe der Region, die einst keltisches Königreich, weströmische Provinz, slawisches Fürstenhaus, deutsches Herzogtum und habsburgerisches Kronland war. „Diese vielen Wurzeln ergeben heute ein buntes und spannendes Kaleidoskop, das wir gerne unseren Gästen vermitteln“, berichtet Gernot Riedel.

Gerade während der österlichen Ferientage kann man rund um den Wörthersee diese bodenständige Kultur mit vielen touristischen Angeboten kombinieren. Zahlreiche erfindungsreiche Hoteliers bieten pffiffige Osterpauschalen. Da locken am Karfreitag Köstlichkeiten vom Fischbuffet, da lädt am Sonntag der Osterhase die Kinder zur Eiersuche ein. Gemeinsam gehen Gäste und Gastgeber zur traditionellen Fleischweihe und zum Osterfeuer, da locken Böllerschießen und das beliebte Eierpecken. Im Wettkampf Osterei gegen Osterei bleibt der Sieger, dessen Ei alle Zusammenstöße unbeschadet überlebt.

Ostern am Wörthersee ist freilich auch die Zeit der Frühlingsgefühle. Warme Sonnenstrahlen erlauben es, den Nachmittagskaffee „open air“ auf einer Terrasse einzunehmen. Auch sportlich haben die Feier- und Ferientage einiges zu bieten. See und Schnee liegen da eng beieinander. Während rund um den See die Rennräder in Schwung kommen, sorgen in den umliegenden Skigebieten gute Schnee- und Pistenverhältnisse für einen zünftigen Winterausklang. Dazu gibt es den Skipaß gratis. Eine Gruppe führender Hotels rund um den Wörthersee offeriert nämlich auch an Ostern Winter-Wörthersee-Pakete mit zwei Übernachtungen im Vier-Sterne-Hotel, Frühstück und einem Tages-Ski-Ticket inklusive bereits ab 89 Euro. Ab der vierten Übernachtung gibt es den Zweitages-Paß, ab der sechsten Übernachtung ein Dreitages-Ticket zum Nulltarif.

Denn der Wörthersee bietet mehr als Wasserski! Eine ganze Reihe großer und kleiner Wintersport-Stationen findet man in der Umgebung. So verfügt das nahe Ski-



Ein atemberaubender Blick auf den Wörthersee: Maria Wörth und die Karawanken



Das Seebad Seefelds – Sommer wie Winter behagliche Rückzugsinsel mit jeder Menge Wellness und bestem Service.

gebiet Gerlitzen, in dem die Gratis-Skipässe gelten, über mehr als 50 Pistenkilometer. Nach Bad Kleinkirchheim, mit über 100 Pistenkilometern ein weltcup-erprobter Skizirkus, gelangt man in einer halben Stunde. Die neun Hotels, die sich an dieser Aktion beteiligen, sind behagliche Rückzugsinseln, die

mit jeder Menge Wellness, hervorragender Kulinarik und bestem Service überzeugen. Angeführt wird die Liste von den Fünf-Sterne-Hotels Schloß Velden und Schloß Seefeld. Und der Osterhase schaut garantiert bei allen auf einen Sprung vorbei.

<http://www.woerthersee.com>